

3. Empirie

3.1 PRIVATE ALLTAGSERFAHRUNGEN

Um die der Studie vorangestellte Frage nach den förderlichen und hemmenden Bedingungen des bürgerschaftlichen Engagements erwerbsloser und einkommensarmer Bürger im sozialen Bereich zu beantworten, muss zuerst ein Verständnis dafür entwickelt werden, wie sich dieses Engagement gestaltet. In diesem Sinne wird im vorliegenden Kapitel ein möglichst umfassendes, detailliertes und strukturiertes Gesamtbild der verschiedenen Praxen gezeichnet, die in den Interviews angesprochen werden. Ziel ist es, darin wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen ihnen deutlich hervortreten zu lassen. Es geht um die Rekonstruktion bürgerschaftlichen Engagements im sozialen Bereich aus den Erzählungen der Engagierten als Grundlage, von der aus abschließend die fraglichen Bedingungen, unter denen sie sich engagieren, abgeleitet, beziehungsweise erschlossen werden.

Wie im Methodenkapitel angerissen (siehe oben: 2.1.3), fällt auf, dass sich die Interviewten nicht allein auf ihr Engagement in ihren Projekten – sozusagen auf ihren öffentlichen Alltag –, sondern immer wieder auch auf Erfahrungen am Arbeitsmarkt, im Haushalt, im Jobcenter beziehen, also auf die Anteile ihres Alltags, die als eher privat gelten können. Sofern diese Akzentsetzung nicht der im Leitfaden enthaltenen Frage nach Erfahrungen mit Maßnahmen der Beschäftigungsförderung geschuldet ist, sondern sich aus der Assoziationskette der Interviewten wie von selbst ergibt – dies ist überwiegend der Fall –, lässt sich diese Thematisierung der eigenen Betroffenheit als Hinweis auf die enge Verflechtung von öffentlichem und privatem Alltag lesen: Über das Eine lässt sich nicht adäquat sprechen, wenn man nicht auch das Andere behandelt. Soviel sei hier vorweggenommen: Die Trennung zwischen zwei Bereichen wird nicht nachträglich und gegenstandsfern erst in der Auswertung der Interviews vollzogen, sondern die Interviewpartner selbst unterscheiden ihre gleichwohl verzahnten Praxisfel-

der voneinander. Die weitgehend selbst gewählte und sinnstiftende Praxis im Engagement stellt für sie eine Alternative zu ihrer weitgehend fremdbestimmten und als sinnärmer empfundenen Praxis als Teilnehmer am Arbeitsmarkt oder als Konsument dar.

Noch aus einem weiteren Grund sind die vermeintlich rein privaten Erfahrungen, die in den Interviews zur Sprache kommen, von Interesse: wenn es um die Voraussetzungen bürgerschaftlichen Engagements geht. Denn gerade im privaten Kontext eigener Betroffenheit werden Ansprüche an Sozialleistungen und die Qualität der Verwaltungspraxis der Sozialbehörden formuliert. Wenn die zugrunde liegenden sozialen Rechte in ihrer Funktion als Bürgerrechte zur Gewährleistung gesellschaftlicher, kultureller und politischer Teilhabe hinterfragt werden sollen, dann darf der private Bereich der Lebenshaltung und der Teilnahme am Arbeitsmarkt, auf den sie sich unmittelbar auswirken, nicht ausgeblendet werden.

In diesem Sinne wird im Folgenden noch vor der Rekonstruktion des bürgerschaftlichen Engagements im sozialen Bereich (siehe unten: 3.2) zunächst auf die in den Interviews angesprochenen Erfahrungen am Arbeitsmarkt eingegangen, des Weiteren auf Probleme, den eigenen Haushalt am Existenzminimum führen zu müssen sowie auf Erfahrungen im Jobcenter und bei der Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsförderung.

3.1.1 Prekäre Beschäftigung und Erwerbslosigkeit

Die Erwerbstätigen unter den Interviewpartnern gehen durchweg einer geringfügigen Beschäftigung nach, sie arbeiten in so genannten Minijobs als Bürokraft, als Verkäuferin im Einzelhandel, als Raumpfleger in der Gebäudereinigung und als Mechaniker in einem technischen Reparaturbetrieb. Einige von ihnen vermeiden die halboffizielle Bezeichnung „Minijobs“ und nennen ihre Stellen stattdessen „Nebenjobs“. Vermutlich ist für sie jener Ausdruck, ähnlich wie die Wendungen „Hartz IV“ oder „Jobcenter“, stark negativ besetzt. Doch eine komplementäre, ökonomisch tragfähige Hauptbeschäftigung, die das Wort „Nebenjob“ nahelegt, und die eine nur wenige Stunden pro Woche umfassende Beschäftigung vielleicht als attraktive Ergänzung erscheinen ließe, fehlt ihnen. Die Entlohnung ist in jedem Fall äußerst niedrig und ihre Arbeitsstelle würde ihnen als alleinige Einkommensquelle nicht ausreichen, um daraus die Kosten für das Lebensnotwendige zu decken. Deshalb haben sie, ähnlich wie Erwerbslose, einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung, und sie erhalten vom Jobcenter ein so genanntes ergänzendes und bezogen auf die Regelleistung entsprechend gekürztes ALG II.

Über die Arbeitsbedingungen in ihren Jobs sprechen in den Interviews nur Wenige detailliert, dieses Thema wird eher en passant behandelt, und so ließe sich anhand einzelner Hinweise nur spekulieren, ob das aufstockende Arbeitslosengeld ihr knappes Erwerbseinkommen bis auf die Höhe des Existenzminimums ergänzt, oder ob eher der Lohn einen geringfügigen Hinzuverdienst darstellt, mit dem sich diese Fürsorgeleistung individuell etwas aufbessern lässt. Als ähnlich prekär erscheinen die Rahmenbedingungen ihrer ehemaligen, nach einiger Zeit im Betrieb inzwischen wieder verlorenen Arbeitsstellen, von denen manche Interviewpartner erzählen. Diese hatten in den Jahren zuvor zeitweilig als Callcenter-Agent, als Wachmann im Sicherheitsgewerbe beziehungsweise als Zustellerin für ein privates Postunternehmen gearbeitet.

Insgesamt war die Arbeit für die meisten Befragten in den vergangenen Jahren offenbar eher von Wechselfällen statt von Verlässlichkeit geprägt; verschiedene Minijobs folgten aufeinander, und es schoben sich Phasen der Erwerbslosigkeit zwischen solche der prekären Beschäftigung. Als konstant hingegen erscheint in diesem Zusammenhang besonders die Abhängigkeit von ALG-II-Leistungen und damit vom Jobcenter. Eine Interviewpartnerin meint rückblickend, durch ihre ehemaligen Minijobs hätte sie immerhin Arbeit gehabt. Doch andererseits, beklagt sie, wäre sie als Aufstockerin, die neben ihrem Lohn auf ergänzendes ALG II angewiesen war, trotzdem abhängig vom Jobcenter geblieben (#16: 116).

Je weiter die Erzählungen über die in Arbeitsverhältnissen gesammelten Erfahrungen in die vergangenen Jahre und Jahrzehnte zurückreichen, als desto befriedigender, sicherer und verlässlicher erscheinen Arbeitsbedingungen und Entlohnung darin. Wer momentan Arbeit hat, zeigt sich zwar froh darüber; auffällig ist der von vielen Interviewpartnern nachdrücklich geäußerte Wunsch, arbeiten gehen zu können. Doch die wirklich gute Arbeit, an die man sich gerne erinnert, liegt nicht in der Gegenwart, sondern in der Vergangenheit, als man noch Schichtarbeit im produzierenden Gewerbe geleistet hatte, von den Kollegen zum Betriebsrat gewählt worden ist, einen erlernten Beruf ausgeübt hatte und bei der Post, in einem großen Logistikunternehmen, in einem Handwerksbetrieb, bei einer Versicherungsgesellschaft oder in einem anderen respektablen Betrieb angestellt gewesen war.

Erwerbsarbeit stellt sich den Erzählungen zufolge als ein schwer zugängliches Feld dar, in dem die Grenzen generell eng gezogen und schwer zu verschieben sind. Denn es gibt aus der Sicht einiger Interviewter zu wenig offene und zur eigenen Qualifikation passende Stellen, als dass man sich mit Aussicht auf Erfolg darauf bewerben könnte. Einige stellen mehr duldsam als resignativ oder klagend fest, dass sie gewisse Altersgrenzen überschritten haben: „Ich habe

einen Minijob. Weil feste Anstellung ist schlecht, ich bin über 50. Ich bewerbe mich trotzdem.“ (#13: 13) Andere konstatieren, dass ihre eingeschränkte Mobilität („ohne Führerschein“, #06) ihren Möglichkeiten räumliche Grenzen setzt. Als erreichbar erscheinen am ehesten noch Minijobs und damit eine Position am Rande der Belegschaft eines Betriebes. Die Entlohnung in den eventuell erreichbaren Arbeitsstellen wird von einigen ausdrücklich als zu niedrig bemängelt, um ihnen eine Unabhängigkeit von Fürsorgeleistungen zu ermöglichen; andere betonen selbstbewusst, dass sie sich an solche beschränkten Möglichkeiten mit der Zeit angepasst hätten und sich nun notgedrungen mit Wenigem bescheiden würden. Die Anforderungen an ihre Arbeitsleistung werden von ihnen teils als zu hoch erfahren, um auf Dauer bewältigt werden zu können, teils als zu niedrig, um sinnstiftend zu wirken und Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit zu spenden.

Kaum etwas erfährt man aus den Interviews über die Strategien, die die Interviewpartner verfolgen, um am Arbeitsmarkt Fuß fassen, ihre geringen Aussichten auf eine angemessene Stelle verbessern oder von einer prekären in eine reguläre Beschäftigung wechseln zu können. Unbeirrt weitere Bewerbungen zu schreiben und wenigstens in einem Minijob, in einem Ein-Euro-Job oder einer anderen öffentlich geförderten Beschäftigung zu arbeiten, scheinen die wesentlichen Optionen zu sein, die aus Sicht der Interviewpartner dabei in Frage kommen und auf die sie ihre Zeit, Energie und Hoffnung verwenden. Daraus lässt sich nicht ableiten, dass tatsächlich keine anderen Wege von ihnen beschränkt werden, doch die nachteiligen Bedingungen auf dem Stellenmarkt erscheinen in den Erzählungen überwiegend als objektiv gegeben und individuell so gut wie nicht beeinflussbar. Eine Alternative dazu, sich in Geduld zu üben und nicht aufzugeben, ist offenbar für niemanden von ihnen in Sicht. Kritisch-nüchtern und zugleich duldsam und geradezu einsichtig äußert sich ein Mann, der in den Abendstunden als Reinigungskraft arbeitet, über die Interessen seiner Arbeitgeberin an geringen Lohnkosten, gegen die er sein eigenes Interesse an einer nicht-prekären Teilzeitstelle anstatt seiner bisherigen geringfügigen Beschäftigung nicht durchsetzen kann:

„Ich mache zurzeit Gebäudereinigung. Das ist aber nur ein Minijob. In Teilzeit traue ich mir das auch zu. Das Problem ist meine Arbeitgeberin. Die will nicht so. Die will da die Minijobs erhalten. Es geht da ja auch um Steuerabgaben und so weiter, ja, es ist schwer, da an Teilzeit ranzukommen.“ (#15: 23)

Diese Sätze lesen sich, als ob er den Interessenkonflikt zwischen seinem Wunsch und ihrem Willen („In Teilzeit traue ich mir das auch zu. Das Problem ist meine Arbeitgeberin. Die will nicht so.“) aus Einsicht in die Situation zu seinen Un-

gunsten entscheidet, statt ihn weiter zu thematisieren, geschweige denn auszufechten. Er begründet ihr Interesse nämlich zweifach mit einer seltsam altruistisch gefärbten Motivation („Minijobs erhalten“) sowie mit einem handfesten finanziellen Motiv („Es geht da ja auch um Steuerabgaben.“). So bleibt ihm nichts übrig, als zu konstatieren: „Ja, es ist schwer, da an Teilzeit ranzukommen.“

Als Teufelskreis aus steigender Arbeitsbelastung und sinkender Belastbarkeit auf der Arbeit lassen sich die Erfahrungen zweier Frauen zusammenfassen, die unabhängig voneinander vor einer jeweils langjährigen Phase der Erwerbslosigkeit als Briefzustellerinnen gearbeitet hatten und an den dort vorherrschenden widrigen Arbeitsbedingungen gescheitert sind. Ihr Arbeitspensum sei ständig gestiegen, erinnert sich eine von ihnen, so dass es in der vorgesehenen Zeit nicht mehr zu bewältigen gewesen sei. Lediglich vier Stunden ihrer täglichen Arbeitszeit seien ihr von der Firma, bei der sie angestellt war, bezahlt worden, sie hätte jedoch bis zu zwölfeinhalb Stunden täglich arbeiten müssen, um ihr Soll zu erfüllen. Das habe ihr schließlich „das Genick gebrochen“, sie sei „seelisch krank geworden“ und habe Depressionen bekommen. Auf der Arbeit habe sie ihre Tätigkeiten nach einer gewissen Zeit wie mechanisch ausgeführt, sie habe „nur noch funktioniert“. Auch in ihrer verbleibenden Freizeit habe sie weitgehend die Fähigkeit verloren, zu handeln (#16: 22ff., 84ff.). Während sie in dieser Zeit nur geringfügig beschäftigt war, war die zweite Briefzustellerin auf einer regulären Vollzeitstelle angestellt. Ihre tariflich regulierten Arbeitsbedingungen seien dort zunächst sehr günstig gewesen, betont sie, und hätten sich erst in den Jahren vor ihrer Entlassung nach und nach verschlechtert.

„Es wurde immer von oben Druck aufgebaut, man ist zu langsam, man müsste schneller arbeiten. Bloß, mit 50 ist das dann so eine Sache, da ist man natürlich nicht mehr so schnell wie mit 20 oder 30. Ist doch logisch, ja? Und, ja, irgendwann konnte ich dann nicht mehr, nervlich und auch krankheitsbedingt, das kam dann noch mit hinzu.“ (#14: 8)

„Ich habe die Arbeit *sehr* gern gemacht, das hat wirklich Spaß gemacht. Aber in den letzten Jahren war es nicht mehr so schön dann. Also das war sehr stressig, die XXX [Aufgaben] wurden immer mehr, die Arbeit immer länger, und man kam manchmal erst abends heim. Von früh um sieben bis abends, irgendwo hält man das dann nicht mehr aus.“ (#14: 11)

Auch die ehemals prekär beschäftigte Zustellerin deutet im Interview gelegentlich an, dass sie schließlich an einem Punkt angelangt sei, an dem es ihr gesundheitlich unmöglich wurde, unter den beschriebenen Bedingungen weiterzuarbeiten. Als sie im Interview jedoch konkreter auf das Ende ihres Arbeitsverhältnis-

ses eingeht, beschreibt sie diesen Moment als eine Gelegenheit, aktiv eine letzte Entscheidung treffen zu können. Der Stolz, der dabei mitschwingt, deutet auf ein ihr möglicherweise wichtiges Motiv hin, auf der Arbeit nicht quasi zurückgefallen und liegen geblieben zu sein, sondern selbstbestimmt ausgestiegen und so noch einmal aktiv geworden, statt duldsam geblieben zu sein. Als ihre Firma ihr nämlich zuletzt den Lohn schuldig geblieben sei, habe sie sich schließlich dazu entschieden, ihren Job zu kündigen (#16: 22ff.).

Während mehrere der interviewten Männer und Frauen von ihren Tätigkeiten als geringfügig Beschäftigte erzählen, bezieht sich niemand auf eigene Arbeits-erfahrungen in der Leiharbeitsbranche, die im Zuge der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Hartz-Gesetzgebung gewachsen ist. Da dieses Thema nicht systematisch abgefragt wurde, bleibt es unklar, ob tatsächlich niemand von ihnen bisher als Leiharbeiter gearbeitet hat. Zumindest thematisieren einige Interviewpartner, die sich pessimistisch über die allgemeine Entwicklung am Arbeitsmarkt äußern, die Arbeitsbedingungen in der Leiharbeitsbranche. In diesem Zusammenhang wird bemängelt, dass Entleiher vergleichsweise weitreichend über Zeit und Einsatzorte ihrer Angestellten verfügen würden, während diese unterbezahlt seien und für die damit verbundenen Nachteile nicht annähernd entschädigt würden. Missmutig bemerkt ein Interviewpartner, dass die Arbeitsvermittlung Erwerbslose gezielt dazu auffordere, sich auf Stellen in dieser Branche zu bewerben (#05: 146). Sein Sohn, so ein anderer, sei einmal bei einer solchen Leiharbeitsfirma beschäftigt gewesen. Er habe dort äußerst flexibel und mobil sein müssen und hätte deshalb zusätzliche Mietkosten für eine Zweitwohnung in Kauf genommen, während ihm die Firma zeitweilig den Lohn vorenthalten habe: „Da wirst du dann *da* hin gesteckt, *da* hin gesteckt, *da* hin gesteckt. Und das Endresultat: Da zahlst du drauf.“ (#06: 108) Ein anderer kritisiert die Entlohnung in der Branche generell als zu gering. Die daraus resultierende Einkommensarmut trotz Arbeit ließe sich seiner Ansicht nach auch durch den Mindestlohn für Leiharbeiter nicht vermeiden, wie ihn die Bundesregierung unmittelbar zuvor für verbindlich erklärt hatte:

„Jetzt wollen sie doch den Mindestlohn einführen für die Zeitarbeitsfirmen. Und den haben die angesetzt mit ungefähr sieben Euro. Was soll das? Da sind zehn Euro schon zu wenig. Wenn man ausrechnet, mit zehn Euro die Stunde, da bleibt man im Monat unter dem Existenzminimum. [...] Und dann zählt man als arm [...], weil man immer noch zum Amt laufen und Unterstützung holen muss. Damit kommt man ja nicht aus. Es reicht ja kaum zur Miete. Man geht den ganzen Tag arbeiten und kann nicht mal die Miete bezahlen. Das geht wohl nicht.“ (#04: 97)

Neben den allgemeinen Arbeitsbedingungen kann auch die besondere Aufgabenstellung im Job auf Dauer als schwer erträglich empfunden werden, so dass der Verlust einer solchen Stelle nicht als Schock, sondern als Erleichterung erlebt wird. Ein ehemaliger Callcenter-Agent begründet rückblickend seinen Wunsch, aus dieser Anstellung entlassen zu werden, moralisch: Es habe ihm nicht gefallen, in seinem Job potenzielle Kunden per Anruf zum Kauf überreden zu müssen: „Ich habe mich jahrelang in Callcentern herumgetrieben. [...] Ich habe teilweise den Leuten Sachen aufgeschwatzt, das war nicht mein Fall.“ Die aus seiner Sicht nicht unerhebliche Entlohnung stellt für ihn auf Dauer offenbar keine hinreichende Entschädigung dar:

„Es war zum Kotzen ganz einfach. Teilweise, ja. Einmal war ich richtig glücklich, dass ich die Kündigung gekriegt habe. [...] Was manche da in dem Callcenter abgezogen haben, mit Menschen, das hat nicht mal auf die berühmte Kuhhaut gepasst, das ging nicht, das war unmöglich.“ (#15: 19)

Seine Ablehnung bezieht sich konkret auf solche als manipulativ erlebten Kundengespräche und nicht generell auf seine ehemalige Tätigkeit im Callcenter, denn mit seinen Aufgaben in einem anderen Betrieb zeigt er sich durchaus zufrieden:

„Da haben wir mit *Firmen* verhandelt, und da bin ich wirklich davon ausgegangen, und bin immer noch der Meinung, dass das wirklich was Reelles war. Dass da nicht irgendwelche armen Menschen über den Tisch gezogen wurden. Denn das kann ich nicht. Ich habe so was wie ein Gewissen.“ (#15: 23)

Doch von sich aus zu kündigen, kommt für ihn nicht infrage, da er in dem Fall mit Sanktionen des Jobcenters rechnen müsste: „Man kann ja als Hartz-IV-Empfänger nicht mal einen Minijob kündigen. [...] Also musste ich dafür sorgen, dass die mir kündigen. Ja? Es war eine Erlösung. *Echt*.“ (#15: 19) Er erreicht sein Ziel, entlassen zu werden, indem er einen Streit mit einer Kollegin provoziert, die die von ihm kritisierten Aufgaben mit besonderem Eifer erfüllt: „Die Frau hab ich rund gemacht.“ (#15: 19)

Es wäre zumindest denkbar, dass die moralische Seite seiner Erzählung eher eine nachträgliche Rechtfertigung darstellen könnte als eine authentische Begründung seines Interesses daran, entlassen zu werden. Davon unberührt dokumentieren die Zitate ein ausgeprägtes Interesse nicht allein an einer Arbeitsstelle an sich, sondern gerade an der Möglichkeit, zwischen verschiedenen Tätigkeiten begründet wählen und gegebenenfalls kündigen zu können. Der Interviewpartner

stellt sich anhand seiner Schilderung als selbstbewussten, kritischen und auch unter schwierigen Bedingungen noch handlungsfähigen Arbeitnehmer dar; als solcher möchte er offensichtlich im Interview erscheinen und wahrgenommen werden. Der Lösungsweg, den er in seinem Dilemma, die Anstellung verlieren zu wollen, sich aber eine Kündigung nicht leisten zu können, schließlich einschlägt, besteht im Streit mit einer Kollegin. Mit seinem Arbeitgeber kommuniziert er in diesem Zusammenhang also offenbar nur vermittelt über diesen Streit. Der grundlegende Konflikt zwischen seinen Interessen als prekär beschäftigtem Arbeitnehmer einerseits und den davon unterschiedenen jeweiligen Interessen von Jobcenter und Arbeitgeber andererseits erscheint aus seiner Perspektive offenbar allein durch einen nachrangigen Konflikt unter Kollegen lösbar, den er deshalb provoziert. Einen alternativen Lösungsweg entwirft er im Laufe des Interviews nicht; es bleibt also zumindest unklar, ob er auch einen anderen, solidarischeren Ausweg aus dem Arbeitsvertrag für sich in Erwägung gezogen hat.

Ungeachtet solcher Kritik an den Arbeitsbedingungen, stellt sich aus Sicht der meisten, die über dieses Thema sprechen, die Teilnahme am Arbeitsmarkt als alternativlos dar. Verschiedene und nicht immer deckungsgleiche Ansprüche und Erwartungen werden an den Besitz einer Arbeitsstelle erhoben: überhaupt Arbeit zu haben, statt erwerbslos sein zu müssen; Geld zu verdienen und sich etwas mehr als bislang leisten zu können; Anerkennung zu erfahren, etwas Sinnvolles tun zu können und gebraucht zu werden.

Bereits im Kontext der thematisierten widrigen Arbeitsbedingungen wird jedoch klar, dass sich solche Ziele in der Realität oft ausschließen und eine bestimmte Arbeitsstelle beispielsweise persönlich unbefriedigende und unerträglich frustrierende Aufgaben umfassen kann. So vehement mehrere Interviewpartner betonen, unbedingt arbeiten zu wollen, zeigt sich doch in vielen Fällen, dass es immer wieder darauf ankommt, auszutarieren, welche Abstriche an die eigenen Ansprüche man dabei in Kauf zu nehmen bereit ist und welche Haltelini- en man nicht überschreiten will. Ein starkes Interesse daran, überhaupt irgendeiner Arbeit nachzugehen, zieht sich generell durch die Interviews. Es gehöre einfach zu ihrer inneren Einstellung, meint beispielsweise eine Interviewpartnerin, auch wenn es einmal unangenehm sei, morgens aufzustehen und etwas zu tun, statt untätig zu Hause zu bleiben. Zwanzig Jahre lang sei sie jeden Tag zur Arbeit gegangen, um sich und ihre Familie zu ernähren, und sie habe das gerne gemacht; sie sei überhaupt nicht dazu in der Lage, träge zu sein (#11: 66). Eine andere Frau befürchtet, es würde ihr Depressionen bereiten, wenn sie untätig zu Hause bleiben müsste, denn sie brauche die Arbeit regelrecht (#16: 69). Auch ein weiterer Interviewpartner äußert seinen unbedingten Wunsch zu arbeiten: „Ich bin jemand, der wirklich arbeiten will, ich *möchte* ja was tun. Man bietet

mir aber die Möglichkeit nicht.“ (#01: 115) Sein dringendes Interesse an Arbeit begründet er damit, dass er auf diesem Wege dem Vorwurf der Faulheit entgegen könne. Er wolle sich auf keinen Fall dem weit verbreiteten Vorurteil gegen Erwerbslose aussetzen, er würde „mit dem fetten Arsch auf dem Sofa sitzen, Chips fressen und Flasche Bier trinken“ (#01: 115).

Ein weiteres Motiv dafür, sich auf dem Arbeitsmarkt zu bewerben, besteht darin, durch eine Stelle eventuell ein höheres Einkommen zu erzielen, eine gegenwärtige materielle Notlage zu überwinden und sich aus der Abhängigkeit vom Jobcenter zu befreien. Ein prekär Beschäftigter beispielsweise bringt an einer Stelle im Interview spontan seinen dringenden Wunsch zum Ausdruck, einmal wieder einen Lebensstandard erreichen zu können, der nicht mehr wesentlich von Verzicht geprägt sei. Ein hinreichendes Einkommen erhofft er sich von einer Beschäftigung, die seiner Qualifikation entspricht; dafür würde er auch seine ehrenamtliche Arbeit, die ihm einiges bedeutet, ohne zu zögern aufgeben:

„Ich bewerbe mich weiterhin. Wenn ich jetzt auf dem ersten Arbeitsmarkt oder wo auch immer wieder was finde in meinem gelernten Beruf, dann wäre ich weg, da brauch ich auch nicht lange zu überlegen, denn selbst wenn ich weiß, ich mache das hier [die ehrenamtliche Arbeit, LEV] gerne, und es würde mir etwas fehlen, da bin ich ehrlich genug, wenn ich morgen was finde, und das spricht mich an, dann bin ich weg, da brauch ich auch nicht zwei Sekunden nachzudenken, da bin ich weg. Denn wenn Sie wissen, was man bei Hartz IV bekommt, da können Sie sich vorstellen, dass man an der einen oder anderen Stelle schon Einschränkungen machen muss. So, und wenn ich weiß, auf was ich alles verzichten muss, was ich mir nicht leisten kann, was ich mir gerne leisten würde, dann ist doch ganz klar, wenn sich da was bieten würde, wäre ich auch weg. Aber wie gesagt, es muss auch passend sein.“ (#12: 62)

Aus seiner Aussage lassen sich verschiedene Motive und Ziele ableiten, die eher miteinander verwoben als deckungsgleich zu sein scheinen. Das offenbar anspruchsvollere und von ihm besonders begehrte Ziel („da brauch ich auch nicht zwei Sekunden nachzudenken“) scheint eine reguläre Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu sein, sofern sie mit seiner Berufsqualifikation als Facharbeiter übereinstimmt und ihm attraktiv erscheint („und das spricht mich an“). Zumindest aber will er – nicht unbedingt auf dem ersten Arbeitsmarkt, sondern „wo auch immer“ – wieder etwas mehr verdienen, um ein Leben oberhalb des ALG-II-Satzes führen zu können. Ob er mit der relativierenden Formulierung „wo auch immer“ eine Beschäftigungsmaßnahme auf dem zweiten Arbeitsmarkt meint, eine Selbständigkeit oder eine andere Alternative, lässt sich anhand des Interviews nicht bestimmen. Es lässt sich auch nicht eindeutig feststellen, welche

Priorität er diesen Zielen jeweils beimisst, ob es sich etwa um langfristige oder kurzfristige Ziele handelt und ob die Bedingung, dass die gewünschte Stelle seiner Qualifikation entspricht, tatsächlich eine Haltelinie markiert, die er nicht überschreiten würde. Schließlich begründet er seine Motivation nicht mit dem Wunsch, bestimmte Tätigkeiten auszuüben, sondern mit dem Interesse daran, sich wieder etwas leisten zu können, worauf er lange verzichten musste. Es wäre denkbar, wenn auch nicht zweifelsfrei zu belegen, dass eine Anstellung als qualifizierte Fachkraft statt wie bisher als Minijobber, aus seiner Sicht die einzige Möglichkeit darstellen würde, ein in nennenswertem Umfang höheres Einkommen erzielen zu können. Nicht weniger plausibel ist folgende Lesart der zitierten Interviewpassage: Trotz der schwierigen Lage, in der er sich durch sein geringes Einkommen befindet, und der er dringend entrinnen will, leistet er es sich, gewisse Ansprüche an eine mögliche Anstellung zu stellen: „Aber wie gesagt, es muss auch passend sein.“ Auf diese Weise präsentiert er sich im Gespräch als jemand, der ein Jobangebot kritisch prüfen und eventuell ablehnen kann, statt ungefragt nehmen zu müssen, was da kommt, und behauptet so seine Autonomie und Würde.

Abstriche und Zugeständnisse bei der Arbeitssuche zu machen, ungünstige Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen, darauf lassen sich offensichtlich die meisten Interviewpartner notgedrungen ein. Doch das bedeutet nicht, dass sie ihre Ansprüche als selbstbewusste Arbeitnehmer vollständig aufgeben; ihre Arbeitseinstellung entspricht also nicht – zugespitzt formuliert – dem Motto „Hauptsache Arbeit!“. Zumindest eine bescheidene Anspruchshaltung gegenüber den Konditionen, unter denen ein Arbeitsvertrag zustande kommt, beziehungsweise von Bewerbern abgelehnt wird, kommt in verschiedenen Interviews zum Ausdruck. So erwähnt ein ehemaliger Wachmann, wie er einmal das Angebot einer Anstellung aus dem Grund ausgeschlagen habe, dass ihm die Stelle seiner Ansicht nach viel zu niedrig vergütet gewesen wäre – er hätte für die gleichen Tätigkeiten, für die er früher „anständig“ bezahlt worden sei, nun deutlich weniger Lohn erhalten. Zuvor hatte er jedoch in demselben Betrieb, offenbar ohne Einwände, ein Praktikum absolviert (#07: 19, 21). Im Laufe des Interviews wird außerdem deutlich, dass er gegenwärtig auf freiwilliger Basis und unentgeltlich als ehrenamtlicher Betreuer arbeitet – und dabei in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zu den professionellen, hauptamtlichen Betreuern aus seiner Einrichtung steht. Sein Anspruch auf eine angemessene Bezahlung scheint also an die Rolle gekoppelt zu sein, die er im Arbeitsleben jeweils ausfüllt. Als Praktikant oder Freiwilliger ist er bereit, auf eine Vergütung für seine Arbeit zu verzichten, und nimmt so in Kauf, was er als Angestellter unter einem Arbeitsvertrag rigoros ablehnen würde. So unterscheidet er im Interview gelegentlich zwischen seiner

freiwilligen und „richtiger Arbeit“, und macht diese Differenz nicht an der Tätigkeit, sondern an deren vertraglichem Rahmen fest. Die Rolle als Arbeitnehmer erscheint so als besonders sensibler Bereich, in dem schwerer zu dulden ist, was in anderen Rollen und Bereichen – hier Praktikum und Ehrenamt – teils sogar mit Freude und auf eigene Initiative akzeptiert wird. Um seinen Anspruch zu behaupten, keinen beschämend niedrigen Lohn für die eigene Arbeit akzeptieren zu müssen, verzichtet jener ehrenamtliche Betreuer und ehemalige Wachmann sogar in einem Fall auf jegliche Vergütung, denn er lehnt die ihm angebotene Stelle selbstbewusst ab.

Über ihre Arbeitserfahrungen oder ihren Alltag in der Erwerbslosigkeit sprechen mehrere Interviewte spontan, einige von ihnen erzählen sogar ausführlich davon. Sie alle haben in den vergangenen Jahren mindestens einmal ihre Anstellung verloren und haben Zeiten der Erwerbslosigkeit erfahren. Vor diesem Hintergrund fällt auf, dass lediglich eine Interviewpartnerin die besondere Situation der Kündigung etwas eingehender schildert. Es belastet sie offensichtlich auch nach Jahren noch, davon zu erzählen; sie bemerkt ausdrücklich, dass es ihr schwer falle, über dieses Thema zu sprechen, und deutet an, dass sie seinerzeit mit Suizidgedanken gespielt hätte. Gerade der vermutlich besonders schmerzhafteste Moment, in dem sie die Kündigung erhält, bildet bezeichnenderweise eine Leerstelle in ihrer knappen Schilderung:

„Ja, es war für mich sehr, sehr schlimm gewesen, ich bin froh, dass ich meine Familie hatte. Es kommen dann zum Teil bei dieser Situation ganz schlimme Gefühle auf, die man dann eigentlich nur beherrschen kann, indem man eine Familie hat, die sich um einen kümmert, die wirklich *da* ist, die wirklich zu einem steht und sagt: ‚Wir fangen Dich auf.‘ Ja, also sonst gäbe es mich wahrscheinlich heute nicht mehr. Also, ich hatte da ganz böse Gedanken gehabt, dass ich selber mir eventuell was antun könnte, aber mein Mann, ich hab meinen Mann angerufen, der sagte: ‚Das kriegen wir *alles* auf die Reihe. Ja, komm erstmal heim, und dann sehn wir weiter.““ (#14: 19)

Es bleibt erklärungsbedürftig und kann anhand der Interviews nicht entschieden werden, warum gerade der Moment des *Verlustes* der Arbeitsstelle in den Erzählungen anderer Interviewpartner ausgeblendet bleibt, während die Phase des *Fehlens* einer Beschäftigung eine Erfahrung darstellt, auf die viele ohne zu zögern eingehen. An dieser Stelle sei an die zwei zuvor zitierten Interviewpartner erinnert, auf die die Kündigung genugtuend, erleichternd oder regelrecht erlösend gewirkt hat. Sie betonen dabei, dass sie auf eigene Entscheidung gekündigt beziehungsweise eine Kündigung durch den Arbeitgeber absichtlich provoziert hätten. Begreift man im Kontrast dazu den Augenblick, in dem jemand von sei-

ner Entlassung durch den Arbeitgeber erfährt, als einen Moment, in dem Ohnmacht und Passivität in besonderem Maße erfahrbar werden, dann könnte gerade in der Peinlichkeit solcher Erfahrung, das heißt im Schmerz und in der Scham, möglicherweise ein Grund dafür liegen, dass über sie im Interview nicht gesprochen wird. In der Erwerbslosigkeit ebenso wie unter erdrückenden Arbeitsbedingungen hingegen besteht die Möglichkeit, ein Mindestmaß an selbstbestimmter Aktivität aufrechtzuerhalten, zumindest, solange man nicht an den prekären Lebensumständen zerbricht.

3.1.2 Einkommen und Lebensstandard

Ob prekär beschäftigt oder ohne Erwerbsarbeit – allen Interviewten ist gemeinsam, dass sie ihren Lebensunterhalt aus einem Einkommen bestreiten, das sich am offiziellen Existenzminimum bewegt. Wenn sich die Interviewfragen auch nicht ausdrücklich auf die Höhe ihres jeweiligen monatlichen Einkommens richten, gehen mehrere Interviewpartner von sich aus auf dieses Thema ein und gewähren so einen begrenzten Einblick in die Schwierigkeiten, die sich ihnen bei der Lebenshaltung am Existenzminimum – für einige mindestens seit Beginn der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2005 – stellen. Eine Frau, die bereits mehrere Jahre vor den Hartz-Reformen erwerbslos geworden ist, vergleicht aus ihrer Sicht den Bezug von Arbeitslosenhilfe mit dem von ALG II. Für sie und ihren Mann habe die Umstellung eine enorme Senkung ihres Einkommens bedeutet:

„Der Unterschied war riesig. Ich habe ja vorher bei XXX [Unternehmen] gearbeitet, als Tarifkraft, und da gab es ja einen sehr guten Lohn, nach dem sich heute jeder sehnen würde, und darum kann man sowas eigentlich auch gar nicht von sich aus aufgeben und sagen: ‚Ich muss jetzt hier aufhören, ich muss jetzt hier raus.‘ [...] Ich hatte auch eine sehr gute Arbeitslosenhilfe. Und mein Mann auch, der war auch in der Arbeitslosenhilfe gewesen, der war ja auch arbeiten. Und immer mal zwischendurch, da gab es immer mal wieder Zeiten mit Arbeitslosigkeit und dann wieder mit Arbeit.“ (#14: 23)

Sie hätte damals zwar einerseits damit gerechnet, dass ihr Einkommen durch die Hartz-Reformen sinken würde, hätte es aber andererseits nicht für möglich gehalten, dass ein Gesetz mit solchen negativen Konsequenzen für die Betroffenen tatsächlich politisch durchgesetzt würde. Selbst als sie davon im Rahmen des Interviews erzählt, scheint sie es noch nicht wahrhaben zu wollen: „Wir haben immer gedacht, das kann gar nicht sein, das ist jetzt ein Witz, dass es, das kann gar nicht durchkommen, so was, aber es ist eben durchgekommen.“ (#14: 91)

Führt man sich die Konsumgüter vor Augen, die von den Interviewpartnern im Laufe ihrer Erzählungen erwähnt werden, die erwerben zu können ihnen offenbar wichtig ist, aber die sie sich angesichts ihres geringen Einkommens nicht unbedingt leisten können, dann fällt auf, dass es sich dabei durchweg um Waren und Dienstleistungen handelt, mit denen Grundbedürfnisse befriedigt werden. Dazu gehören Lebensmittel in hinreichender Menge, Umfang und Auswahl, Fahrten mit dem ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr), Elektrizität, Arztbesuche und Heilmittel, die Warmmiete usw. So stellt beispielsweise ein freiwilliger Mitarbeiter einer Tafel fest, dass gegen Ende eines jeden Monats seine Lebensmittel für gewöhnlich bereits aufgebraucht sind, ohne dass noch Geld für den nötigen Einkauf übrig ist:

„Eigentlich ist das fast jeden Monat so, dass ich, wenn ich nicht grade hier [in der Tafel, LEV] Glück habe wie jetzt, da kann ich vielleicht auch mal ein Brot mehr [aus dem Lebensmittellager, LEV] mitnehmen, das macht sich schon bemerkbar, aber ansonsten, wenn die Durststrecke wieder kommt, dann sehe ich eben am Monatsende, dass nichts mehr da ist. Denn es ist ja nicht nur die Monatskarte, ich muss ja auch noch meine Medikamente und alles Drum und Dran dazufinanzieren, also, das merkt man dann schon.“ (#12: 46)

Eine Frau erzählt, sie habe früher einmal mit ihrer Arbeitsstelle zugleich die Wohnung verloren und so hätten sie und ihre Familie für einige Monate in einer Notunterkunft gelebt und seien von einer Sozialarbeiterin betreut worden. Sie geht auf dieses Thema nicht näher ein, deutet an einer späteren Stelle im Interview jedoch an, dass sie insgeheim Einwände gegen solche Betreuung gehabt habe, sich jedoch in ihrer Situation nicht wagt, diese gegenüber dem Amt geltend zu machen (#16: 20). Sie habe gegenwärtig Mietschulden, die sie während der Beschäftigungsmaßnahme, an der sie nun teilnehme, endlich zurückzahlen wolle (#16: 63ff.).

Ein Thema, das in mehreren Erzählungen angerissen wird, handelt davon, wie man mit Hartz IV oder Sozialhilfe über die Runden zu kommen versucht. Einige Interviewpartner sprechen teils mit einem gewissen Stolz, teils gleichmütig davon, wie sie ihren Lebensstandard und ihre Ansprüche im Laufe der Jahre gesenkt und so an ihr geringes Einkommen angepasst haben. Andere erwähnen, wie sie auf anderen Wegen an Waren gelangen, die sie sich aus ihrem Regelsatz nicht leisten könnten – beispielsweise durch die Tafel – oder dass sie durch geförderte Beschäftigung und in Jobs ein wenig hinzuverdienen können. Ein in der Gebäudereinigung geringfügig Beschäftigter unterstreicht und illustriert den besonderen Wert, den sein zusätzliches Erwerbseinkommen durch einen Minijob für ihn im Alltag darstellt:

„Geld ist wichtig, das wissen wir alle. Ich weiß, durch den Minijob komme ich regelmäßig zum Sparen. Ich gebe zu, was das Essen angeht, da lasse ich’s mir für einen Hartz-IV-Empfänger gesehen *verdammte* gut gehen [Lachen]. Ich arbeite jeden Abend von 19 bis 21 Uhr, wenn ich heimkomme, gibt’s was Warmes. Und wenn es nur eine Pizza ist. Also, jeden Abend was Warmes, dementsprechend muss ich auch mehr Energie bezahlen, logisch, aber das ist aufgrund meines Einkommens, das ich habe, ohne weiteres möglich, und dann spare ich aber auch nebenbei noch, so dass ich mir immer wieder auch was leisten kann, jetzt ist eine neue Brille dran [er zeigt seine beschädigte Brille, LEV]. Das Geld hab ich mir schon zusammengespart. Ja? Und ein Hörgerät ist auch dran. Ich brauch eins.“ (#15: 46)

Einen erheblichen Vorteil sieht er als chronisch Kranker darin, dank einer gesetzlichen Neuregelung nun zusätzliche Leistungen für Rezeptgebühren und bestimmte Heilmittel beim Jobcenter beantragen zu können:

„Ich muss nicht nur die zehn Euro für das Rezept, sondern auch extra Zuzahlungen leisten. Und seit 2010 kann ich mir *das* Geld vom Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] zurückholen. [...] Sie werden es nicht glauben, immer, wenn ich irgendwelche Zuzahlungen leisten muss. Ich komme *wirklich* regelmäßig zum Sparen.“ (#15: 55)

Zunächst fällt in diesem Zitat eine scheinbare Nebensächlichkeit auf: Statt die in seinem Fall zuständige Behörde mit deren reißerisch klingenden aber offiziellen Namen „Jobcenter“ zu bezeichnen, nennt er sie Arbeitsamt. So verwendet er einen Ausdruck aus der Zeit vor den Hartz-Gesetzen, der Einführung des ALG II und der Gründung von Jobcentern beziehungsweise Arbeitsgemeinschaften (ARGE), wie die gemeinsamen Einrichtungen von Bundesagentur und Kommunen bis 2010 teils hießen. Die gleiche Wortwahl treffen auch einige andere Interviewpartner, wie in mehreren Zitaten in diesem Kapitel deutlich wird. Es ist der weiteren Analyse vorausgreifend zu vermuten, dass es sich dabei nicht so sehr um eine bloße Ungenauigkeit handelt als vielmehr um eine verinnerlichte Strategie. Diese bestünde darin, soweit es die sprachliche Form ermöglicht, eine Distanz zu den negativ besetzten Institutionen des Hartz-IV-Systems zu wahren und sich gedanklich festzuhalten am für die Interviewten in weite Ferne gerückten System der Arbeitslosenversicherung mit seinem „guten Arbeitslosengeld“ (#10: 13) beziehungsweise an der inzwischen abgeschafften „sehr guten Arbeitslosenhilfe“ (#13: 23). Vom Arbeitsamt statt vom Jobcenter zu sprechen, obwohl doch das Jobcenter und nicht die Arbeitsagentur gemeint ist, hätte, wenn diese Interpretation zutrifft, die gleiche Bedeutung für das verletzte Selbstwertgefühl,

wie die Bezeichnung der eigenen geringfügigen Beschäftigung als Nebenjob statt als Minijob (siehe oben: 3.1.1).

Abgesehen davon: Eine gewisse Diskrepanz fällt ins Auge zwischen den von dem zitierten Interviewpartner als beachtlich bewerteten Möglichkeiten – „wirklich regelmäßig zum Sparen“ zu kommen, es sich „verdammst gut gehen“ zu lassen – und den bescheidenen Beispielen, die er dafür wählt – jeden Abend „was Warmes“ zu essen, sich eine Brille leisten zu können. Die zitierten Sätze des Minijobbers lassen sich vor diesem Hintergrund auch entgegen der Intention, die ihnen offenbar zugrunde liegt, lesen: Um sich eine zusätzliche warme Mahlzeit leisten zu können und um das Geld für eine Brille und ein Hörgerät beiseitelegen zu können – also um bestimmte Grundbedürfnisse zu decken – scheint dieser auf seine prekäre Beschäftigung und auf die zusätzlichen Leistungen des Jobcenters angewiesen zu sein. Hartz IV würde dazu nicht ausreichen. Die daraus resultierende Abhängigkeit insbesondere von seinem Minijob, auf den er im Unterschied zu den Sozialleistungen keinen Anspruch geltend machen kann, problematisiert er jedoch nicht. Ob die Ersparnisse, von denen er spricht, mit der Zeit wachsen, ob er sie wieder vollständig ausgibt, um notwendige Dinge wie Brille und Hörgerät zu bezahlen, und welche Käufe er sich eventuell außerdem leistet, lässt sich anhand des Interviews nicht bestimmen. Es wird hingegen deutlich, dass er sich als einen vergleichsweise unabhängigen und bessergestellten ALG-II-Bezieher beschreibt („für einen Hartz-IV-Empfänger“). Einen Vergleich mit Bürgern außerhalb prekärer Lebenslagen stellt er nicht an, eventuell kommt ihm dies nicht in den Sinn, möglicherweise scheut er den Vergleich. Vielleicht liegt die Bedeutung solcher systematischen Bescheidenheit eben darin: Solch ein gewissermaßen am untersten Bezugspunkt – dem Existenzminimum – geeichtes Maß erlaubt es, die Vorstellung aufrechtzuerhalten, noch über einen gewissen Handlungsspielraum und über Freiheiten in der Lebensgestaltung zu verfügen, obwohl der eigene Handlungsspielraum von der Mühe um die notwendigen Dinge geprägt ist.

Dem Beispiel eines anderen Interviewpartners lässt sich entnehmen, wie eine weniger bescheidene Anspruchshaltung zur persönlichen Belastung werden kann, wenn die begründeten Erwartungen unter den gegebenen Umständen ungelöst bleiben müssen oder hehre Prinzipien angesichts dringenderer Bedürfnisse notgedrungen aufgegeben werden. Seinem Wunsch nach etwas mehr Geld als er durch seinen ALG-II-Anspruch zur Verfügung hat, und den er sich durch befristete Jobs gelegentlich erfüllen kann, steht seine politische, gesellschaftlich reflektierte Haltung unversöhnlich entgegen, nicht unter prekären Bedingungen arbeiten zu wollen. Diesen Widerspruch schildert er als Konflikt mit sich selbst

und rechtfertigt sich dafür, seinem individuellen Interesse nachgegeben zu haben:

„Ich nenne es immer einen *inneren* Konflikt, das betrifft aber nicht nur Ein-Euro-Jobs oder Bürgerarbeit, das ist ja *alles*, was mit widrigen Löhnen zu tun hat. Ich habe zum Beispiel XXX [Honorartätigkeit] gemacht. Ich habe es gemacht, politisch lehne ich es *ganz* klar ab, [...] aber ich habe es dennoch gemacht. Weil ich mich in dem Moment als ein Individuum gesehen habe, und gesagt habe: ‚Ja, ich will ja auch mal ein bisschen Geld haben. Ich will mir ja auch mal etwas, auch wenn die Situation für mich jetzt so blöd ist, dass – deswegen hab ich es eben gemacht. Bei Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit wäre es das Gleiche, aber ich würde es wahrscheinlich machen. Weil man ja froh ist, dieses Geld zu haben. Denn das ist ja immer ein bisschen mehr Geld. Natürlich kann man damit keine Sprünge machen, aber es ist ja immer ein bisschen mehr als was man jetzt hat. Und das ist das Problem in diesem Konflikt, in dem man sich bewegt.“ (#03: 89)

Die geringe Höhe der Leistungen zum Lebensunterhalt und die Lebensbedingungen am Existenzminimum sind ein Thema, über das in den Interviews auch aus einer gewissen Distanz auf einer allgemein politischen Ebene gesprochen wird, ohne dass dabei auf die jeweils eigenen Lebensumstände eingegangen wird. Es bleibt dahingestellt, inwiefern entsprechende persönliche Erfahrungen dabei implizit mitverhandelt werden. So bemängelt ein Interviewpartner, dass es den Betroffenen angesichts des seiner Ansicht nach viel zu niedrigen Regelsatzes schwierig sei, sich Fahrten mit dem ÖPNV leisten zu können (#02: 207). Unter Umständen, fügt er an einer späteren Stelle des Interviews in diesem Zusammenhang hinzu, sei die gesellschaftliche Teilhabe nicht mehr gewährleistet, denn wer seine Fahrkarte nicht mehr zahlen könne, dessen „Wirkungsradius“ würde schwinden, er würde sich mehr und mehr isolieren und aus der Gesellschaft zurückziehen (#02: 251). Außerdem werde den Betroffenen durch den geringen finanziellen Spielraum als ALG-II-Bezieher die Entscheidungsmöglichkeit genommen, eine Arbeitsstelle zu akzeptieren oder abzulehnen (#02: 176). Ein anderer befürchtet, dass ALG-II-Bezieher nach und nach aus der Gesundheitsversorgung ausgegrenzt werden könnten, und will dieses Problem, über das er sich empört („Das kann doch nicht sein.“) und von dem er sich vermutlich auch persönlich betroffen fühlt (er wechselt unvermittelt in die erste Person: „ich muss es mir doch leisten können“, „dass das so nicht geht mit uns“), deshalb einmal zum Gegenstand seiner politischen Arbeit machen:

„Dann kann man sich eben die Krankheit nicht mehr leisten, man kann nicht mehr zum Arzt gehen. Das kann doch nicht sein. [...] Menschen zweiter Klasse, oder dritter Klasse.

Das kann nicht sein. Wenn ich krank bin, ich muss doch zum Arzt gehen können, ich muss es mir doch leisten können, oder nicht? Das ist noch ein großer Punkt, den wir noch ansprechen, der uns sehr am Herzen liegt, sag ich mal so, dass das so nicht geht mit uns.“ (#04: 160)

So wie die hier zitierten, sprechen auch weitere Interviewpartner über Fragen und Probleme des Einkommens und der Kosten ihrer Lebenshaltung. Die einen heben bei diesem in den Gesprächen eher randständigen Thema hervor, dass sie Dank einer gewissen Disziplin, die sie mit der Zeit angenommen haben, von ihrem Einkommen zumindest leben können. Andere betonen die Schwierigkeiten, die es ihnen dennoch bereitet, über den Monat zu kommen, und nennen Dinge, die sie sich nicht oder eventuell nicht mehr leisten können. Bei allen, die sich auf die eine oder andere Weise zu diesem Thema äußern, handelt es sich dabei um eine Art Ökonomie der Grundbedürfnisse. Es geht in den Erzählungen nie um die großen Sprünge, geschweige denn um einen verschwenderischen Konsum, sondern stets um das Grundlegende, Notwendige, um die warme Mahlzeit, die Miete, die Busfahrkarte, um eine neue Brille, weil die alte nicht mehr zu reparieren ist. Angesichts der weitgehend pauschalieren und auf einem äußerst niedrigen Niveau festgesetzten Fürsorgeleistungen handelt es sich bei dieser Ökonomie um eine objektive Bedingung, unter der alle Interviewpartner zu handeln gezwungen sein dürften, auch diejenigen, die auf dieses Thema nicht zu sprechen kommen, oder es in der dritten Person, quasi aus einer Beobachterperspektive, kommentieren: Man könne nicht mehr zum Arzt gehen, Betroffene könnten sich die Fahrkarte nicht leisten.

Abgesehen von den notwendigen Kosten der – in den zitierten Worten eines Interviewpartners – „Teilhabe am soziokulturellen Leben“, die wie im genannten Fall der ÖPNV-Monatskarte für den Interviewpartner nur unter dem Umstand bezahlbar sind, dass er am Ende des Monats an den nötigen Lebensmitteln spart, deutet sich hier ein weiterer möglicher Zusammenhang zwischen sozialem Engagement und einem Leben am Existenzminimum an: Diese Lebensbedingungen sind im Rahmen des Engagements als ein Problem anderer thematisierbar, ohne dass man sich dabei auf die eigene Betroffenheit beziehen muss: „Man“ müsse den Menschen ermöglichen, am „soziokulturellen Leben“ teilzuhaben (#02: 176, siehe oben); „das ist ein Punkt, den wir noch ansprechen, der uns sehr am Herzen liegt“ (#04: 160, siehe oben). Solch eine Form der sachlichen Distanzierung kann durchaus entlastend wirken und es erleichtern, über dieses belastende Thema selbstbewusst zu sprechen. Gleichwohl kann es im Gegenzug als belastend erlebt werden, im Engagement einerseits Prinzipien und politische Positionen zu entwickeln oder Forderungen zu formulieren, die andererseits im Widerspruch

zu den Optionen stehen, die man sich offen hält, um ein Einkommen am Existenzminimum, beispielsweise durch Arbeit im Niedriglohnssektor oder in geförderter Beschäftigung, auf ein erträgliches Niveau zumindest kurzfristig zu erhöhen.

3.1.3 Jobcenter

Unter den Aspekten von Betroffenheit, zu denen die zuvor behandelten Erfahrungen von Erwerbslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Einkommensarmut gehören, sticht das Verhältnis der Interviewten als Leistungsbezieher zum Jobcenter als der für ALG-II-Leistungen zuständigen Behörde in den Interviews hervor. Dieses Thema versetzt einige Interviewpartner in besonderem Maße in Anspannung und Empörung, und es gehört zu den Themen, auf die in den Interviews besonders ausführlich eingegangen wird. Dieser Eindruck bestätigt sich in der teilnehmenden Beobachtung von Gesprächen im Jobcenter und in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen mit Betroffenen zu diesem Problemfeld. Einen gewissen Sarkasmus äußert beispielsweise ein Langzeiterwerbsloser in diesem Zusammenhang: „Ach das Jobcenter, das ist auch ein Ding an sich, man erlebt jeden Tag neue Abenteuer [Lachen].“ (#01: 189) Dabei geht es in den entsprechenden Erzählungen typischerweise um fehlerhafte und willkürliche Entscheidungen von Sachbearbeitern zu Lasten von Leistungsbeziehern; um bestimmte Verpflichtungen, die als nicht erforderlich angesehen, aber als belastend, hinderlich und fremdbestimmt erlebt werden; um angedrohte oder angewendete Sanktionen, durch die diese Behörde zusätzlichen Druck auf Leistungsbezieher erzeugt und Zwang ausübt; um geringe Aussichten auf die erwartete und erwünschte Hilfe, die über die Zahlung des Arbeitslosengeldes hinausgeht; um Schwierigkeiten, mit dem Jobcenter verständigungs- und lösungsorientiert zu kommunizieren und schließlich um Erfahrungen damit, Rechtsmittel gegen Bescheide des Jobcenters einzulegen.

Die meisten Interviewpartner sprechen spontan über ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Jobcenter und dem Arbeitsamt. Auf Erfahrungen mit dem für Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe) zuständigen Sozialamt hingegen gehen auch diejenigen unter ihnen, die solche Leistungen beziehen oder bezogen haben, nicht ein. Diese stellen in der verhältnismäßig kleinen Stichprobe eine Minderheit dar, so dass der Vergleich zwischen diesen Gruppen notwendig hinkt. Doch jener Umstand könnte zumindest darauf hinweisen, dass erstens die Sozialhilfebezieher unter den Interviewpartnern in diesem Zusammenhang weniger negative Erfahrungen machen als die ALG-II-Bezieher – Erfahrungen also, die ihnen als weniger mitteilenswert erscheinen – und zweitens, dass die genann-

ten Probleme ihre Ursachen nicht in der Sozialverwaltung an sich, sondern in den spezifischen Eigenschaften der Jobcenter sowie des SGB II als leistungsrechtlicher Grundlage haben. Auch eine andere Möglichkeit ist denkbar: Eventuell ist die Belastung der Sozialhilfebezieher, die nicht unter dem Druck arbeitsmarktpolitischer Aktivierung stehen, sich unter der restriktiven Kontrolle des Jobcenters auf einem für sie weitgehend verschlossenen Arbeitsmarkt bewerben zu müssen, geringer als die der ALG-II-Bezieher. Wer sich in einer weniger angespannten Lage befindet, kann Unwägbarkeiten, die der Verwaltungspraxis dieser Behörde entspringen, eventuell leichter tolerieren.

Es gibt immer wieder Anlässe dafür, mit den Sachbearbeitern des Jobcenters zu kommunizieren, sei es, um die benötigten Leistungen zu beantragen oder um nach einer abgelaufenen Frist einen Nachfolgeantrag zu stellen; um die Verwaltung davon in Kenntnis zu setzen, dass sich die eigene Einkommenssituation, beispielsweise durch eine neue Hinzuverdienstmöglichkeit, geändert hat oder um ein persönliches Gespräch mit dem Arbeitsvermittler zu führen und einer Meldeaufforderung nachzukommen. Einige Interviewpartner beklagen, dass der Verkehr mit dem Jobcenter für sie oft kompliziert und aufgrund von Fehlern der Behörde mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden sei. Die geschilderten Probleme beschränken sich nicht darauf, mit der Verwaltung mitunter einen regelrechten „Papierkrieg“ (#11: 80) führen zu müssen, wie es eine Interviewpartnerin ausdrückt, und verpflichtet zu sein, in Angelegenheiten, die sich prinzipiell auch telefonisch oder auf dem Postweg klären ließen, persönlich im Jobcenter zu erscheinen. Dadurch entstehen den Leistungsbeziehern Kosten in Form von Geld für die nötigen Anfahrten und von (Warte-)Zeit auf den Fluren und in den Dienstzimmern. Um aber zu verstehen, warum die Behördengänge und der zugehörige Schriftverkehr ein durchaus gravierendes Problem für sie darstellen können, muss man sich vergegenwärtigen, dass sie darin einer vielschichtigen Unsicherheit und Ungewissheit ausgesetzt sind. Formulare und Bescheide des Jobcenters können den Leistungsbeziehern – aber auch deren Beratern – als zum Teil schwer nachvollziehbar erscheinen:

„Und das gab auch Zeiten, wo wir bei den Widersprüchen und bei der Klage bei der ARGE gar nicht mehr durchgeblickt haben. Nicht mal mehr die Gewerkschaft. Die eine Rechtssekretärin hatte sich sogar mal ans Gericht gewandt und hat geschrieben, sie blickt da selbst schon nicht mehr durch. Ja, das war ziemlich am Anfang gewesen, da haben wir vier oder fünf Bescheide bekommen an einem und demselben Tag, aber alles Änderungen zu irgendwelchen anderen Bescheiden, da soll man dann noch durchblicken. Da kann man nicht mehr durchblicken.“ (#14: 121)

Bei tatsächlichen oder vermeintlichen Versäumnissen drohen ihnen empfindliche finanzielle Einbußen durch Sanktionen, indem Leistungen gekürzt oder gar gestrichen werden. Und schließlich herrscht unter Betroffenen eine Unsicherheit darüber, ob die Leistungen, um derentwillen man den „Papierkram“ (#01: 57) schließlich auf sich nimmt und von denen man existenziell abhängig ist, im Endeffekt auch in vollem Umfang oder nur teilweise bewilligt werden. Ein Interviewpartner moniert in diesem Zusammenhang, dass das Jobcenter die Höhe seiner Leistungen häufig falsch und zu seinem Nachteil festlege, indem es sein Einkommen als Minijobber auf fehlerhafte Weise auf seinen ALG II-Anspruch anrechne. „Die Falschberechnungen durchs Jobcenter, davon könnte ich reihenweise erzählen, aber das würde den Bogen überspannen.“ (#15: 51) Ein anderer be-
anstandet, dass nach seiner Erfahrung ein Großteil der Sachbearbeiter den jeweiligen Leistungsanspruch der Antragsteller nicht sorgfältig genug ermitteln und deshalb die besondere Situation, in der sich ein Hilfebedürftiger jeweils befindet, nur unzureichend erfassen würden:

„Wenn das Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] von bestimmten Sachen nichts weiß, dann ist natürlich nachher auch die Berechnung [der Sozialleistung, LEV] nicht richtig. Und der Arbeitslose steht dann nachher da: ‚Irgendwie kommt mir das komisch vor, [...] ich müsste mehr kriegen.‘ Warum er aber nicht mehr kriegt, das weiß er nicht.“ (#08: 66)

Aus Versäumnissen der Sachbearbeiter können sich seiner Darstellung zufolge ungerechtfertigte Nachteile für die Betroffenen ergeben, die diese jedoch nicht unbedingt durchschauen und beheben können. „Was ich negativ finde, ist die Qualität dieser Bearbeitung. Also es scheint da bloß pauschal [Pfeifen] entschieden zu werden, anstatt in einer Einzelfallüberprüfung beziehungsweise der richtigen Bearbeitung.“ (#08: 8) In diesem Zusammenhang lobt er das aus seiner Sicht ungewöhnliche Gegenbeispiel einer Jobcentermitarbeiterin, die versuche, von Fall zu Fall den jeweils vollständigen Leistungsanspruch zu ermitteln. Die Mehrheit ihrer Kollegen scheue seiner Erfahrung nach jedoch den damit verbundenen Aufwand:

„Die XXX [Sachbearbeiterin] [...] versucht erst einmal herauszufinden: ‚Was ist denn deine Lebensgrundlage?‘ Die normalen Sachbearbeiter beim Jobcenter hier machen das gar nicht, die fragen ja gar nicht nach, ob du nun ein Kind hast, oder nicht. Die sagen: ‚Ist Dein Antrag fertig?‘ Sie kontrollieren den Personalausweis: ‚Ist alles so geblieben? Alles okay? [Pfeifen] Erledigt.‘ Hast du was vergessen? Dann hast du Pech, dann wird dein Antrag nicht bearbeitet. So einfach ist das.“ (#08: 66)

Liegt das Problem hier in einer als zu flüchtig eingeschätzten Bearbeitung von Leistungsanträgen, so geht es in folgendem Beispiel aus demselben Interview um eine als zu schleppend kritisierte Verwaltung mit nicht weniger nachteiligen Folgen für die Antragsteller. Der Zeitpunkt, zu dem diese ihre Leistungen schließlich erhalten, auf die sie aufgrund ihrer materiellen Lage in besonderem Maße angewiesen sind, verzögert sich dadurch zumindest. Und den eigenen Leistungsanspruch überhaupt durchzusetzen, kann unter Umständen mit einem hohen Aufwand verbunden sein, den ein Teil der Antragsteller vermutlich scheut und deshalb auf bestimmte Ansprüche verzichtet:

„Ich finde es nicht ganz korrekt, wenn man einen Widerspruch einreicht, und nach drei Monaten zum Beispiel, wie bei mir [...] noch nicht mal ein Stand der Bearbeitung, beziehungsweise jegliche Information erschienen ist. Selbst mit einem Überprüfungsauftrag kriegt man immer noch keine Antwort. Was dann bedeutet, dass ich juristische Schritte einleiten muss. Das kostet den Steuerzahler natürlich wieder Geld. Man muss beim Gericht einen Antrag stellen auf Prozesskostenhilfe, man muss zum Anwalt rennen, ein Haufen Leute wird eingespannt. [...] Und ich möchte nicht wissen, wie viele Anträge da vorliegen, ich allein weiß schon von acht Anträgen.“ (#08: 6)

Die Kritik am Jobcenter, die ein weiterer Erwerbsloser im Interview vehement äußert, zielt über solche Qualitätsdefizite bei der Bearbeitung von Anträgen hinaus auf die Art und Weise, in der diese Behörde seiner Ansicht nach Leistungsbezieher regelrecht gängelt. Er engagiert sich in einer journalistischen Arbeitsgruppe, deren inhaltlicher Schwerpunkt auf sozialpolitischen Themen liegt; dabei komme es ihm besonders darauf an, Betroffene darüber zu informieren, „wie das Leben ein bisschen erleichtert wird im Umgang mit den Ämtern“. Der Bedarf an konkreter Unterstützung sei in diesem Zusammenhang sehr groß, meint er; viele würden Hilfe benötigen, um die Verwaltungsbescheide, die sie erhalten, auch zu verstehen und gegebenenfalls Widersprüche dagegen einlegen zu können. Dies ließe sich exemplarisch an der hohen Zahl von Beratungsgesprächen in sozialen Einrichtungen ablesen (#02: 69). Darüber hinaus kritisiert er bestimmte bevormundende Formen der Verwaltungspraxis, angesichts derer ihm die Leistungsbezieher weitgehend fremdbestimmt erscheinen. Das Jobcenter würde über die Betroffenen verfügen (sie „rumschubsen“), statt sie gleichberechtigt an der Problembearbeitung zu beteiligen.

Ein anderer Interviewpartner findet es in diesem Zusammenhang ungerecht, dass einerseits Leistungsbezieher weit reichenden Verpflichtungen unterworfen seien, die ihre Handlungsmöglichkeiten im Alltag durchaus einschränken würden, während sich andererseits das Jobcenter im Gegenzug nicht dazu verpflichte

te, ihnen tatsächlich Arbeitsstellen anzubieten (#01: 43ff.). Pflichten und Rechte, Einschränkungen und Möglichkeiten erscheinen ihm in dieser Beziehung folglich ungleich und zum Nachteil der Gruppe der Leistungsbezieher verteilt zu sein.

Der zuvor zitierte Interviewpartner kritisiert weiterhin die Fähigkeit des Jobcenters, seine Ziele auch gegen die Interessen von Erwerbslosen durchzusetzen, indem diese Behörde über Sanktionsmittel verfügt, denen die Betroffenen im Konflikt nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen haben. Deren so genannte Aktivierung für den Arbeitsmarkt beruhe seiner Ansicht nach auf „Zwang“, da das Jobcenter den Leistungsberechtigten mit Sanktionen drohe (es wende „knallharte Bandagen“ an), falls diese eine entsprechende Eingliederungsvereinbarung nicht unterschreiben wollen (#02: 160). Dass ALG-II-Bezieherin prinzipiell jede Arbeit, unabhängig von deren Qualität, zugemutet wird, wie es in solchen Eingliederungsvereinbarungen formuliert sei, stünde für ihn im Widerspruch zum Grundrecht, einen Arbeitsplatz frei wählen und auch ablehnen zu können. Aus seiner Sicht dienen die arbeitsmarktpolitischen Gesetze, die solchen Eingliederungsvereinbarungen zugrunde liegen, in erster Linie dem Zweck, quantitativ messbare, arbeitsmarktstatistische Ziele zu erreichen, zu dem Preis, dass die Menschen auch in sinnlose Arbeiten vermittelt werden. Durch die Androhung einer eventuell monatelangen Kürzung der Geldleistungen, durch die die Betroffenen unter Umständen schließlich auf Lebensmittelgutscheine angewiesen seien, werde tief in deren Rechte eingegriffen. Diese Praxis widerspreche seiner Auffassung nach dem eigentlichen Auftrag des Sozialstaates, den er jedoch nicht näher definiert (#02: 75, 160).

Die Interviewpartner, die sich zu diesem Thema äußern, hegen unterschiedliche Vorstellungen davon, auf welche Gründe sich die von ihnen angesprochenen typischen Probleme zwischen Jobcenter und Leistungsbezieher zurückführen lassen. Zwar schildern einige Interviewpartner in diesem Zusammenhang gelegentlich ihre teils negativen Erlebnisse mit Leistungsbezieher, die sie bei Behörden gängen begleitet haben und an deren nachteiligem Verhalten sich im Einzelfall ein Konflikt mit Sachbearbeiter offenbar entzündet hat. Ihren jeweiligen Problemdeutungen ist jedoch gemeinsam, dass sie die Verantwortung für die erläuterten Probleme im Jobcenter in erster Linie der Politik oder Verwaltung zuschreiben.

Einigen erscheint das Jobcenter als von Bürgern nur schwer zu durchschauende Einrichtung, so dass sich aus ihrer Sicht über die verborgenen Hintergründe der angesprochenen Schwierigkeiten nur spekulieren lässt. Ein Mann, der im Interview ausgiebig über seine häufigen Auseinandersetzungen mit Sachbearbeitern spricht, zieht in diesem Zusammenhang Rückschlüsse aus seinen negativen

Erfahrungen mit deren oft fehlerhaften Arbeitsergebnissen und für ihn aufreibenden Behördengängen. Aus seiner Sicht besteht das Problem im Wesentlichen in einer unter den Sachbearbeitern verbreiteten fachlichen Inkompetenz:

„Ich meine, es gibt ja viele Gerüchte, dass da ABM-Kräfte [Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, LEV] teilweise sitzen, oder dass eben die Gesetzgebung teilweise sehr schlecht sein soll. Ich weiß es nicht, ich kenne den Verein ja nicht richtig, wie's intern aussieht, ich weiß nur, dass die Berechnungen teilweise hinten und vorne nicht hinhalten, dass da Mitarbeiter drin sitzen, von denen ich sagen muss, die haben doch von nichts eine Ahnung. [...] Wenn man da anruft, erreicht man gar nichts. Die im Callcenter [des Jobcenters, LEV], die haben von Tuten und Blasen schon mal gar keine Ahnung.“ (#15: 53)

Ähnlich sieht es ein anderer Interviewpartner, der jedoch aufgrund seiner Frühverrentung schon seit einiger Zeit nicht mehr persönlich mit dem Jobcenter in Berührung gekommen ist:

„Als ich mich früher arbeitslos melden musste, da habe ich erfahren, dass die Leute, die auf dem Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] sitzen, öfters ausgewechselt wurden. Die Leute, die wirklich Erfahrung hatten mit ihren Klienten, die wurden abgesetzt, die wussten zu viel. Dann kamen neue rein. Die neuen haben natürlich alles durcheinander gebracht. [...] Wenn einer genau Bescheid weiß, dann wird er wegrationalisiert. Dann kommt ein neuer, und der neue hat keine Ahnung. Und wenn er wirklich sich nachher eingearbeitet hat, und soweit Bescheid weiß, ist der nächste dran.“ (#07: 87)

Er erläutert nicht, welches Interesse die Verwaltung an solcher häufigen Rotation ihrer Angestellten seiner Auffassung nach haben könnte. Stattdessen deutet er lediglich an, dass das Fachwissen und die Kompetenz, die sich die Mitarbeiter mit der Zeit angeeignet hätten, nicht im Sinne ihrer Vorgesetzten wären („die wurden abgesetzt, die wussten zu viel“). Ob er der Verwaltung in diesem Zusammenhang eine Art strategische Rationalität unterstellt, nach deren Logik das Können der Sachbearbeiter und damit deren Hilfe und Nutzen für die Leistungsbezieher als unzumutbar erscheinen muss, lässt sich nicht belegen. Eventuell stellt seine Andeutung lediglich einen Versuch dar, sich die von ihm beobachtete Auswechslung kompetenter gegen inkompetente Mitarbeiter aufs Geratewohl zu plausibilisieren. Denn letztlich bezeichnet er diesen Prozess mit einem Achselzucken als bloße „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ (#07: 87) und spricht ihm damit jene Zweckrationalität ab, die er zuvor zumindest ins Spiel gebracht hatte. Eine verborgene Absicht, eine undurchschaubare Rationalität hinter der Verwal-

tungspraxis des Jobcenters vermutet auch ein anderer Interviewpartner, lässt aber ebenfalls offen, worin diese bestehen könnte: „Ich weiß nicht, ob das an der Qualifizierung der Sachbearbeiter dort liegt, aber mir kommt das bald gar nicht so vor, mir kommt das bald wie gelenkt vor.“ (#08: 8)

Einige der Befragten gehen im Interview näher auf mögliche strukturelle Gründe ein. So führt ein Interviewpartner die seiner Erfahrung nach häufig fehlerhafte Arbeit der Sachbearbeiter auf unrealistisch hohe politische Erwartungen an die Arbeitsvermittlung zurück. Durch entsprechende Vorgaben und Erwartungen seitens Politik und Verwaltungsspitze an die einfachen Jobcentermitarbeiter, die Zahl der Erwerbslosen zu senken, stünden diese unter einer enormen Anspannung, die sich wiederum negativ in der Qualität der Fallbearbeitung niederschläge, meint er (#01: 194). Der Handlungsspielraum der Sachbearbeiter zu Gunsten der Leistungsberechtigten sei seiner Einschätzung nach ohnehin sehr beschränkt; dies führt er auf eine chronische finanzielle Unterausstattung der Jobcenter zurück sowie auf einen zu engen Rahmen, den das Sozialrecht bei der Arbeitsförderung für Langzeiterwerbslose abstecke. In diesem Rahmen könne das Jobcenter zwar einerseits aus den – seines Erachtens durchweg minderwertigen – Maßnahmen die vergleichsweise weniger schlechten auswählen. Darin erschöpfe sich seiner Ansicht nach unter den gegebenen rechtlichen und finanziellen Bedingungen jedoch bereits dessen Spielraum (#01: 19). In diesem Zusammenhang äußern verschiedene Interviewpartner durchaus Verständnis für die Sachbearbeiter, deren Arbeit sie kritisieren:

„Meiner Meinung nach ist das so: Die Leute [Sachbearbeiter, LEV] haben *ihre* Arbeit, das sag ich auch *meinen* Leuten immer, also das sag ich auch immer den ALG-II-Empfängern: ‚Ihr dürft nicht immer bloß rumschimpfen unten bei den Leuten, denn die kriegen bloß die Kloppe. Entschieden wird das von anderen Leuten, wer was kriegt.‘“ (#08: 10)

Ihren Erzählungen lässt sich entnehmen, dass zumindest diejenigen Männer und Frauen, die ihre Erlebnisse mit dem Jobcenter im Interview schildern, dessen nachteilige Entscheidungen nicht einfach hinzunehmen bereit sind. Stattdessen setzen sie sich selbstbewusst für ihre jeweiligen Interessen ein, wobei sie ihre Ziele auf ganz unterschiedlichen und teils entgegengesetzten Wegen verfolgen. Anhand ihrer Schilderungen lassen sich einige der bereits erläuterten Probleme auf anschauliche Weise bestätigen und genauer verstehen. Doch es werden darin zugleich die durchaus vorhandenen praktischen Möglichkeiten und Gelegenheiten erkennbar, die sie als Betroffene wahrnehmen, um auf sich allein gestellt oder gemeinsam ihre Interessen zu verfolgen.

Sollte sie selbst einmal andere Ansichten haben als ihre Sachbearbeiter, meint eine Interviewpartnerin, könne sie mit denen auch vernünftig reden. Beispielsweise habe eine Jobcentermitarbeiterin – die nur befristet angestellt gewesen und bald wieder entlassen worden sei –, sie einmal in einen bestimmten Minijob vermitteln wollen. Für diesen Job hätte sie aber ihre bereits bestehende prekäre Stelle kündigen müssen. Deren Nachfolgerin in der Arbeitsvermittlung habe sie dann vom Unsinn eines solchen bloßen Stellentausches überzeugen können. Sie habe dafür mit ihr ein „ganz klares“ und „freundliches“ Gespräch geführt. Die Arbeitsvermittlerin habe ihrer Sichtweise daraufhin zugestimmt und so habe sie den neuen Minijob nicht antreten müssen und ihren alten behalten können (#11: 26ff.).

Während sie also Wert darauf legt, durch vernünftige Argumentation ihre Interessen gegebenenfalls gegenüber dem Jobcenter vertreten zu können, kommt es aus Sicht einer anderen Interviewten darauf an, möglichst hartnäckig aufzutreten, auf dem eigenen Willen zu beharren und standhaft auf die Entscheidung der Sachbearbeiter einzuwirken, anstatt argumentativ darauf Einfluss zu nehmen. All ihre Arbeitsstellen habe sie sich selbst gesucht, „in der Hinsicht“ habe sie vom Jobcenter „keine Hilfe gehabt“ (#16: 116). Ihre ehemalige mit einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) geförderte Stelle, so betont sie, habe sie sich ebenfalls selbst gesucht; um diese Stelle antreten zu dürfen, habe sie auf dem Arbeitsamt als der damals für sie zuständigen Behörde „Druck“ machen müssen. Sie habe dort klargestellt, dass sie unbedingt eine solche Stelle haben wolle. Doch es wird in ihrer Erzählung nicht klar, ob sie ihren letztendlichen Erfolg ihrem eigenen vehementen Einsatz zuschreibt, ob sie also an einen eigenen Einfluss auf die Entscheidung ihrer Sachbearbeiter glaubt. Denn sie fügt hinzu, dass sie die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ähnlich wie ihre zum Zeitpunkt des Interviews laufende geförderte Stelle „zum Glück“ bewilligt bekommen habe, als sie schließlich schon gar nicht mehr damit gerechnet habe (#16: 54, 67, 79).

Von der Wirkung seiner persönlichen Initiative ist ein anderer Interviewpartner, der seine Erlebnisse mit dem Jobcenter schildert, fest überzeugt. Auch er setzt im Interessenkonflikt darauf, durch Hartnäckigkeit Druck gegenüber den Sachbearbeitern aufzubauen, in der Auseinandersetzung mit ihnen nicht nachzugeben oder sogar einen regelrechten Streit zu provozieren. Anders als im Fall der zuvor zitierten Frau trägt er seine Konflikte nicht auf sich allein gestellt aus, sondern sucht sich gezielt Unterstützung bei den in seinem Sozialprojekt angestellten Sozialarbeitern. An der Art, wie er seine Schilderung einleitet, wird deutlich, dass ihn diese Auseinandersetzungen belasten und es ihm Schwierigkeiten bereitet, die Selbstbeherrschung dabei nicht zu verlieren: „Dinge mit dem Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] [...], da kriegt man manches Mal einen ganz

dicken Hals, und dann muss ich mich wirklich straff zusammenreißen.“ (#15: 9)
„Wenn man verarscht wird, das kann ich nun überhaupt nicht ausstehen.“
(#15: 11) Obwohl er in einem Fall, auf den er in anschaulicher Weise näher eingeht, rechtzeitig seinen Antrag auf Grundsicherungs-Leistungen beim Jobcenter gestellt habe, habe es dessen Leistungsabteilung versäumt, ihm rechtzeitig das ALG II zu überweisen:

„Sie müssen sich vorstellen, im November begann mein neuer Bewilligungszeitraum. Mitte September gebe ich meine Weiterbewilligung ab, sprich eineinhalb Monate vorher. Am ersten November gucke ich auf mein Konto, kein Geld da. Ich bin hier zu den Sozialarbeitern gegangen, denen bin ich ja auch unwahrscheinlich dankbar, weil die mir ja sehr geholfen haben.“ (#15: 11)

Vom Jobcenter habe er dann erfahren, dass sein Antrag noch gar nicht bearbeitet worden sei. Um die Angelegenheit zu klären, sei er am nächsten Morgen dorthin gegangen; auf diesen Termin habe er sich gemeinsam mit den Sozialarbeitern vorbereitet:

„Ja, man macht mit den Sozialarbeitern dann ein Schriftstück fertig, ich bin dann am nächsten Tag früh dahin gegangen zum Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV]. Unten bei der Anmeldung sage ich: ‚Folgendes Problem, mein Antrag wurde nicht beantwortet, demzufolge ist auch kein Geld auf dem Konto, und ich habe nun mal am Anfang des Monats auch Ausgaben.‘“ (#15: 11)

Zu seiner Überraschung erfährt er, dass sein Antrag inzwischen wider Erwarten doch bearbeitet worden sei. In diesem Zusammenhang stellt er sich in seiner Schilderung als betont gereizt dar; es scheint, als ob sich ältere negative Erfahrungen in der geschilderten Situation für ihn wiederholen und bestätigen würden:

„„Oh, Herr XXX [Name des Interviewpartners, LEV], Ihr Antrag wurde bearbeitet.‘ Darauf sage ich: ‚Wie? Anderthalb Monate liegt der in irgendeiner Ecke rum, und jetzt haben Sie ihn über Nacht bearbeitet?‘ ‚Ja, das ist so ersichtlich.‘ Ich sage: ‚Deswegen habe ich immer noch kein Geld.‘ ‚Na, dann gehen Sie in die Leistungsabteilung.‘ Da kannte ich mich schon bestens aus. Es war human, anderthalb Stunden Wartezeit. Rekord sind sechs Stunden. [...] Anderthalb Stunden hatte ich gewartet, eine *blutjunge Frau* ruft mich auf, nimmt mich zum Platz mit und meint: ‚Oh Herr XXX [Name des Interviewpartners, LEV], wir haben Ihr Geld eben zur Zahlung angewiesen.‘“ (#15: 11)

Doch sein Vertrauen ins Jobcenter scheint bereits erschüttert, denn er glaubt den Worten der Mitarbeiterin nicht und verliert in der Situation die Geduld und Selbstbeherrschung. Indem er betont, dass es sich bei dieser Sachbearbeiterin um eine „blutjunge Frau“ handelt, könnte sich ebenso ein männliches Überlegenheitsgefühl ausdrücken, wie ein Selbstvertrauen, das er aus einem angenehmen Erfahrungsvorsprung als der Ältere von beiden zieht. Beides könnte dazu beitragen, dass er sich derart aggressiv ausdrückt:

„Und da hat’s gereicht. Ich sag [Lachen], gut, ich kann’s hier ruhig sagen: ‚Kirsche, willst Du mich verarschen? Erst liegt mein Antrag eineinhalb Monate in der Ecke rum, den bearbeitet ihr über Nacht, und jetzt willst Du mir erzählen, dass ihr innerhalb von eineinhalb Stunden mein Geld zur Zahlung angewiesen habt? Sehe ich aus, als ob ich meine Hose mit der Kneifzange anziehe, oder was?‘“ (#15: 13)

Mit diesem impulsiven Auftritt bewirkt er, dass er den fehlenden Betrag, der offensichtlich tatsächlich noch nicht überwiesen worden ist, in Form eines Schecks nun unverzüglich erhält. Seine Schilderung beendet er triumphierend:

„Die ans Telefon, keine zehn Sekunden, aufgelegt: ‚Herr XXX [Name des Interviewpartners, LEV], melden Sie sich bitte oben in der vierten Etage‘, und schon habe ich mein Geld.“ (#15: 13)

„Ich habe einen Scheck bekommen, den ich am Nachmittag dann bei der Bank einlösen konnte.“ (#15: 15)

Auf ähnlichem Wege setzt er auch in einem anderen Fall die Zahlung einer Leistung durch, auf die er dringend angewiesen ist. Er erwähnt in diesem Kontext, dass er wegen fehlerhafter Berechnungen durch das Jobcenter schon Schwierigkeiten gehabt habe, seine Miete rechtzeitig und vollständig zu zahlen. Deshalb habe er schließlich befürchtet, dass sein Vermieter – eine Immobiliengesellschaft – ihm die Wohnung kündigen würde. Seine Aggression während des Termins mit der für die Mietzahlungen zuständigen Jobcentermitarbeiterin lässt sich der folgenden Schilderung entnehmen:

„Ich musste wieder da raus fahren, denen erstmal richtig in den Arsch treten. Ich habe damit erreicht, dass ich zumindest 140 Euro gekriegt habe. Der Hammer war, die Chefin, die dann mit mir gesprochen hat, die hat zu mir gesagt: ‚Na Herr XXX [Name des Interviewpartners, LEV], wir überweisen dann den Rest der Miete nächsten Monat.‘ Ich sage: ‚*Was ist los?!* *Diesen* [Klopfen] Monat brauch ich das Geld. Hier steht’s, hier sehn

Sie's [er zeigt auf einen imaginären Brief], das ist von der XXX [Wohnungsgesellschaft], sollte das öfter vorkommen, wollen sie mich aus der Wohnung schmeißen. Sehen Sie zu, dass die Kohle bei der XXX [Wohnungsgesellschaft] eingeht, sonst bin ich wieder hier.“ (#15: 53)

Auf diesem Wege erreicht er sein Ziel: „Die haben noch im selben Monat den Restbetrag meiner Miete überwiesen. [...]“ (#15: 53) Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang sein Druckmittel, die Drohung, die er ausspricht: „sonst bin ich wieder hier“. Dies lässt sich als Eingeständnis lesen, dass er neben seinem aggressiven Auftreten („denen erstmal richtig in den Arsch treten“) zumindest über keine ebenbürtige Alternative verfügt, um seinem Interesse Geltung zu verschaffen.

Auch der im Folgenden zitierte Erwerbslose setzt im Konflikt mit dem Jobcenter, mit dessen Verfahrensweise er in einem bestimmten Zusammenhang nicht einverstanden ist, auf den nachdrücklichen Appell an die Verantwortlichen. Es handelt sich hierbei konkret um eine aus seiner Sicht übertrieben umständliche Art, in der das Jobcenter den Empfang von Schreiben der Leistungsbezieher quittiert, so dass diese persönlich erscheinen müssen, um das jeweilige Dokument nachweislich einzureichen:

„Erstmal hast du Schlange gestanden, dann musst du anderswo hingehen, dann musst du deinen Ausweis zeigen, und dann kriegst du einen Stempel [Klopfen]. Wozu braucht man einen Ausweis? Das ist ein Dokument, [...] bei dem der Empfang bestätigt wird. Und das kann doch auch ein Wildfremder machen. Erstens ist die Kontrolle nicht notwendig, und vor allen Dingen ist eben dieser zeitliche Aufwand nicht notwendig. Das ist ja ne Gängelei, die da betrieben wird.“ (#05: 111)

Auch er erreicht später, dass im Jobcenter eingelenkt und die von ihm monierte Regelung in seinem Sinne geändert wird: „Da habe ich mich dann mit der Jobcenterchefin herumgestritten. Und jetzt plötzlich, da geht's.“ (#05: 113) Er deutet an, dabei vergleichsweise aggressiv aufgetreten zu sein: „Ich bin da einfach rein [Lachen] ins Büro, und hab gesagt: ‚Das muss weg. Die Aushänge müssen weg.‘“ Er bezieht sich dabei auf Aushänge am schwarzen Brett des Jobcenters, mit denen die Leistungsberechtigten über das von ihm kritisierte Verfahren informiert werden. „Da hat sie ein Mordstheater gemacht, ich sollte ein bisschen ruhiger sein, nicht dass ich am Ende ein Hausverbot, eine Hausfriedensbruchklage am Halse habe.“ (#05: 119) Sein ursprünglicher Plan, die Leitung zum Einlenken zu bewegen, besteht jedoch nicht darin, individuell mit der Geschäftsführerin des Jobcenters zu streiten. Stattdessen hatte er die Absicht, auch andere Be-

troffene per Flugblatt zu erreichen und sie davon zu überzeugen, ebenfalls die Umstellung auf eine einfachere Verfahrensweise zu fordern:

„Ich wollte Druck erreichen, so dass die Leute sagen: ‚Ich möchte, dass meine Unterlagen sofort bestätigt werden, ich möchte nicht den Briefkasten benutzen müssen, wenn ich es eilig habe, sondern *hier* [Klopfen] stehe ich vor Ihnen [Klopfen], hier habe ich eine Kopie [Klopfen], jetzt machen Sie einen Stempel drauf, und dann kann ich wieder gehen.““ (#05: 119)

Er geht nicht weiter darauf ein, ob er mit seinen Flugblättern andere Leistungsbezieher erreichen oder gar motivieren konnte. Seiner Erzählung lässt sich auch nicht entnehmen, ob er davon erfahren hat, dass andere das von ihm erläuterte Problem ähnlich sehen wie er, ob er mit seiner Problemdeutung alleine steht oder sich, soweit es sich beurteilen lässt, mit seiner Meinung in der Minderheit befindet. Jedenfalls drückt sich in seiner Schilderung eine gewisse Genugtuung aus, die er offenbar in der Erinnerung an seinen Erfolg empfindet: „Ich bin einfach da rein ins Büro.“ „Da habe ich mich dann mit der Jobcenterchefin herumgestritten. Und jetzt plötzlich, da geht’s.“ (Siehe oben.)

Betrachtet man die Schilderungen dessen, wie diese drei Interviewpartner auf jeweils unterschiedliche Art versuchen, „Druck zu machen“ (#16), um ihre Interessen gegenüber dem Jobcenter erfolgreich zu vertreten, dann scheint das grundsätzliche und gemeinsame Problem, auf das sich ihre Empörung jeweils bezieht, nicht darin zu bestehen, dass dieser Druck vor der Behörde ergebnislos verpuffen würde. Zumindest die zwei zitierten Männer scheinen davon auszugehen, dass ihr vehementes Auftreten jeweils den Ausschlag für den in ihrem Sinne positiven Ausgang der jeweiligen Auseinandersetzung gegeben hat. Woher rühren also die Verbitterung und die Aggression, die in den Erzählungen zum Ausdruck kommen? Hinweise auf mögliche strukturelle Gründe dafür lassen sich in den Schilderungen selbst finden, wenn man diese nämlich danach befragt, vor welchem Hintergrund jeweils verhandelt und gestritten wird. Im Hinblick auf die Anlässe und allgemeinen Umstände wird eine tiefere Problematik der angesprochenen Situationen verständlicher. Denn in der Auseinandersetzung mit dem Jobcenter geht es hier jeweils um grundlegende, teils existenzielle Interessen, sei es an einer geförderten Beschäftigung (#16), an der Miete für die eigene Wohnung oder daran, überhaupt etwas Geld zur Verfügung zu haben, um das Notwendige kaufen zu können (#15). Es geht außerdem um Fragen der eigenen Würde, nicht kontrolliert und gegängelt zu werden, also sich durch das Jobcenter fremdbestimmt zu fühlen (#05). Die drei Interviewpartner deuten jeweils an, wie sehr es sie belastet, in dieser Hinsicht keine Sicherheiten zu haben; ihre Interes-

sen hängen von den Entscheidungen der Jobcentermitarbeiter ab und sind dementsprechend durch deren Handlungen und Unterlassungen gefährdet. Es kommt hinzu, dass das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Jobcentermitarbeiter durch negative ältere Erfahrungen in jedem Fall erschüttert zu sein scheint. Das Jobcenter erscheint ihnen also im Einzelfall eher als ein unwägbares Hindernis denn als eine Hilfe. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Erfolge, von denen in den Erzählungen jeweils die Rede ist, als der Behörde abgerungen (#05, #15) oder als Glücksfall (#16). Möglicherweise liegt hierin ein Grund für die Verbitterung und Empörung: um das Notwendige kämpfen zu müssen und dabei eigentlich mit leeren Händen dazustehen. Darüber könnte auch der Erfolg, mit dem dieser Kampf im Einzelfall endet, nicht hinwegtäuschen.

Ganz anders stellt sich folgender Versuch dar, eine verfahrenere Situation in der Leistungsabteilung des Jobcenters zu lösen. Durch erhebliche Verzögerungen bei der Bearbeitung von ALG-II-Anträgen hat sich in diesem Fall wie von selbst ein handfester Problemdruck aufgebaut, der die Sachbearbeiter unter erheblichen Zugzwang setzt:

„Damals hatte es solche Probleme gegeben, da haben 300 Leute vorm Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] gestanden, weil sie kein Geld gekriegt haben. Denn die ALG-II-Anträge wurden nicht bearbeitet.“ (#08: 80)

„Die standen da, damit sie Geld kriegen.“ (#08: 87)

„Die haben teilweise zwei, drei Monate dagestanden ohne einen Pfennig Geld. Und da gab's natürlich irgendwann mal Rabatz.“ (#08: 87)

„Es hatte sich ja immer mehr verschärft, Monat für Monat standen immer mehr da.“ (#08: 93)

Der Interviewpartner, der diese Situation selbst als ALG-II-Bezieher miterlebt hat und sie auf anschauliche Weise schildert, zeigt dabei Verständnis für den Unmut der Betroffenen: „Da hingen ja nun Existenzen und alles dran.“ (#08: 93) Ob er sich in der geschilderten Situation selbst in einer vergleichbar prekären Lage befunden hat, lässt sich anhand seiner Erzählung nicht bestimmen; er skizziert seine eigene Rolle als die eines zwar ebenfalls Betroffenen, aber nicht unbedingt gleichermaßen Leidtragenden, und blickt tendenziell von außen, als zufällig Anwesender, auf die Gruppe:

„Und ich war nun grad in dem Monat dort, als es so extrem gewesen war, dass die Leute angefangen haben, draußen zu rumoren, also wütend zu werden, sagen wir mal so. Wenn da einer raus gekommen wäre vom Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] und hätte irgendeinen blöden Spruch gemacht, ich schätze, die hätten das Arbeitsamt flach gelegt. Sag ich mal so, wie es ist. Die hätten die Steine geschnappt, die hätten das kurz und klein geschlagen, und die drei Hänflinge von Wachposten, die hätten da gar nichts machen können. Da hätte dann schon ein Einsatzkommando kommen müssen.“ (#08: 93)

Diese Vorstellung einer Menge von Benachteiligten, die auf unbändige Weise zum Angriff übergehen könnten, scheint eine gewisse Faszination auf ihn auszuüben. Doch zugleich scheint ihm die angespannte Lage offensichtlich nicht geheuer zu sein – die Türen des Jobcenters, vor denen er an jenem Morgen steht, sind noch geschlossen und von hinten aus der Menge fordern die Wartenden lautstark, eingelassen zu werden:

„Und ich war, ich weiß nun nicht ob in der glücklichen oder unglücklichen Lage, ich war nun mal einer, der mit vorne stand. Mir ging das nachher auch auf die Nerven, das Geschimpfe da hinten immer. Ich sage: ‚Ich kann’s doch auch nicht ändern, die machen doch nicht auf.‘“ (#08: 93)

Doch die berechtigten Gründe für das „Geschimpfe da hinten“ liegen für ihn auf der Hand. Aus seiner Sicht steht das Jobcenter in der Verantwortung:

„Ja, wir hier hinten, wir kriegen nachher wieder kein Geld,‘ Denn es wurde ja nur von XXX [Zeit] bis um XXX [Zeit] gezahlt, wer da nicht dran gekommen ist, hatte Pech gehabt. Der konnte dann zusehen, wie er, kann man fast sagen, über den Monat kommt. Denn der konnte dann nachher einen Antrag stellen, *dass* er einen Antrag stellen darf, um sein Geld zu kriegen. Und das war ja so kompliziert und so unsinnig gewesen damals.“ (#08: 93)

Der Lösungsweg, den er in diesem Zusammenhang einschlägt, besteht darin, Druck nicht weiter aufzubauen, sondern umgekehrt, zurückzunehmen. Er bietet sich beschwichtigend und auf nahezu devote Weise als Vermittler zwischen den Sachbearbeitern und den Betroffenen an und macht den Jobcentermitarbeitern eigene Vorschläge, wie sich die angespannte Lage wieder entschärfen lassen könnte – im aufgeklärten Interesse aller Beteiligten. Dabei zeigt er durchaus Verständnis für die Perspektive der einfachen Mitarbeiter und für die schwierigen Bedingungen, unter denen sie arbeiten. Der unabweisbare Problemdruck dient ihm so als Gelegenheit, die Distanz zu den Sachbearbeitern zumindest in

dieser Situation zu überbrücken und eine zufrieden stellende Lösung gemeinsam zu erreichen:

„Und ich stand nun grade zufällig ziemlich weit vorne, ich bin auch in dem Pulk gewesen, den sie als erstes rein gelassen haben. Da drinnen sage ich: ‚Ich glaube, das geht so nicht.‘ Die, die drinnen waren, wussten auch nicht, was sie machen sollten, weil sie auch teilweise, Entschuldigung, Schiss hatten. Ich sage: ‚So kann das nicht sein, hier müssen Lösungswege gefunden werden.‘ ‚Ja, wer bist denn Du?‘ Ich sage: ‚Ich bin nüscht, ich bin ein Hartz-IV-Empfänger. Aber so geht das nicht, auf Dauer.‘ ‚Ja, dann rufen wir die Polizei.‘ Ich sage: ‚Lasst mir bloß die Polizei sein, dann holt gleich ein Einsatzkommando. Denn, wenn da ein, zwei Streifenwagen bloß kommen und die Leute zurückgedrängt werden sollen, ich glaube nicht, dass die das schaffen bei ein paar hundert Leuten, die auf hundertachtzig sind.‘ Dann habe ich bloß den Vorschlag gemacht: ‚Macht meinewegen eben Überstunden!‘ Und dann hatten sie nachher den Dreh raus, da haben wir gesagt: ‚Denn macht das *so*, die Leute, deren Fälle Ihr heute nicht bearbeiten könnt, gebt denen einen Zettel, mit einer Nummer, mit einem Stempel drauf: [Geste: Stempeln] Ihr kommt morgen und übermorgen dran. Damit die wenigstens eine Aussicht auf Geld haben.‘ [...] ‚Gebt denen den Zettel, wenn Ihr es heute nicht schafft, sollen sie morgen kommen, und dann macht Ihr morgen die Auszahlung weiter und übermorgen meinewegen auch, dass wenigstens die Masse erstmal wegkommt. Weil, es werden ja immer mehr Leute, und, irgendwann rasten die aus. Und Ihr unten, Ihr könnt ja nichts dafür.‘ Ich sage: ‚Dann hat sich das erledigt.‘ Und dann haben die irgendwelche Abteilungsleiter da angerufen, die haben ja oben auch selbst aus dem Fenster geguckt, und die haben ja mitgekriegt, was los war, und dann haben sie das nachher so genehmigt.“ (#08: 93)

Auf diesem Wege, schließt er seine Schilderung, konnte die Situation schließlich deeskaliert werden. Dieser Interviewpartner verfolgt die Entwicklung der Verwaltungspraxis des örtlichen Jobcenters mit besonderem Interesse. Als ehrenamtlicher Sozialberater kann er sich durch die von ihm betreuten Fälle einen verhältnismäßig umfassenden Überblick über die dortigen Probleme verschaffen. Wenn er sich im Interview auch häufig parteiisch auf Seiten der Betroffenen positioniert, spricht er über die verschiedenen Schwierigkeiten, mit denen er als Leistungsberechtigter und Berater konfrontiert ist, als ob es sich gleichermaßen um die Probleme der Sachbearbeiter beziehungsweise der Institution des Jobcenters handele. Die Lösungen, die ihm vorschweben, dienen seiner Ansicht nach sowohl den Erwerbslosen als auch dem Jobcenter, an dessen wohlverstandenes institutionelles Eigeninteresse er deshalb gelegentlich appelliert. In diesem Sinne setzt er sich dafür ein, dass eine ehemalige Schlichtungsstelle, deren Arbeit er geschätzt habe, und die aus ihm unerklärlichen Gründen geschlossen worden sei,

wieder eingerichtet wird (#08: 72, 95). Seine Haltung dem Jobcenter gegenüber ähnelt weniger der des Gegners als des unermüdlichen Kritikers, dessen Kritikgegenstand sich stets erneuert:

„Später wurden dann Leute umgesetzt, so dass die Bearbeitungszeiten gekürzt wurden. [...] Abgesehen von der Qualität, bearbeitet ist es nun innerhalb von zwei Wochen, und da kannst du eigentlich nichts dagegen sagen. Die Qualität, ob es auch richtig bearbeitet ist, ist natürlich eine andere Frage, das hat aber jetzt nichts mit der Geschwindigkeit des Antrags beziehungsweise des Bescheides zu tun, da muss jemand wirklich drauf gucken, der auch weiß, was wem wie zusteht. [...] Später haben sie den Leuten auch Zettel gegeben, wo konkret draufstand, was mitzubringen ist aufs Amt. Das scheint aber auch jetzt wieder eingeschlafen zu sein. [...] Das ist auch wieder so eine Frage, da muss ich wieder nachhaken, warum haben sie das eingestellt?“ (#08: 95)

Einige der Interviewten nutzen gezielt ihre rechtlichen Möglichkeiten als „Druckmittel“, um eigene Interessen in der Auseinandersetzung mit dem Jobcenter gegebenenfalls durchsetzen zu können. Sie erarbeiten sich – zumeist vernetzt mit ehrenamtlichen und professionellen Beratern und Juristen – anhand der einschlägigen Fachliteratur ein sozialrechtliches Grundlagenwissen. Aufgrund relativ häufiger Gesetzesänderungen gerade im Bereich des SGB II und aufgrund einer sich ständig weiterentwickelnden Rechtsprechung ist dieses Wissen immer im Fluss begriffen, muss auf den neuesten Stand gebracht werden und macht es erforderlich, die sozialrechtliche Entwicklung sowie Veränderungen in der Verwaltungspraxis im Blick zu behalten. Dazu dienen ihnen Internetforen und Newsletter, Schulungen und Seminare sowie informelle Gespräche mit Bekannten, mit denen sie ein gemeinsames Interesse an sozialrechtlichen Fragen verbindet. Die besonderen Kenntnisse, die sie sich auf diesem Gebiet erarbeiten, erleichtern oder ermöglichen es ihnen erst, die Verwaltungsbescheide, die sie erhalten, hinreichend nachvollziehen und prüfen zu können, Rechtsmittel gegen solche Entscheidungen einzulegen, die ihnen als fragwürdig oder gar unrechtmäßig erscheinen, entsprechende Widersprüche zu formulieren und, falls diese von der Verwaltung zurückgewiesen werden, eventuell vor dem Sozialgericht eine Klage einzureichen.

Eine Frau erzählt im Interview davon, wie ihr Ehemann und sie ursprünglich dazu gekommen sind, sich in diese für sie bis dahin fremde Materie einzuarbeiten. Auslöser war in ihrem Fall das positive Erlebnis, durch das Sozialgericht Unterstützung im Streit mit dem Jobcenter zu erfahren. Das Gericht hatte in einem Rechtsstreit mit dem Jobcenter die von ihnen vertretene Position bestätigt:

„Wir hatten das einmal gehabt, da hatten sie uns Geld abgezogen, einfach so, weil wir angeblich zu viel Geld bekommen haben, jeweils *achtzig* Euro vom Regelsatz. Und da haben wir gesagt: ‚Nein, so geht das aber nicht,‘ bis der Richter dann gesagt hat: ‚Die ARGE muss eine anständige Rechnung schicken [...] und dann kann man eventuell vereinbaren, dass man das in Raten zahlt, aber es nicht einfach so vom Regelsatz abziehen. Das gibt das nicht.‘ [...] Da hatten wir Glück, da brauchten wir gar nichts mehr zurückzuzahlen. [Pause] Damals kannten wir uns ja auch noch nicht so gut aus [...], und dann sagt man sich: ‚Irgendwie musst du jetzt *Bücher*, Bücher wälzen und nochmals Bücher wälzen‘, um, wie soll ich das sagen, um einfach dich selbst zu schützen, um selbst zu wissen, was man da wissen muss.“ (#14: 113)

„Arbeitslosengeld II *Recht*, Sozialrecht, da gibt es ja diese Sozialbücher, Sozialrecht I bis XII, dicke Schwarte.“ (#14: 115)

Offensichtlich bedeutet dieser Wissenserwerb für sie einen Weg, Selbständigkeit und eigenständige Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Die Fremdhilfe, die sie durch das Sozialgericht erfahren hat, reicht ihr nicht aus, es kommt ihr vielmehr darauf an, sich „selbst zu schützen“, „selbst zu wissen, was man da wissen muss“. Eine gewisse Herausforderung liegt für sie darin, gezielt an die für sie brauchbaren Informationen zu gelangen. Angesichts des Nachteils, keinen privaten Zugang zum Internet zu haben, stellt ihre Mitgliedschaft in einem Erwerbslosenprojekt dabei offenbar eine wesentliche Hilfe dar. Die Kosten, die ihr durch die Anschaffung grundlegender sozialrechtlicher Literatur entstehen, nimmt sie notgedrungen in Kauf: „Wir haben uns das Gesetzbuch gekauft [...] mussten wir ja, es blieb uns ja nichts übrig. Ich hab gesagt: ‚Wir müssen das jetzt kaufen, das Geld muss dafür einfach da sein.‘“ (#14: 127) Da diese Texte durch die erwähnten Gesetzesnovellen innerhalb von wenigen Jahren, teilweise sogar innerhalb von Monaten, nicht mehr den neuesten Stand repräsentieren, dürfte es sich dabei nicht um einmalige, sondern um wiederkehrende Kosten handeln – zumindest sofern die privat verfügbare Literatur aktuell bleiben soll. Allerdings äußert sie sich zu diesem Problem in diesem Zusammenhang nicht.

„Man muss sich das schon wirklich durchlesen, sonst weiß man nichts.“ (#14: 117)

„Wir haben das privat gemacht. Ich habe ja die Bücher besorgt. Seit zwei Jahren bin ich ja hier mit im XXX [Erwerbslosenprojekt], und da kommt man leichter an Sachen ran. Ich habe kein Internet. Wenn ich jetzt das Internet hätte, würde ich vielleicht auch leichter rankommen, aber dadurch, dass ich das nicht habe, muss ich halt überall sehen, wo ich was herkrähe.“ (#14: 119)

„Sicherlich, wir waren auch in der Bibliothek, aber das war nicht so das Richtige gewesen. Das kam damals alles erst so auf, und dann haben wir uns eben da durchgewühlt, das war nicht unbedingt einfach, das will ich gar nicht mal sagen, man muss sich dann jeden Tag mal eine Stunde Zeit nehmen, und sich da mal was angucken, mal durchgucken, sonst kommt man da zu nichts.“ (#14: 125)

Die sozialrechtlich geschulten Männer und Frauen, die ihr Wissen außerdem als Berater und Beistände auf ehrenamtlicher Grundlage oder im ganz informellen Rahmen der Nachbarschaftshilfe für andere Betroffene einsetzen, berichten in den Interviews ausgiebig von den vielen Fällen, in denen sie Erfolge verbuchen können. Diese Erfolgserlebnisse dürften vielfach motivierend wirken, doch sie haben auch eine Kehrseite, die von der zuvor zitierten Erwerbslosen zur Sprache gebracht wird. Es handelt sich nämlich um Erfolge im Einzelfall, die nicht automatisch eine nachhaltige positive Veränderung in der Verwaltungspraxis ihrer Jobcenter nach sich ziehen. Selbst eine Veränderung im konkreten Fall scheint nicht garantiert zu sein, darauf geht ein anderer Interviewpartner ein: „Was mich natürlich stört und was ich nicht ganz nachvollziehen kann, das ist, wenn schon Gerichtsbeschlüsse gefasst wurden, [...] und das Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] sich trotzdem weigert, trotz diesem Gerichtsbeschluss, sich immer noch weigert zu handeln.“ (#08: 8) Vor diesem Hintergrund erscheint im Beispiel des Ehepaares, das sich selbständig in die Literatur eingelese hat, die sozialrechtliche Auseinandersetzung quasi als Sisypus-Aufgabe:

„Der vorsitzende Richter hatte zu uns gesagt, die Kosten müssen noch einmal überprüft werden, das Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] hat das dann gemacht, zu *unserer* Zufriedenheit. Ja. Und da waren wir der Meinung gewesen, dass das jetzt erledigt ist, haben dann die Klage zurückgezogen, weil es ja erledigt war, und im vergangenen Jahr geht derselbe Zirkus wieder von vorne los. Es macht, es macht *krank*. Es macht wirklich krank.“ (#14: 53)

3.1.4 Maßnahmen

Als Erwerbslose haben einige der Interviewpartner zur Zeit der Interviews oder in der Vergangenheit an Maßnahmen teilgenommen, deren arbeitsmarktpolitischer Zweck darin liegt, ihre Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern. Dazu gehören unter anderem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten – die so genannten Ein-Euro-Jobs –, Lehrgänge der beruflichen Weiterbildung und Kurse, in denen unter Anleitung Bewerbungsmappen erstellt und Bewerbungsgespräche trainiert werden. Die arbeitsmarktpolitischen

Anforderungen an solche Maßnahmen ändern sich im Laufe der Jahre teilweise, und auch die amtlichen Bezeichnungen wechseln mit den Gesetzesnovellen in diesem Bereich. Um die Erfahrungen, die in den Interviews geäußert werden, systematisch zu erfassen, werden hier auf eine Weise verschiedene Maßnahmen unterschieden und zusammengefasst, die den Kriterien der Interviewpartner, wie sie sich aus deren Erzählungen erschließen lassen, entspricht. Von der jeweiligen Gruppierung der Maßnahmen im Sozialgesetzbuch wird dabei abgesehen. So lassen sich Bildungsmaßnahmen, also eher theoretisch ausgerichtete Kurse und Lehrgänge aller Art, von Beschäftigungsmaßnahmen, in denen die Teilnehmenden bestimmte Arbeiten verrichten, unterscheiden.

Eventuelle Erfahrungen mit vergleichsweise höherwertigen Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung kommen in den Interviews kaum zur Sprache (#01: 109, #07: 82). Mehrere Interviewpartner äußern sich hingegen – durchweg ablehnend – zu Bildungsmaßnahmen ohne anerkannten Abschluss. Die Kurse, auf die sie sich dabei beziehen, beschränken sich dementsprechend darauf, Bewerbungsunterlagen zu überarbeiten oder Grundkenntnisse am PC zu erwerben. Vergleichbare Maßnahmen sind auch Bestandteil der so genannten Aktivierungsphase des Programms Bürgerarbeit, auf die mehrere Interviewpartner zu sprechen kommen und über die sie sich entschieden ablehnend äußern – unabhängig von ihrer sonstigen teils positiven Einstellung zu öffentlich geförderter Beschäftigung. Für eine Interviewpartnerin, deren Projektträger ihr in Aussicht gestellt hat, sie in einer solchen Stelle zu beschäftigen, stellt dies ein Reizthema dar: „Jetzt fragen Sie mich bitte nicht nach dem Sinn dieser Aktivierungsphase, oder? Nein? Dann machen wir das Diktiergerät aus. [Lachen]“ Sie rechne damit, in dieser Zeit zweimal pro Woche zu einem PC- und Trainings-Training gehen zu müssen, eine Verpflichtung, die ihr unsinnig vorkommt („hohl, sinnlos, hohl“), denn als durchschnittlicher Teilnehmer würde man dort ihres Wissens überhaupt nichts lernen können. Sie bedauere es, dass für solche Maßnahmen viel Geld ausgegeben werde, um damit Dozenten zu bezahlen, die den Teilnehmenden nicht wesentlich mehr beibrächten, als einen Computer an- und auszuschalten und sie sich in der übrigen Zeit einfach miteinander unterhalten ließen. Auch den Sinn, dass sie in diesem Zusammenhang an einem Bewerbungstraining teilnehmen müsse, stellt sie in Frage und fügt hinzu, man könne doch von Menschen im Alter von über fünfzig Jahren erwarten, dass sie bereits wüssten, wie man sich bewerbe. Wenn das Jobcenter jemanden zur Teilnahme auffordern würde, der tatsächlich noch Schwierigkeiten bei dieser Aufgabe hätte, würde sie das hingegen durchaus akzeptieren (#11: 89). Sie selbst sieht sich dabei als unterfordert, denn es würde sie eher ermüden als motivieren, täglich sechs Stunden ihre Zeit abzusetzen, ohne etwas tun zu können und jemandem zuhören zu müs-

sen, ohne dabei etwas zu lernen (#11: 87, 93, 96). Ähnlich sieht es ein Interviewpartner, der sich nicht allein als Betroffener, sondern auch als aktives Gewerkschaftsmitglied mit der Qualität von Bildungsmaßnahmen beschäftigt hat. Dabei gebe es durchaus auch Maßnahmen, die sinnvoll und geeignet seien, die Teilnehmer zu motivieren und ihnen eine Perspektive zu bieten. Doch Maßnahmen von solcher Qualität stellen seines Wissens eher die Ausnahme als die Regel dar (#01: 27ff.).

Obwohl sich die in den Interviews geäußerte Kritik weitgehend gleicht, hegt offenbar kaum jemand von den Befragten Erwartungen, dass Erwerbslose gemeinsam gegen solche Maßnahmen und eine Verpflichtung zur Teilnahme daran vorgehen könnten. Dagegen könne man nichts machen, stellt die zuvor zitierte Interviewpartnerin resigniert fest. Sie geht schon im Vorhinein davon aus, dass die Teilnehmer ihr in den Rücken fallen und hämisch und verständnislos auf sie reagieren würden, wenn sie versuchen würde, mit dem Dozenten über ihre Ansichten zu diskutieren. Außerdem befürchtet sie, dass sie aus dem Programm ausgeschlossen würde, falls sie ihre Einwände dort äußert: „Wenn Sie frech werden, das heißt, nicht mal frech werden, sondern, wenn man irgendwas dagegen sagt, wird man nicht mehr teilnehmen, kann man die Bürgerarbeit nicht machen, die man ja machen *möchte*, wie ich zum Beispiel, ja?“ Für sie gebe es deshalb nur eine einzige Möglichkeit, nämlich sich in Zurückhaltung und Geduld zu üben: „Mund halten und absitzen“ (#11: 87, 93, 96). Ihre mutlose Haltung in dieser Angelegenheit rechtfertigt sie anhand von Befürchtungen statt Beispielen eigener Erfahrung; es bleibt also unklar, ob sie sich hier auf entsprechende Erlebnisse bezieht. Doch unabhängig davon lässt sich aus ihrer Erzählung auf die Elemente der Resignation schließen, die darin zum Ausdruck kommt: divergierende Interessen von Betroffenen, die einem gemeinsamen Handeln im Weg stehen, sowie eine einseitige Abhängigkeit von den Entscheidungen des Jobcenters über Leistungen, von denen eine Verbesserung der eigenen Situation erhofft wird.

Während eher minderwertige Bildungsmaßnahmen von denjenigen, die sich zu diesem Thema äußern, einhellig und vehement kritisiert werden, fallen die Stellungnahmen zu Beschäftigungsmaßnahmen jeweils differenzierter und insgesamt eher uneinheitlich aus. Gründe, einen Ein-Euro-Job oder eine Stelle des Programms Bürgerarbeit nicht allein zu akzeptieren, sondern im Jobcenter sogar darum zu bitten, daran teilnehmen zu dürfen, nennen auch einige Interviewte, die die öffentlich geförderte Beschäftigung in ihrer bestehenden Form aus politischen Erwägungen heraus eigentlich ablehnen. Eine definierte Aufgabe gestellt zu bekommen, etwas mehr Geld zu verdienen, eine gewisse bislang eher vorenthaltene Akzeptanz als nützliches Mitglied der Gesellschaft zu erfahren und vom

Jobcenter zumindest eine Zeit lang nicht mit zermürbenden Anforderungen und nachteiligen Entscheidungen behelligt zu werden – das sind angesichts von Erwerbslosigkeit und einem Einkommen am Existenzminimum die von Vielen geteilten Erwartungen und Hoffnungen, die auch in folgenden Argumenten der Interviewpartner zum Ausdruck kommen.

Eine Frau, die sich in mehreren Fällen aktiv für eine Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs eingesetzt hatte, beteuert in diesem Zusammenhang, dass sie unbedingt arbeiten wolle und ihre Arbeit regelrecht brauche. Ob es sich dabei um Erwerbsarbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt oder um geförderte Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt handelt, scheint für sie grundsätzlich nicht entscheidend zu sein; wichtiger ist für sie offenbar, durch eine Tätigkeit aus ihrem privaten und familiären Bereich treten und gemeinsam mit Kollegen arbeiten zu können (#16: 69). Dies würde ihr nicht erst eine reguläre Arbeitsstelle oder ein Minijob ermöglichen, sondern bereits die Teilnahme an einer Maßnahme. Sie erblickt in den konkreten Arbeitsbedingungen bei ihrem Beschäftigungsträger sogar einen Vorteil gegenüber den Umständen, unter denen sie zuletzt am ersten Arbeitsmarkt gearbeitet hatte: Ihre Tätigkeit auf der geförderten Stelle sei zwar mit Stress verbunden, meint sie, doch der sei bei weitem nicht so extrem, wie sie es in ihrem vorherigen Minijob erfahren habe; zudem gäbe es regelmäßige Arbeitszeiten. Besonders das Arbeitsklima sei gut, die Kollegen hätten Gelegenheit, miteinander zu sprechen, und wenn es auch einmal Probleme gäbe, ließen sie sich doch immer wieder gemeinsam lösen (#16: 84ff.). Sie identifiziert sich regelrecht mit ihrem Arbeitsplatz, bei dem es sich doch eigentlich um einen Ersatz dafür, nämlich um eine geförderte Beschäftigung, handelt.

Eine optimistische Erwartung, durch eine Beschäftigungsmaßnahme die eigenen Chancen bei der Jobsuche zu verbessern oder gar direkt in reguläre Beschäftigung zu wechseln, äußert in den Interviews niemand. Im Gegenteil betont eine Frau, die noch auf eine geförderte Beschäftigung hofft, sie wisse ganz genau, dass sie durch eine solche befristete Maßnahme anschließend keinen neuen Job finden würde. Sie kenne auch sonst niemanden, der nach einem Ein-Euro-Job eine Arbeitsstelle gefunden hätte (#11: 79). Doch wenn man wie sie länger erwerbslos und schon in einem gewissen Alter sei, sei es sehr gut, wenigstens drei Jahre lang Arbeit zu haben, fügt sie später hinzu (#11: 84). Seine Aussichten auf dem Arbeitsmarkt bewertet auch ein anderer Interviewpartner als schlecht und er nimmt ebenfalls nicht an, seine Chancen durch geförderte Beschäftigung verbessern zu können. Doch obwohl er Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und andere Beschäftigung am zweiten oder dritten Arbeitsmarkt wegen deren aus seiner Sicht typischerweise geringen Güte generell kritisiert, sei er bisher in jedem

Fall einverstanden gewesen, daran teilzunehmen. Er habe das sogar nachdrücklich gewollt, denn für ihn als Langzeiterwerbslosen habe sich so die besondere Gelegenheit geboten, seine positive Arbeitseinstellung beweisen und ungerechtfertigte Vorwürfe entkräften zu können, er wäre „faul“ (#01: 115). Auch in diesen Fällen erfüllt die geförderte Beschäftigung am zweiten oder dritten Arbeitsmarkt aus Sicht der Interviewten eine Ersatzfunktion, denn sie soll ihnen zumindest ansatzweise erfüllen, was ihnen durch die Unzugänglichkeit des ersten Arbeitsmarktes weitgehend verwehrt wird: den Wunsch, Arbeit zu haben und darüber soziale Anerkennung zu erfahren.

Mehrere Interviewpartner knüpfen an die Teilnahme an einer Beschäftigungsmaßnahme die Erwartung, dass sich dadurch ihr Einkommen gegenüber dem einfachen ALG-II-Satz erhöhen würde. Eine Interviewpartnerin, die sich bei ihrer Arbeitsvermittlerin dafür einsetzt, in ihrem eigenen Verein gefördert beschäftigt zu werden, erzählt beispielsweise, dass es sie sehr gefreut habe, zumindest eine Aussicht auf so eine Stelle des Programms Bürgerarbeit zu haben, denn das sei eine Chance für sie, einmal wieder ein bisschen mehr zu verdienen und zur Verfügung zu haben. Drei Jahre Bürgerarbeit – das wäre wie ein „Lottogewinn“ für sie (#11: 79). Skeptisch äußert sie sich aber hinsichtlich der Möglichkeiten, durch diese Maßnahme und die damit verbundenen Beitragszahlungen ihren Anspruch auf Altersrente wesentlich zu erhöhen und der ihr drohenden Altersarmut zu entgehen: Nach Jahren der Erwerbslosigkeit sei es für sie aussichtslos, einmal eine Rente oberhalb des Sozialhilfesatzes zu bekommen, „da brauch ich mir keine Gedanken drüber zu machen“ (#11: 74ff.).

Ein weiteres Motiv, das dem Interesse an einer solchen Stelle zugrunde liegen kann, besteht im Wunsch, sich der Verfügungsgewalt des Jobcenters eine Weile zu entziehen. Eine solche Erwartung hatte vor Beginn der Maßnahme auch eine Teilnehmerin am Programm Bürgerarbeit gehegt: Eigentlich habe sie erwartet, dass sie während der geförderten Beschäftigung nicht mehr zum Jobcenter gehen müsse. Doch sie sei auch weiterhin dazu verpflichtet, nach Feierabend Stellenangebote zu lesen und Bewerbungen zu schreiben (#16: 116). Ein Mann, der sich bislang vergeblich um eine geförderte Stelle in seinem eigenen Sozialprojekt bemüht hat, nimmt ebenfalls an, dass er während der Maßnahme von solchen Verpflichtungen befreit wäre und sich so einen Freiraum schaffen könnte:

„Ich hatte ja dort gefragt, die von der ARGE [d. h. Jobcenter, LEV], die dafür verantwortlich war, sagte, die Bürgerarbeit kann auch im XXX [Sozialkaufhaus] gemacht werden. Da muss aber die XXX [Freier Träger] die Einwilligung geben. Und bis jetzt war nichts.“ (#06: 74)

„Dann wäre ich erstmal drei Jahre weg von der ARGE.“ (#06: 76)

„Dann wäre ich hier [beim Sozialkaufhaus, LEV] voll einsetzbar.“ (#06: 78)

„Jetzt bin ich doch von der ARGE abhängig. Wenn die mir jetzt Jobs anbieten oder Lehrgänge oder eine Weiterbildung, *muss* ich das annehmen. [...] Dann müsste ich hier weg.“ (#06: 80)

Sein grundlegendes Interesse besteht offenbar darin, auf lange Sicht in seinem gelernten Beruf als Handwerker in jener Einrichtung weiterarbeiten zu können, und sei es, wie bislang, auf freiwilliger und unentgeltlicher Basis. Von der Vermittlung durch das Jobcenter erwartet er sich nichts Positives; im Gegenteil fürchtet er, seine freiwillige Arbeit eventuell durch deren Entscheidung aufgeben und seinen vertrauten Betrieb, seine Kollegen und Vorgesetzten verlassen zu müssen. So formuliert er ein Begehren nach Arbeitsplatzsicherheit, ohne jedoch über einen Arbeitsplatz im üblichen Sinne zu verfügen.

Diese und weitere positive Erwartungen, die sich auf die Teilnahme an einer Beschäftigungsmaßnahme richten, können Erwerbslose individuell dazu motivieren, entsprechende Interessen zu formulieren, und sich dafür gegenüber dem Jobcenter und möglichen Beschäftigungsträgern aktiv und teilweise mit Nachdruck einzusetzen: „Wenn die sehen, dass du arbeiten willst, dass du auch wirklich was tun willst, dass du alle Hebel in Bewegung setzt, dann funktioniert es,“ meint beispielsweise ein Interviewpartner über seinen letztlich erfolgreichen Einsatz für einen Ein-Euro-Job (#04: 235). Davon, wie sie im Jobcenter „gekämpft“ haben (#11), „Druck gemacht“ haben (#16), oder sich zumindest nach Möglichkeiten erkundigt haben (#06), erzählen auch solche Interviewpartner, die ansonsten kaum über ihre Ansprüche an das System der Arbeitsförderung sprechen. Insofern liegt in jenem Interesse daran, an Beschäftigungsmaßnahmen teilnehmen zu können, ein Potenzial, dass Leistungsberechtigte selbstbewusst Forderungen gegenüber dem Jobcenter aufstellen und versuchen, es in die Pflicht zu nehmen. Doch unter dem Aspekt der Ermutigung, Ansprüche zu stellen und zu vertreten, statt lediglich zu akzeptieren, was das Jobcenter von sich aus bietet oder fordert, ist diese Haltung ambivalent. Denn der Anspruch auf Maßnahmen, die mehr darstellen als einen unvollständigen Ersatz von Erwerbsarbeit und in denen die Teilnehmenden beispielsweise auf anerkannte Weise beruflich qualifiziert würden, ist den Erzählungen zufolge gegenüber den genannten Interessen tendenziell zweitrangig. Dies illustriert auch folgendes Beispiel einer prekär beschäftigten ALG-II-Bezieherin, deren Wunsch nach Beschäftigung im Programm Bürgerarbeit vom Jobcenter mit der Begründung zurückgewiesen wurde,

solche Stellen seien nur für Erwerbslose mit besonderen Vermittlungsschwierigkeiten gedacht. Sie reagiert auf diese Erklärung regelrecht beleidigt; ihr persönliches Interesse an einer solchen Stelle überwiegt offenbar das Problem des Zwecks solcher Maßnahmen als Instrumente der Arbeitsförderung:

„Ich habe mich beim Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] erkundigt [...]. Ich habe mich verarscht gefühlt.“ (#13: 32)

„Die haben gesagt, *ich* wäre vermittelbar auf dem ersten Arbeitsmarkt, und den Rest, den brauch ich Ihnen nicht zu erzählen, den können Sie sich denken, was die dann so von sich gelassen haben. Ich sage: ‚Danke‘, sag ich, ‚jetzt werd ich auch asozial.‘ Das war meine Antwort. Denn diese Leute sozusagen, ich sag mal ganz einfach, die jetzt Alkoholprobleme hatten, um diese rauszuholen, um diese wieder ins Berufsleben zu führen, und so weiter, *dafür* ist eigentlich die Bürgerarbeit gedacht. [...] Ich will darüber gar nicht reden, sonst kriege ich solch einen Hals. Das ist eine Ungerechtigkeit. Gut, diesen Leuten muss auch geholfen werden, sag ich immer wieder, man weiß nicht, wie man in solche Situation kommt.“ (#13: 34)

Eine ganze Reihe von Interviewpartnern, darunter auch solche, die sich dafür stark gemacht haben, an einer geförderten Beschäftigung teilzunehmen, äußern weitergehende und höhere Ansprüche an die Arbeitsförderung und formulieren eine entsprechende Kritik am Wert der Beschäftigungsmaßnahmen, die sie mit den Jahren kennen gelernt haben. So beklagt ein Interviewpartner über das Programm Bürgerarbeit:

„Ich lehne es auch ab, weil es keine Perspektive hat. Wenn es zumindest eine Perspektive gäbe: ‚Du machst die Bürgerarbeit, da wirst du erstmal in Ruhe wieder angelernt.‘ Und dass sie auch in den Jobs eingesetzt werden, wo sie herkommen, also in dem Beruf, den jemand gelernt hat. Wenn man sagen würde, der wird auch konkret in diesem Beruf eingesetzt, und dann wird der in diesem Projekt Bürgerarbeit wieder dort herangeführt, durch Schulung, Weiterbildung, und so weiter.“ (#03: 85)

Einige Interviewpartner beurteilen das Instrumentarium der Beschäftigungsförderung in ihrer gegebenen Form als arbeitsmarktpolitisch nahezu wirkungslos; ihrer Ansicht nach dient es in erster Linie dazu, die offizielle Kennzahl der Erwerbslosen auf dem Papier zu senken, statt Erwerbslosigkeit effektiv zu bekämpfen (#01: 5, 33, 103). In einem regionalen Modellversuch,¹ so ein Inter-

1 Er spielt auf den Modellversuch Bürgerarbeit in Bad Schmiedeberg (Sachsen-Anhalt) 2006 an; siehe dazu Reischke 2007; Spindler 2007a. Zum gleichnamigen Bundespro-

viewpartner, sei beispielsweise die Zahl der Erwerbslosen kurzfristig reduziert worden, indem die registrierten Erwerbslosen den geförderten Stellen zugewiesen worden seien. Wer eine solche Stelle ablehnte, habe allein schon aus diesem Grund nicht länger als arbeitsuchend gezählt und sei aus der Statistik verschwunden. Vor diesem Hintergrund sei die Erwerbslosenquote in der betreffenden Region zwar auf null gesunken, jedoch lediglich während des befristeten Zeitraums des Modellversuchs. Fälle, in denen durch solche Beschäftigungsförderung ein reguläres Beschäftigungsverhältnis, dauerhaft und sozialversicherungspflichtig, entstanden sei, seien seines Wissens eher die Ausnahme. Die Politik löse seiner Ansicht nach mit solchen aufeinander folgenden Beschäftigungsprogrammen keine Probleme am Arbeitsmarkt, sondern „doktere an ihnen herum“ (#02: 49).

Ein beruflich durchaus höher qualifizierter Erwerbsloser kritisiert im Interview die Anspruchslosigkeit seiner Tätigkeiten während zweier Maßnahmen. Er erinnert sich, dass sein Ein-Euro-Job, auf den er sich selbst beworben hatte, darin bestanden habe, in der Gemeinde einfache Grünflächenarbeit zu erledigen („Laub gefegt und so was“) (#01: 113). Bei einer weiteren Maßnahme habe es sich um eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im ÖPNV gehandelt. Er bezeichnet die Tätigkeit dort rückblickend ironisch als „unheimlich sinnvoll“, sie habe darin bestanden, in einem Linienbus ein- und aussteigende Personen zu zählen. Seine tägliche Arbeitszeit dort sei lang gewesen („teilweise bis zu zwölfeinhalb Stunden am Tag“), was ungewöhnlich gewesen sei: „Früher hat man immer so schön gehässig gesagt: ABM – arbeiten bis Mittag.“ „Bei mir hieß es dann: arbeiten bis Mitternacht.“ (#01: 109ff.)

Und schließlich äußern sich mehrere Interviewpartner kritisch über die ihrer Ansicht nach zu geringe Vergütung von öffentlich geförderter Beschäftigung. Die so genannte Bürgerarbeit, so einer von ihnen, sei bloß eine unter vielen Formen der Beschäftigung im Niedriglohnssektor. Die Politik erzeuge durch ihre Programme „Armut per Gesetz“ (#02: 168). Durch die geringe Vergütung und eine arbeitsrechtliche Benachteiligung sieht sich ein Ein-Euro-Jobber sogar veranlasst, auf seine Urlaubszeit zu verzichten:

gramm siehe Adamy 2011b; Alt 2010; Hammer 2011. Die Bezeichnung „Bürgerarbeit“ geht auf eine Ende der 1990er Jahre geführte Debatte zurück, soziales Engagement von Erwerbslosen als Form von Beschäftigung anzuerkennen, zu fördern und zu vergüten; siehe dazu Beck 1997; ders. 1999; Erlinghagen 2001; Hesse 2001; Munsch 2003b.

„Das sind 130 Euro, die man im Monat hat. Man kriegt aber nur die tatsächlich geleistete Arbeit bezahlt, und wenn man krank wird, dann kriegt man nichts. Wenn man Urlaub macht, kriegt man nichts. Deswegen hab ich ja keinen Urlaub gemacht. Einen Tag habe ich dieses Jahr [Interviewtermin: Dezember, LEV] Urlaub gehabt.“ (#04: 238)

Aus seinen Jahre zurückliegenden teils negativen Erfahrungen als Teilnehmer einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und aus seiner generellen gesellschaftspolitischen Kritik heraus zieht ein Interviewpartner im Nachhinein die Konsequenz, für solche und andere Maßnahmen der Arbeitsförderung nicht mehr zur Verfügung stehen zu wollen. Er nimmt sich vor, sich gegebenenfalls dagegen zu wehren, sollte er vom Jobcenter wieder in eine geförderte Beschäftigung vermittelt werden:

„Ich meine, ich hatte dabei zwar relativ viel verdient [...] aber ich habe auch keine 30-Stundenwoche gemacht, sondern eine gute 35-, 40-, manchmal war es noch mehr gewesen.“ [LEV: Warum haben Sie das gemacht?] „Na, ich *musste* das machen. ABM. Naja, ich hätte es sein lassen, ich hätte es verweigern sollen, das hab ich dann auch *hinterher* begriffen. Deshalb würde ich denen auch nie wieder eine ABM schenken, *nichts*, das hab ich mir damals geschworen, hinterher.“ (#05: 35, 37)

Aus seiner Sicht stellt geförderte Beschäftigung nicht so sehr eine Hilfe für Erwerbslose am Arbeitsmarkt dar als vielmehr die Ausbeutung ihrer Notlage durch Beschäftigungsträger. Er hält es deshalb durchaus für legitim, wenn sich Beschäftigte in solchem Rahmen auflehnen, wenn auch individuell und versteckt statt gemeinsam und offen, und die von ihnen geleistete Arbeit quasi durch Sabotage wieder entwerten:

„Jeder, der da hinkam, dachte, na das ist eine Arbeit für ihn, da kann er ja ein bisschen länger bleiben. Einmal, da hat einer eine ganze Liste einschließlich der Daten verschwinden lassen. Mit sämtlichen Adressen --- Telefonnummern, alles war weg, [Lachen] das fand ich gut, da hatte es einer mal begriffen. Denn mehr oder weniger die alle, die haben keine Chance gehabt.“ (#05: 33)

Auf gerichtlichem Weg, so erzählt eine Interviewpartnerin, habe sich ihr Ehemann einmal erfolgreich gegen die Teilnahme an einer Beschäftigungsmaßnahme, in die ihn das Jobcenter vermittelt hatte, gewehrt, da er mit den dort herrschenden Haftungsbestimmungen nicht einverstanden gewesen sei. Während andere Interviewpartner sich vehement für eine geförderte Beschäftigung bei ihren Arbeitsvermittlern eingesetzt haben, geht es dem Mann im Gegenteil darum, den Vorgaben dieser Behörde zu widerstehen, die ihn auf vielfältige Art unter Druck setzt, beim Träger der Maßnahme weiterzuarbeiten:

„Mein Mann sollte da einmal arbeiten, er war drei Tage da, hatte aber einen unmöglichen Arbeitsvertrag, Arbeitsvertrag kann man das eigentlich gar nicht nennen, eine Belehrung bekommen, die eigentlich inakzeptabel war. Die Chefin hat wohl gesagt, die sollen das gleich unterschreiben und durchlesen können sie sich das später. Ja, wie das dann so ist, die Leute machen das, und keiner guckt genau hin. Ich nehme mir das zuhause vor und sage: ‚Sag mal, hast Du da überhaupt schon mal reingeguckt in Deine Belehrung?‘ ‚Wieso?‘ Ich sage: ‚Dann hättest Du mitgekriegt, wenn Du einen Unfall mit dem Fahrzeug hast, dann darfst Du den Schaden selber tragen.‘ ‚Wie bitte?‘ sagt er, ich sage: ‚Ja dann guck doch mal, lies mal richtig durch.‘ So, dann ist er dort hingegangen, [...] hat nachgefragt, ob er noch andere Arbeiten machen kann. ‚Nein, es gibt keine andere Arbeit.‘ Er sagt, er kann das nicht annehmen, es geht nicht. Da er aber nun schon unterschrieben hatte, lief das Ding nun schon. [...] Mein Mann musste dann zweimal hin zur ARGE, zur Stellungnahme quasi. Ich war mit dabei. Und dann hat er zweimal geschrieben, aus welchem Grunde er das abgelehnt hat. Und dann kam die Sperre, eine dreimonatige Sperre mit jeweils 95 Euro, weil er sich geweigert hat, zum Psychologischen Dienst zu gehen. Er sollte zum Psychologischen Dienst gehen. Und da hat er gesagt: ‚Ich sehe überhaupt gar keinen Grund, warum ich zum Psychologischen Dienst gehen soll, wenn ich diese Arbeit nicht machen kann. Ich kann mich doch nicht verschulden.‘ So, dann ging das bis vors Sozialgericht.“ (#14: 109)

„Er hat seine 287 Euro wieder zurückbekommen und dann war es gut. Ja es ist traurig, wenn dann 95 Euro fehlen, das ist hart. Das ist wirklich hart. Und da ist auch kein Einsehen da, ja. Da kann man noch so viel schreiben und machen, es geht einfach dann nicht. Dann kann man nur den Weg der Klage gehen, und der kann eben dann auch mal ein bisschen länger dauern.“ (#14: 111)

Wie die Interviewpartner jeweils zu Maßnahmen der Arbeitsförderung stehen, ob sie sich für eine Teilnahme einsetzen, oder aber dagegen wehren, hängt offenbar kaum von Erwägungen ab, inwiefern sich dadurch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen lassen. Arbeitsmarktpolitische Gründe spielen in den Erzählungen noch am ehesten eine Rolle, wenn es um die ablehnende Kritik an Beschäftigungsmaßnahmen geht. Wichtiger sind Motive, die eigene Notlage als Erwerbsloser und ALG-II-Bezieher graduell zu entschärfen, sei es durch eine damit verbundene Vergütung, durch die Gelegenheit, auf verhältnismäßig sinnvolle und strukturierte Weise tätig sein zu können, oder durch den Wechsel in eine etwas angesehenere gesellschaftliche Rolle, die mit einer Maßnahme einhergehen kann. In diesem Zusammenhang können von Erwerbslosigkeit und Armut Betroffene in einen inneren Interessenkonflikt geraten, in dem sich auch einige der Interviewpartner ihren Erzählungen zufolge befinden. Sie sehen sich –

und andere Betroffene – vielfältigen Zwängen und Nöten ausgesetzt und artikulieren das dringende Bedürfnis, dem auf irgendeine Weise möglichst schnell Abhilfe zu schaffen. Gleichzeitig halten sie an einer weiterreichenden Perspektive fest, die über eine bloß kurzfristige Linderung des Mangels hinausreicht und in der die gegebenen Maßnahmen der Arbeitsförderung selbst als Problem statt als Lösung erscheinen. Ein Langzeiterwerbsloser, der sich unter anderem durch sein politisches Engagement in einer Erwerbsloseninitiative mit den Instrumenten der Arbeitsförderung auseinandersetzt, kritisiert in diesem Sinne die arbeitsmarktbezogene Perspektivlosigkeit, die aus seiner Sicht Stellen des Programms Bürgerarbeit und Ein-Euro-Jobs kennzeichnen:

„Das ist das Problem, es hat keine Perspektive, man macht die Bürgerarbeit, was danach kommt, weiß keiner. Das Jobcenter kann Dir nicht sagen, ob man einen Job bekommt. Und da ja meistens die Bürgerarbeit von Vereinen, Trägern genutzt wird, die sowieso kein Geld haben, dann werden die auch nicht nach den drei Jahren sagen: ‚Sie machen hier gute Arbeit, wir würden Sie jetzt gerne fest einstellen.‘ Und Ein-Euro-Jobs sowieso. Man hat eben diese sechs Monate gemacht, vom Niveau her war das noch nicht einmal so, dass man sagt, das bringt einen irgendwo weiter, und dann ist man wieder draußen und wieder zu Hause, und das war’s. Und deswegen hat es eigentlich keinen Sinn, und da es auch ohne Perspektive ist, muss man’s eben auch ablehnen.“ (#03: 85)

Er begründet seine grundsätzliche Ablehnung solcher Instrumente also ganz rational als Konsequenz seiner Kritik daran. Zugleich wirkt die Art, wie er diese Schlussfolgerung formuliert, auffallend distanziert und leidenschaftslos: „da es auch ohne Perspektive ist, muss man’s eben auch ablehnen.“ Er selbst, seine eigene Meinung und Entscheidungsfähigkeit, tritt darin in den Hintergrund. Dies wird verständlich, wenn man seine abwägende Haltung berücksichtigt, die sich schließlich auch in seiner Unentschiedenheit und Zerrissenheit in dieser Frage äußert:

„Man kann nicht schwarz-weiß sehen. Ich sehe immer die Gesellschaft, und ich sehe den Menschen. Für den Menschen, für den Betroffenen in dem Fall, ist es natürlich immer eine gute Möglichkeit. Persönlich lehne ich es ganz klar ab.“ (#03: 85)

„Ich sage mir: Jeder Mensch hat einen Wert in dieser Gesellschaft, jeder kann etwas, das ist doch klar. Und wenn jemand zehn Jahre arbeitslos ist, dass der vielleicht erstmal bei null wieder anfangen müsste, ist ja auch ganz klar. Aber trotzdem muss man mit so was nicht erniedrigt werden. Dennoch, das ist dann diese zweiseitige Sichtweise, für den Betroffenen ist das natürlich eine positive Anerkennung, denn der fühlt sich ja plötzlich wie-

der gebraucht und ist froh, dass er wenigstens die 900 Euro hat. Aber wenn man das wieder auf die Gesellschaft bezieht, ist da natürlich die Gefahr der Arbeitsplatzvernichtung, Lohndumping.“ (#03: 85)

In diesen Sätzen unterscheidet er deutlich zwischen sich selbst – gewissermaßen in der Rolle eines urteilenden Kritikers seiner Gesellschaft – und den Betroffenen. Der Gegenstand der Maßnahmen erscheint aus diesen verschiedenen Perspektiven ganz unterschiedlich. Doch im Laufe des Interviews bezeichnet er sich selbst als „Betroffenen“ und betont, dass es ihm gar nicht möglich sei, die Perspektive eines Außenseiters einzunehmen. Aus seinem politischen Blickwinkel erscheint ihm eine Zuweisung in Bürgerarbeit oder Ein-Euro-Job wie der sprichwörtliche Kelch, der bisher an ihm vorbeigegangen ist. Aus seiner Perspektive als Betroffener hingegen kommt ihm die Möglichkeit der Teilnahme an einer solchen Maßnahme wie eine verhängnisvolle Versuchung vor, der zu widerstehen er sich nicht sicher sein kann:

„Ich selbst habe keine Erfahrungen mit Maßnahmen. Denn ich hatte das Glück, wenn ich das jetzt so sagen kann, solche Maßnahmen nicht machen zu müssen, oder dass sie nicht an mich herangetragen worden sind. Aber ich muss auch ganz ehrlich sagen, das hab ich auch zu Leuten aus dem XXX [Erwerbslosenprojekt] gesagt: Ich weiß nicht, wie ich mich verhalten würde, --- ob ich mich da mit Händen und Füßen wehren würde, oder ob ich es machen würde. [...] Ich lebe in diesem System, ich kann mich ja diesem System nicht entziehen und sagen: ‚Ich steige jetzt mal hier aus und stelle mich daneben.‘“ (#03: 87)

Dieser Zwiespalt zwischen der Position als Bürger mit einer Meinung und Mitglied einer gesellschaftlichen Initiative einerseits und als Betroffener mit spezifischen Bedürfnissen andererseits kommt auch in folgendem Fall zum Ausdruck. Ein Interviewpartner, der diese arbeitsmarktpolitische Kritik an Beschäftigungsmaßnahmen teilt, stellt betrübt fest, dass er sich angesichts seiner umfassenden Abhängigkeit als Erwerbsloser schließlich gegen seine Überzeugung doch für einen Ein-Euro-Job entschieden hat:

„Im Großen und Ganzen waren wir [von der Erwerbsloseninitiative, LEV] eigentlich immer gegen Ein-Euro-Jobs. Aber, wie gesagt, ich mache jetzt ja selbst einen. Wenn man das Geld braucht. Man ist echt angewiesen darauf, ja? Das ist ein Widerspruch, aber. Das ist traurig, dass es so enden muss, sag ich mal so. Eine Abhängigkeit ist das, man ist vom Geld abhängig, man ist von dem Willen abhängig, dass man Dich beschäftigt, von diesem Willen ist man abhängig, das ist die Abhängigkeit, das ist ein bisschen, nicht so schön.“ (#04: 250)

3.2 SOZIALES UND SOZIALPOLITISCHES ENGAGEMENT

Die Interviewten verbinden nicht nur die gemeinsame Erfahrung, am Arbeitsmarkt weitgehend ausgegrenzt zu sein, mit äußerst spärlichen Mitteln haushalten zu müssen und als Leistungsberechtigte von Sozialbehörden betreut beziehungsweise verwaltet zu werden. Sie alle engagieren sich außerdem freiwillig in verschiedenen sozialen und sozialpolitischen Projekten. Wie sich diese Mitarbeit aus ihrer Perspektive gestaltet, wird in diesem Unterkapitel anhand ihrer Erzählungen rekonstruiert. Vorab sollen jedoch zur besseren Orientierung die Projekte, in denen diese Aktivitäten ihren Ort haben, kurz und in groben Zügen vorgestellt werden. Im Zusammenhang mit der Stichprobe (siehe oben: 2.1.2) wurde bereits erwähnt, dass sich diese Projekte nach dem Kriterium ihrer jeweiligen Handlungslogik gruppieren und voneinander unterscheiden lassen. Einige von ihnen wirken in erster Linie distributiv und bieten materielle Hilfe, indem sie Konsumgüter preisgünstiger als am Markt an einkommensschwache Verbraucher verteilen oder verkaufen; andere leisten durch ihre Mitarbeiter persönliche Unterstützung und kompetente Hilfe bei verschiedenartigen Problemen in Form von Beratung, Begleitung und Betreuung; ein weiterer Teil schließlich ist darauf ausgerichtet, politisch-mobilisierend zu wirken.

Bei den materiell-distributiven Projekten handelt es sich hier um eine Tafel und ein Sozialkaufhaus. In der Tafel verteilen freiwillige Mitarbeiter gespendete Lebensmittel rationsweise an bedürftige Bürger. Es handelt sich dabei um noch voll genießbare Nahrung, um Waren, die aus dem Angebot von Einzelhändlern aussortiert worden sind, beispielsweise weil sie Druckstellen aufweisen oder weil ihr Mindesthaltbarkeitsdatum erreicht ist. Wer Leistungen der Fürsorgesysteme bezieht und seine Bedürftigkeit anhand eines Leistungsbescheides nachweisen kann, kann sich in der Tafel als Kunde registrieren lassen und bekommt so die Möglichkeit, zweimal im Monat dort Lebensmittelkörbe zu erwerben. Der zu zahlende symbolische Preis – der so genannte Obolus – ist so niedrig angesetzt, dass über die Einnahmen kaum die Kosten des Projektes für Miete, Energie etc. gedeckt werden können. In dieser Tafel werden außer Lebensmitteln auch so genannte Non-Food-Güter, beispielsweise aus gespendeten Sonderposten, verkauft, darunter kleinere Elektrogeräte, Bekleidung und Drogerieartikel. In der Regel haben die Mitarbeiter mit dem Trägerverein einen Ehrenamtsvertrag geschlossen, in dem ihre Aufgaben in der Tafel definiert sind. Eine Minderheit von ihnen arbeitet auf einer öffentlich geförderten Stelle im Projekt; im Falle einer Interviewpartnerin, die zuvor auf ehrenamtlicher Basis mitgearbeitet hatte, handelt es sich dabei um eine Stelle des Programms Bürgerarbeit. Hauptamtliche Mitarbeiter gibt es in dieser Tafel nicht.

In dem Sozialkaufhaus, in dem ein Interviewpartner auf ehrenamtlicher Basis mitarbeitet, werden Einrichtungsgegenstände zum Verkauf angeboten. Es handelt sich dabei um den Ableger eines Beschäftigungsträgers, in dessen Werkstatt Teilnehmende an Fördermaßnahmen beispielsweise gebrauchte Kleiderschränke aufbessern und gegebenenfalls reparieren. Auch der Transport von gespendeten Gegenstände in die Werkstatt und von verkauften Waren in die Wohnungen der Käufer gehört zu den Aufgaben der dort beschäftigten Mitarbeiter und des freiwilligen Helfers. Anders als in der Tafel ist grundsätzlich jeder berechtigt, hier einzukaufen; mit seinen vergleichsweise niedrigen Preisen richtet sich das Sozialkaufhaus jedoch gezielt an einkommensschwache Kunden.

Die Hilfe bei sozialen und psychosozialen Problemen, die in der Sozialberatung und in den Anlaufstellen geleistet wird, in denen sich einige der Interviewten engagieren, ist nicht wie in der Tafel und im Sozialkaufhaus materieller, sondern immateriell-persönlicher Art. Die Kompetenz der Helfer, bestimmte schwierige Situationen und Aufgaben zu bewältigen, steht hier im Vordergrund. Sie basiert auf deren praktischen Erfahrungen und dem fachlichen Wissen, das sie sich mit der Zeit in ihrem Engagement angeeignet haben. Als Einzelne oder gemeinsam mit weiteren Mitarbeitern von Beratungsstellen – darunter geschulte Laien wie sie, aber auch ehrenamtliche Professionelle – helfen die Sozialberater Leistungsberechtigten bei Problemen im Schriftverkehr mit dem Jobcenter oder Sozialamt. Im Vordergrund stehen dabei Übersetzungsaufgaben, das heißt, es geht immer wieder darum, kompliziert abgefasste Verwaltungsbescheide zu verstehen. Außerdem helfen sie dabei, Leistungsanträge zu formulieren, gegebenenfalls Widerspruch gegen einen als unrechtmäßig erachteten Bescheid einzulegen und Klagen beim Sozialgericht einzureichen.

Darüber hinaus begleiten einige der Sozialberater in der Funktion von Beiständen Leistungsberechtigte bei deren Behördengängen und sprechen stellvertretend für sie mit deren Sachbearbeitern. Was sie dort aussagen, gilt als vom begleiteten Leistungsberechtigten selbst vorgebracht, falls dieser nicht unverzüglich widerspricht (vgl. § 13 Abs.4 Satz 2 SGB X). In der typischerweise unübersichtlichen Situation eines Termins bei der Behörde können Begleiter den von ihnen Begleiteten aufgrund ihrer Erfahrung und ihres Wissens eine sowohl moralische als auch inhaltlich-qualifizierte Unterstützung bieten.

Die Interviewpartner, die sich in Anlaufstellen für Obdachlose und Suchtkranke und in Einrichtungen der Behindertenbetreuung engagieren, gehen dort eher den angestellten Sozialarbeitern und anderen hauptamtlichen Mitarbeitern zur Hand, als dass sie – wie die interviewten Sozialberater – weitgehend selbstständig agieren würden. Sie übernehmen den Telefondienst und weitere einfache organisatorische Aufgaben, wirken als unmittelbare Ansprechpartner und Ver-

trauenspersonen ihrer Adressaten und gestalten Freizeitangebote sowie die Sitzungen der in ihren Einrichtungen ansässigen Selbsthilfegruppen mit.

Bei den auf politische Mobilisierung hin wirkenden Projekten schließlich handelt es sich in den meisten Fällen um lokale Gruppen, die die wöchentlichen Kundgebungen gegen Hartz IV seit den Massenprotesten des Sommers 2004 bis heute fortsetzen, wenn auch in rudimentärem Umfang von einem Dutzend oder weniger Teilnehmern. Ihre Montagsdemonstrationen, die jeweils auf einem zentralen Platz in ihren Gemeinden stattfinden, dienen den daran Beteiligten als Forum zur Diskussion politischer Themen sowie leistungsrechtlicher Probleme und zum Austausch von Informationen – und nicht zuletzt dazu, das aus ihrer Sicht verdrängte Problem der Erwerbslosigkeit öffentlich präsent zu halten. Bei den eigentlichen Gruppentreffen werden, sofern sich der politische Anlass dazu aktuell ergibt, auch weitere Protestaktionen geplant, Flugblätter und Leserbriefe zu sozialpolitischen Themen verfasst, Treffen mit Vertretern von Kommunalpolitik und -verwaltung vorbereitet, oder es wird einfach politisch diskutiert. Die Gruppen sind auf regionaler Ebene miteinander vernetzt, in allen Fällen unter dem Dach einer Gewerkschaft, in einigen Fällen außerdem im Rahmen eines gewerkschafts- und parteiunabhängigen Erwerbslosenbündnisses.

Eine Besonderheit unter den sozialpolitischen Projekten stellt eine journalistisch arbeitende Initiative dar. Deren Mitglieder bilden eine Redaktion und veröffentlichen in monatlichen Abständen Beiträge schwerpunktmäßig zu Themen rund um Erwerbslosigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dabei handelt es sich teils um selbst verfasste, teils um bereits andernorts erschienene Texte, die von der Redaktion recherchiert, ausgewählt und zusammengestellt und mit Genehmigung der Verfasser erneut veröffentlicht werden.

3.2.1 Persönliche Anlässe

Betrachtet man die Erzählungen der Interviewpartner dahingehend, wie die Befragten jeweils dazu gekommen sind, sich in ihren gegenwärtigen Projekten zu engagieren, dann stößt man immer wieder auf Anspielungen oder Schilderungen der besonderen Lebenslage, in der sie sich zu Beginn ihres Engagements befunden haben, sowie auf unterschiedlich ausführliche biografische Selbstbeschreibungen. Wie die Interviewten im Allgemeinen einen Zugang zu diesem Feld gefunden haben, was ihre Bereitschaft, sich zu beteiligen, gefördert und ihr Interesse geweckt hat und aus welchem konkreten Anlass sie sich in einem abgesteckten Rahmen engagieren – die Antworten auf solche Fragen gehen typischerweise über den engeren Bereich des sozialen Engagements hinaus und beziehen den weiteren Kontext einzelner oder zusammenhängender Phasen der jeweiligen Bi-

ografie ein. Das gleiche lässt sich über die Frage nach den Motiven, die mit einem sozialen Engagement verfolgt werden, sagen. Wer über dieses Thema spricht, geht spontan auf eine allgemeine Lage ein, in der er sich zu Beginn seines Engagements befunden hat. Erst in einem bestimmten Kontext bieten sich entsprechende Möglichkeiten, lassen sich Gelegenheiten als solche erkennen und lässt es sich erlernen, Gelegenheiten auch wahrzunehmen. Darin könnte ein wichtiger Grund dafür liegen, dass angesichts der Interviewfragen zu sozialem Engagement in größerem Umfang auf die eigene Betroffenheit eingegangen wird.

Eine Frau, die sich unter anderem als ehrenamtliche Betreuerin für Kranke und Behinderte engagiert, erzählt davon, wie sie diese Aufgabe durch ihren Minijob in einer Betreuungseinrichtung für sich entdeckt hat. Rechtliche Betreuung gehöre zwar nicht zu ihren dortigen Arbeiten, das sei auch für sie etwas ganz Neues gewesen. Aber sie habe dort zuerst von der Möglichkeit einer solchen ehrenamtlichen Beschäftigung erfahren; das habe schließlich ihr Interesse geweckt und auf ihre Initiative hin hätte ihr das Amtsgericht bisher drei Fälle zur Betreuung vermittelt (#11: 30ff.). Sein zuvor in Studium und Beruf erworbenes Wissen wendet hingegen ein ehrenamtlicher Sozialberater in seinem sozialen Engagement an. Bevor er sich als Freiwilliger zwei Beratungseinrichtungen angeschlossen hat, habe er ein rechtswissenschaftliches Studium absolviert und anschließend eine Zeit lang im Jobcenter gearbeitet, dessen Bescheide er nun regelmäßig kritisch unter die Lupe nimmt. Die Erfahrung als ehemaliger Insider helfe ihm dabei, die aus Sicht vieler Betroffener zuweilen kryptischen Schriftstücke verstehen zu können (#03: 04).

Andere sind erstmals durch eigene Betroffenheit als Erwerbslose und Leistungsbezieher mit der ihnen bis dahin noch nicht vertrauten Möglichkeit eines sozialen Engagements oder zumindest mit ihren konkreten Projekten in Berührung gekommen. Eine Mitarbeiterin einer Tafel erinnert sich beispielsweise daran, wie sie ursprünglich durch eine Sozialarbeiterin, die ihr einmal in einer Notlage sehr geholfen habe, in Kontakt mit dem Trägerverein gekommen sei – lange Zeit bevor sie schließlich begonnen habe, sich selbst dort zu engagieren. Als sie vor einigen Jahren wieder einmal erwerbslos geworden sei, habe sie sich daran erinnert und bei der Tafel nachgefragt, ob sie dort auf ehrenamtlicher Basis mitarbeiten könne (#16: 14ff.). Ein freiwilliger Helfer einer Anlaufstelle für Suchtabhängige berichtet, dass er diese Einrichtung durch die Sozialverwaltung kennen und schätzen gelernt habe, als die ihn selbst einmal in einer schwierigen Phase seines Lebens dorthin vermittelt habe. (#15: 30)

Ein anderer Mann, der in einem Jugendheim aufgewachsen war, hat nach dem Verlust seiner Arbeitsstelle ein Ehrenamt in einem Behinderten-Heim über-

nommen; er zieht eine biografische Linie zwischen seiner persönlichen Erfahrung und seinem Engagement in Heimen: „Auch da habe ich Erfahrung, ja, und das versuche ich heute genauso mit den Behinderten umzusetzen.“ (#07: 19) Zwei der Interviewpartner schließlich haben anfänglich eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder einen Ein-Euro-Job in den Projekten absolviert, in denen sie anschließend auf freiwilliger Basis weitergearbeitet haben. Für einen von ihnen bedeutete dies jedoch nicht den Beginn seines ehrenamtlichen Engagements überhaupt; er hatte schon zuvor praktische Erfahrungen auf diesem Feld gesammelt:

„Dass ich hier bin, liegt am Arbeitsamt, aber ich hatte schon früher ehrenamtlich gearbeitet, auch während ich noch gearbeitet habe, was ich ja jetzt nicht mehr tue. Und dann hab ich durchs Arbeitsamt eine ABM bekommen, die lief dann irgendwann aus, und dann hat man mich angesprochen, ob ich nicht einen Ehrenamtsvertrag haben möchte, ja, und seitdem ist das so.“ (#12: 7)

In diesen Fällen setzen die Interviewpartner durch ein Ehrenamt im freiwilligen Rahmen fort, was sie auf Veranlassung des Arbeitsamtes oder Jobcenters einmal begonnen haben. Doch auch Probleme mit dem Jobcenter, die Menschen konkret erfahren oder sich zumindest erwarten, können zum Anlass werden, sich auf eine bestimmte Weise sozial zu engagieren, und so die eigene Position und die anderer Leistungsberechtigter zu stärken. So erinnert sich ein ehrenamtlicher Sozialberater daran, wie er seine Beratungstätigkeit begonnen hat:

„Schon seit Beginn von Hartz IV hatte ich mich mit den Gesetzen befasst, weil es mich auch selbst betroffen hat und damit ich weiß, was auf mich selbst zukommt. Und mein Wissen alleine für mich zu behalten, das war mir eigentlich zu blöd, ich wollte das eigentlich irgendwie tätig umsetzen.“ (#08: 2)

„Ich wollte gerne einen Erfahrungsaustausch mit anderen Leuten machen.“ (#08: 4)

Mehrere Interviewpartner sprechen darüber, dass sie sich so wie der zitierte ehemalige ABM-Teilnehmer schon vor ihrer gegenwärtigen Tätigkeit in der einen oder anderen Weise gesellschaftlich engagiert haben, und beleuchten so zumindest schlaglichtartig einige Aspekte ihrer jeweiligen politisch-bürgerschaftlichen Sozialisation. Einer von ihnen blickt auf eine mindestens zwei Jahrzehnte lange Folge verschiedener Ehrenämter zurück. Das habe bereits nach der Wende 1989/1990 begonnen, erzählt er; damals sei er von seinen Arbeitskollegen in den Betriebsrat gewählt worden. Er habe dann mit der Zeit noch eine ganze Reihe

anderer ehrenamtlicher Verpflichtungen übernommen, von denen er gegenwärtig noch vier ausübe (#09: 26). Bereits engagierte Mitglieder bestimmter Projekte erfahren möglicherweise leichter von weiteren Möglichkeiten, sich zu beteiligen. So berichten einige Interviewpartner davon, dass sie durch Vereinskollegen gezielt angesprochen und eingeladen worden seien, auch in einem anderen Projekt mitzumachen (#01, #02, #08, #11).

So wie das zuvor zitierte ehemalige Betriebsratsmitglied den Beginn seiner engagementbezogenen Biografie in die Wendezeit legt und seine Erfahrungen in der DDR in seiner Erzählung ausblendet, gehen die meisten der Interviewten, die in der DDR aufgewachsen sind, darauf gar nicht oder nur unter dem Aspekt ihrer damaligen Berufstätigkeit ein. Fragen zu Mitgliedschaften, Freiwilligkeit und (oppositionellem) Engagement vor der Wende sind in dem Leitfaden, der den Interviews zugrunde liegt, nicht enthalten, denn sie berühren nur indirekt die Problemstellung dieser Studie. Eventuell spielt es in diesem Zusammenhang aber auch eine Rolle, dass die Interviewten um die West-Sozialisation ihres Interviewers wissen. Da solche Themen nicht in den gemeinsamen Erfahrungsbereich fallen und deshalb als der Interviewsituation unangemessen oder gar konfliktträchtig wahrgenommen werden können, könnten sie es gezielt vermeiden, sie anzusprechen. In ihren Gesprächen mit Bekannten aus ihrer Region werden spezifisch ostdeutsche Erfahrungen nämlich durchaus angerissen, das wird während der die Interviews vorbereitenden teilnehmenden Beobachtung deutlich.

Zwei Interviewpartner, die sich ihren Erzählungen zufolge in der Endphase der DDR auf entgegengesetzten Seiten engagiert hatten, kommen dennoch im Interview spontan auf diese Phase in ihren Biografien zu sprechen. Ihre gesellschaftliche Aktivität setzt sich nach der Wende in gewandelter Form fort, statt dass sie abbricht. Dass sie in diesem Rahmen anders als die anderen Interviewpartner darüber reden, lässt sich eventuell darauf zurückführen, dass sie anhand ihrer Schilderungen ihr jeweiliges Selbstverständnis als widerspruchsbereite, kritische und aktive Bürger illustrieren können. Der eine von ihnen erwähnt im Zusammenhang mit seiner prinzipiellen Abhängigkeit als Erwerbsloser und Fremdbestimmung durch das Jobcenter, dass er schon in der DDR in der Bürgerrechtsbewegung aktiv gewesen sei (#04: 252). Der andere Interviewpartner, der auf seine gesellschaftlichen Aktivitäten vor der Wende näher eingeht, unterstreicht in diesem Kontext eher einen gewissen Bruch in seiner politischen Biografie als deren Kontinuität: Seine Ablehnung, sich in einer politischen Partei zu engagieren, begründet er mit negativen Erfahrungen als SED-Mitglied und Nachwuchskader: „Ich möchte mich nicht für irgendwelche, sagen wir mal so, Parteien, oder sonst was hier, vor den Karren spannen lassen, das hab ich schon einmal durchgemacht, und das möchte ich nicht noch mal erleben. Da habe ich

kein Interesse dran.“ (#08: 4) Zugleich schätzt er seine guten Beziehungen vor Ort, die er auf seine Aktivität in dieser Zeit zurückführt, heute als Vorteil bei seinem sozialen Engagement ein:

„Früher war ich viel ehrenamtlich tätig, zur DDR-Zeit, in meiner Jugend, ich bin ja so aufgewachsen, ich kenne das ja nicht anders. Dadurch kenne ich auch viele Leute, und dadurch fällt mir das auch nicht so schwer.“ (#08: 31)

„Ich war Nachwuchskader für alles Mögliche, bis ganz hoch, aber das – alles vorbei. Kurz vor der Wende haben sie mir dann nachher alles gestrichen. Da war ich nicht mehr so tragbar. Da gab es Auseinandersetzungen im Zentralrat damals. Und zwar ging das um ökonomische Mittel, und die ganze Verschie, also was heißt Verschieberei, damals war das eben so. Und das hat mir nachher mächtig angestunken, und das hab ich auch gesagt: ‚So kann man keine Wirtschaftspolitik machen.‘ Das hat ein paar Leuten nicht gefallen, und dann wurde gesucht, und auch gefunden, ein Grund, damit ich von allen Ämtern enthoben wurde. Inklusive aus der Partei geflogen und und und. Alles --- weg.“ (#08: 33)

All diese Wege ins soziale Engagement können als Versuche der Interviewpartner gelesen werden, angesichts der Ungewissheit ihrer prekären Lebenslagen eine positive Kontinuität zu erzeugen. Ihr Engagement beginnen sie nicht spontan, sondern sie knüpfen damit an ihre bereits bestehenden Praxen, Interessen und Kenntnisse an. Engagement stellt insofern eine Möglichkeit dar, aktiv das eigene gesellschaftliche Selbstverständnis auszugestalten und fortzuschreiben und ihm entsprechend zu handeln. Solch ein Selbstverständnis, das durch Ausbildung und Berufserfahrung, politische und bürgerschaftliche Sozialisation, aber auch durch die Erfahrung eines Außenseiterdaseins als Heimkind oder Suchtabhängiger geprägt ist, wird angesichts von Erwerbslosigkeit und Armut in Frage gestellt und selbst prekär und bedarf deshalb der besonderen Absicherung und Vergewisserung in der Praxis.

Wer wegen einer Erwerbsminderung aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden ist und wer von Erwerbslosigkeit oder Unterbeschäftigung betroffen ist, kann in der freiwilligen, ehrenamtlichen Arbeit eine Gelegenheit erblicken, die ihm fehlende Erwerbsarbeit zumindest unter bestimmten Aspekten teilweise kompensieren zu können. So stellt sich aus der Sicht eines Frührentners sein Engagement in der Behindertenbetreuung als Fortsetzung seiner vorherigen „richtigen Arbeit“ dar, die sich jedoch im Vergleich zur Erwerbsarbeit unter entschärften Bedingungen vollzieht:

„Jetzt kann ich mir die Arbeit einteilen, wie ich will, [...] und ich kriege ab und zu mal Anrufe, ob ich dann und dann kommen kann, und dann bin ich auch bereit, das zu machen, ohne dass Leistungsdruck dahinter steht. Früher hab ich wie gesagt leistungsmäßig gearbeitet, und das war doch ein bisschen was anderes. Bloß, ich stand auf dem Standpunkt: Wenn ich Leistung bringe, dann möchte ich auch entsprechend bezahlt werden.“ (#07: 29)

In seiner Erzählung erhebt er einen doppelten Anspruch: erstens an die Güte seiner damaligen Arbeitsleistung sowie zweitens auf das Recht, leistungsgerecht bezahlt zu werden. An verschiedenen Stellen im selben Interview wird deutlich, dass er, so wie von der Qualität der von ihm erbrachten Arbeit, auch von dem Wert seines ehrenamtlichen, nichtvergüteten Beitrags überzeugt ist. Indem er betont, hier nicht mehr unter Leistungsdruck zu stehen, kann er an seinem Anspruch auf eine angemessene Entlohnung theoretisch festhalten, wenn er ihn praktisch auch preisgibt.

Freiwilliges Engagement wird in der Partizipationsforschung zuweilen als eine Art Brücke aus Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung in den Arbeitsmarkt diskutiert. Diese Möglichkeit wird in den vorliegenden Interviews jedoch kaum angesprochen und lässt sich auch nicht aus sonstigen Aussagen der Interviewpartner erschließen; sie scheint also keine wichtige Rolle für sie zu spielen. Eine geringfügig Beschäftigte, die auf dieses Thema eingeht, wägt dabei ab und sieht in ihrem Ehrenamt in einer Tafel sowohl Vorteile bei der Bewerbung auf eine Arbeitsstelle als auch Nachteile. Arbeitgeber können ihrer Erfahrung nach ebenso negativ wie positiv auf das Engagement ihrer Angestellten und Bewerber reagieren. Zumindest hält sie sich die Möglichkeit offen und lässt sich ihr Engagement in einem so genannten Engagementpass von ihrem Verein bestätigen:

„Ich habe so ein Büchlein, in dem man sich bestätigen lassen kann, dass man ehrenamtlich arbeitet. [...] Wenn man sich zum Beispiel bewirbt, ein Arbeitgeber, der sieht es ja dann auch, dass ich ehrenamtlich arbeite, dann könnte ich das zeigen. Ich lasse mir das immer bestätigen. Ich denke aber, man sollte es nicht überall machen, weil manch ein Arbeitgeber denkt, ich opfere mich mehr für dieses Ehrenamt als für die Stelle.“ (#08: 22)

„Während meiner Krankheit, ich bin im Krankenhaus gewesen, [...] hat der Arbeitgeber mir unterstellt, ich hätte währenddessen hier gearbeitet. Der hat mich zuhause angerufen, ich würde mich doch hier mehr engagieren, statt dort zu arbeiten [...]. Da hab ich dann auch so mächtig, richtig gezittert am Telefon, ich wusste gar nicht, ich war ja zuhause gewesen, aber er hat es mir einfach unterstellt. Er hat sich dann entschuldigt, indem er sagte, ja, ich schenk Ihnen noch zum Schluss ein Buch, da warte ich heute noch drauf. Ich sage aber, es ist eine Lehre.“ (#13: 26)

Mehreren Interviewten sind besonders der positive Umgang und der Austausch mit ihren Vereinskollegen und Mitstreitern wichtig. „Ich arbeite hier, weil es mir Spaß macht“, meint beispielsweise ein freiwilliger Mitarbeiter eines Sozialkaufhauses. „Das macht mir Spaß, das ist wie mein zweites Zuhause hier.“ (#06: 58) Eine andere Interviewpartnerin betont, an ihrem Projekt, einer Tafel, schätze sie besonders, dass sie hier unter Menschen sei. Sie brauche ganz einfach den Umgang, den sie und ihre Kollegen miteinander pflegen, sagt sie. Anders als auf ihrer ehemaligen Arbeitsstelle, könne man hier in der Tafel unter Kollegen ohne weiteres („so“) miteinander reden (#16: 50, 90, 112). Sie erinnert sich daran, dass sie diese positive Erfahrung auch früher schon bei den Demonstrationen gegen Hartz IV gemacht habe, an denen sie eine Zeit lang teilgenommen habe: Gerade die Erfahrung, dort mit „den Leuten“, „einfach mal so“, ins Gespräch zu kommen, habe sie damals sehr gut gefunden (#16: 133ff.).

Zum ausformulierten Selbstverständnis eines Interviewpartners gehört es, neben seinem sozialen Engagement auch in anderen Bereichen wie Kultur und Philosophie gezielt nach Möglichkeiten der Diskussion zu suchen. Er kommt im Laufe des Interviews wiederholt auf seine Lebensphilosophie zurück, nach der jeder Mensch grundsätzlich einen regen Gedankenaustausch mit anderen pflegen sollte. Für sich selbst gewährleiste er dies unter anderem durch sein Ehrenamt. Gerade durch seine Sozialinitiative habe er die Möglichkeit, Menschen zu treffen, mit denen er sich unterhalten und mit denen er teils auch zusammenarbeiten könne; so vermeide er es, zu vereinsamen – aus seiner Sicht eine der wesentlichen Gefahren nicht nur in der Erwerbslosigkeit, sondern auch in der zunehmend prekären Erwerbsarbeit (#02: 51ff.).

Diese Kritik am Wandel der allgemeinen Arbeitsbedingungen teilt ein anderer Interviewpartner, der sich jedoch gerade als Erwerbsloser als vom gesellschaftlichen Geschehen in besonderem Maße ausgegrenzt wahrnimmt. Über sein Ehrenamt in der Sozialberatung versucht er, solcher Ausgrenzung etwas entgegenzusetzen: „Für mich ist ja hauptsächlich die Intention, da ich selbst Betroffener bin, irgendwo auch meinen Platz in der Gesellschaft zu finden.“ (#03: 81)

Der verbindliche Rahmen des freiwilligen Engagements, der durch festgelegte Öffnungszeiten, definierte Aufgaben, verteilte Verantwortlichkeiten und andere Konventionen abgesteckt ist, wirkt strukturierend in den Alltag der Aktiven hinein. Vor dem besonderen Hintergrund von Erwerbslosigkeit, in der sich bestimmte zeitliche Strukturen, die den Regelmäßigkeiten der Erwerbsarbeit entspringen, tendenziell auflösen, kann eine ehrenamtliche Tätigkeit als Gegengewicht fungieren. Ein Interviewpartner betont in diesem Sinne die stabilisierende Wirkung seiner Tätigkeit in einer Tafel, auf die er angesichts seiner Erwerbslosigkeit nach eigener Einschätzung sogar angewiesen ist („mein Rückgrat“):

„Ich möchte es [das Engagement in der Tafel, LEV] eigentlich auch nicht missen. Ich wäre ziemlich traurig, weil das eigentlich auch meinen Alltag bestimmt, so traurig das auch ist. Ich meine, vor zehn Jahren hätte ich es mir vielleicht nicht vorgestellt, das so zu machen, aber jetzt mittlerweile ist es so, dass es einfach mein Rückgrat ist. Ich würde, glaube ich, alles dafür tun, um das zu erhalten. Also, das, was in meiner Macht liegt, würde ich dafür schon tun.“ (#12: 7)

Analog dazu fürchten andere wiederum, sie könnten ohne ihr Engagement ihren Halt im Alltag verlieren und scheitern. „So wie manche Leute, die jetzt hier in XXX [Sozialprojekt] kommen, möchte ich nicht enden“, begründet ein Interviewpartner seine freiwillige Tätigkeit in einer Anlaufstelle (#07: 21). Ähnlich äußert sich ein freiwilliger Mitarbeiter eines Sozialkaufhauses, der sich vom Negativbeispiel einiger seiner Adressaten abgrenzt:

„Manche Kunden, die hier herkommen, kommen mit der ganzen Situation nicht mehr zu recht. Dann trinken sie, oder leben in den Tag hinein, was ich nicht machen könnte. Das wäre ja schlimm, wenn XXX [Sozialkaufhaus] zugemacht werden sollte, dann müsste ich, dann würde ich auch so werden, in den Tag hinein leben.“ (#06: 106)

Auch der Wunsch, sich für erhaltene Hilfe praktisch revanchieren zu können und deshalb bei der Organisation mitzuarbeiten, von der man einmal unterstützt worden ist, kann der Entscheidung zugrunde liegen, sich im sozialen Bereich zu engagieren: „Es ist ein *Dank*“, bekennt eine Interviewpartnerin über ihre langjährige Arbeit bei der Tafel. „Die Tafel hat mir, als es mir schlecht ging, geholfen. [...] Sie sehen, mir stehen die Tränen in den Augen, ich mach's gerne. Es ist ein Dankeschön.“ (#13: 20) Das Bedürfnis, eine Gegenleistung erbringen zu können, steht auch im Mittelpunkt der Begründung eines Gewerkschaftsmitglieds, in einem gewerkschaftlichen Erwerbslosengremium mitzuarbeiten. Sie geht an anderer Stelle ausführlicher auf die im Folgenden unerwähnte Rechtshilfe ein, die ihr die Gewerkschaft wiederholt gewährt hatte, und mit deren Hilfe sie erfolgreich gegen das Jobcenter prozessieren konnte.

„Ich möchte, wie soll ich das sagen, ich möchte der Gewerkschaft auch etwas zurückgeben.“ (#14: 27)

„Die Gewerkschaft hat uns nach der Wende geholfen. Meinem Mann beim Kündigungsschutz. Nach der Einführung von Hartz IV, da mussten wir klagen wegen unserer Mietkosten, es blieb uns nichts anderes übrig, damit wir wenigstens halbwegs über die Runden

kamen. Für mich ist das ganz einfach ein Bedürfnis, der Gewerkschaft auch etwas zurückzugeben.“ (#14: 33)

Trotz insgesamt unterschiedlicher Beweggründe für ihr sozialen Engagements ist den Interviewten eines gemeinsam: Allen geht es unter anderem darum, durch ihren Beitrag anderen Menschen bei deren alltäglichen Schwierigkeiten konkret zu helfen, egal ob es sich um die Versorgung mit zusätzlichen Lebensmitteln oder günstigen Haushaltsgegenständen in Tafel und Sozialkaufhaus, um eine Kampagne für ein so genanntes Sozialticket im ÖPNV, um Beratung und Begleitung bei Behördengängen, um die Betreuung von Behinderten und Unmündigen oder um den Erfahrungsaustausch mit Suchtabhängigen in Selbsthilfegruppen handelt. Einige betonen, dass sie ihre Unterstützung in erster Linie als Fremdhilfe verstehen, das heißt als Hilfe für andere aus der Überzeugung heraus, dass diese die Hilfe dringend benötigen. So setzt sich ein Mitglied einer Bürgerinitiative für ein Sozialticket ein, das er selbst gar nicht nötig habe, wie er unterstreicht, obwohl er aufgrund seines geringen Einkommens dazu berechtigt wäre (#02: 207, 249). Solche eher altruistische Einstellung zu seinem Engagement sieht er keineswegs als ungewöhnlich an; andere Leute würden ebenso handeln wie er, fügt er hinzu. Auch ein Mitarbeiter einer Tafel betont, dass es ihm bei seiner Tätigkeit in erster Linie auf die Hilfe für andere ankomme. Nüchtern relativiert er den Beitrag, den er dabei unter den gegebenen Umständen zu leisten vermag:

„Wenn ich irgendwo Manager wäre, dann würde ich mich nicht hinstellen und Obst und Gemüse sortieren, seien Sie mal ehrlich. Das würde ich auch nicht machen. Wenn ich mit 8.000 Euro jeden Monat heim gehe oder 10.000 Euro, da stelle ich mich nicht her und sortiere für die armen Leute Obst und Gemüse. Da kann ich einmal 500 Euro spenden, da tu ich was Besseres. Ist so, seien Sie jetzt mal ehrlich.“ (#10: 71)

Sich als Reicher trotz uneingeschränkter Möglichkeiten dennoch an einen Ort wie eine Tafel zu begeben, das erscheint ihm nur dann plausibel zu sein, wenn einen die Neugier darauf packt, selbst zu sehen, wie die Armen leben: „Es gibt vielleicht welche, die sagen: ‚Ich gucke mal rein, wie das wirklich aussieht hier unten, wie das ist, wenn die Leute hier anstehen und so, wenn sie hier rauskommen, und was das für Leute sind.‘“ (#10: 71) Beide zitierten Interviewpartner, der Aktivist für ein Sozialticket ebenso wie der Tafelmitarbeiter, setzen sich in ihren Aussagen nicht allein in Beziehung zu den Hilfebedürftigen, sondern gerade auch zu denjenigen, die nicht auf fremde Hilfe angewiesen sind. Mit ihnen stellen sie sich durch einen gemeinsam geteilten Sinn für Altruismus und für ei-

nen gewissen Pragmatismus als verbunden dar. Insofern könnte ein mögliches Motiv von Fremdhilfe darin bestehen, sich nicht so sehr der Nähe zu den Hilfebedürftigen, sondern vielmehr zu den aufgrund ihrer materiellen Lage Unabhängigen zu vergewissern und den eigenen gesellschaftlichen Wert zu behaupten.

Hilfe wird jedoch nicht nur als Fremdhilfe, sondern zugleich oder alternativ auch als Selbsthilfe verstanden; so im Falle eines ehrenamtlichen Mitarbeiters einer Suchtberatung, der an den Sitzungen von deren Selbsthilfegruppe regelmäßig teilnimmt:

„Was kann ich anderen vermitteln, wie kann ich anderen helfen – das ist wichtig für mich. Denn mir wurde ja auch mal geholfen. Ich war schwerstabhängig. Ich bin trockener Alkoholiker.“ (#15: 1)

„Und mich da ehrenamtlich zu engagieren, ist wichtig auch für mich, denn ich mache nebenbei auch etwas für mich, ich bekomme einen Eindruck von Menschen, die es noch nicht geschafft haben. Und das frischt immer meines [seine Auseinandersetzung mit dem gesundheitlichen Problem, LEV] auch ein bisschen auf.“ (#15: 3)

Mehrere Interviewpartner betonen, dass sie es in ihrer persönlich schwierigen Situation als äußerst motivierend erleben, aktiv helfen zu können und dabei handfeste Erfolge für andere zu erzielen. Umgekehrt kann ein Misserfolg in der Hilfe, auch wenn er für einen selbst keine unmittelbaren Auswirkungen hat, zusätzlich demotivierend wirken:

„Es macht Spaß, wenn man Leuten helfen kann.“ (#04: 225)

„Ich konnte jemandem helfen, der hatte vom Arbeitsamt kein Geld gekriegt, da bin ich mit dem hingegangen zum Arbeitsamt, habe mit den Leuten auch gesprochen und habe ihm auch eine Ausbildungsstelle besorgt, das ist doch schon ein bisschen was.“ (#04: 228)

„Einen richtigen Misserfolg gab es für mich bestimmt auch schon, aber wenn man sich – das würde mich negativ runterziehen. Ich erinnere mich lieber an die guten Sachen.“ (#04: 230)

Das Bedürfnis, für die Leidtragenden sozialer Probleme da zu sein und sich für deren Interessen auch stellvertretend einzusetzen, kann sich durchaus mit dem nur scheinbar entgegengesetzten Anspruch verbinden, Betroffene zum gemeinsamen Handeln aufzufordern und sie gegebenenfalls aus einer Passivität herauszuführen – und sei es, dass sich die erstrebte Aktivität zunächst darin erschöpft,

dass die Hilfebedürftigen die ihnen angebotene Hilfe akzeptieren und in Anspruch nehmen. So spitzt ein ehrenamtlicher Sozialberater den Anspruch seiner Gruppe, deren Mitglieder Betroffene beraten und bei Ämtergängen begleiten, auf paradoxe Weise zu: „Wir wollen die Leute aufwecken, aufrütteln: ‚Wir sind noch da, also wir kämpfen noch für Euch, wenn Ihr wirklich ein Problem habt, Ihr könnt zu uns kommen!‘“ (#04: 158)

Neben Motiven der unmittelbaren Hilfe spielen bewegungspolitische Ziele eine wichtige Rolle gerade für die Männer und Frauen, die sich im Rahmen von gewerkschaftlichen Gruppen, verbandsunabhängigen sozialpolitischen Initiativen und in Einrichtungen der Sozialberatung engagieren. Einigen von ihnen geht es im Hinblick auf die Masse der Betroffenen als potenzieller Basis von Erwerbslosenprotesten ausdrücklich darum, diese mit ihren politischen Inhalten zu erreichen und mit alternativen Informationen zu versorgen, um wenigstens im eigenen Ort ein Gegengewicht zu den politisch als gegnerisch wahrgenommenen Mainstreammedien zu bilden. Ein Mann, der von seinen hitzig geführten Diskussionen mit Adressaten in der Sozialberatung oder in der Warteschlange einer Suppenküche berichtet, hält solche ihm zum Teil unangenehmen Auseinandersetzungen für alternativlos. Angesichts des negativen, unsozialen Einflusses auf die Meinungen, den er den Massenmedien zuschreibt, hält er es für seine Pflicht, in alltäglichen Situationen Kritik und Widerspruch zu äußern: „Es nicht zu tun wäre gefährlicher, denn ich denke, [...] dass es wichtig ist, da nicht still zu sein, denn in so einer Gesellschaft möchte ich auch nicht leben, muss ich ganz ehrlich sagen, und das ist auch die Intention, dann immer da einzugreifen.“ (#03: 54) Ein anderer erwähnt, es sei zumindest in der Gründungsphase seines alternativen Medienprojektes ein zentraler Anspruch gewesen, nicht nur Aufklärungsarbeit („Gegeninformationen“) zu leisten, sondern in der Berichterstattung auch Betroffene selbst zu Wort kommen zu lassen (#02: 94). Denn um etwas in der Gesellschaft zu verändern und die Situation zu verbessern, komme es auf den „aufrechten Gang“ der Betroffenen an. Deren Widerstand hätte sein Medienprojekt ursprünglich anfachen und sie dazu provozieren wollen, eigene sozialpolitische Forderungen aufzustellen und ihre stille Wut über die Missstände offen zu äußern (#02: 94, 124). Ähnlich äußert sich ein Mitglied einer anderen sozialpolitischen Initiative: Er und seine Mitstreiter wollten die Menschen dazu motivieren, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen (sie begeistern für die Sachen, „die ihnen selber wichtig sind“), ihre Rechte zu erkennen und auf ihnen zu bestehen und sie schließlich gegen den allgemeinen Trend des Sozialabbaus selbstbewusst durchzusetzen (#01: 37).

Solche Hoffnung in die mögliche Widerständigkeit der Erwerbslosen und Armen hegen nicht allein Mitglieder dezidiert sozialpolitischer Gruppen. Ein Ta-

felmitarbeiter beispielsweise sieht in den Massen der Betroffenen, die er gegenwärtig als apathisch und verängstigt wahrnimmt, das Potenzial einer verändernden Kraft, die für ihn aber von der Bereitschaft dieser Menschen abhängig ist, sie auch zu nutzen:

„Und ich weiß zwar, dass ich alleine keine Macht habe, aber das haben die Leute in der ehemaligen DDR auch gedacht. Und was haben sie erreicht? Sie haben die Mauer gestürzt, und das alleine, ohne Krawall, ohne Waffen, ohne zu töten, nur friedlich auf der Straße, und wenn man sich das mal vergegenwärtigt, das sind jetzt die, die zuhause sitzen, mutlos, ängstlich: ‚Was wird morgen, was passiert?‘ Wenn man sich aber daran erinnert, dass die gleichen Menschen das geschafft haben, und wenn die wieder auf die Straße gehen würden, könnte ich mir vorstellen, dass sich das eine oder andere bewegen würde. Aber dazu muss man auch bereit sein, nach außen zu gehen und was zu machen.“ (#12: 21)

3.2.2 Arbeitsteilung

Die möglichen Probleme der Ratsuchenden, mit denen eine Beratungseinrichtung konfrontiert wird, sind zu komplex, die Versorgung der Kunden einer Tafel mit Lebensmitteln zu aufwändig, als dass die in solchen und anderen Projekten routinemäßig anfallenden Aufgaben anders als arbeitsteilig bewältigt werden könnten. Selbst wenn grundsätzlich jedes Mitglied jede Aufgabe übernehmen könnte, machen doch nicht alle das Gleiche, sondern spezialisieren sich zumindest für eine gewisse Zeit auf ein Thema oder einen Tätigkeitsbereich. Die auf die verschiedenen Köpfe verteilten Aufgaben müssen koordiniert werden, damit das Projekt als ein Ganzes ineinandergreifender Tätigkeiten bestehen kann.

In seinem Projekt, berichtet beispielsweise ein Interviewpartner, habe es in der Anfangsphase alle 14 Tage einen festen Termin gegeben. Auf solchen Treffen hätten die Mitarbeiter gemeinsam die zukünftige Arbeit geplant, die bisherige Arbeit bewertet und auftretende Probleme angesprochen. Allerdings seien, „wie das mit ehrenamtlichen Leuten ist“, mit der Zeit immer wieder Treffen ausgefallen und später seien diese Termine nur noch sporadisch zustande gekommen (#02: 31). Auch im Arbeitsplan einer Tafel gibt es einen solchen regelmäßigen Termin, „wo alles sozusagen auf den Tisch kommt“ (#11: 14). In der Sozialberatungsstelle eines anderen Interviewten übernimmt ein bestimmtes Mitglied die Aufgaben eines Projektkoordinators und kümmert sich um die eher routinemäßigen und technischen Aspekte der Abstimmung der gemeinsamen Arbeit. Besondere Fragen, die zum Beispiel eine mögliche Beteiligung an gemeinsamen Projekten mit anderen Einrichtungen betreffen oder spe-

zielle Probleme, die bei der Beratungsarbeit auftreten, werden hingegen von allen Aktiven gemeinsam und gleichberechtigt diskutiert und entschieden:

„Wir haben auch einen Projektkoordinator, der das ehrenamtlich koordiniert, E-Mails rausschickt, zu Terminen. Da gibt es dann auch Austauschtreffen, wo man diskutiert, an welche Projekte man sich noch andocken kann, oder wie man weiter verfährt, wenn etwas nicht so läuft wie ursprünglich gedacht, und die Entscheidung wird dann auch basisdemokratisch von den XXX [Kollegen] getroffen.“ (#03: 36)

Im Unterschied zu solchen Projekten und Vereinen, die vor allem von ihren ehrenamtlichen Mitgliedern getragen werden und in denen Hauptamtliche die Minderheit darstellen, wird die Arbeit in professionellen sozialen Einrichtungen, in denen sich einige der Interviewpartner engagieren, typischerweise – wenn auch nicht in jedem einzelnen Fall – vorrangig von den Angestellten des Trägers geleistet. Ehrenamtliche Mitarbeiter füllen dort eine Lücke in der professionellen Arbeitsteilung oder ergänzen diese. Den Aussagen der betreffenden Interviewpartner zufolge, stellt ihre Arbeit im Wesentlichen einen unbezahlten Beitrag dar, der von den hauptamtlichen Mitarbeitern teils als willkommene Hilfe begrüßt, teils aber auch als ungeliebte Konkurrenz mit Argwohn bedacht wird. Ein freiwilliger Mitarbeiter aus einer Behindertenwerkstatt äußert sich mit unverkennbarem Stolz über seinen Aufgabenbereich:

„In meinem Ehrenamtlichen-Vertrag steht drin, dass ich verantwortlich bin für den Transport und für Reparaturarbeiten und so.“ (#06: 126)

„Ich bin hier auch für die Behinderten mitverantwortlich. Ich arbeite mit denen, zeige denen, wie man was macht. Wir holen auch Möbel ab und liefern sie aus, da muss ich dann immer mit. Wenn ich nicht da bin, dann muss der Fahrer mit zwei Behinderten rausfahren, dann dauert es eben länger.“ (#06: 11)

„Früh bin ich der erste. Ich schließe XXX [Einrichtung] auf als Schließberechtigter, schon die ganzen Jahre jetzt, und abends bin ich der letzte --- dann schließ ich auch zu. Also, so eine Verantwortung habe ich, als Ehrenamtlicher.“ (#06: 15)

In einer Beratungs- und Anlaufstelle unter dem Dach eines freien Trägers übernimmt ein anderer Freiwilliger einfache Verwaltungsaufgaben, um die dort hauptamtlich tätigen Sozialarbeiter von einfachen, aber zeitaufwändigen Arbeiten zu entlasten:

„Ich habe Telefondienst, ich vermittele Nachrichten weiter an die XXX [Sozialarbeiter], ich mache schriftliche Dinge wie die Aufnahmebögen für Menschen, die das erste Mal da hinkommen, damit der XXX [Sozialarbeiter] eben in der wenigen Zeit, die dann in dem Gespräch bleibt, nicht erst noch den Aufnahmebogen ausfüllen muss.“ (#15: 7)

Er engagiert sich außerdem gemeinsam mit anderen Freiwilligen in einer weiteren Anlaufstelle unter dem Dach desselben Trägers. Durch deren Einsatz ist der Träger in der Lage, diese Einrichtung auch während einer Abwesenheit der in dieser Anlaufstelle einzigen hauptamtlichen Mitarbeiterin geöffnet zu lassen – ohne dafür zusätzliche Fachkräfte zu beschäftigen. Ein beschäftigungspolitisches Problem des Ersatzes und der Verdrängung bezahlter durch unbezahlte Arbeit, wie es von anderen Interviewpartnern befürchtet wird (siehe oben), stellt sich ihm in diesem Zusammenhang nicht; er scheint im Gegenteil vor allem stolz darauf zu sein, gefragt und gebraucht zu werden und helfen zu können:

„Es gibt hier nur eine Festangestellte, und deren Jahresurlaub steht an, und da hat sie einen Plan hingelegt, wonach sich die Ehrenamtlichen, es sind ja mehrere, die da pro Woche fungieren, ja, wo wir uns eintragen: ‚Gut, übernehmt‘ ich extra noch was.“ (#15: 67)

„So dass XXX [Träger] sagen kann: ‚Gut, XXX [Person] ist zwar im Urlaub, aber das XXX [Einrichtung] ist besetzt.‘ So, dann hab ich mich da extra noch eingetragen.“ (#15: 69)

Dabei können sich in diesem Zusammenhang durchaus Konflikte zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern entzünden. Darauf geht ein ehemaliger freiwilliger Mitarbeiter einer Betreuungseinrichtung für Behinderte ein, in der die Arbeit überwiegend von regulär Beschäftigten geleistet wird. Sein Beitrag als Helfer stieß bei den Beschäftigten dort nicht gerade auf Zustimmung. Er sah sich vielmehr mit deren Sorge und Vorwurf konfrontiert, dass er „denen die Arbeit wegnehme“. Sein Interesse daran, zwar auf ehrenamtlicher Basis, aber mit ähnlichen Aufgaben wie seine angestellten Kollegen zu arbeiten, steht der Sorge der in der Einrichtung Beschäftigten, eines Tages durch freiwillige Mitarbeiter ersetzt werden zu können, genau entgegen. Auf einen gleichen Konflikt stößt er auch in der Einrichtung, in der er sich derzeit engagiert. Das Problem wurde dort zwar nicht gelöst, aber zumindest entschärft, indem sein Aufgabenbereich im Einvernehmen mit den hauptamtlichen Mitarbeitern genau definiert und eingegrenzt wurde und er seine Tätigkeiten nun schriftlich dokumentieren muss:

„Ich ecke ab und zu mal mit einigen Mitarbeitern an, die hier wirklich richtige Arbeit haben. Die haben Angst, dass ich denen die Arbeit wegnehme. Das Problem hatte ich schon in XXX [Ort], wo ich bei XXX [Freier Träger] war. Da bin ich mit einigen Behinderten durch die Stadt marschiert, und die haben dann nachher unter anderem gesagt, ich sollte das nicht mehr machen, mir ist das dann nachher verboten worden. [...] Da hab ich gefragt, was eigentlich los ist, und da haben sie mir gesagt, sie haben Angst, dass ich denen die Arbeit wegnehme, weil es eigentlich ihre Arbeit wäre, und ich mache das so [d. h. auf ehrenamtlicher Basis, LEV], und das wollten die nicht. [...] Und im XXX [seine derzeitige Betreuungseinrichtung, LEV] [...] habe ich es schriftlich gekriegt, was ich machen kann, und was ich machen darf, und seitdem funktioniert es auch.“ (#07: 36)

„Die [Vorgesetzte, LEV] hat mit mir über eine Stunde diskutiert, und dann haben wir eine Vereinbarung getroffen. [...] Und ich habe auch keine Lust, mich da mit denen herumz streiten, oder irgendwas, die kriegen das schließlich bezahlt, ich nicht. Und da akzeptiere ich das eben so, wie es ist. Ich meine, widerwillig akzeptiere ich das, das hab ich auch gesagt [...]. Bloß ich kann es eben nicht ändern. [...] Wie gesagt, ich mache das da ehrenamtlich, habe auch ein Schriftstück gekriegt, das ist so ein Zettel, den krieg ich da monatlich, und da muss ich dann aufschreiben, was ich gemacht habe.“ (#07: 42)

Dass es in ihren Vereinen eine solche Unterscheidung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern geschweige denn darauf fußende Hierarchien nicht gebe, ist einigen Interviewpartnern besonders wichtig zu betonen. Eine Tafelmitarbeiterin beispielsweise hebt hervor, in ihrem Verein seien alle Aktiven gleich. Sie wüssten von selbst, wann und wie sie sich gegenseitig bei ihren Aufgaben unterstützen könnten; niemand müsse kommen und ihnen Anweisungen geben. Man helfe sich einfach gegenseitig, und zugleich respektiere man den Aufgabenbereich und das Know-how des jeweils anderen, anstatt sich bei der Arbeit in die Quere zu kommen. (#11: 14) Aus Sicht eines Interviewpartners stellt die gemeinsame Arbeit in der Tafel einen verbindenden Prozess dar, in dessen Verlauf durchaus vorhandene Unterschiede zwischen den Aktiven in der gemeinsamen Hilfe für Andere ausgeglichen, wenn auch nicht aufgehoben werden:

„Ich bin auf jeden Fall schon stolz, dass das hier so funktioniert, dass wir, obwohl wir alle unterschiedliche Menschen sind und unterschiedliche Herkunft haben und mit Sicherheit auch unterschiedliche Ansichten haben, jetzt nicht nur politisch, sondern generell, dass wir es doch hinkriegen, jeden Tag für Menschen da zu sein, die vielleicht in der gleichen Situation sind wie wir, aber vielleicht noch etwas schlechter dran. Und dass wir es geregelt kriegen, jeden Tag für *die* Menschen da zu sein, ihnen adäquat versuchen, Ware herbeizuschaffen, so dass sie doch zufrieden wieder nachhause gehen, und sagen: ‚Da ist doch

jemand da, der kümmert sich um uns.‘ Das ist also, wo ich sage, da bin ich schon auch stolz, dass wir das gemeinsam so hinkriegen.“ (#12: 25)

Es fällt hier auf, dass es sich bei den Unterschieden, die ihm zufolge in der gemeinsamen Arbeit zumindest überbrückt werden können, um Unterschiede zwischen den Mitarbeitern („unterschiedliche Menschen“, „unterschiedliche Herkunft“ usw.) handelt, während die Differenz zwischen den Tafelangehörigen und ihren „Kunden“, („vielleicht in der gleichen Situation wie wir“, „vielleicht noch etwas schlechter dran“) durch dieses Unterstützungsverhältnis in Form einer Grundunterscheidung zwischen *denen* und *uns* eher bestätigt als überbrückt wird („Da ist noch jemand, der kümmert sich um uns.“).

Ein ungleiches Maß an persönlicher Betroffenheit der verschiedenen Projektmitarbeiter kann sich in deren unterschiedlichen Herangehensweisen an die sozialen Problemlagen äußern, die den Gegenstand der gemeinsamen Arbeit im Projekt bilden. Solche Unterschiede können wiederum von Benachteiligten als trennend und belastend wahrgenommen werden, insofern sie sich nämlich von ihren Kollegen als unverstanden wahrnehmen. So vermeidet ein Erwerbsloser, der als persönlich Betroffener in seiner Beratungseinrichtung eine Besonderheit darstellt, dort die politische Diskussion mit seinen Kollegen. Während er sonst, wie er an anderer Stelle schildert, teils leidenschaftlich, teils eher pflichtbewusst in Debatten und Gespräche eingreift, wenn er einmal anderer Meinung ist, schrecken ihn bestimmte Positionen seiner Kollegen, die unvereinbar mit seiner eigenen Problemsicht sind, davon ab. Er behält seinen Widerspruch gegen deren rein karitativen statt politischen, mobilisierenden und auf Veränderung zielenden Ansatz lieber für sich; ihn zu äußern, wäre für ihn kräftezehrend:

„Die meisten, die dort mitmachen, machen das ja aus ganz anderen Gründen. Die meisten sind Rentner oder Leute, die, vereinfacht gesagt, zumindest ausreichend Geld haben und das nebenbei machen und sagen: ‚Okay, ich bring mich hier ein, weil ich das Thema wichtig finde‘. [...] Die meisten kümmern sich nur um die konkrete Beratung und sagen: ‚Ja, Hartz IV, das ist halt so,‘ oder: ‚Es ist gar nicht schlimm‘, die wiederholen eigentlich nur die Reden der Regierung und sehen nur den einzelnen Betroffenen und fragen: ‚Wie kann man dem *im* Rahmen der Gesetze helfen?‘ [...] Das hat keinen Sinn, ich sag dann immer: ‚Verschossenes Pulver‘. Man kann ja nicht überall sein Pulver verschießen. Denn es belastet einen ja auch selber, weil man ja selber in diesem System, in diesen Mühlen des Hartz IV lebt, und wenn man dann solche Äußerungen hört, da fühlt man sich ja auch irgendwo angegriffen, aber dann will man auch keine Kraft verschwenden, man muss ja seine Kräfte einteilen.“ (#03: 81)

Doch anders als in diesem Fall können soziale Projekte aus Sicht von daran aktiv Beteiligten auch eine besondere Gelegenheit darstellen, gezielt mit anderen Menschen, die sich in der gleichen Lage befinden, zusammenzuarbeiten; mit Menschen, die für die gleichen sozialen Themen und Probleme aufgeschlossen sind, dabei eventuell eine ähnliche Sichtweise entwickelt haben oder gar vergleichbare und anschlussfähige Interessen verfolgen. Was jemand persönlich als relevant erachtet, wird unter Umständen auch für seine Kollegen in gleicher Lage von Interesse sein, so dass die besondere Möglichkeit, Informationen auszutauschen, zu einem Anreiz werden kann, sich in einem bestimmten Projekt zu engagieren. Interviewpartner gerade aus sozialpolitisch ausgerichteten Projekten berichten, dass ein wesentlicher Anteil der Zusammenarbeit dort darin besteht, sich gegenseitig über Neuigkeiten zu informieren, die im privaten, gesellschaftlichen und politischen Alltag von Belang sein könnten. Beispielsweise kommt es bei den monatlichen Terminen eines gewerkschaftlichen Erwerbslosenprojektes, an dem eine der Interviewpartnerinnen regelmäßig teilnimmt, aus ihrer Sicht nicht allein auf die Produktivität dieser Sitzungen an, das heißt, ob politische Positionen formuliert werden können, um in die Gewerkschaften und darüber hinaus in Politik und Öffentlichkeit hinein zu wirken. Auf die Frage, was ihr in ihrem Engagement wichtig sei, geht sie näher auf den Austausch interessanter Informationen mit den anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ein. Sie will möglichst viele Neuigkeiten erfahren und daraus auswählen können, was für sie selbst von Interesse ist:

„Man kommt leichter an Informationen ran, weil jeder mal was mitbringt, und das wird kopiert, und dann kann das jeder haben, wie er das dann möchte. Das ist dann schon gut, also, da kommt man schon wirklich manchmal an Sachen ran, wo man sagt, da müsste ich zuhause erst wieder suchen, und in Büchern wühlen, und wenn es nur für die Miete ist, oder sonst irgendwas. Man muss sich heute selber kundig machen, sonst kommst du da nicht mehr durch, sonst blickst du da nicht mehr durch.“ (#14: 121)

Sie bezieht sich an anderer Stelle konkret auf eine bestimmte Diskussion während der Gruppensitzung, die unmittelbar vor dem Interview stattgefundenen hatte – ein vergleichsweise langes und gemessen am vorgesehenen Gegenstand der Tagesordnung immer wieder thematisch abschweifendes Gespräch der Anwesenden. Was auf einen unbeteiligten Besucher, sofern er vor allem an greifbaren praktischen Resultaten interessiert wäre, hätte frustrierend wirken können, bewertet sie hingegen unter dem Kriterium, an neue Informationen zu gelangen, als durchaus ertragreich. Auch bei den Montagsdemonstrationen, zu denen mehrere der sozialpolitisch engagierten Interviewpartner in ihren Orten nach wie vor

gehen, geht es den wenigen Teilnehmenden nicht allein – vielleicht nicht einmal an erster Stelle – um den öffentlichen Protest, wie vielleicht anzunehmen wäre, sondern auch um den Austausch von relevanten Neuigkeiten. Die bereits zitierte Frau erinnert sich beispielsweise daran, wie sie einmal selbst solche Kundgebung dazu genutzt hatte, um dort über ein konkretes leistungsrechtliches Problem zu informieren, von dem sie ausgehen konnte, dass es nicht nur sie interessieren würde, sondern auch andere Teilnehmende. Ein wesentlicher Nutzen für die Teilnehmer und damit möglicherweise auch ein Grund für die Kontinuität stark geschrumpfter Montagsdemonstrationen in einzelnen Städten noch Jahre über das Ende dieser Protestbewegung hinaus, besteht folglich darin, dort wahrscheinlich etwas in Erfahrung bringen zu können, was einen betrifft:

„Ich hatte zur Montagsdemo auch mal etwas mitgebracht. Einmal zum Beispiel, da ging es um unsere Wohnung, das hab ich dann mitgenommen und erklärt. Das betraf eigentlich meinen Mann und mich, aber es betrifft auch viele andere.“ (#14: 41)

„Wir haben das an dem Abend da besprochen. Und ja, daraus ist jetzt nichts weiter geworden, aber wie gesagt, das betrifft eben viele.“ (#14: 55)

3.2.3 Adressaten

3.2.3.1 Die Bezeichnung der Adressaten

Ob auf sich allein gestellt oder gemeinsam mit anderen Aktiven – in jeder von den Interviewpartnern praktizierten Form bedeutet soziales Engagement, dass es Adressaten gibt, die es mit Hilfsangeboten oder Inhalten zu erreichen gilt. Ausnahmslos alle Interviewten sprechen über ihre persönlichen Erfahrungen im Umgang mit den Menschen aus ihren Zielgruppen, einige schildern dabei ausführlich ihre Erlebnisse. Um zu verstehen, wie sich deren Interaktion jeweils typischerweise gestaltet, ist es aufschlussreich, sich zunächst anzusehen, wie die Aktiven ihre Adressaten im Allgemein benennen. Solche Bezeichnungen – „Betroffene“, „Bedürftige“ etc. – liefern bereits einige Hinweise auf die jeweils gegebene oder angestrebte Beziehung zu den Menschen, für die man sich engagiert. Solche Bezeichnungen werden, so ist zumindest anzunehmen, nicht willkürlich und auf beliebige Weise gewählt, sondern sie korrespondieren mit den zuweilen konfliktbehafteten Erlebnissen mit den Adressaten und mit den Erfahrungen eigener Betroffenheit. Im alltäglichen Sprachgebrauch bereits geläufige Bezeichnungen können angesichts solcher Erfahrungen als angemessen und brauchbar übernommen oder als unangemessen und sogar schädlich verworfen werden. Bezeichnen heißt in diesem Zusammenhang, einen bestimmten Aspekt

des Bezeichneten hervorzuheben, Assoziationen hervorzurufen und andere Aspekte wiederum auszublenden. Indem man konkrete Individuen beispielsweise unter abstrakten Bezeichnungen von „Kunden“ oder „Klienten“ zusammenfasst, betont man deren Eigenschaft, ein bestimmtes Angebot nachzufragen oder eine Beratung in Anspruch zu nehmen, und abstrahiert davon, dass sie sich möglicherweise in einer existenziellen Notlage befinden oder bestimmte Sozialleistungen beziehen. Sofern solche Aspekte nicht als gleichwertig betrachtet werden können, sondern aus gesellschaftlicher oder persönlicher Perspektive unterschiedliche positive und negative Wertigkeiten aufweisen, geht mit einer Bezeichnung zugleich eine Aufwertung oder Abwertung einher. Bestimmte Vorurteile sind darin enthalten, andere sollen damit vielleicht vermieden, verschleiert oder gezielt hinterfragt und unterlaufen werden.

Eine grundsätzliche Sensibilität hinsichtlich der Folgen der (richtigen oder falschen) Bezeichnung der Adressaten drückt sich in der Wortwahl einiger Interviewpartner und in deren gelegentlichen Reflexionen darüber aus. Während manche beispielsweise neben anderen Ausdrücken auch den im allgemeinen Sprachgebrauch verankerten der „Hartz-IV-Empfänger“ verwenden (#01, #07), lehnt eine Interviewpartnerin diese Bezeichnung ausdrücklich ab, da sie nach ihrem Empfinden negativ besetzt ist: „Den Namen nenne ich eigentlich gar nicht gerne. Wir sagen zu Hause eigentlich lieber Arbeitslosengeld II, weil Hartz IV, das hat immer so einen Beigeschmack, den ich eigentlich nicht so sehr gut finde.“ (#14: 27) Die Anforderungen an eine angemessene Bezeichnung und die Funktionen, die diese erfüllen muss, sind vielfältig und oft nicht deckungsgleich; manchmal sind sie sogar unvereinbar. Die in verschiedenen Interviews verwendeten Ausdrücke „Arbeitslose“ (#01, #02, #11), „Betroffene“ (#01, #02), „Bedürftige“ (#01, #02) benennen gemeinsame Probleme der Adressaten, anstatt deren Lage euphemistisch zu beschönigen; sie verweisen unmissverständlich auf einen Mangel an Ressourcen und ein Leiden an sozialen Ungleichheitsverhältnissen. Andererseits beinhaltet ihr Gebrauch die Gefahr, die so Bezeichneten auf ein bestimmtes Defizit zu reduzieren, ihre Leistungen und Stärken zu ignorieren und sie in eine Rolle des Opfers zu drängen, statt sie als grundsätzlich Gleiche anzusprechen. Solch ein Bedürfnis nach Anerkennung, eventuell nach gegenseitiger, erwideter Anerkennung, könnte den sozialpolitisch neutralen Bezeichnungen „Frauen und Männer“ (#02), „Leute“ (#01, #02, #11, #16), „Menschen“ (#01, #02), „Bürger“ (#01) zugrunde liegen, die von einigen Interviewpartnern verwendet werden.

Auch die im Hinblick auf ihre Wortbedeutung einander ähnlichen Ausdrücke „Kunden“, „Kundschaft“ und „Klientel“ (#03, #11, #16, #13), die von einigen ehrenamtlichen Sozialberatern und Tafelmitarbeitern verwendet werden, blenden

den Wohlfahrtsaspekt der dort angebotenen Dienstleistungen systematisch aus und sie suggerieren ein ganz gewöhnliches Verhältnis von Verkäufern zu Käufern, Anwälten zu Klienten, wie es sich in jedem anderen Geschäft oder in jeder Kanzlei ebenfalls einstellt. Gegen die Scham ihrer „Kunden“ als gesellschaftlich abgehängt und abhängig gesehen zu werden, von dem in solchen Projekten engagierte Interviewpartner berichten (siehe unten: 3.2.3.2), bieten sie eine Illusion von Gleichheit auf. Die darin enthaltene Täuschung wird von einem freiwilligen Mitarbeiter eines Sozialkaufhauses en passant entlarvt, als er betont, dass die jeweilige Lebenslage keinen Unterschied dabei macht, ob jemand darin einkaufen darf, oder nicht: „Jedermann, ob es Arbeitssuchende sind oder Normale, also jedermann darf kommen.“ (#06: 50)

Ein Interviewpartner löst für sich das Dilemma, den Mangel, unter dem die Betroffenen leiden, klar zu benennen, ohne sie herabzuwürdigen, indem er zwischen einem moralisch irrelevanten materiellen Mangel der Betroffenen und einem moralisch verwerflichen Mangel an sozialer Verantwortung – gemeint sind vermutlich gesellschaftliche Eliten als Gewinner der ungleichen Einkommensverteilung – unterscheidet: Er legt an einer Stelle im Interview besonderen Wert auf die Feststellung, dass die Menschen, für die er sich in seiner Bürgerinitiative für ein Sozialticket einsetze, „finanzschwach“, jedoch nicht „sozialschwach“, seien. Finanzschwach zu sein, bedeute für ihn, wenig Geld zur Verfügung zu haben, sozialschwach hingegen, über keine hinreichend ausgeprägte soziale Einstellung zu verfügen, auf Kosten anderer zu leben und ihnen das Leben schwer zu machen (#02: 255).

Eine sensible und vermeintlich neutrale Bezeichnung für die Zielgruppe, wie beispielsweise „Kundschaft“, kann auch als ein sprachliches Mittel begriffen werden, durch das die Projektmitarbeiter in der teils aufreibenden Arbeit mit Angehörigen ihrer Zielgruppe die erforderliche Disziplin wahren und als konfliktträchtig wahrgenommene Differenzen zwischen ihnen und jenen nicht auf sprachlichem Wege noch weiter verschärfen. Einige Tafelmitarbeiter reden in den Interviews über teils sprachbedingte Verständigungsschwierigkeiten, Missverständnisse und Streitfälle mit Migranten (#12, #13, #16). Dabei sprechen zwei Interviewpartner konsequent von „ausländischen“, „russischen“ oder „türkischen Mitbürgern“ anstatt von „Ausländern“, „Russen“ oder „Türken“. Mit der Mentalität mancher Kunde, meint beispielsweise eine Tafelmitarbeiterin, habe sie so ihre Probleme, „grade was jetzt die türkischen Mitbürger sind“ (#16: 40); auch mit anderen Kunden habe sie sich gelegentlich schon darüber unterhalten, wie „unverschämt“ ihrer Meinung nach gerade die „türkischen Mitbürger“ seien (#16: 46). Sie spricht also einen Konflikt und eine Spaltungslinie im Handlungsfeld der Tafel an, deren Reichweite sich anhand der Interviews jedoch nicht nä-

her bestimmen lässt. In diesem Zusammenhang wirkt der Ausdruck „türkische Mitbürger“ wie mit Bedacht gewählt.² Möglicherweise erfüllt diese Formulierung eine bestimmte Funktion im Umgang mit den Kunden. Die Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern, die offenbar eine Rolle dabei spielt, wie die interviewten Tafelmitarbeiter ihre Kunden wahrnehmen und zwischen ihnen Unterscheidungen treffen, wird aufrechterhalten, indem die vermutete nationale Herkunft („türkischer“) genannt wird; zugleich wird die so festgestellte Differenz durch deren Bezeichnung als „Mitbürger“ wieder etwas relativiert. Sie wird in einem handhabbaren Rahmen gehalten.

Schließlich kann auch der völlige Verzicht darauf, der Zielgruppe einen Namen zu geben, zum Problem werden, weil dies geringschätzig und respektlos klingt. Als sie an einer Stelle des Interviews über ihre Kunden spricht, verwendet eine Tafelmitarbeiterin das bestimmte Personalpronomen „die“: Wenn einmal besonders viele Lebensmittel gespendet würden, sagt sie, bekämen „die das“ auf die Grundration „draufgepackt“. Sie verbessert sich sofort und lacht entschuldigend: „*Die* – Entschuldigung, das sagt man nicht, das kriegt *die Kundschaft* draufgepackt.“ (#11: 7)

3.2.3.2 Formen der Interaktion mit den Adressaten...

So vielfältig die verwendeten Bezeichnungen für die Zielgruppen, so unterschiedlich sind auch die Formen, in denen die Interviewpartner als Angehörige sozialer Projekte oder im individuellen Engagement mit ihren Adressaten Umgang pflegen. Solche typischen Formen der Interaktion mit der Zielgruppe sozialen und sozialpolitischen Engagements werden im Folgenden am Beispiel der Arbeit in einer Tafel und in einem Sozialkaufhaus (a), in Einrichtungen der Sozialberatung und anhand der solidarischen Begleitung bei Ämtergängen (b) sowie des sozialpolitischen Engagements in Initiativen (c) rekonstruiert. Dabei richtet sich das Interesse auf das jeweilige Verhältnis, das sich zwischen den Interviewpartnern und ihren Adressaten herausbildet, – Verhältnisse, auf die die Bezeichnungen für die Zielgruppen und eine in den Interviews auffällige Gegenüberstellung zwischen einem Wir und einem Die erste Hinweise liefern. Äußert

- 2 Die Wortwahl „ausländische Mitbürger“ kann als Versuch verstanden werden, auf integrative Weise über tendenziell ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen zu sprechen und deren Ausgrenzung mit sprachlichen Mitteln entgegenzuwirken. Insofern Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft gemeint sind, hat dieser Sprachgebrauch aber auch eine euphemistische, Ausgrenzung verharmlosende Seite, da er verschleierte, dass Ausländern insbesondere aus Nicht-EU-Staaten bestimmte Bürgerrechte, die sie erst zu vollen Mitbürgern machten, qua ihres besonderen Status verwehrt werden; dazu gehört das politische Bürgerrecht der aktiven und passiven Wahl zu den Parlamenten.

sich darin eine bloße Unterscheidung oder darüber hinaus eine Trennung zwischen den Angehörigen der Projekte und denen, an die sie sich mit ihrem Engagement wenden?

...in einer Tafel und in einem Sozialkaufhaus

Ähnlich wie in einem Lebensmittelgeschäft, das sich am Markt behauptet, prägt auch in einer nicht gewinnorientierten, auf Spenden angewiesenen Tafel die Unterscheidung von Mitarbeitern und Kunden weitgehend die Art und Weise, in der die Mitarbeiter und ihre vorrangige Zielgruppe miteinander in Beziehung treten. Mitarbeiter und Kunden verfolgen komplementäre Interessen daran, zu verkaufen und zu kaufen, zu liefern und zu erhalten. Die Kunden kommen in der Regel nicht aus einer inneren Überzeugung oder motiviert von dem Wunsch, ehrenamtlich mitzuarbeiten, zur Tafel, sondern schlicht, weil sie erwarten, sich wegen der niedrigeren Kosten mehr Lebensmittel kaufen oder einen größeren Teil ihres geringen Einkommens für andere Ausgaben aufwenden zu können. Diese Erwartung zu erfüllen und die Nachfrage zu bedienen, setzt aus Sicht der Mitarbeiter voraus, dass sie dem Andrang einer großen Zahl an Kunden organisatorisch und logistisch gewachsen sind. Neben der Einwerbung, dem Transport und der Verteilung von Lebensmittelspenden besteht deshalb ein Teil der anfallenden Aufgaben darin, den Kundenbestand zu verwalten und deren Strom zu lenken. Auch Formen von Kontrolle gehören dazu, um die Verletzung der Regeln durch Kunden und damit einen Missbrauch der Tafel zu verhindern.

Der Schwerpunkt ihrer Aufgabe, so eine Tafelmitarbeiterin, liege in der Anmeldung neuer Kunden, die sie in die Kundenkartei der Tafel aufnehmen. Sie würde die Kunden zunächst freundlich begrüßen und fragen, ob sie zum ersten Mal zur Tafel kämen. Wer sich nämlich bereits angemeldet hat, besitzt schon einen Kundenausweis und damit die Berechtigung, einmal innerhalb eines vierzehntägigen Zeitraums in der Tafel einkaufen zu dürfen. „Wenn die die alte Karte noch haben, haben sie die Chance, dass sie zweimal kommen. Da muss man aufpassen.“ (#11: 4) Die Kunden müssten, um sich registrieren zu lassen, ihren Ausweis, und um ihre Bedürftigkeit zu belegen, einen „Hartz-IV-Bescheid“ oder einen Rentenbescheid vorlegen. Sie trage dann deren Namen, das Geburtsdatum und den Straßennamen ihrer Adresse auf einer Karteikarte ein. Diese Daten verblieben im Projekt und würden nicht an Dritte weitergegeben, betont sie mit Hinblick auf den Datenschutz, auf den sie besonderen Wert legt. Eine solche Anmeldung müsse halbjährlich verlängert werden, da die Bewilligungsbescheide von Jobcenter und Sozialamt als erforderlicher Nachweis der Bedürftigkeit in der Regel auf sechs Monate befristet seien. Anschließend informiere sie die Kunden über das besondere Prozedere beim Einkauf in der Tafel und über die

Preise der Lebensmittelkörbe, die es in der Tafel zu kaufen gibt. Jeder Kunde dürfe alle 14 Tage für sich und gegebenenfalls für seine Familienmitglieder einen solchen Korb erwerben; der Wert der Lebensmittel darin und dementsprechend auch der Preis schwanke mit der Art und dem Umfang der Lebensmittelspenden an ihr Projekt. Sie versuche, die Kunden gleichmäßig auf die Öffnungszeiten der Tafel zu verteilen, denn es gebe relativ viele Kunden, die am Vormittag, und nur wenige, die am Nachmittag kommen wollten, das müsse koordiniert und ausgeglichen werden (#11: 2ff.).

Kommen Tafelmitarbeiter und ihre Kunden also aus sich ergänzenden Interessen des Gebens und Nehmens heraus zusammen, deutet sich in den Aussagen dieser Interviewpartnerin zugleich ein Interessengegensatz an. Während die Tafelmitarbeiter eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Lebensmittelkörbe auf die Kunden sowie der Kunden auf Wochentage und Tageszeiten anstreben, besteht auf Seiten der Kundschaft ein Interesse daran, individuell mehr Lebensmittel in der Tafel kaufen zu können als vorgesehen, und gegenüber denjenigen, die zeitlich früher am Tage, wenn das Lager noch gut gefüllt ist, an der Reihe sind, nicht benachteiligt zu werden. Schließlich könnte aus deren Sicht nachmittags bereits vergriffen sein, was vormittags noch vorhanden war.

Der Umfang der von ihnen verteilten Lebensmittel sei zu gering, um die Kunden ernähren zu können, meint die Interviewpartnerin, die in der Tafel für die Anmeldung zuständig ist; es handele sich lediglich um einen „kleinen Zuschuss“ und um eine Abwechslung im Speiseplan, verglichen mit dem, was sie sich sonst leisten könnten:

„Schauen Sie mal, was ich alle 14 Tage hier kriege, damit mache ich ja keinen satt. Damit kann ich den nicht den ganzen Monat durchfüttern. Oder eine Familie. Ist nicht. Das ist einfach nur ein kleiner Zuschuss sozusagen. Hier kriegen sie einen Korb Gemüse. Ja? Wenn sie kein Geld haben, holen sie kein Gemüse. Wenn ich kein Geld habe, dann kauf ich mir nicht Mohrrüben, Rettich oder Radieschen oder irgendwas. Denn das kostet ja einfach mal Geld und macht nicht satt. Ja, dann kauf ich einfaches Brot. Und so haben die Leute, die herkommen, einfach ein bisschen mehr. Ja, das ist ein bisschen was anderes und ein bisschen mehr.“ (#11: 58)

Ein Interviewpartner beschreibt die Aufgabe, die zahlenmäßig eher wachsende, statt sich dezimierende Nachfrage zu bedienen, als ständigen Kampf, zumal er befürchtet, dass der Umfang der Lebensmittelspenden, auf die die Tafel dabei angewiesen ist, in Zukunft einmal nicht mehr ausreichen könnte:

„Das ist ein ständiger Kampf. Als ich angefangen habe bei der Tafel, waren wir bei 4.000 Haushalten. Mittlerweile haben wir 7.225 Haushalte. Da sind also innerhalb von vier Jahren 3.000 Haushalte dazugekommen. Und das ist ja nichts, was abebbt. Das wird dann eher noch mehr. Denn jeden Tag kommen Leute, die sich neu anmelden. Sicherlich sind auch Karteileichen dabei, die ein- oder zweimal da gewesen sind und nie wieder kommen. Aber die Spirale wird ja immer größer.“ (#12: 9)

Am Tag dieses Interviews ist der Vorrat an haltbaren Lebensmitteln, bedingt durch das höhere Spendenaufkommen nach den nur kurze Zeit zurückliegenden Weihnachtsfeiertagen, ausreichend gefüllt, darunter befinden sich mehrere Paletten eingeschweißter Lebkuchenherzen. Diese vergleichsweise günstige Situation stellt seiner Erfahrung nach jedoch die Ausnahme dar:

„Jetzt könnten wir auch am Tag die doppelte Menge an Leuten satt kriegen und mit Waren nach Hause schicken, aber machen wir uns nichts vor, in zwei, drei Monaten ist das hier [er zeigt auf den Lebensmittelvorrat im Raum] Geschichte, da steht hier nichts mehr. [...] Aber die Menge der Kundschaft ist die gleiche. Und dann müssen sie schon jonglieren. Dann kann ich halt auf jeden Korb nicht mehr Brot und Brötchen und Kuchen tun, dann muss ich das einteilen, und das ist halt die Gefahr, dass die Masse an Menschen immer mehr wird, und die gespendete Ware, die zu uns kommt, immer weniger wird. [...] Der Zeitraum, in dem wir wenig Ware haben, ist größer als der Zeitraum, in dem wir viel Ware haben.“ (#12: 9)

Aus seiner Sicht ließe sich dieses Problem jedoch prinzipiell lösen:

„Ich meine, wir haben auf der Welt Essen für zehn Milliarden Menschen, sogar vierzehn, habe ich letztens gehört. Wir sind aber nur sieben. Was machen wir mit der Ware für die anderen sieben Milliarden? Nur als Beispiel. Wenn jetzt alle, die Verantwortung tragen, sagen würden: ‚Dieses Problem erkenne ich an, und ich spende in dem Umfang, in dem es auch notwendig ist, und nicht nur immer zu *den* Zeitpunkten [in der Weihnachtszeit, LEV], sondern das ganze Jahr über. Muss ja nicht so viel sein, wie jetzt. Es reicht ja aus, dass immer adäquat etwas drin ist, der Kunde ist zufrieden, der Kunde geht nachhause, und der Kunde kommt wieder.“ (#12: 11)

Die Variable in dieser Gleichung stellt die Spendenbereitschaft möglicher Spender dar; sein Appell richtet sich an deren Verantwortungsbewusstsein. Die Kunden stellen hingegen eine Konstante dar, sie nehmen in seiner Formulierung die Stelle von bloßen Empfängern ein und bleiben in dieser Perspektive weitgehend passiv. Sie kommen und gehen, während ihre Zahl mit der Zeit wächst.

Mehrere Interviewpartner heben in ihren Erzählungen hervor, wie groß der Kreis der Menschen sei, die die Hilfe ihrer Tafel in Anspruch nehmen. Seit die Tafel vor über zehn Jahren eröffnet habe, seien dort mehr als 7.000 Anmeldungen registriert worden, erklärt eine Interviewpartnerin in diesem Zusammenhang. Dahinter würden sich jedoch nicht allein Einzelpersonen verbergen, sondern ebenso ganze Familien; die Zahl der bisherigen Kunden übersteige also die 7.000 noch. Täglich, fügt sie hinzu, würden bis zu 150 Kunden in der Tafel einkaufen. Die Nachfrage schwanke stark und sei deshalb schwer berechenbar. Es gäbe eine Stammkundschaft, die regelmäßig käme, während andere Kunden wiederum seltener vorbeischaute (#11: 9, 49ff.). Trotz aller Schwierigkeiten, mit der Entwicklung der Kundschaft Schritt zu halten und allen einen gefüllten Lebensmittelkorb mitgeben zu können, ist eine mögliche Begrenzung der Zahl der Kunden kein Thema. Im Gegenteil ist die Tafel daran interessiert, weitere Kunden hinzuzugewinnen. Weil ihr Verein auch denjenigen helfen wolle, die aufgrund von Beschäftigungsmaßnahmen nicht zu den regulären Öffnungszeiten kommen könnten, meint eine Mitarbeiterin in diesem Zusammenhang, seien diese nun in den Abend hinein verlängert worden. Sie selbst spreche Menschen auch gezielt darauf an und ermuntere sie, diese neue Möglichkeit zu nutzen (#16: 104ff.).

Es fällt auf, dass sich mehrere Interviewpartner auf die Zahl von über 7.000 bisherigen Anmeldungen beziehen, aber niemand eine Schätzung abgibt, wie hoch die Zahl der Kunden mit aktueller Berechtigung im laufenden Monat, Vierteljahr oder Jahr sein könnte. Diese dürfte bei bis zu 1.200 Kunden,³ die innerhalb von zwei Wochen in der Tafel einkaufen, geringer ausfallen. Es liegt nahe, dass hier einfach auf die am leichtesten verfügbare Zahl zurückgegriffen wird, die sich den laufend durchnummerierten Kundenkarten mit einem Blick in die Kartei entnehmen lässt. Doch auch andere Gründe sind plausibel vor dem Hintergrund des Bildes, dass die Interviewten von ihrem Engagement zeichnen. Es könnte ihnen darum gehen, mit möglichst hohen, aber noch belegbaren Zahlen die besondere Herausforderung zu illustrieren, angesichts unsicherer Lebensmittelspenden ihre Kunden zu versorgen. Zudem steigt mit dem Umfang der Nachfrage nach ihrer Hilfe auch deren gesellschaftliche Relevanz und Anerkennungswürdigkeit. Hier deutet sich eine Form ideeller statt – wie in einem gewöhnlichen Lebensmittelgeschäft – materieller Abhängigkeit der Tafelmitarbeiter von ihrer Kundschaft an. Die Zahl der Kunden würde dann den moralischen Wert der Arbeit in der Tafel belegen und eine höhere Zahl diesen Wert entsprechend steigern.

3 Bis zu 150 Kunden täglich, vier Tage pro Woche geöffnet, vierzehntägige Möglichkeit, in der Tafel einzukaufen.

Aus Sicht der Kunden ist der Einkauf in der Tafel kostengünstiger als in einem gewöhnlichen Lebensmittelgeschäft. Aber es gelten dort besondere Regeln, die unter Umständen weitere Kosten hervorrufen. Diese Kosten müssten auf den symbolischen Preis, der für einen Lebensmittelkorb zu entrichten ist, addiert werden, um einen angemessenen Vergleich ziehen zu können. Das hängt damit zusammen, dass der Weg zur Tafel deutlich länger sein kann als der zum nächsten Supermarkt oder Lebensmittelhändler. Außerdem ist es ungewiss, in welchem Umfang und mit welchen Lebensmitteln der Korb, den man mit nach Hause nimmt, gefüllt ist:

„Der Kunde, der zu uns kommt und hier vielleicht im Umfeld wohnt, der kann das auch zu Fuß erledigen. Der sagt, gut, dann war ich wenigstens mal draußen, wenn es heute nichts gegeben hat. Aber die Kunden, die, was weiß ich, aus XXX [Ort] oder sogar noch weiter her kommen, [...] das sind ungefähr zehn, zwölf Kilometer, die kommen mit dem Bus. Die zahlen also über sechs Euro, um hier zu sein und wieder wegzufahren. Und dann kommt ja noch der [Preis für den, LEV] Korb dazu.“ (#12: 11)

Ein Interviewpartner bezeichnet den für den Lebensmittelkorb zu zahlenden Preis als Obolus, als eine Art Beitrag also, den die Kunden für den Erhalt der gemeinsam genutzten Einrichtung leisten, während die Mitarbeiter durch ihren Arbeitseinsatz die Tafel aufrechterhalten.

„Der Obolus ist in erster Linie nicht für die Produkte gedacht. Der Obolus richtet sich sicherlich auch danach, ob viel drin ist [im Lebensmittelkorb, LEV], aber in erster Linie ist der Obolus dafür gedacht, dass hier dieses Objekt, die Miete bezahlt wird, der Strom, das Wasser, die braunen Tonnen, die Autos, der Sprit, und so weiter und so fort. [...] Dafür, dass auch nächstes Jahr und übernächstes Jahr dieses Objekt erhalten bleibt, und dass man weiterhin hier drinnen die Kunden bedienen kann. Dafür ist das eigentlich gedacht.“ (#12: 5)

Lebensmittelspende, Obolus und Engagement ergänzen sich folglich als je spezifische Beiträge von Spendern, Kunden und ehrenamtlichen Mitarbeitern. Der Obolus dient demnach auch dazu, die Kunden in diese reproduktive Kette zu integrieren und setzt ihrer weitgehend passiven Rolle im Gefüge der Tafel zumindest auf formaler Ebene etwas entgegen, ohne diese Rolle jedoch durch weitere Beteiligungsmöglichkeiten tatsächlich aktiv zu wenden. Nach Auffassung einer anderen Tafelmitarbeiterin soll dieser symbolische Preis darüber hinaus einen pädagogischen Zweck erfüllen; durch ihn sollen die teils erwerbslosen Kunden ihrer Ansicht nach gegebenenfalls zur Sparsamkeit angehalten werden. Sie un-

terscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einem „Wir“ – den Tafelmitarbeitern – und einem „Die“ – den Kunden –, zwischen denen, die arbeiten gehen, und denen, die herkommen. Zumindest ein Teil der Kunden wird so als Objekt fürsorglicher Pädagogik zusätzlich passiviert:

„Wir kriegen auch manchmal Boutiqueware, ich bin der Meinung, wer arbeiten geht, muss sich so etwas auch zusammensparen, und dann sagen wir: ‚Gut, dann kostet es eben mal fünf Euro‘, wenn, ich sag mal, ein Stück 200 Euro gekostet hat. Ja? *Wir* müssen auch zusammensparen, also wie eine kleine Erziehungsmaßnahme, nicht dass die hier herkommen und sagen: ‚Wir kriegen alles geschenkt.‘“ (#13: 3)

Die Versorgung ihrer Kunden beschränkt sich aber nicht auf den Verkauf und die Verteilung von Lebensmittelpenden (oder, wie im Zitat deutlich wird, zusätzlich auch Non-Food-Waren) als Kerngeschäft der Tafel. Manchmal würde die Kundschaft von ihnen über wichtige Neuigkeiten informiert, meint eine Tafelmitarbeiterin, beispielsweise über bestimmte zusätzliche Sozialleistungen, die sie beantragen können (#16: 46). Und wer Schwierigkeiten dabei habe, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Jobcenter nachzukommen, erhalten von ihr und ihren Kollegen Ratschläge auf Grundlage eigener Erfahrung:

„Letztens habe ich hier die Anmeldung gemacht, da war eine Frau da, die war fix und alle, weil sie in einem Monat nur 50 Euro zum Leben hatte und ihr Junge eben Lehrlingsgeld kriegte. Da hab ich dann nachher die Kollegin dazu geholt, weil sie ja Sozialarbeiterin ist. Sie hat sich das angeguckt und hat eben festgestellt, dass die Frau Geld [an das Jobcenter, LEV] zurückzahlen muss, fast 150 Euro. Und wir haben ihr gesagt, dass sie dann eben mit den Raten runter muss, auf fünf oder zehn Euro, das geht ja, das hab ich ja selber durchgemacht. So etwas zum Beispiel, da helfen wir dann auch.“ (#16: 48)

Die Hilfe besteht im geschilderten Fall im Kern darin, zu vermitteln, wie man sich an eine Notlage anpassen und sie durchstehen kann. Anders als in Projekten der Sozialberatung oder Ämterbegleitung berichtet keiner der Tafelmitarbeiter von Formen der Hilfe, die die Kunden im Konflikt gegen das Jobcenter parteiisch unterstützen würden. Daraus lässt sich keineswegs eine entschiedene Ablehnung solcher Formen der Unterstützung und Solidarität ableiten. Es lässt sich aber feststellen, dass der gemeinsame Konfliktaustrag, auch gegen den Widerstand dieser Behörde, keinen oder höchstens einen marginalen Stellenwert in der Arbeitsweise dieser Tafel einnimmt.

Ein Thema, auf das mehrere Mitarbeiter im Kontext des Verhältnisses ihrer Adressaten zur Tafel näher eingehen, ist die ihrer Einschätzung nach weit ver-

breitete Scham, dort einkaufen zu müssen. Eine ihrer wesentlichen und immer wiederkehrenden Aufgaben besteht ihren Erzählungen zufolge darin, diese Menschen dazu zu motivieren, die Angebote der Tafel trotz eines gewissen Unbehagens in Anspruch zu nehmen. Eine Interviewpartnerin beispielsweise berichtet, viele Menschen hätten Angst, zur Tafel zu kommen, sie trauten sich zuerst nicht und würden sich schämen. Diese Angst würden sie und ihre Kollegen versuchen, ihnen zu nehmen, und zwar, indem sie auf beruhigende Art mit ihnen redeten, ihnen von der großen Zahl ihrer Kunden erzählten („dass genug andere auch kommen“) und ihnen erklärten, dass es ihnen durchaus zustehe, ebenfalls herzukommen (#16: 100, 102). Eine andere Interviewpartnerin berichtet davon, wie sie und ihre Kollegen versuchen, durch Gratisangebote, die im Eingangsbereich der Tafel gezielt platziert werden, zögernde Kunden zum Hereinkommen zu bewegen:

„Es gibt Adressaten, die kommen drei, vier Mal, wir beobachten das, bis zur ersten Tür. Die wollen aber nicht zugeben, dass sie, eben, sie schämen sich. Die müssen erst einmal die Tür überwinden. Dann sind sie drinnen, wo sie sich etwas nehmen können, das sie gebrauchen können. Das ist alles kostenlos, was auf dem Flur ist, ob das eine Kaffeemaschine oder ein Föhn oder sonst was ist. Wer arm dran ist oder gefallen ist oder eine schlimme Lebenssituation durchgemacht hat, der braucht alles, nicht wahr? Und dann sagt er sich: ‚Ich gehe *doch* gucken.‘ Aber es dauert eine Weile.“ (#13: 3)

Um den Adressaten dabei zu helfen, ihre Scham zu überwinden oder sich nicht davon an der Nutzung der Tafel hindern zu lassen, und zugleich ihr System der Kundenverwaltung mit der darin enthaltenen Prüfung der Bedürftigkeit aufrechtzuerhalten, legen die Tafelmitarbeiter Wert darauf, die Anonymität der Kunden zu wahren. Der Abbau von Scham und Scheu gelingt so jedoch nur um den Preis einer Distanzierung von den Kunden, die mit deren Anonymisierung notwendig einhergeht: Wer sich neu anmelde, schäme sich meistens, bestätigt eine Interviewpartnerin die Beobachtung ihrer Kollegin; zwei Drittel der Kunden, schätzt sie, würden ihre Scham, „hierher kommen zu müssen“ auch ansprechen. Einige würden sich zudem besorgt erkundigen, ob ihre Anmeldung „irgendwo gemeldet“ würde, was aber selbstverständlich nicht geschehe. Denn deren Namen gehe niemanden etwas an. Die Kunden würden, um ihnen eine „gewisse Sicherheit zu geben“, mit Nummern statt mit Namen aufgerufen. Untereinander würden sich viele Kunden mit Namen ansprechen, sie würden sogar in Gruppen herkommen und Gemeinschaften bilden. „Aber für uns sind das einfach nur die Nummern.“ (#11: 47)

Das Angebot des Sozialkaufhauses, in dem einer der Interviewpartner als Freiwilliger arbeitet und dort die Transport- und Reparaturaufgaben übernimmt, richtet sich formal an keine besondere Zielgruppe. Anders als in der Tafel, deren Adressaten ihre Bedürftigkeit zunächst nachweisen müssen, um sich registrieren zu lassen, könne in seinem Projekt „Jedermann“ einkaufen, unabhängig vom sozialen Status (#06: 50). Zu welchem Verhältnis sich Arme und Personen mit höherem Einkommen tatsächlich in die Gesamtheit der Kunden teilen, lässt sich seiner Erzählung nicht entnehmen; die anfallende Verwaltungsarbeit sowie Verkaufsgespräche gehören nicht zu seinen Aufgaben, auf die sich dieses Interview thematisch weitgehend beschränkt. Allerdings unterscheidet sich das Sozialkaufhaus von anderen Kaufhäusern gerade dadurch, dass es sich mit seinem Angebot an Waren aus zweiter Hand besonders an einkommensschwache Bürger richtet. Die vergleichsweise niedrig angesetzten und gegebenenfalls sogar noch verhandelbaren Preise sind als Form der Hilfe zu verstehen.

„Die, die nichts haben, die können sich dann was leisten. Wir sind nicht so teuer. Wir hatten hier in der Nähe schon welche gehabt, die haben auch XXX [Angebotsschwerpunkt des Sozialkaufhauses] verkauft. [...] Die haben sich nicht lange gehalten, dann waren die weg vom Fenster, die waren zu teuer gewesen für die Leute, die wenig Geld haben. Da sind die lieber zu uns hergekommen.“ (#06: 60)

„Und wir können hier, wenn die Leute wirklich wenig Geld haben, auch handeln.“ (#06: 62)

Der Umstand, dass der Zugang zum Angebot des Sozialkaufhauses nicht reguliert ist und dass die angebotene Hilfe zumindest unter der Form eines gewöhnlichen Kaufvertrages zwischen Verkäufer und Kunde geleistet wird, führt entgegen der hier offensichtlich angestrebten Normalität jedoch nicht dazu, dass er über die Armut von Kunden hinwegsieht. Die von ihm angesprochene Möglichkeit, den Preis der Ware unter Umständen durch Verhandlung noch zu senken, setzt voraus, dass die betreffenden Kunden sich als Arme (Leute, die „wirklich wenig Geld haben“, siehe oben) zu erkennen geben. Die materielle Not von Kunden ist für ihn ein wichtiges Thema, auf das er immer wieder eingeht; mindestens ebenso zentral sind in seiner Erzählung jedoch Fragen zu deren Lebensführung. Das Motiv, in der Not zu helfen, verbindet sich mit einem Interesse an den individuellen Gründen der jeweiligen Notlage:

„Ich sehe bloß, dass manche Leute *nichts* haben. Und dann helfen wir, so wie wir können. Wir tun unser Möglichstes, was wir machen können. Auch in Absprache, wir sprechen mit den Kunden, mit den Leuten, warum das bei ihnen so ist.“ (#06: 106)

Die Arbeit im Sozialkaufhaus lässt sich als eine Kette beschreiben, deren einzelne Glieder die Abholung alter oder defekter Haushaltsgegenstände aus Privathaushalten darstellen, deren Überholung oder Reparatur in der Werkstatt des Sozialkaufhauses, der Verkauf der erneuerten Gegenstände und schließlich, bei größeren Stücken, deren Auslieferung in die Wohnungen der Kunden. Vor allem bei seinen Transportaufgaben kommt der Interviewpartner mit den Kunden seines Sozialkaufhauses in engen Kontakt, indem er deren privaten Bereich der Wohnung betritt und Eindrücke von deren Lebensführung sammelt:

„Wenn man bei manchen einmal reinkommt, total dreckig die Wohnung, und da sollen wir Möbel holen [...] manchmal müssen wir uns wirklich zusammenreißen. Da ist so schlechte Luft. Die rauchen drinnen. Richtige kalte Luft. Wir rauchen ja auch. Aber da drinnen steht die Luft. Wenn wir sagen: ‚Mensch, können Sie nicht einmal lüften ein bisschen, oder mal ein Fenster aufmachen?‘ Dann gucken die uns bloß an und sagen: ‚Das machen wir selber!‘ Ein bisschen lüften muss man ja schon. Aber manche, die leben bloß in den Tag hinein, wie so ein Eigenbrötler werden die meisten, die kommen gar nicht mehr aus der Wohnung raus, bloß zum Einkaufen, oder sie lassen sich was bringen. Da schütteln wir ab und zu mal mit dem Kopf und sagen: ‚Wie kann das so zustande kommen?‘ Bloß wir haben da keinen Einfluss drauf. Wir können den Leuten bloß sagen, hier: ‚Lüften sie mal ein bisschen!‘ Oder: ‚Sie haben einen Balkon hier dran, gehen Sie da draußen rauchen!‘ Das müsste eigentlich funktionieren, aber wenn du dann später wieder da hinkommst, ist es das gleiche Problem, wie am Anfang. Da kann man nichts machen, die leben ihr Leben dann. Die wollen gar nicht anders. Oder können nicht mehr. Das ist wirklich wahr, von Jahr zu Jahr wird das immer krasser.“ (#06: 108)

In der zitierten Skizze einer solchen Begegnung fällt die Distanz zwischen dem Interviewpartner und seinen Adressaten ins Auge, ein offenbar schwer zu überbrückender Abstand, den er unterstreicht, indem er zwischen „die“ und „wir“, zwischen deren Verhalten und seinem („Wir rauchen ja auch. Aber da drinnen steht die Luft.“) unterscheidet. Seine Ratschläge sind offenbar nicht willkommen („Das machen wir selber.“) und werden nicht angenommen („Da kann man nichts machen.“). Solche Distanz ist keineswegs in seinem Sinne; er betont schließlich, dass er helfen möchte und für die Probleme der Leute ein offenes Ohr hat („Wir sprechen mit den Leuten, warum das bei ihnen so ist.“). Außerdem führt er die von ihm kritisierten Verhaltensweisen nicht allein auf deren in-

dividuellen Willen, sondern auch auf deren Lebensbedingungen zurück („Die wollen gar nicht anders. Oder können nicht mehr.“) und stellt sie in einen weiteren gesellschaftlichen Kontext: Es geht ihm auch um das Verständnis der Umstände, unter denen die Menschen leben, und dazu gehören für ihn bestimmte Versäumnisse der Verwandten und der Sozialverwaltung: „Tja, wenn keiner dahinter steht, oder denen etwas sagt. Es gibt ja viele Kunden, die haben noch Geschwister. Die leben ihr Leben und lassen sie im Dreck liegen. Da ist kein Zusammenhalt unter den Verwandten.“ (#06: 108) „Wer guckt denn da raus? Das Jugendamt oder die Behörden oder so? Gar nicht.“ (#06: 108)

Sein Interesse am gesellschaftlichen Kontext hat in der Praxis seines Engagements offenbar keine Entsprechung. Als konkret sichtbar und greifbar erscheint ihm das soziale Problem der Armut in der Form eines privaten Problems (vermeintlich) abweichender Lebensführung. Dass diese Kunden seine Versuche, darüber zu sprechen, abblocken, ist nicht verwunderlich, sie nehmen sie vermutlich als grenzüberschreitend und für sich peinlich wahr. Die bewusste Distanz zwischen ihm und den Menschen, denen er helfen und auf die er einwirken möchte, beruht deshalb paradoxerweise auch auf dem Mangel an Distanz, der sich aus seinem Einblick in deren Privatbereich ergibt. Wie groß der Anteil solcher Kunden tatsächlich ist, deren Zahl er schließlich relativiert („manche Kunden“), ist zweitrangig gegenüber dem Aspekt, dass diese Kontakte sein Bild vom Armen offenbar wesentlich prägen.

...bei Beratung und Beistandschaft

Wie in einer Tafel geht es auch in einer Sozialberatungseinrichtung darum, die Menschen, die sich aktuell in einer Notlage befinden, versorgen zu können – hier jedoch nicht mit gleichmäßig gefüllten Lebensmittellkäben, sondern mit den im Einzelfall relevanten Informationen. Bevor ein Beratungsgespräch zwischen Ratsuchendem und Berater geführt werden kann, gehört es auch hier zur Voraussetzung, dass der Strom der Adressaten gelenkt wird. Ein Mann, der in mehreren Einrichtungen Sozialleistungsbezieher berät, vergleicht das allgemeine Prozedere dort mit dem in einer Behörde: „Ich nenn es mal freien Zulauf, so wie es auch bei den Jobcentern heißt, denn wir machen keine Termine.“ (#03: 6) Die Ratsuchenden kommen also unangemeldet zu den jeweiligen Öffnungszeiten. Eines seiner Projekte, anhand dessen er den typischen Ablauf schildert, habe einmal wöchentlich an einem bestimmten Vormittag geöffnet. Wer dann vorbeikommt, setzt sich zunächst in einen Warteraum. Die Beratung selbst findet dann individuell in einem separaten Raum statt:

„Je nachdem, wer gerade frei ist von den Beratern [...], geht zu denen hin und fragt so sa-
lopp, ob sie eine Beratung möchten. Denn das ist auch eine Begegnungsstätte für Sucht-
kranke, und dadurch erfolgt auch Zulauf für ein Klientel, für das wir nicht zuständig sind.
Deswegen müssen wir dann immer fragen, ob sie zur Sozialberatung möchten oder ob sie
wegen der Suchtberatung da sind. [...] Dann gehen wir mit ihnen hoch und fragen nach
dem Problem, damit sie ihre Sorgen schildern können.“ (#03: 6)

Die Scham von Hilfesuchenden, sich als solche erkennen zu geben, wird von mehreren Interviewpartnern im Kontext der Tafel erwähnt. Vor diesem Hinter-
grund wäre es plausibel anzunehmen, dass die räumliche Zusammenfassung von
unterschiedlichen Gruppen von Ratsuchenden in einem Warteraum, deren Ber-
atungsbedarf sich teils auf sozialrechtliche Angelegenheiten und teils auf den
Problemkreis von Alkoholismus oder weiteren Drogenkonsums erstreckt, bei
Ratsuchenden Schamgefühle hervorrufen oder verstärken kann. Deren Bereit-
schaft, Sozialberatung unter diesen Umständen in Anspruch zu nehmen, würde
dann sinken. Auf Seiten derer, die wegen eines sozialrechtlichen Anliegens Ber-
atungsbedarf haben, müssen dabei nicht erst Vorbehalte hineinspielen, sich mit
Suchtabhängigen in einen gemeinsamen Raum zu setzen. Das Stigma, das den so
genannten Hartz-IV-Empfängern anhaftet, ist eng mit dem Gerücht von Alkoholo-
lismus, Fernsehsucht etc. verbunden. Sich von derartigen Klischees abzugren-
zen, das kann für manchen bedeuten, sich von Gruppen fernzuhalten, die solchen
Vorurteilen den eigenen Vorstellungen nach entsprechen. Inwiefern diese anzu-
nehmende Gefahr tatsächlich eine Rolle im Beratungsalltag spielt, lässt sich je-
doch nicht sagen, da der Interviewpartner auf dieses Thema nicht näher eingeht.

Die meisten Beratungsgespräche, die er und seine Kollegen führen, bezögen
sich auf Fälle aus dem Bereich der Grundsicherung für Arbeitslose, Hartz IV;
dabei ginge es vor allem darum, Bescheide des Jobcenters zu prüfen, die die Rat-
suchenden erhalten und mit denen sie Schwierigkeiten hätten. Inhaltlich liege der
Schwerpunkt auf den Kosten der Unterkunft, denn dazu würden die meisten Ber-
atungsgespräche geführt.

„Wir schreiben aber auch Widersprüche und helfen bei Klagen oder machen noch Allge-
meinberatung. Wenn jetzt jemand Probleme zum Thema Arbeitsrecht hat oder irgendwie
mit seiner Betriebskostenabrechnung, dann sagen wir ihm zumindest, wo man sich hin-
wenden kann, wo man sich weitergehende Beratung holen kann, damit sie nicht ganz al-
leine dastehen.“ (#03: 4)

In der Beratung ginge es dann zunächst einmal darum, anhand des Bescheides festzustellen, ob der Einwand eines Betroffenen dagegen berechtigt sei oder nicht.

„Denn viele denken ja auch erstmal, oder die meisten gehen ja aufgrund ihrer Erfahrung davon aus, dass das Jobcenter immer etwas Böses will. Wenn die einen Bescheid bekommen, kommen die erstmal her und fragen, ob das richtig ist. Es gibt einige, die dann immer wieder kommen mit ihren Bescheiden, weil die erstmal grundsätzlich davon ausgehen: Das Jobcenter will irgendwas Böses. Das ist so das Tagesgeschäft. Widersprüche sind dann schon wieder nachrangiger, Klagen sowieso, das ist dann ganz selten, meistens nur zur Fristwahrung, so dass man die Klage vorformuliert, damit derjenige dann noch Luft hat, die Begründung nachzureichen.“ (#03: 8)

Während also viele Ratsuchende dem Jobcenter gegenüber grundsätzlich misstrauisch eingestellt sind, scheinen sie den Beratern und deren Urteilsvermögen insoweit zu trauen, als sie sich bei ihnen Rat und eine verlässliche Interpretation der angezweifelte Bescheide erhoffen. An sie wenden sie sich, um gegenüber dieser Behörde mehr Sicherheit zu erlangen. Auf sich allein gestellt, hätten viele von ihnen zumindest erhebliche Schwierigkeiten, den notwendigen Schriftverkehr mit dem Jobcenter zu bewältigen; unter anderem, weil manche Bescheide – selbst für die Berater – nur mit Mühe nachzuvollziehen sind:

„Was auch mal anfällt, ist, dass wir manchmal notfalls anrufen für die Betroffenen, wenn wir auch aussteigen, sag ich mal, wenn wir mit den Bescheiden absolut nichts anfangen können. Denn das haben wir auch manchmal, dass die Behörde einfach ihre Bescheide wirklich nicht erklärt und wir uns die Zahlen nicht erklären können. Ich habe halt den Vorteil, dass ich in dieser Behörde gearbeitet habe und teilweise weiß, welche Zahlen, wenn die wo stehen, was das bedeutet. Aber bei anderen Zahlen, die nicht in diesen Tabellenblocks erklärt werden, sondern unten irgendwo mal erwähnt werden, steig ich manchmal auch aus. Wenn die Betroffenen sich ja manchmal gar nicht trauen oder das Geld vielleicht nicht haben, was auch immer die Gründe sind, wir fragen ja auch nicht nach, dann ruft man bei der Behörde an und versucht dann vielleicht, noch etwas zu klären.“ (#03: 12)

Derart stellvertretend für die Ratsuchenden mit dem Jobcenter zu kommunizieren, solche Form von Hilfe wird von dem ehrenamtlichen Sozialberater durchaus kritisch gesehen. Er ist nur in einem abgesteckten Rahmen dazu bereit, denn der zeitliche Aufwand dafür ist relativ hoch. Außerdem fasst er seine Hilfe nicht als Ersatz von Selbsthilfe auf, sondern als deren ermöglichenden Anstoß. „Man will den Leuten ja auch nicht ihre Eigenständigkeit aus der Hand nehmen. Sie müs-

sen natürlich selber aktiv werden.“ (#03: 4, 6, 8, 12) Die Berater versuchen, anhand ihrer unmittelbaren Beobachtungen in der jeweiligen Beratungssituation einzuschätzen, wie viel Hilfe ein individueller Ratsuchender zur Selbsthilfe benötigt. Die Unterscheidung von mehr oder weniger selbständigen Adressaten scheint eine Grundunterscheidung zu sein, die sie in ihrer Routinetätigkeit treffen müssen:

„Widersprüche diktieren wir den Betroffenen, oder wir geben ihnen Notizen. Das kommt drauf an, denn bei manchen weiß man: Okay, der eine kann vielleicht schreiben, der andere kann nicht schreiben. Das muss man bei den Beratungen immer abwägen, das kommt dann auf den Einzelfall drauf an. Man sieht das auch häufig an ihren Papieren: Wer hat seine Papiere geordnet? Danach entscheidet man, was man denen zumutet. Bei denen, wo man erkennt: Okay, da ist alles sortiert, die haben auch selber schon Widersprüche geschrieben, dann sagt man nur: ‚Das und das könnten Sie in den Widerspruch reinschreiben,‘ dann müssen die halt ihren Widerspruch selber schreiben. Also, wie gesagt, sie an die Hand nehmen, das machen wir nicht. [...] Wenn sie mal nicht weiterkommen, oder wenn wieder ein Problem ist, dann können sie natürlich gerne herkommen, aber, das Handeln dann an sich vor den Behörden und das Auftreten, das ist so das Wesentliche, was die Betroffenen auch selber machen müssen.“ (#03: 32)

Was lässt sich anhand der Aussagen dieses Interviewpartners über die besondere Qualität seiner Unterscheidung zwischen einem „Wir“ und einem „Die“, zwischen Beratern und Ratsuchenden, sagen? Auf welche allgemeine Art und Weise treten diese zwei Gruppen miteinander in Kontakt? Zunächst fällt auf, dass seine Haltung den Ratsuchenden gegenüber ambivalent erscheint, denn sie umfasst sowohl das Vertrauen auf – beziehungsweise die Erwartung an – deren Autonomie als auch eine zurückhaltend abwägende und prüfende Perspektive auf deren Fähigkeit zu selbständigem Handeln im gegebenen Kontext. Es ist anhand des Interviews nicht ersichtlich, ob umgekehrt die Kompetenz der Berater auf vergleichbare Weise von ihren Ratsuchenden abgewogen wird. Doch es spricht zumindest einiges dafür, dass das Vertrauen in die Fähigkeiten des jeweils anderen, das vorliegende Problem lösen zu können, ungleich verteilt ist. Gerade wegen eines angenommenen Kompetenzvorsprungs der Berater wenden sich die Ratsuchenden an deren Beratungsstelle. Auch in der zeitlichen Struktur der Sozialberatung, die als Dienstleistung eine zeitlich auf die Beratung begrenzte Kooperation zwischen Beratern und ihren Adressaten voraussetzt, steckt ein trennendes Moment. Die geschilderte Beratungsroutine lässt sich zwar als Form der Zusammenarbeit von Beratern und Ratsuchenden innerhalb eines Zeitraumes auffassen; doch bei der Lösung des zugrunde liegenden Problems handeln sie im

Großen und Ganzen zeitlich versetzt, und ihre Aktivitäten überschneiden sich nur während des Beratungsgespräches: Selbständig handelt der Ratsuchende in erster Linie außerhalb dieses Gesprächs und individuell; die Beratung stellt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, aber sie verbindet sich nicht unmittelbar damit.

Sozialberatung als Form sozialen Engagements ist nicht unbedingt an eine dafür reservierte Einrichtung mit Adresse und festen Öffnungszeiten gebunden. An deren Stelle kann auch ein anderer öffentlich zugänglicher Ort treten, sofern die Berater dort mögliche Ratsuchende antreffen können. So im Fall eines Mannes, der seine Adressaten unter den Besuchern einer Suppenküche findet: „XXX [Freier Träger] ist teilweise meine Arbeitsgrundlage, denn *dort* treffe ich die Leute, mit denen ich arbeite, also die, die die Hinweise benötigen, beziehungsweise die Fragen stellen.“ (#08: 4) Ihnen bietet er an, mit seinem sozialrechtlichen Wissen und seiner langjährigen Erfahrung mit dem Jobcenter zu helfen:

„Wenn ich von Leuten angesprochen werde, bei XXX [Freier Träger], sag ich ganz unkonventionell: ‚Pass mal auf, Du besorgst die ganzen Unterlagen, die Du hast, Deinen ganzen Schriftverkehr, kommst her, dann setzen wir uns zusammen, und dann sag ich Dir, was möglich ist und was nicht.‘“ (#08: 40)

Auch er versteht seine Tätigkeit als eine Art Anschubhilfe, als Hilfe zur Selbsthilfe, indem er Leistungsbezieher dabei unterstützt, eventuell vorhandene Schwellenängste zu überwinden, die sie daran hindern könnten, Rechtsmittel gegen einen Bescheid einzulegen:

„Bei den meisten sage ich, wenn es Probleme gibt: ‚Pass auf, bis hierher können wir gehen, kann *ich* mitgehen, zum Beispiel bis zum Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] mitlaufen und so weiter. Sollte keine Möglichkeit bestehen, dass das Arbeitsamt da einlenkt, musst Du zum Anwalt gehen.‘ Wenn es auf Klagen hinausläuft, kann ich bloß den Schrecken vor dem Anwalt nehmen. Dadurch baut man vielleicht ein bisschen eine Vertrauensbasis mit den Leuten auf, und dann kommen die Leute auch von ganz alleine, da brauche ich gar keine Sorgen zu haben, das ist mir schon viel zu viel.“ (#08: 45)

Diese individuelle Hilfe hat für ihn zugleich eine ansatzweise politische, über den Einzelfall hinausgehende Dimension. Denn es ist ihm wichtig, Betroffene dazu zu motivieren, gemeinsam die Ursachen ihrer Probleme mit dem Jobcenter wenn auch nicht gleich zu beheben, so doch zumindest untereinander zu diskutieren und auch öffentlich zu thematisieren. Im Laufe des Interviews wird deutlich, dass sich die verschiedenen Aspekte seines Engagements in der Gewerk-

schaft, als Sozialberater und in einer Erwerbsloseninitiative stark überschneiden und sich sein sozialrechtliches Interesse nicht von seinem sozialpolitischen Interesse trennen lässt. Doch er macht in seiner Erzählung auch darauf aufmerksam, dass die Suche nach Lösungen im Einzelfall einer anderen Logik folgt als kollektive Aktionen und politische Diskussionen und dass sie im Hinblick auf das erforderliche Fachwissen besonders voraussetzungsvoll ist. Am Beispiel einer bestimmten Selbsthilfegruppe von Erwerbslosen in seiner Gemeinde, in die er anfänglich gewisse Erwartungen gesetzt hatte, die dann jedoch enttäuscht wurden, zeigt er, wie sich komplexe leistungsrechtliche Probleme durch Unwissenheit und bloßes Lamentieren verschleppen, aber nicht lösen lassen:

„Man muss sich das so vorstellen, da kommen alle möglichen Leute [...] zu der Beratung [...] und jeder weiß manchmal alles besser als die anderen. Da ist XXX [Person], die ist die Leiterin, die anderen sind eigentlich alles normale ALG-II-Empfänger, ab und zu ist mal ein Jurist dabei. [...] Und der Rest, der dort ist, der kennt sich in diesem Gebiet nicht so aus, der redet viel drum rum, und der jammert dann nachher immer über Probleme, über Probleme, über Probleme, aber Lösungswege?“ (#08: 36)

„Dass man das in so einer Sitzung nicht machen kann, ist klar, dass das dort alles zerredet wird, ist auch klar. Einzelprobleme gehören normalerweise in eine Einzelberatung [...]. Anders sehe ich da keine Lösung.“ (#08: 38)

Kollektive Aktionen, zu deren Vorbereitung solche Gruppe für ihn den passenden Rahmen abgäbe, wären dort hingegen kein Thema für die gemeinsame Arbeit:

„Wenn ich dort jetzt sehen würde, dass dort richtige Lösungswege angeboten würden, sagen wir mal so: Gut, wir rufen jetzt mal die ganzen Arbeitslosen, die jetzt hier sind: ‚Kommt, wir gehen mal Montag alle zusammen aufs Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV],‘ oder so, *diese* Wege, das wird da aber gar nicht erst angefangen, weder gedanklich, noch sonst wie.“ (#08: 38)

Individuelle leistungsrechtliche Probleme mit dem Jobcenter können seinen Ausführungen zufolge Betroffene dazu veranlassen, sich zusammenzufinden und sich gemeinsam über die damit verbundenen Fragen auszutauschen. Im angesprochenen Fall ging die Initiative zur Gründung einer Selbsthilfegruppe von einer einzelnen Person aus, deren Einladung wiederum andere gefolgt sind. Von solchen Gelegenheiten kann sich auch angezogen fühlen, wer auf dem Themengebiet der Sozialberatung noch Laie ist und allein aus eigener Betroffenheit her-

aus darüber sprechen will. Doch die Schwierigkeiten sind komplex und um über gangbare Lösungswege zu urteilen, ist ein Mindestmaß an Fachwissen erforderlich. Wenn die Bereitschaft oder die Möglichkeit fehlt, sich dieses Wissen anzueignen, wird eine solche Gruppe auf dem betreffenden Gebiet nicht das erforderliche Maß an kollektiver Handlungsfähigkeit entwickeln. Aus Sicht des zitierten sozialrechtlich geschulten Interviewpartners, der diesem Projekt gegenüber zunächst aufgeschlossen war und einige Sitzungen besucht hatte, wirkt es frustrierend zu erleben, wie die Diskussion dort um sich selbst kreist, und er bleibt ihr daraufhin fern. Doch das Problem dieser Selbsthilfegruppe besteht für ihn offenbar nicht allein in den mangelnden Kenntnissen vieler ihrer Teilnehmer, sondern auch darin, dass die dort praktizierte Gruppendiskussion seiner Ansicht nach einen grundsätzlich unangemessenen Rahmen für die Bearbeitung von Einzelfällen abgibt. Dann jedoch wären dem Potenzial leistungsrechtlicher Probleme mit dem Jobcenter grundsätzlich enge Grenzen gesetzt, Betroffene kollektiv in einen solidarischen und lösungsorientierten Austausch miteinander zu bringen.

Anders als der zitierte Interviewpartner, der Leistungsberechtigte bei deren Problemen mit dem Jobcenter berät, aber einer daran anschließenden Unterstützung gegenüber skeptisch eingestellt ist, sind andere in ihrem Engagement dazu bereit, diese Grenze zu überschreiten. Sie begleiten Betroffene bei deren Behördengängen, bezeugen dadurch den Ablauf eines solchen Termins, geben währenddessen im Falle von Unklarheiten ihren Rat, sprechen stellvertretend für die Leistungsberechtigten mit deren Sachbearbeitern oder versuchen zu vermitteln, falls es zwischen diesen Parteien während eines Termins zu Spannungen kommt. Häufig, aber nicht in jedem Fall, wird damit die Arbeit an einem konkreten Problem aus der Sozialberatung, in der sich einige von ihnen engagieren, fortgesetzt. Die wesentlichen Mittel, auf die sie zurückgreifen, um ihren Adressaten zu helfen, bestehen in ihrem Wissen um deren soziale Rechte und in der bloßen Anwesenheit während eines Termins. So begrenzt diese Mittel sind, so sehr versuchen die Aktiven, mit ihrem Pfund zu wuchern und das Möglichste zum Vorteil der Betroffenen aus ihnen herauszuholen.

Anfänglich, meint ein ehrenamtlicher Begleiter, hätten die Sachbearbeiter im Jobcenter vor Ort befremdet auf seinen Auftritt als Beistand reagiert: „Am Anfang wollten die uns gar nicht reinlassen“. (#04: 19) Die Leistungsberechtigten sollten nach dem Willen der Sachbearbeiter möglichst nur einzeln in den Dienstzimmern vorsprechen: „Es ist nur *er* aufgerufen!“ (#04: 19) Mit der Zeit sei ihre Beistandschaft jedoch von den Jobcentermitarbeitern weitgehend akzeptiert worden; inzwischen handelt es sich dabei für ihn und seine Kollegen um eine Routinetätigkeit:

„Wenn zum Beispiel jemand kommt, der ein Problem hat mit dem Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV], dann gehen wir oftmals mit. [...] Und dann sag ich: ‚Ja, ich möchte ihn gern begleiten, ich möchte gerne wissen, um was es eigentlich geht. Und ich möchte ihn unterstützen.‘ ‚Ist gut, dann stell ich einfach einen Stuhl mit hin,‘ [erwidert der Sachbearbeiter. LEV] Dann setzen wir uns hin, und dann habe ich einen kleinen Block, auf dem ich immer aufschreibe. Ich such mir den Namen [des Sachbearbeiters, LEV] raus, die haben jetzt Schilder, schreib mir den Namen auf, das Datum, und dann das Problem, das derjenige [der Betroffene, LEV] hat. Und dann spricht er, spricht zu neunzig Prozent, und wenn er mal etwas nicht weiß und eine Frage hat, und so, frage ich das.“ (#04: 19)

Um jemandem bei seinem Gang ins Jobcenter adäquat helfen zu können, mit den Sachbearbeitern kompetent verhandeln und gegebenenfalls gezielt Rechtsmittel einzulegen, kommt es für die Beistände darauf an, sich auf den jeweils vorliegenden Fall inhaltlich vorzubereiten. Ein Begleiter schildert den aus seiner Sicht erfolgreich verlaufenen Termin, bei dem er stellvertretend für den von ihm Begleiteten die beteiligte Jobcentermitarbeiterin von einem Berechnungsfehler ihrer Leistungsabteilung überzeugen konnte, der sich finanziell nachteilig für den Betroffenen ausgewirkt hätte:

„Ein guter Beistand bereitet sich darauf vor. Ich hatte mal [...] einen Kollegen, der hatte einen Nebenjob bei einem Discounter angefangen. Der Discounter hat ihm bestätigt, er kann von 100 oder 120 Euro bis zu 325 Euro kriegen. Und was haben die [die Leistungsabteilung des Jobcenters, LEV] natürlich gemacht? Die haben die Höchstsumme angesetzt: ‚Der verdient ja jetzt jeden Monat 325 Euro,‘ und die Folge war, dass er zwar die [anrechnungsfreien, LEV] 100 Euro behalten durfte, aber die 325 Euro als Einkommen angerechnet [und seine ALG-II Leistungen anteilig gekürzt, LEV] wurden. Und da hatte ich mich dann so weit vorbereitet, dass falls die Kollegin [die Sachbearbeiterin, LEV] gesagt hätte: ‚Das ist alles in Ordnung und richtig,‘ dann wäre das ein mündlicher Bescheid gewesen. Für den mündlichen Bescheid hätten wir dann sofort einen Widerspruch eingereicht, das war schon alles vorbereitet, und dann hätten wir die Chance gehabt, das sofort über den einstweiligen Rechtsschutz beim Sozialgericht in XXX [Ort] anzumelden. Es ist aber vollkommen entgegengesetzt gelaufen. Als ich der Frau gezeigt habe, dass ich mich mit der Lohnbuchhaltung von dem Discounter verständigt habe, dass das [die 325 Euro, LEV] zwar die Höchstsumme ist, aber in der Regel bloß maximal 120 Euro zu verdienen sind, da hat sich die Mitarbeiterin binnen einer halben Stunde hingesetzt, hat sämtliche Bescheide neu geschrieben, hat das umgewandelt und hat dann auch, weil es kurz vor Weihnachten war und er sich noch Kohlen kaufen musste, noch eine Barauszahlung gemacht.“ (#09: 16)

Neben solcher Unterstützung als Stellvertreter während des laufenden Gesprächs, die sie den Begleiteten aufgrund ihres Wissens- und Erfahrungsvorsprunges bieten können, beobachten die Begleiter als Zeugen an deren Seite die Szene: „Denn die [Sachbearbeiterin, LEV] braucht da keine Zeugen, aber *wir* brauchen schon Zeugen. Deswegen sind wir ja zu zweit.“ (#04: 19) Diese Unterscheidung – „die“ und „wir“ – weist darauf hin, dass sich für den zitierten Begleiter die Beziehung zwischen Sachbearbeiterin und Leistungsberechtigtem als ein latentes Konfliktverhältnis darstellt, in dem diese zudem ungleiche Positionen einnehmen. Denn den Leistungsberechtigten versteht er offenbar als benachteiligt, insofern er im Unterschied zur Sachbearbeiterin einen Zeugen benötigt. Auf diesen Aspekt geht auch ein anderer ehrenamtlicher Sozialberater ein, der regelmäßig als Beistand Betroffene ins Jobcenter begleitet:

„Wie wichtig das ist, das wissen die meisten eigentlich nicht, dass man eigentlich in der Beweispflicht steht als Erwerbsloser. Das heißt, nicht die Jobcenter beziehungsweise die Agenturen müssen beweisen, sondern der Betroffene muss beweisen. Er steht unter der Beweispflicht. Er kann aber nichts beweisen, wenn er keinen Zeugen hat, der das eventuell notfalls vor Gericht bezeugt.“ (#09: 14)

Termine, in denen sie sich mit den Sachbearbeitern regelrecht streiten, scheinen den Schilderungen der ehrenamtlichen Beistände zufolge eher die Ausnahme zu sein. Doch auch solche Erfahrungen mit Jobcentermitarbeitern gehören zu ihrer Tätigkeit dazu:

„Also in der Regel sind sie vernünftig, es gibt aber auch Hirnis, richtige Hirnis. Ich bin schon mal an einen geraten, da dachte ich, der hätte mal lieber ein halbes Jahr Straße kehren müssen, damit er weiß, wie es den Leuten draußen geht. Naja, es kann nicht sein, ein junger Mensch, der als Sachbearbeiter dort ist, erstmal sitzt er da, wie Graf Koks, dann schießt er die Leute zusammen, und hat von Tuten und Blasen keine Ahnung. Und wenn du dem mit dem Gesetz kommst, sagt er: ‚Dann musst Du uns verklagen, dann musst Du uns verklagen.‘ Das ist doch keine Antwort, von einem Sachbearbeiter. Und was ich mich überhaupt erdreiste, ich hätte mich ja nicht in seine Unterhaltung einzumischen. Ich sage: ‚Ich bin doch bloß als Begleitung hier.‘“ (#08: 45)

Dieser Begleiter ist darüber verärgert, von dem jungen Sachbearbeiter in seiner Rolle als Beistand nicht akzeptiert worden zu sein, beklagt dessen Überheblichkeit und moniert, dass er seinen sozialrechtlichen Argumenten nicht zugänglich war. Ein Mindestmaß an Akzeptanz und an argumentativer Aufgeschlossenheit von Seiten der Sachbearbeiter, so lässt sich aus Aussagen der interviewten Bei-

stände jeweils schließen, bildet eine der Grundlagen, auf die sie angewiesen sind, um ihre Tätigkeit wie gewohnt ausüben zu können. Auch wenn es ihnen grundsätzlich darum geht, ihre Adressaten gegenüber den Jobcentermitarbeitern parteiisch zu unterstützen, statt etwa unvoreingenommen und neutral als Schlichter zwischen beiden Parteien zu vermitteln, sind sie darauf angewiesen, eine gemeinsame Verhandlungsbasis mit ihrem Gegenüber zu schaffen und zu erhalten. Nur in wenigen Fällen wird die Begleitung als konfrontative Auseinandersetzung mit den Sachbearbeitern beschrieben oder konzipiert. Als Gelegenheit zur Konfrontation wird die Beistandschaft lediglich in der Erzählung eines interviewten sozialpolitisch engagierten Erwerbslosen behandelt, der sich erhofft, dass die Mitarbeiter des Jobcenters einmal Angst entwickeln würden vor ihren gemeinsam und aggressiv statt vereinzelt und eingeschüchtert auftretenden Kunden und dann aus Furcht heraus auf Sanktionen und andere nachteilige Entscheidungen verzichten (#05: 177). Doch in den meisten der in den Interviews dokumentierten Fälle erscheint Begleitung und Beistandschaft eher als eine die unterschiedlichen Positionen vermittelnde statt zuspitzende Angelegenheit. Wenn er sich auch prinzipiell auf Seiten der Betroffenen positioniert und bei seinen gelegentlichen Protestaktionen gegen die Verwaltungspraxis des Jobcenters durchaus bereit ist, Regeln zu verletzen, beschreibt einer der Interviewpartner die Art seines Auftretens als Beistand keineswegs als konfrontativ. In vielen Fällen kommt es ihm im Interesse des von ihm Begleiteten darauf an, den Sachbearbeiter milde zu stimmen, für den Betroffenen ein gutes Wort einzulegen und so eine befürchtete Sanktion abzuwenden:

„Wir haben uns alles selbst beigebracht, das sind die Erfahrungswerte, schon wo die ersten Probleme aufgetreten sind mit dem Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV], wenn sich jemand zu spät gemeldet hat, oder wenn die den Leuten Sanktionen angedroht haben, dann haben wir versucht zu vermitteln, haben gesagt: ‚Das ist für die Person jetzt ein Härtefall, beziehungsweise für sein Umfeld, für die Familie.‘ Dann haben wir versucht, im Guten jetzt, dass doch mal ein Auge zugedrückt wird, und wir haben erklärt, dass er jetzt auch bereit ist, sich danach zu richten. Wir haben oft schon Erfolge gehabt, dass die von sich aus gesagt haben: ‚Ja, okay, aber das war das *letzte* Mal, dass man uns entgegen gekommen ist.‘“ (#04: 31)

Er appelliert an den Sachbearbeiter, nachsichtig zu sein, und tritt quasi als Bürge auf, wenn auch mit leeren Händen, der versucht, glaubhaft zu machen, dass der von ihm Begleitete sein Verhalten im Sinne des Jobcenters ändert, auch ohne dass das angedrohte Druckmittel der Sanktion tatsächlich zur Anwendung kommt.

Der Nutzen ihrer Begleitung als Beistand komme nicht nur den Begleiteten, sondern auch den Mitarbeitern des Jobcenters zugute – darin sind sich die in diesem Bereich Aktiven unter den Interviewten einig. Ein Begleiter beispielsweise versteht seine Rolle als die eines Interpreten, Übersetzers und Moderators, der zwar im Auftrag und im Interesse des Betroffenen agiert, dessen Einsatz aber zu gegenseitigem Verständnis führen und der allen Beteiligten Sicherheit in einer möglicherweise angespannten Situation bieten kann:

„Ich habe so eine Beraterin, die für *mich* zuständig ist, die sagt, dass sie immer ganz froh ist, wenn jemand mit dabei ist, denn manchmal verstehen die Leute einen auch nicht. Es kann ja durchaus sein, dass sich irgendwo Missverständnisse aufbauen, und dass natürlich daraus auch Frust entsteht. Und im Grunde genommen dient das dazu, auch ein bisschen Sicherheit auf der einen Seite für den Betroffenen zu geben und auf der anderen Seite auch für den Mitarbeiter. Denn dann kann man da auch vernünftiger und, sagen wir, auf Augenhöhe argumentieren, was sonst ja nicht möglich wäre. Ich habe einen Kollegen aus XXX [Ort], der sagt, mit einem Beistand hätte damals der Todesfall in Frankfurt am Main *nicht* stattgefunden, wenn jemand dabei gewesen wäre, der ein bisschen als Beistand fungiert hätte und praktisch als Zeuge.“⁴ (#09: 14)

Solche deeskalierende Wirkung, die dem eigenen Engagement zugeschrieben wird, hebt auch ein anderer Begleiter hervor, der in seinem Wirken als Beistand weitgehend auf Verständigung orientiert zu sein scheint. Für das teilweise gereizte Verhalten, das er bei Jobcentermitarbeitern beobachtet hat, bringt er ebenso Verständnis auf, wie für die Angespanntheit mancher Betroffener, die er begleitet. Es geht ihm darum, eine allseits sachliche Umgangsform zu erreichen, um auf dieser Grundlage das auf dem jeweiligen Termin verhandelte Problem lösen zu können:

„Man braucht bloß einen kleinen Notizblock. Die Anwesenheit alleine reicht schon aus. Die Leute, die drehen sich um 180 Grad. Wenn einer alleine hingehet, der, gut, viele können sich nicht ausdrücken. Oder die Fragen nicht richtig stellen. Oder einige, die sind un-

4 Damit spielt er an auf den Fall der am 19.05.2011 in einem Jobcenter in Frankfurt am Main getöteten ALG-II-Bezieherin und gebürtigen Nigerianerin Christy Schwundek. Diese wurde von einer Polizeibeamtin erschossen, nachdem ein Streit mit dem Sachbearbeiter um die Auszahlung von Leistungen eskaliert ist und sie einen der herbeigerufenen Beamten mit einem Küchenmesser verletzt hat. Der Fall hat nicht zuletzt aufgrund der in ihm enthaltenen Zuspitzung und Bündelung sozialer und rassistischer Konflikte bundesweit Aufsehen erregt und zu Protesten von Sozialinitiativen und anti-rassistischen Gruppen geführt. Siehe Jüttner 2012.

sicher, und denn vergreifen sie sich eventuell im Ton. Eine [Mitarbeiterin, LEV] ist vielleicht ein bisschen rau, der letzte Kunde, der da war, der hatte sie vielleicht irgendwie zur Weißglut gebracht, und da ist sie noch nicht runter von dem Level, und dann schnauzt sie den nächsten auch an. Und dann werden die [Leistungsberechtigten, LEV] unsicher. Wenn aber eine Begleitung dabei ist, kommen die erstmal runter, werden ruhig und sachlich und bleiben bei dem Thema. Alleine die Anwesenheit reicht schon aus, um das alles in Ruhe zu klären, das klärt sich alles im Großen und Ganzen.“ (#04: 49)

...im politischen Engagement

Betrachtet man die unterschiedlichen Formen von Hilfe und Unterstützung, die die Interviewpartner anderen von Erwerbslosigkeit und Armut Betroffenen in Tafeln und Sozialkaufhäusern, in Beratungseinrichtungen und als Beistände anbieten, dann fällt auf, dass sie sich jeweils weitgehend auf Fragen von Einkommen und Verbrauch beziehen und beschränken. In diesem Kontext treten die Probleme auf, die praktische Solidarität erforderlich werden lassen, und hier lassen sie sich kurzfristig lösen oder zumindest mildern. Einige Interviewpartner versuchen, diesen quasi natürlichen Rahmen in ihrem Engagement zu überschreiten und gezielt die von ihnen als mindestens ebenso wichtig wahrgenommenen politischen Aspekte sozialer Probleme anzusprechen. Die Menschen, die ihre unmittelbare Hilfe in Anspruch nehmen, auch mit weitergehenden politischen Inhalten zu erreichen, bedeutet für diese Engagierten zunächst, sie zu informieren, für bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen zu sensibilisieren, bislang eher unbeachtet gebliebene Zusammenhänge nachzuzeichnen und ihre Herangehensweise daran, die Probleme zu deuten und zu kritisieren, möglichst bekannt zu machen. So besteht ein wesentliches Ziel der wöchentlichen Demonstration, die die Sozialinitiative eines Interviewpartners seit 2004 ausrichtet, darin, „die Bürger, die jetzt praktisch die Repressalien zu erleiden haben“, politisch „zu informieren“:

„Auf der Montagsdemo versuchen wir jedenfalls, die Leute zu informieren, auf den neuesten Stand zu bringen. Wir machen uns kundig, im Internet oder so, was die Politiker jetzt hier an Schandtaten gegen das Volk, also Sozialabbau zum Beispiel, beschließen und überlegen zu beschließen, es zwar in unseren Worten, aber im Großen und Ganzen auch den Sachverhalt den Leuten erklären, um was es eigentlich geht, was die vorhaben.“ (#04: 10)

Dem gleichen Zweck dienen auch die Flugblattaktionen vor dem Jobcenter, mit denen zwei jeweils gewerkschaftlich engagierte Interviewpartner bei ALG-II-Beziehern für die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn werben wol-

len (#02: 106ff., #05: 84). Das Ziel, Betroffene zu mobilisieren und an gemeinsamen politischen Aktivitäten zu beteiligen, wird in diesem Zusammenhang zwar ebenfalls verfolgt, aber es scheint verhältnismäßig schwer zu erreichen zu sein und tritt dementsprechend in den Erzählungen gegenüber dem Motiv, politisch zu informieren, in den Hintergrund. In der Anfangszeit ihrer Montagsdemo, so das zuvor zitierte Mitglied einer sozialpolitischen Initiative, sei es seiner Gruppe noch gelungen, viele Betroffene nicht nur inhaltlich zu erreichen, sondern auch an der Planung der regelmäßigen Demonstration und weiterer als spontan deklarerter Protestaktionen zu beteiligen. Das Interesse der unorganisierten Teilnehmer, die Kundgebung mitzugestalten, sei aber mit der Zeit geschwunden, ebenso wie die Teilnehmerzahlen bald rückläufig waren:

„Wir hatten jeden Dienstag anschließend noch nach der Montagsdemo eine Auswertung gehabt. Da haben wir uns ausgesprochen, es war ein Haufen Leute da. [...] Und da hat jeder seine Einschätzung geäußert, wie er es gefunden hat, beziehungsweise, was wir verbessern können. [...] Und die Sachen, die geplant werden, die nachher ganz spontan durchgeführt werden [Lachen], solche Sachen müssen auch besprochen werden, da muss logistisch alles abgeklärt werden.“ (#04: 64)

Die vermeintlich rein individuellen und privaten Probleme von Betroffenen im Leistungsbezug zumindest gedanklich auf eine weitere gesellschaftliche und politische Ebene zu heben, das ist auch die Absicht eines anderen Interviewpartners. Er nutzt dazu neben seiner ausschließlich politischen Tätigkeit – beispielsweise beim Verteilen von Flugblättern in der Fußgängerzone seiner Stadt – nach Möglichkeit auch seine Rolle als ehrenamtlicher Sozialberater. Die konkrete Hilfe im Einzelfall, derentwegen die Ratsuchenden zu ihm kommen, hat für ihn zwar Priorität bei seinem Engagement im Rahmen der Beratungseinrichtung, aber sofern sich diese darauf einlassen, nutzt er die Gelegenheit, um das Gespräch zu politisieren und seine Adressaten auf bestimmte gesellschaftliche Zusammenhänge zu stoßen:

„Ich versuche es schon, da ich ja nun politisch aktiv bin und das ja auch nicht nur aus dem Beratungshintergrund her mache. Natürlich steht das für mich im Vordergrund, aber ich will die Menschen auch darauf aufmerksam machen, dass das alles gesamtgesellschaftliche Probleme sind, und dass das jetzt nicht ein individuelles Problem ist, sondern *viele* betrifft, und dass es dazu Lösungen in der Gesellschaft gibt. Und da, wo es sich im Gespräch anbietet, versuche ich zumindest für meinen Teil dann das anzubringen. Ob einem das immer gelingt, kann man ja auch nicht beurteilen, aber ich sage mir immer: Gar nichts zu machen und nichts zu tun, ist auch falsch. Man merkt ja bei bestimmten Leuten auch,

die sind dafür gar nicht aufnahmefähig, oder wollen das gar nicht, oder sind einfach nur entnervt und froh, dass sie vielleicht konkret dort bei dem Problem Unterstützung bekommen, so dass man das dann auch lässt.“ (#03: 48)

Zuweilen besteht für ihn die Aufgabe darin, politische Diskurse im Kleinen nicht erst zu initiieren, sondern in bereits bestehende alltägliche Debatten einzugreifen und Einfluss darauf zu nehmen. Besonders rassistische, ausländerfeindliche Ansichten und weitere Ressentiments, mit denen sich seiner Überzeugung nach Betroffene selbst schaden, provozieren ihn dazu, sich einzumischen:

„Nur, wo ich einzuhaken versuche, ist, wenn selbst die *Betroffenen* sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn Sprüche kommen so nach dem Motto: ‚Man ist selber schuld,‘ oder Sprüche gegen Ausländer oder Sprüche gegen Leute, denen es *noch* schlechter geht, also da nehme ich mich dann nicht zurück, da greife ich dann *immer* ein.“ (#03: 48)

„Es gibt Leute, die sind froh, wenn sie mal jemanden zum Reden haben, ist ja logisch, verständlich, aber dann kommen auch solche Sprüche oder für mich nicht nachvollziehbare Sprüche, da ich ja die Gesellschaft nun mal kritisch sehe und andere Zusammenhänge erkenne, die die Leute nicht erkennen, wie zum Beispiel, dass Hartz IV das Problem des Lohndumpings ist.“ (#03: 50)

Bemerkenswert ist, dass er einerseits mit seinem Eingreifen offenbar das Ziel verfolgt, entsolidarisierenden Abgrenzungen zwischen den Betroffenen und unangebrachten Überlegenheitsvorstellungen entgegenzutreten, andererseits selbst von seiner überlegenen Erkenntnisfähigkeit ausgeht. Auch wenn er beabsichtigt, andere davon zu überzeugen, in seinem Sinne kritisch auf die Gesellschaft zu blicken und ebenfalls deren verborgene Strukturen zu erkennen, ist die darin implizierte Ebenbürtigkeit ein noch nicht erreichtes Ziel und keine bereits gegebene Voraussetzung seines Umgangs mit den Menschen aus seinem Beispiel. Ein solches Gefälle der Anerkennung zwischen den Interviewpartnern dürfte die Möglichkeit, auf Augenhöhe miteinander zu diskutieren, geradezu unterlaufen. Zumal die Anerkennung, sofern sie ihm entgegengebracht wird, plötzlich wieder entzogen werden kann. Zuweilen wird er nämlich als ALG-II-Bezieher selbst zum Opfer von Ressentiments gegenüber sozial Schwächeren und die Antipathien, gegen die er sich wendet, richten sich angesichts seiner Erwerbslosigkeit gegen ihn selbst:

„Auch in der Suppenküche hatte ich einen Fall gehabt, da gab es nämlich genau das Thema à la Pleitegriechen: ‚Die Griechen, die faulen Schweine,‘ so ungefähr, und: ‚Die Ausländer,‘ und da hatte ich dann natürlich auch zu tun [Lachen] gehabt.“ (#03: 54)

„Wenn die Leute sich das Maul zerreißen, dann hört man das natürlich. Und man wartet auch bestimmte Situationen ab, denn als politischer, aktiver Mensch will man ja auch hören: Was ist los, was bewegt die Gesellschaft, vor allen Dingen gerade die, denen es ja genau so geht wie dir, was bewegt die, was motiviert die oder treibt die an, so zu denken? Und wenn es dann aber eine Gestalt annimmt, wo ich dann merke: Halt, das kann man nicht so stehen lassen, insbesondere wenn es wirklich die plumpen Sprüche sind: ‚Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg,‘ oder dann gibt es auch Leute, die sind in der Suppenküche, die haben nicht Hartz IV, die donnern dann gegen Hartz-IV-Empfänger, aber die haben selber nicht viel Geld, meistens sind das dann auch Aufstocker oder so, oder Leute, die gerade über dieser Schwelle sind mit Wohngeld, oder Rentner, die jahrelang gearbeitet haben, aber trotzdem eine geringe Rente haben, die dann gerade gegen *die* wettern, die auch nicht viel Geld haben, die ja aus dem gleichen Grund dort sind wie sie. Und dann klinke ich mich natürlich ein, wenn ich das mitkriege.“ (#03: 56)

„Natürlich schlagen die sich dort nicht die Schädel ein, das wäre ja jetzt [Lachen] übertrieben, aber von den Stimmungen her, dass man teilweise untereinander auch gar nicht redet, ich nenne es mal vielleicht Antipathie, die Sprüche von den Aufstockern. [...] Ich hatte letztens einmal gemerkt, da hatte eine Frau keine Grundsicherung beantragt, da hatte ich versucht, die gleich zu beraten, da hab ich zu ihr gesagt: ‚Sie könnten doch Grundsicherung,‘ aber dann hackte sie nur auf den Hartz-IV-Empfängern herum: ‚Die Hartz-IV-Empfänger haben mehr als ich, und ich hab 40 Jahre gearbeitet.‘ [...] Und dann hab ich zu der Frau gesagt: ‚Na ich kann doch nichts dafür, ich kann doch nicht 40 Jahre arbeiten, ich schaff das gar nicht mehr, rein rechnerisch kann ich das nicht mehr schaffen,‘ denn ich habe mittlerweile fast XXX [Zahl] Jahre Arbeitslosigkeit zusammengesammelt und bin einen Umweg gegangen zum Studium [...]. Und dann hab ich ihr das geschildert, dass man nicht so denken darf, dass sie ja die Möglichkeit hatte und ich nicht.“ (#03: 58)

„Wir“ und „die“

Der Grad, zu dem es den Aktiven und ihren Kollegen jeweils gelingt, ihre Ziele bezüglich ihrer Adressaten zu verfolgen und den von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen mit ihren Angeboten zu helfen oder sie mit politischen Inhalten zu erreichen, sie zu Protesten zu mobilisieren oder zur ehrenamtlichen Mitarbeit im Projekt zu bewegen, unterscheidet sich je nach Art des Anliegens. Durchweg gute Erfahrungen machen hierbei ihren Erzählungen zufolge die interviewten Mitarbeiter von Tafel und Sozialkaufhaus, die angesichts ihres nicht abreißen lassen

Kundenstromes teils über Engpässe im Spendenaufkommen klagen – nicht jedoch über eine schleppende Nachfrage nach den von ihnen angebotenen Gegenständen und Diensten und auch nicht über einen Mangel an freiwilligen Mitarbeitern. Zugleich stellen sie das Verhältnis zu ihren Tafel-Kunden als eher distanziert dar; denn wenn auch der Umgang in der Regel als freundlich und respektvoll geschildert wird, scheint weder bei den Mitarbeitern noch bei deren Kunden ein besonderes Interesse am gemeinsamen Austausch oder an irgendeiner Form von Zusammenarbeit zu bestehen, die über die Abwicklung des Kaufs und gelegentlichen Smalltalk hinausgingen. Es gehört zwar durchaus dazu, wenn es sich ergibt, Ratschläge zu erteilen oder Faltblätter des Trägers der Tafel, die für Leistungsberechtigte relevante Informationen enthalten, an Betroffene weiterzureichen; solche Art der Kommunikation dürfte aber eher die Ausnahme darstellen. Die weitgehende Beschränkung der Interaktion mit ihren Adressaten auf das für die Ausgabe der Lebensmittelkörbe und anderer Gegenstände Wesentliche und gegebenenfalls auf Gespräche am Rande wird in keiner Erzählung als ein Problem behandelt, das es aus Sicht der Interviewpartner zu lösen gelte. Im Gegenteil – eine Interviewpartnerin betont sogar, dass sie den direkten Kontakt mit ihren Kunden lieber meidet, da es dabei leicht zu Missverständnissen kommen könne:

„Wenn einmal zu viele von uns krank sind, dann müssen wir schließen. Aber das versteht die Kundschaft wieder nicht. Ich habe das gestern wieder gehabt, die sehen *mich*, weil ich hier eine der ältesten bin. [...] Ich sage mal, ich möchte lieber mehr im Hintergrund arbeiten als im Vordergrund. Denn viele sprechen mich mit meinem Namen an.“ (#13: 5)

An der Kasse oder wenn sie die Karten, mit denen die Kunden ihre Berechtigung nachweisen, einsammle, komme sie mit den Leuten ins Gespräch, berichtet eine andere Tafelmitarbeiterin. Mit manchen könne man sich ihrer Erfahrung nach sehr gut unterhalten, mit anderen nicht, solche Unterschiede gäbe es aber überall (#16: 44). Mit den Kunden habe sie keine Probleme, meint auch eine ihrer Mitarbeiterinnen im Interview. Sie werde, wenn man sie auf der Straße wiedererkenne, oft freundlich begrüßt und sie kenne auch keinen Kunden, der mit ihr Probleme hätte. Man gehe einfach freundlich miteinander um und das beruhe auf Gegenseitigkeit. Wenn sich ausnahmsweise einmal jemand ihr gegenüber unvernünftig verhalten würde, wüsste sie schon damit umzugehen. Ins Gespräch komme man in der Regel aber nicht, fügt sie hinzu; das beschränke sich meist auf ein „guten Tag und auf Wiedersehen“ und auf Belanglosigkeiten (#11: 45, 47).

Diejenigen, die ihr soziales Engagement zugleich mit sozialpolitischen Zielen verbinden und ihre Adressaten mit entsprechenden Ideen erreichen wollen, sei es, um mit ihnen zu diskutieren und sie von den eigenen Meinungen und Forderungen zu überzeugen, um sie dazu zu bewegen, an Protestaktionen teilzunehmen oder um sie als Mitglieder für eine Initiative zu gewinnen, beklagen meist ein unter Betroffenen verbreitetes Desinteresse daran und die daraus erwachsende Schwierigkeit, gemeinsam politisch zu handeln. Nur mit einer kleinen Minderheit von Leuten, die seine politische Einstellung teilen und mit denen er „auf gleicher Wellenlänge“ sei, ließe sich gut diskutieren, mit den meisten anderen hingegen sei das kaum möglich, fasst ein Interviewpartner seine unablässigen Versuche, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, zusammen (vgl. #03: 60). Ein anderer bemerkt über die geringe Mobilisierbarkeit von Erwerbslosen seit der Hochphase der Hartz-IV-Proteste resignativ, dass von mehreren Tausend Betroffenen in seiner Stadt nach dem Abflauen der Montagsdemos nur noch ein gutes Dutzend hin und wieder zur Demonstration käme (#01: 85, 87). Gerade Betroffene im Hartz-IV-System ließen sich seiner Erfahrung nach weit aus schwieriger dazu bewegen, auf die Straße zu gehen, als beispielsweise Beschäftigte, deren Arbeitsplatz durch den drohenden Stellenabbau in ihrem Betrieb gefährdet sei (#01: 139ff.). Am ehesten würden sie sich noch durch attraktive Gratis-Angebote oder durch gelegentliche Auftritte von Prominenten zu einer Demo mobilisieren lassen; das habe er als Organisator einer Kundgebung selbst erfahren. Der Inhalt einer Veranstaltung hingegen sei eher nebensächlich, beklagt er (#01: 145, 149). Die meisten Bürger, ob erwerbslos oder nicht, nähmen keinen Anteil an den politischen Auseinandersetzungen, in die er und seine Kollegen sich einzumischen versuchen. Die meisten Menschen hielten sich dort heraus, verhielten sich wie lethargisch und seien auf politische Themen kaum ansprechbar (#01: 131). Ein weiterer Interviewpartner, der zur Zeit der Einführung der Hartz-Gesetze Hoffnungen in eine soziale Bewegung der Betroffenen gesetzt hatte, erinnert sich, dass sich unter seinen damaligen Mitstreitern bald Ernüchterung breit gemacht hatte, denn niemand außerhalb ihrer Gruppe, den sie angesprochen hätten, sei zur Mitarbeit in ihrem Projekt bereit gewesen. Stattdessen hätten sie erfahren müssen, dass viele Betroffene die Verhältnisse hinnehmen und nicht bereit seien, sich gemeinsam dagegen zu wehren. Sie „wollen sich nicht aktivieren, mitarbeiten“. Deshalb sei der ursprünglich erhobene Anspruch, deren Widerstand anzufachen, von seiner Gruppe schon bald wieder aufgegeben worden (#02: 94).

Ähnliche Schwierigkeiten wie bei ihren Versuchen, neue Mitstreiter unter den Betroffenen zu gewinnen oder Menschen zu punktuellen oder regelmäßigen Protesten zu mobilisieren, erfahren die sozialpolitisch Aktiven dabei, Mitglieder

in ihren Projekten zu halten, damit diese wachsen können oder zumindest nicht schrumpfen, so dass eine kontinuierliche Arbeit möglich bleibt. Ursprünglich hätten fünf Menschen mitgearbeitet, berichtet beispielsweise ein Interviewpartner über sein journalistisch ausgerichtetes Projekt. Die Hälfte habe sich aber später aus den Aktivitäten zurückgezogen und die Übriggebliebenen arbeiteten nur noch sporadisch mit. Heute sei die Arbeit dort „mehr oder weniger Stückwerk“, so dass er meist andere bitten („hinterhertelefonieren“) müsse, rechtzeitig etwas beizutragen (#02: 3, 88).

Zusätzlich zu politischem Desinteresse und zur Apathie kritisieren mehrere Interviewte einen Eifer, der ihrer Erfahrung nach zuweilen im spontanen Gespräch unter Betroffenen über Politik und Gesellschaft herrscht, aber praktisch folgenlos bleibt: Die vorherrschende Meinung sei, man könne als Bürger sowieso nichts erreichen, die entscheidenden Stellen oder Personen seien in ihrem Handeln nicht beeinflussbar, es habe deshalb keinen Sinn, Emotionen in die politische Auseinandersetzung zu investieren, fasst ein Interviewpartner die seiner Wahrnehmung nach verbreitete Stimmung zusammen. Wenn sich dieselben Leute hingegen in der Kneipe trafen, würden sie energisch und aufgeregt ihre Meinung über die politischen Themen aussprechen („dann meckern sie überall rum und machen und tun“) – das fände er „richtig schlimm“ (#01: 131). Ein Mitarbeiter einer Tafel, der im Interview seine Hoffnung auf gesellschaftlich folgenreiche Proteste der Betroffenen äußert, urteilt ähnlich:

„Die Leute sind einfach noch zu träge. Denn, man ist ja immer am Wetter: ‚Hartz IV, das reicht ja hinten und vorne nicht.‘ Ja. Ich kann fünf Stunden darüber debattieren und mich um Kopf und Kragen reden, aber am Schluss ist es immer noch die gleiche Summe, wenn ich nichts mache. *Wenn* es mich stört, muss ich was tun. Ansonsten muss ich ruhig sein und das akzeptieren, so wie es ist.“ (#12: 23)

Die meisten der als Mitglieder einer Partei, einer Gewerkschaft oder Erwerbsloseninitiative politisch engagierten Interviewpartner, die unisono über die genannten Schwierigkeiten klagen, Betroffene mit ihren politischen Inhalten anzusprechen, engagieren sich außerdem als Sozialberater und Beistände, teils unter dem Dach ihrer politischen Organisation. In diesem Feld der unmittelbaren Hilfe bei Schriftverkehr und Behördengängen bestehen die zuvor beschriebenen Probleme einer schwer zu überbrückenden Distanz offensichtlich nicht oder nicht in dem Ausmaß. Mehrere Interviewpartner berichten davon, wie Betroffene, die sozialpolitischen Themen gegenüber kaum aufgeschlossen sind, Beratung oder Beistandschaft in ihrem eigenen konkreten Fall sehr wohl in Anspruch nehmen und

auch gezielt nachfragen. Ein Mitglied einer Sozialinitiative beispielsweise stellt in diesem Sinne fest:

„Die Leute haben sich damit [mit der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, LEV] abgefunden, und sagen: ‚Okay, es bringt doch eh nichts.‘ Aber wenn sie ein Problem haben, dann kommen sie auch zu uns. Also, sie sprechen uns auf der Straße an und sagen: ‚Kannst Du nicht bei mir mal Amtsbegleitung machen?‘ Sie trauen sich nicht allein aufs Amt, weil sie schon mal angeschnauzt werden, wegen der Unfreundlichkeit der Leute, die da arbeiten.“ (#04: 15)

Sofern es in Interviews auch um die Frage nach möglichen Gründen und Motiven dafür geht, dass Betroffene in der Regel so schwer zu mobilisieren sind, wie die Interviewpartner es in ihrem Engagement erfahren, bezieht sich das Gespräch bald auf die mehr oder weniger pauschale Vorstellung, die der jeweilige Interviewpartner von den Betroffenen als Gruppe und von deren typischen Merkmalen und Charaktereigenschaften hat. Das dabei jeweils gezeichnete Bild vom typischen Armen kann durchaus groteske Züge annehmen und die darin enthaltenen Zuschreibungen verdichten sich in einigen Fällen zu einem stigmatisierenden Klischee vom faulen Arbeitslosen. Die Unterscheidung von einem „Wir“ – den aktiven Engagierten – und einem „Die“ – den inaktiven übrigen Betroffenen – markiert dann die Grenzziehung zwischen sich selbst und der vorgestellten Gruppe, von der man sich durch sein Engagement abzugrenzen und positiv abzuheben glaubt.

Für einen Interviewpartner stellt die Frage, ob man sich engagiert oder nicht, eine bewusste und freie Wahl und den Ausdruck von Individualität dar. Er geht von seiner eigenen Person aus und stellt dabei fest, dass die Eigenmotivation wichtig sei, und diese bestünde darin, die eigenen Ziele und Ansprüche zu bestimmen. Darüber müsse jeder Mensch individuell für sich Entscheidungen treffen, müsse wählen zwischen den Möglichkeiten, die eigene Lage zu akzeptieren und Konflikte mit dem Jobcenter möglichst zu vermeiden oder aber sich eigene Ziele zu setzen und aktiv auch gegen deren Widerstand zu verfolgen (#02: 130). Um die von sozialer Ungerechtigkeit geprägte Situation zu verändern, käme es seines Erachtens deshalb vor allem darauf an, dass die Betroffenen die Verhältnisse nicht länger akzeptieren, sondern dass sie endlich Ansprüche erheben und Forderungen aufstellen. Es käme auf den „aufrechten Gang der Betroffenen“ an, der darin bestünde, die persönliche Betroffenheit („ja, das geht um mich“) zu erkennen und eine Beteiligung an der Lösung sozialer Probleme einzufordern. Dies sei für ihn vor allem eine „Frage des Bewusstseins“ (#02: 124). Ein anderer Interviewpartner meint zu den Schwierigkeiten seiner Sozialinitiative, junge

Menschen dazu zu bewegen, sich offen auszusprechen gegen Maßnahmen von schlechter Qualität, in die sie vom Jobcenter zugewiesen werden, dass ihnen oft die dazu erforderliche kritisch-selbstbewusste Haltung fehle. Er beobachte gerade bei den Jugendlichen eine Abgestumpftheit („Verrohung und Ahnungslosigkeit“), die sie, wie er vermutet, aus ihren Familien mitbrächten oder in der Schule gelernt hätten (#01: 9).

Eine Frau, die regelmäßig an einer Montagsdemonstration teilnimmt, berichtet von dem gescheiterten Versuch ihrer Gruppe, die Kunden der örtlichen Tafel anzusprechen, zu informieren und zu ihrer Demo einzuladen. Diese Tafel war kurz zuvor von ihrem ursprünglichen, nichtüberdachten und entsprechend unattraktiven Standort auf dem Marktplatz der Stadt in ein festes Gebäude umgezogen. Als sie über die möglichen Gründe für deren ablehnende und sogar feindselige Haltung spekuliert, zögert sie zwar, auf stigmatisierende Weise „wie ein Politiker“ die vermeintliche Faulheit und Bequemlichkeit von Betroffenen anzuführen. Schließlich greift sie jedoch auf ein ähnliches Deutungsmuster von Ignoranz und Passivität als der Aktivität hinderlichem Charakterzug von Hilfebezieher zurück:

„Wir sind dann einmal hingegangen und wollten sie aufklären, was für Rechte sie eigentlich haben, und so weiter und so fort. Die wurden ausfallend. Ausfallend und böse, und sagten: ‚Wo seid Ihr denn gewesen, als wir auf dem Markt waren?‘ Ich sage: ‚Ihr müsst aber auch selber etwas tun. Es kann doch nicht jemand kommen und sagen: Wir nehmen Euch jetzt hier an die Hand, und wir machen jetzt Folgendes. Ihr müsst auch selbst wissen, was Ihr wollt. Dann müsst Ihr eben mal kommen. Ihr wisst doch, dass Montagsdemo ist. Warum kommt Ihr da nicht mal hin?‘ Ja, wir sind aufs Übelste beschimpft worden.“ (#14: 93)

„Keine Ahnung warum, sind sie zu faul, eingerichtet, wie jetzt vielleicht ein Politiker sagen würde. Keine Ahnung. Die gehen ja zur Tafel, die holen sich ihr Essen dort, und dann: ‚Nach mir die Sintflut.‘“ (#14: 95)

„Wir wollten sie ansprechen, nicht um gleich eine Beratung zu machen, aber um ihnen überhaupt erstmal zu sagen, was sie überhaupt für Rechte haben, auch als Hartz-IV-Empfänger, dass sie sich gegen Bescheide vom Amt zum Beispiel *wehren können*. Das machen aber Viele gar nicht. Viele wissen das gar nicht. Oder Viele wollen es auch nicht. ‚Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen‘, ja? Das gibt es natürlich auch.“ (#14: 99)

In den Unterhaltungen der Leute auf der Straße und auch im Fernsehen gehe es oft um Alkoholprobleme von Arbeitslosen und um deren Faulheit, meint eine

Frau, die an einer Beschäftigungsmaßnahme teilnimmt, nachdem sie selbst lange Zeit erwerbslos gewesen ist. (#16: 166) Sie schließt sich dieser Sichtweise im Interview an, in deren Verlauf sie des Öfteren auf dieses Thema zurückkommt: „Andere“ würden bis mittags im Bett liegen bleiben. Es gebe auch solche, die eine Stelle der Bürgerarbeit hätten, aber krankfeiern würden oder angetrunken zur Arbeit kämen, so dass sie von dort wieder nach Hause geschickt werden müssten; ein Jobcentermitarbeiter habe ihr das erzählt. Unter den überwiegend erwerbslosen Mitarbeitern ihres eigenen Projektes komme so etwas aber nicht vor, fügt sie hinzu (#16: 69, 71). Man würde außerdem oft Klagen hören über die arbeitslosen Jugendlichen, die auf der Straße „rumgammeln, auf gut Deutsch“ (#16: 75). Auch gäbe es ihrer Ansicht nach manche ALG-II-Bezieher, die ihr Geld vor allem für Alkohol ausgäben, es „versaufen“ würden, im Fernsehen sei das oft genug zu sehen (#16: 116). Nach ihren persönlichen und unmittelbaren Erfahrungen mit solchen Verhaltensweisen befragt, beteuert sie, zumindest die Alkoholiker würde sie auf der Straße bemerken (#16: 77). Später gibt sie zu bedenken, dass es andererseits auch viele Erwerbslose gäbe, die sich von deren schlechten Beispiel abheben würden und tatsächlich arbeiten wollten, jedoch keine Arbeit fänden. Sie selbst sei ein gutes Beispiel dafür (#16: 116).

Sie trifft in ihrer Erzählung also eine Grundunterscheidung zwischen zwei vorgestellten Gruppen, den faulen Arbeitslosen und den fleißigen, die „wirklich arbeiten“ wollten. Während sie im Laufe des Interviews zahlreiche Beispiele für jene Faulheit als kollektive Eigenschaft einer anonymen Masse anführt, spricht sie über den Fleiß stets individuell auf sich selbst und auf ihre Kollegen bezogen. Insofern scheint für sie die „Faulheit“ der Regelfall zu sein, der die eigentliche, typische Identität von Erwerbslosen prägt sowie den entsprechenden Ruf der ihnen anhängt, während die zweite Gruppe sich eher untypisch verhält. Sich selbst ordnet sie dieser vorbildlichen, in der allgemeinen Wahrnehmung ihrer Ansicht nach aber vernachlässigten Gruppe zu, die unter den Folgen des Verhaltens der liederlichen Mehrheit zu leiden habe. So distanziert sie sich von Menschen, die sich in der gleichen Lage wie sie befinden, und orientiert sich an denen, unter deren Ressentiments gegenüber Erwerbslosen und Ignoranz gegenüber deren Lebensrealität sie selbst leidet.

Auf ähnliche Weise distanziert sich auch ein Frührentner pauschal von ALG-II-Beziehern, denen er vorwirft, sich für ihre gemeinsamen Interessen zu wenig einzusetzen: „Da wird sich eh nichts tun. Denn, es sind nur vereinzelte [Demonstrierende, LEV], es müsste wirklich eine große Masse sein [...]“ (#07: 76) Die Apathie, die er in diesem Zusammenhang wahrnimmt und kritisiert, erklärt er sich anhand von aus seiner Sicht typisch negativen Eigenschaften Betroffener, die sie als Leistungsbezieher entwickelt hätten. „[...] und die große Masse der

Hartz-IV-Empfänger zum Beispiel, die kriegen in meinen Augen mitunter zu viel Geld, muss ich ganz ehrlich sagen, die kriegen *das* unterstützt, und die kriegen *diese* Bezahlung und *jene* Bezahlung.“ (#07: 76) Er versteht sich in diesem Zusammenhang gegenüber ALG-II-Beziehern als benachteiligt und sucht gedanklich den Schulterchluss mit Nichtbetroffenen: „Und das finde ich natürlich auch nicht in Ordnung. Und das finden auch viele Leute, die arbeiten, die haben manchmal weniger als Hartz IV und kriegen auch keine Unterstützung dafür.“ (#07: 76) In diesem Zusammenhang stellt er sich als betont sparsam und haushälterisch verantwortungsbewusst dar und grenzt sich so zusätzlich von ALG-II-Beziehern ab, denen er diese Eigenschaften pauschal abspricht:

„Als Rentner muss ich alles alleine bezahlen. Meine ganze Wohnung, Miete und weiß der Teufel, und die Hartz-IV-Empfänger kriegen noch einen Haufen Unterstützung. [...] Und deswegen hab ich gesagt: Manche Hartz-IV-Leute, die brauchen gar nicht zu arbeiten, die haben doch mehr Geld als sie brauchen. [...] Das ist eben der Unterschied zwischen Hartz-IV-Empfängern und einem Rentner. Ich meine, wenn ich Hartz-IV-Empfänger wäre, dann würde ich vielleicht auch mehr Geld zur Verfügung haben als jetzt, aber ich wirtschaftete eben damit. Aber ein Hartz-IV-Empfänger, der braucht ja nicht unbedingt zu wirtschaften. Wenn der kein Geld hat, dann wird angeschrieben, und dann wird angeschrieben. Und wenn das nächste Geld kommt, dann werden die Schulden eben bezahlt, oder auch nicht.“ (#07: 76)

Seine Vorwürfe an ALG-II-Bezieher im Allgemeinen umfassen neben dem einer ökonomischen Verantwortungslosigkeit auch den Vorwurf eines Hanges zur Kriminalität. Um seine Ansichten zu untermauern, bezieht er sich auf eigene Erfahrungen mit Personen, die wegen bestimmter Vergehen dazu verurteilt worden sind, in der Einrichtung, in der er sich ehrenamtlich engagiert, Sozialstunden abzuleisten:

„Dann muss er sozusagen entweder in den Knast oder Arbeitsstunden ableisten. Davon haben wir auch Einige dabei gehabt. Hartz-IV-Empfänger, die leisten sich das immer, in der Straßenbahn keinen Fahrschein zu kaufen oder irgendwas, dann wird eben woanders gespart, und dann gehen sie eben ab in den Knast oder wie gesagt, müssen Stunden leisten, um das Geld wieder reinzuarbeiten, da lachen die doch nur drüber.“ (#07: 76)

Solche Aussagen geben zwar Auskunft über die jeweiligen Deutungsmuster der zitierten Interviewpartner, kaum jedoch über die Beweggründe derjenigen Betroffenen, die an ihren Aktivitäten nicht oder nicht mehr teilnehmen. Sofern darin stigmatisierende Zuschreibungen enthalten sind, können sie selbst ein gravie-

rendes Hindernis und ein trennendes Element zwischen den Engagierten und den Angehörigen ihrer Zielgruppe darstellen – einmal abgesehen von den Konsequenzen für das Selbstwertgefühl der Zitierten als am Arbeitsmarkt ausgegrenzte Einkommensarme und Fürsorgebezieher. Da in dieser Studie lediglich Interviewpartner befragt wurden, die sich für ein soziales Engagement im engeren Sinne entschieden haben, und nicht solche, die statt als Mitarbeiter als Adressaten involviert oder sogar gänzlich unbeteiligt sind, kann der Frage nach deren Beweggründen auf Grundlage der Interviews nicht näher nachgegangen werden.

Zumindest aber lassen sich im Vergleich von Aussagen der Interviewpartner über ihre Motivation mit den Vorbehalten ihrer Adressaten, sofern sie diese in ihren Erzählungen in eigenen Worten wiedergeben, Hinweise darauf finden, welche besondere Bedeutung die Aussicht auf einen unmittelbaren praktischen Erfolg gemeinsamen Handelns dafür hat, bei einer Aktivität mitzumachen oder ihr fernzubleiben. Es fällt bei der Gegenüberstellung der Aussagen zunächst auf, dass trotz der Scham, die viele Adressaten den Interviewpartnern zufolge empfinden, die Angebote der Tafel und des Sozialkaufhauses vergleichsweise stark in Anspruch genommen werden und dass auch die Beratung und Begleitung von vielen Betroffenen nachgefragt wird. Es handelt sich dabei um Formen der konkreten Hilfe und Unterstützung im Alltag, nämlich bei der Versorgung mit benötigten Lebensmitteln und Haushaltsgegenständen und zur Lösung von Problemen mit dem Jobcenter und zur Durchsetzung von Sozialleistungen. An Formen politischen Engagements, die auf längerfristige Lösungsprozesse zielen und kaum kurzfristige Vorteile im Alltag versprechen, sind hingegen, abgesehen von den seltenen Hochphasen von Sozialprotesten, nur wenige interessiert. Man könnte aus diesem Umstand hypothetisch schließen, dass von Erwerbslosigkeit und Armut betroffene Menschen sich bei der Beteiligung an sozialem Engagement und bei dessen Inanspruchnahme möglicherweise von kurzfristig zu erzielenden Vorteilen bei der Bearbeitung alltäglicher Probleme, die mit dem Leben am Rande des Existenzminimums zusammenhängen, leiten lassen und an Aktivitäten und Angeboten, die ihren Nutzen bestenfalls langfristig und ohne unmittelbar zurechenbaren Bezug zu ihrem persönlichen Alltag entfalten, weniger Interesse haben. Damit ließe sich aber nicht erklären, warum Betroffene – teils dieselben, die lange Zeit politisch inaktiv bleiben – sich gelegentlich doch mobilisieren lassen und für vergleichsweise abstrakte sozialpolitische Ziele auf die Straße gehen. Auf ihre Erfahrungen im Gespräch mit Betroffenen angesprochen, die an den Montagsdemonstrationen, die sie selbst heute noch besucht, einmal teilgenommen hatten, jetzt aber nicht mehr dazu zu bewegen sind, fasst eine Interviewpartnerin deren Begründungen wie folgt zusammen:

„Viele Leute sind quasi umgefallen, die sind nicht mehr gekommen, und wenn man sie angesprochen hat: ‚Ach lasst mich doch in Ruhe damit, wir erreichen ja sowieso nichts.‘ ‚Es kommt nichts, es passiert nichts.‘“ (#14: 91)

„Wir brauchen doch da nicht hinzugehen, die machen doch oben sowieso, was sie wollen.‘ Diese Argumentation, und die gibt es ja heut noch. Wenn man da Leute anspricht, dann heißt es: ‚Ach lasst mich doch in Ruhe, die da oben machen sowieso, was sie wollen.‘“ (#14: 93)

Im Zentrum der hier wiedergegebenen Begründungen steht die Einflusslosigkeit („wir erreichen ja sowieso nichts“, „die da oben machen, was sie wollen“) und die Folgenlosigkeit ihrer Proteste („Es kommt nichts, es passiert nichts.“), die die Menschen erfahren haben. Man nimmt an den Protesten nicht mehr teil, weil man sie als vergeblich erleben musste. Im Gegenteil dazu unterstreicht ein anderer Interviewpartner die Bedeutung, die kleine Erfolge für ihn persönlich haben, um motiviert zu bleiben und engagiert weiterzumachen, statt zu resignieren. Die Motivation aufrecht zu erhalten, ist für ihn offenbar eine Frage quasi zweckoptimistischer Selbstdisziplin:

„Man muss seine Erfolge mittlerweile, glaube ich, klein feiern. Denn es ist nach wie vor schwierig, Leute zu mobilisieren, und da ist man ja schon froh, wenn man vielleicht ein Flugblatt los wird oder zumindest, dass der sich das angehört hat, denn dann hat man zumindest immer noch die Hoffnung, dass er vielleicht darüber nachdenkt und das muss man heute schon als Erfolg sehen. [...] Ich bin ja nicht der einzige, der in XXX [Ort] aktiv ist, es gibt ja trotzdem auch noch mehrere, und ich glaube, das müssen wir alle eben so sehen, dass man sich da kleine Erfolge schaffen muss, und dass das schon wichtig ist, *so* zu denken, denn sonst, glaube ich, verliert man selbst die Motivation.“ (#03: 60)

Auch als er über seine persönliche Entscheidung spricht, keine Ämterbegleitungen im Rahmen seiner Tätigkeit als Sozialberater durchzuführen, kommt er auf das Thema der (enttäuschten) Hoffnung zu sprechen:

„Beistandschaft ist für mich definitiv ausgeschlossen, soweit würde ich nicht gehen wollen, denn ich sage: Man muss auch immer aufpassen, inwiefern man sich selber belastet [...]. Denn es ist ja auch immer ein Risiko, diese Beistandschaft, weil der Betroffene, der erhofft sich vielleicht irgendetwas, das vielleicht reell gar nicht zu leisten ist oder zu machen ist, so dass man dann noch mehr in Konflikte gerät.“ (#03: 18)

„Wie man so sagt: Die Undankbarkeit der Betroffenen. Die machen sich natürlich Hoffnungen.“ (#03: 20)

Er setzt voraus, dass die Inanspruchnahme einer Beistandschaft durch die Adressaten mit deren Hoffnung auf einen Erfolg verknüpft sein kann („der Betroffene, der erhofft sich vielleicht irgendwas“). Zumindest in einem Teil der denkbaren Fälle schätzt er die tatsächlichen Erfolgsaussichten in der Auseinandersetzung mit dem Jobcenter eher pessimistisch ein („reell gar nicht zu leisten oder zu machen“) und befürchtet in solchen Fällen einen Konflikt mit den Betroffenen („noch mehr Konflikte“, „die Undankbarkeit der Betroffenen“), von dem er ausgeht, dass er ihn belasten würde. Solche Belastungen versucht er wenn möglich zu vermeiden („Man muss auch immer aufpassen, inwiefern man sich selber belastet.“). An seine Faustregel, seine „Erfolge klein zu feiern“, kann er sich in einem solchen Fall nicht halten, da anders als beim Verteilen von Flugblättern oder auch in der Sozialberatung ein Misserfolg unmittelbar erfahrbar wäre. Entscheidend ist hier nicht, ob er misslungene Begleitungen schon selbst erlebt hat und insofern aus eigener Erfahrung spricht, sondern dass er vor dieser Form zurückschreckt, weil er gerade dort unabweisbare Misserfolge und Konflikte mit enttäuschten Adressaten befürchtet.

Vor diesem Hintergrund erscheint es zumindest plausibel, wenn die Adressaten der Interviewpartner gerade diejenigen unter deren Angeboten nachfragen und nutzen, von denen sie sich Erfolge erwarten dürfen und bei denen die positiven Folgen einer Teilnahme oder Inanspruchnahme konkret spürbar sind und in ihrem Alltag einen Unterschied machen. Dies sei unter den Vorbehalt gestellt, dass nicht die Adressaten ihre Beweggründe im Interview nennen, sondern die Interviewpartner Vermutungen darüber anstellen. Es würde so ebenfalls verständlich, dass die Adressaten solche Aktivitäten in der Regel vermeiden, in die sie einerseits Zeit und Emotionen investieren müssten, und die sie andererseits mit alten Niederlagen, wie bei der Einführung des Hartz-IV-Gesetzes aller Proteste zum Trotz, verbinden. Vor der Tafel anzustehen um einen Lebensmittelkorb zu erhalten und dafür teilweise längere Anfahrtswege und entsprechende Kosten in Kauf zu nehmen, sich beraten zu lassen und Widersprüche gegen Verwaltungsbescheide zu schreiben oder dagegen gar zu klagen, gemeinsam mit einem Beistand, dessen Anwesenheit vom Sachbearbeiter als Affront aufgefasst werden könnte, zu einem Termin zu erscheinen – all das setzt die berechnete Erwartung voraus, dass man wahrscheinlich erhält, was man sich erhofft, oder dass man eine als ungerecht bewertete Behandlung durch das Jobcenter noch abwenden kann. Solche greifbaren positiven Folgen sind beim politischen Engagement kaum zu erwarten – man muss seine Erfolge dort „klein feiern“ und an

ihre Möglichkeit glauben. Sich in einer verfestigten Armutslage zu befinden, heißt also zugespitzt, sich weitere Rückschläge auf zusätzlichen Kampffeldern emotional nicht mehr leisten zu können. Dies kann zumindest für die Interviewpartner gelten, die sich ihre auch für sie notwendigen Erfolge organisieren, indem sie zusätzlich oder anstelle eines langwierigen politischen Engagements konkrete und kurzfristig wirksame Hilfe in der Tafel, in der Sozialberatung oder als Beistand organisieren.

3.2.4 Das sozialpolitische Feld

Eine politische Relevanz messen Aktive aus ganz unterschiedlichen Projekten in ihren Erzählungen ihrem sozialen Engagement bei, aber nicht alle von ihnen setzen sich in ihrer Tätigkeit politische Ziele. Kritik zu üben, Forderungen aufzustellen und sich im geeigneten Rahmen damit öffentlich zu äußern – damit verbundene Aktivitäten stehen allein für die Interviewpartner im Vordergrund ihres Engagements, die sich schwerpunktmäßig in gewerkschaftlichen und verbandsunabhängigen Erwerbsloseninitiativen, in sozialpolitischen Projekten und Bürgerinitiativen und an Sozialprotesten beteiligen. Zwar sind auch karitative Einrichtungen wie eine Tafel, ein Sozialkaufhaus sowie Anlaufstellen keine per se unpolitischen Gebilde: Freie Träger, unter deren Dach diese in der Regel angesiedelt sind, sind durchaus als sozialpolitische Akteure zu begreifen, die ihre besonderen Interessen sowohl in Konkurrenz zueinander als auch gemeinsam in Arbeitsgemeinschaften und Verbänden gegenüber Staat und Kommunen vertreten. Aber solche interessenpolitischen Aktivitäten spielen für die allein in karitativen Einrichtungen engagierten Interviewpartner ihren Erzählungen zufolge kaum eine Rolle. Eine Tafelmitarbeiterin, die sich an einer Stelle im Interview über sozialpolitische Missstände in ihrer Stadt beklagt, meint beispielsweise, dass es ihr persönlich gar nicht zustünde, solche Kritik gegenüber den Verantwortlichen vorzubringen. Sie überlegt kurz, ob der Träger des Projektes dies an ihrer Stelle getan habe, stellt dann aber fest, dass sie es nicht wisse (#11: 64).

Um über den Kreis der Betroffenen hinaus Menschen politisch anzusprechen und in der Öffentlichkeit präsent zu sein, statt sich auf den engen Rahmen ihrer Initiativen zu beschränken und sich quasi als Außenseiter im Verborgenen zu äußern, nutzen die Interviewpartner eine Vielzahl unterschiedlicher Formen politischer Partizipation. Sie beteiligen sich an Unterschriftenkampagnen, wenden sich mit Leserbriefen an die örtliche Presse und mit Flugblättern an Passanten in der Fußgängerzone, organisieren Kundgebungen, gehen auf Demonstrationen und nehmen gezielt rechtswidrige Regelverletzungen bei unkonventionellen Protestaktionen in Kauf. Bei ihren Versuchen, Öffentlichkeit zu erzeugen, spielen

jedoch das Internet und virtuelle soziale Netzwerke offenbar nur eine untergeordnete Rolle. Einige Interviewpartner erwähnen zwar, dass sie das Internet und den E-Mail-Verkehr als Informationsquellen und zur Kommunikation mit anderen Aktivisten gebrauchen; aber um sich öffentlich Gehör zu verschaffen, nutzen sie vor allem den nichtvirtuellen öffentlichen Raum der Straßen, Plätze und Veranstaltungssäle sowie als Medien die Presse, Flugblätter und Broschüren im Eigendruck sowie den lokalen und regionalen Rundfunk.

Ein Erwerbsloser jedoch, der sich schwerpunktmäßig in der politischen Öffentlichkeitsarbeit engagiert, veröffentlicht seine Beiträge zu sozialpolitischen Themen unter anderem auf der Internetseite seines Projektes. Diesem Interviewpartner geht es darum, nicht allein Betroffene, sondern ein möglichst heterogenes Publikum in seiner Stadt über das sozialpolitische Geschehen in Deutschland zu informieren. Er wertet zu diesem Zweck mit seinen Mitstreitern bereits erschienene Zeitungsartikel und Fernsehsendungen nach aus ihrer Sicht interessanten Themen aus und stellt auf dieser Grundlage eigene Beiträge zusammen, die sein Projekt dann in regelmäßigen Abständen veröffentlicht (#02: 31). Auch wenn er die Zahl der Menschen, die er damit insgesamt erreicht, als verhältnismäßig gering einschätzt, habe er doch ein Stammpublikum, aus dem er hin und wieder motivierende Rückmeldungen auf seine Arbeit erhalte (#02: 80). Die Größe seines Publikums und das Maß an Resonanz auf seine Beiträge scheinen aus seiner Sicht eher untergeordnete und nebensächliche Aspekte seines Engagements zu sein; er zeigt sich an solchen Fragen nicht sonderlich interessiert. Im Vordergrund seiner Erzählung steht hingegen die Gelegenheit, die ihm das gemeinsame Projekt bietet, seine als marginalisiert wahrgenommenen Ansichten überhaupt veröffentlichen zu können, statt sie für sich behalten zu müssen oder sie lediglich im privaten Kreis zu äußern. In diesem Zusammenhang kommt es ihm darauf an, öffentlich zu vermitteln, dass der Problemdruck von Erwerbslosigkeit und Armut nach wie vor stark sei; mit seiner Öffentlichkeitsarbeit beabsichtigt er unter anderem dazu beizutragen, dass dies angesichts positiver Arbeitsmarktzahlen nicht in Vergessenheit gerät oder ignoriert wird. Diese Gefahr sieht er als gegeben an, auch weil Politik und Verwaltung seiner Ansicht nach über die von ihm angesprochenen Probleme nicht konsequent aufklären, sondern stattdessen – oftmals mit manipulierten Kennzahlen – Desinformation betreiben würden. So wären die offiziellen Erwerbslosenzahlen geschönt, indem die Berechnungsmethoden von Zeit zu Zeit geändert, ein Teil der von Armut und Erwerbslosigkeit betroffenen Menschen bei der Ermittlung bestimmter Kennzahlen nicht mehr mitgezählt und die Aussagefähigkeit der Ergebnisse gemindert werde. Anders als die Zahlen es nahe legten, sei die Gruppe der Betroffenen in den vergangenen Jahren jedoch unverändert groß geblieben. Nicht

so sehr dieser Umstand selbst, sondern seine Wahrnehmung, dass er verschleiert und beschönigt wird, erlebt er als demotivierend: „Ja, das macht eben mutlos.“ (#02: 120)

Ähnlich sieht es ein anderer Interviewpartner, der regelmäßige Kundgebungen seiner Initiative auf einem Platz in seiner Stadt nutzt, um die Menschen mit sozialpolitischen Themen zu erreichen und für die Probleme zu sensibilisieren, die ihn als Erwerbslosen besonders betreffen. Wichtig ist es ihm dabei, das Ausmaß von Erwerbslosigkeit und Armut als eines der zentralen unter diesen Problemen bestimmen zu können; er verfolge regelmäßig die regionalen und überregionalen Arbeitsmarktberichte. Doch er vermutet, dass die Arbeitsverwaltung die schlechte Lage am Arbeitsmarkt systematisch verschleierte, indem sie die Daten in ihrem Interesse, Erfolge zu vermelden, statt Probleme zu benennen, entsprechend aufbereite („Hinundherschaukelei“). Er als Laie sei von einem Überangebot an Tabellen regelmäßig überfordert und könne gleichzeitig der Statistik bestimmte Kennzahlen, die ihn interessieren, nicht entnehmen (#01: 89ff.). Und wenn er die guten Arbeitsmarktzahlen für die Bundesrepublik, die im Fernsehen bekannt gegeben würden, mit der schlechten Situation vergleicht, wie sie sich ihm in seiner eigenen Region darstellt, rege er sich darüber fürchterlich auf („krieg dann manchmal einen Hals einfach“) (#01: 198).

In der sozialpolitischen Öffentlichkeitsarbeit der Aktivisten geht es nicht allein darum, auf das bestehende Maß an Betroffenheit immer wieder aufmerksam zu machen, sondern auch darum, Betroffenheit unter vermeintlich Unbeteiligten erst zu erzeugen, das heißt, die Menschen für die negativen Auswirkungen der von den Aktiven kritisierten Arbeitsmarktpolitik auf Erwerbslose einerseits und auf Erwerbstätige andererseits zu sensibilisieren. Das Thema der Verdrängung regulärer Beschäftigung durch Maßnahmen der Arbeitsförderung bietet sich dabei an und hat in den Beiträgen einen entsprechend hohen Stellenwert (#02: 31). Sich öffentlich zu Wort zu melden und bestimmte Bezüge aufzuzeigen, die einem möglichst breiten, den Kreis der Betroffenen im engeren Sinne überschreitenden Publikum eine gemeinsame Betroffenheit von den Folgen der Hartz-Reformen vor Augen führen könnte, stellt also ein zentrales Anliegen dar. In diesem Sinne formuliert auch ein regelmäßiger Teilnehmer einer Montagsdemonstration gegen Hartz IV eines der Ziele, die er mit seinem Protest verfolgt:

„Wichtig ist, dass die Probleme zumindest nach außen dringen, denn es kommen natürlich auch andere Leute vorbei, die das sehen, die vielleicht nicht von Hartz IV betroffen sind, aber die sehen dann: Die und die Probleme gibt es beim Hartz IV konkret. Denn viele denken ja immer: ‚Hartz IV, was ist das überhaupt? Betrifft mich doch nicht.‘ Aber das ist eine zusammenhängende Kette zwischen Dumpinglöhnen und allem anderen.“ (#03: 46)

Während das kurzfristige Ziel solcher Aktivitäten darin besteht, in einem weiteren Rahmen wahrgenommen zu werden, nach außen zu dringen und dadurch Betroffenheit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus zu erzeugen, geht es ihm langfristig darum, die politischen Mehrheitsverhältnisse einmal zu verändern. Eine Voraussetzung dafür besteht aus seiner Sicht offenbar darin, die eigenen partikularen Interessen anschlussfähig zu machen. Er spricht sich deshalb gegen Forderungen sozialpolitischer Gruppen aus, die für Außenstehende nicht ohne weiteres nachvollziehbar seien oder sogar überzogen und deshalb abschreckend wirken könnten. Solch eine seiner Ansicht nach problematische Forderung sei die nach der Abschaffung des Hartz-IV-Systems; eine Forderung, die er zwar persönlich befürworten würde, die er jedoch für schwer vermittelbar hält:

„Ich sage immer, wenn ich mit Leuten diskutiere: Wir dürfen auch die Realität nicht ausblenden, wir können nur Forderungen verstärkt nach außen bringen, die sich in der Mehrheit bewegen. [...] Also 500 Euro Regelsatz, 30 Stundenwoche, zehn Euro Mindestlohn, das kommt vom ABSP [Aktionsbündnis Sozialproteste, LEV], das ist zum Beispiel so ein Projekt oder so eine Aktion, die auch mehrheitsfähig werden *könnte*, weil sie stärker nach außen dringt und weil dieses Problem von einer noch breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wird.“ (#03: 77)

Mit dieser dreifachen Forderung nach einem Regelsatz in Höhe von mindestens 500 Euro, einem Stundenlohn von mindestens 10 Euro und einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden – 500-10-30 – haben Erwerbslosengruppen nach den Hartz-Reformen versucht, auf einen Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung der Grundsicherung und dem entstandenen Niedriglohnssektor, zwischen erwerbslosigkeits- und erwerbsarbeitsbezogenen Themen, aufmerksam zu machen. Mehrere Interviewpartner, allesamt Mitglieder verschiedener sozialpolitischer Initiativen, gehen auf dieses Thema näher ein und schließen sich ausdrücklich der genannten Forderung an. Ein Interviewpartner formuliert dabei die Perspektive auf ein bewegungspolitisches Bündnis von Erwerbstätigen und Erwerbslosen im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse. Als wesentliche Hindernisse, die dem entgegenstehen, versteht er ein noch weit verbreitetes Unverständnis des engen Zusammenhangs von Hartz IV und Arbeitsmarktthemen, sowie gegenseitige Berührungängste von Erwerbslosen und Erwerbstätigen:

„Da können auch die Leute schimpfen, die arbeiten gehen, die tun mir leid, aber, irgendwie müssen die auch mit den Hartz-IV-Empfängern zusammen auf die Straße gehen. Und diesen Zusammenhang, den musst du auch beim Hartz-IV-Empfänger mit reinbringen, und auch bei den arbeitenden Leuten, und genau das ist das Problem. Es wird ja immer

versucht, die Leute gegeneinander auszuspielen. Und man muss, wenn wir da einen Mindestlohn wirklich durchsetzen wollen, müssen wir die Hartz-IV-Empfänger und die Arbeitenden mitkriegen, damit die den Mindestlohn zusammen durchsetzen. Dann hättest du natürlich eine Macht. Aber, die einen haben Angst, und die anderen haben Angst.“ (#08: 116)

Die Chance, Passanten durch ihre Kundgebungen tatsächlich zu erreichen, schätzen die Interviewpartner, die sich wie die im Folgenden zitierte Demonstrantin zu diesem Thema äußern, jedoch als eher gering ein:

„Ach, ich denke mal, dass wir wahrgenommen werden, aber viele Leute gehen lächelnd vorbei, manche interessiert es gar nicht, manche bleiben dann stehen, vor allen Dingen Touristen bleiben manchmal auch stehen, manchmal schütteln sie mit dem Kopf, manchmal lächeln sie, manchmal gucken sie wirklich ernsthaft. Also das ist ganz unterschiedlich.“ (#14: 151)

Eine Möglichkeit, für Protestaktionen und andere Veranstaltungen zu werben, stellt für mehrere Interviewpartner und deren Initiativen die Lokalpresse dar, in der sie ihre politischen Positionen außerdem gelegentlich in Form von Leserbriefen veröffentlichen können. Dabei kommt Anzeigenblättern, die den Haushalten gratis zugestellt werden, eine größere Bedeutung zu als den kostenpflichtigen örtlichen Tageszeitungen, die für viele aufgrund ihres geringen Einkommens unerschwinglich geworden sind (#01: 137).

„Mit der Zeitung ringsum sind wir eigentlich sehr zufrieden. Wenn wir möchten, dass die etwas abdrucken, machen die das auch. Da haben wir kein Problem. Da haben wir zum Beispiel Kollegen aus XXX [Ort], die haben sich mit der Presse total überworfen, die haben überhaupt null Toleranz bei denen. So unterschiedlich ist das.“ (#04: 148)

„Bei uns ist das XXX XXX [Anzeigenblätter], das sind die Zeitschriften, die jeder ins Haus kriegt, kostenlos. Die jeden erreichen. Denn wer kann sich von uns noch eine XXX [Tageszeitung] kaufen? Der Preis ist erstmal schon zu teuer geworden, und dann, ich kenne Familien, das sind drei Familien, die sich eine Zeitung teilen.“ (#04: 150)

Ob über ihre Proteste in der Lokalzeitung in der letzten Zeit noch berichtet würde, wisse sie nicht, bekennt eine Interviewpartnerin, die unter anderem einer Montagsdemonstrationsgruppe angehört. Sie informiere sich durch Anzeigenblätter und das Fernsehen, da sie sich die Zeitung nicht mehr leisten könne und auch keinen Internetanschluss habe.

„Manchmal haben sie schon was gebracht, aber auch nicht ständig. Da müsste ich jetzt XXX [Person] fragen, ob da irgendwas gewesen ist. Denn wir selbst haben die XXX [Zeitung] nicht, aus Kostengründen ganz einfach, das mussten wir alles abschaffen. Wir haben eben nur noch die kostenlose Mittwochs- und Sonntagszeitung, und ansonsten, ja, Fernsehen, Nachrichten und so weiter, da kriegt man ja das Neueste immer mit.“ (#14: 157)

Während diese Formen politischen Publizierens und Protestierens nach außen gerichtet sind – es geht schließlich wesentlich darum, in einem größeren Rahmen sprechen zu können und Gehör zu finden und einen erweiterten Kreis von Menschen zu erreichen –, kann bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen auch die Kommunikation nach innen einen wichtigen Stellenwert haben oder sogar zum bestimmenden Faktor werden, sodass die eigentliche politische Botschaft für die daran Teilnehmenden selbst bestimmt ist. In folgendem Beispiel einer Protestaktion besteht deren unmittelbarer Zweck offenbar darin, mit einem wichtigen Anliegen der Initiative in die Presse und ins Fernsehen zu kommen und politische Kritik und entsprechende Forderungen dem Publikum einprägsam vermitteln zu können – das heißt, nach außen zu wirken. Durch eine Art organisierten Mundraubs in der Lebensmittelabteilung eines Supermarktes vor den Augen der Angestellten und vor den Kameras eines eingeweihten Fernseheteams, soll gegen die geringe Regelsatzhöhe demonstriert werden, die es den Betroffenen schwer macht, sich stets in ausreichendem Maße Lebensmittel leisten zu können. Die beteiligten Aktivisten nehmen dabei Strafanzeigen in Kauf und unterstreichen so – entgegen dem selbst in den Augen einiger brüskierter Angestellten zeitweilig unterhaltsamen Charakter ihrer Aktion – dass es ihnen mit ihrer Kritik an der Bemessung der Regelsätze ernst ist:

„Mit einigen Aktionen sind wir in der Presse gewesen. Sehr groß sogar. Wir waren im XXX [Supermarkt] kurz vor Monatsende [...] und dann haben wir uns satt gegessen. [...] Da waren wir jetzt drei oder vier Leute und ein Kind dabei, ja? Wir sind in das XXX [Geschäft] rein [...] so, und mit Kamerateams natürlich, [...] vom XXX [Sender] waren glaub ich zwei Kamerateams dabei, eines offiziell, und ein verstecktes. [...] Dann hat sich jeder einen Apfel und eine Banane genommen, die haben wir dann gegessen, und dann kam schon die Security. Ich hab mich mit dem einen unterhalten, der sagte: ‚Ja, von einem Apfel und einer Banane wird man doch nicht satt, man muss doch Brot und Wurst essen.‘ ‚Das ist eine gute Idee,‘ habe ich zu ihm gesagt. [...] Dann sind wir praktisch quer durchs Gemüsebeet, und dort war der Bäcker. Die Brötchen dort konnte man sich selbst nehmen. Wir haben gefragt: ‚Und sind die frisch?‘ ‚Ja, die sind ganz frisch,‘ die haben schon ge-grinst, und da haben wir uns Brötchen genommen und erstmal hinein gebissen und bei der Fleischtheke haben wir solch ein Pack Würstchen aufgemacht, und dann hat jeder noch

ein Würstchen gegessen, und das war den Leuten wahrscheinlich doch zu viel. Dann kam die Polizei an, und hat die Personalien aufgenommen. Und das ging bis vors Gericht. Eine Anzeige gab das.“ (#04: 140)

Auf die politische Resonanz, die sie eventuell auf ihre gezielte Regelverletzung erhalten haben, geht der daran beteiligte Aktivist im Interview nicht weiter ein. Stattdessen berichtet er über die juristischen Folgen vor Gericht für ihn und seine Mitstreiter und von dem Bestreben seiner Initiative, deren Verurteilung in eine Gelegenheit zu weiterem Protest und Widerspruch zu verwandeln:

„Dann kam es zur Verhandlung. XXX [Person], der hatte eine Geldstrafe gekriegt. Und die haben wir centweise bezahlt. Wir haben einfach so einen Überweisungsträger genommen, und haben da eingetragen, was man einzahlt, einen Cent oder zwei Cent, was man so übrig hat, das hat man bundesweit gemacht. [Lachen] [...] ‚Ja, das könnt Ihr doch nicht machen!‘ Darauf haben wir gesagt: ‚Die Leute haben nicht mehr.‘“ (#04: 142)

Vor diesem Hintergrund kann neben der politischen Botschaft nach außen das solidarische Signal nach innen als ein wesentlicher Sinn der beschriebenen Protestaktion begriffen werden. Denn die Beteiligten bestätigen sich durch ihr gemeinsames Handeln, dass sie sich nicht widerspruchslos in ihre Lage fügen, sondern sich auf eine Weise gemeinsam gegen ihre Lebensumstände auflehnen, die die Ebene der bloßen Symbolik verlässt: Man fordert nicht nur mehr Geld für Lebensmittel, sondern nimmt sie sich eigenmächtig. Gleichzeitig überschreitet sie nicht die Schwelle zur Gewalt. Die Aktion ist darauf angelegt, Spaß zu machen und harmlos und sympathisch zu wirken. Dieser Aspekt, sich gemeinsam als unbeugsam zu erleben, findet sich auch im Umgang der Gruppe mit der zu zahlenden Geldbuße. Durch die Zahlung von Pfennigbeträgen durch die Verurteilten, die übrigen Mitglieder der Initiative und sympathisierende Erwerbslosenaktivisten andernorts wird der Kreis der an der Aktion Beteiligten nachträglich noch erweitert, wodurch sich das motivierende Wir-Gefühl, der emotionale Aspekt der Solidarität, der sich in der Schilderung des Interviewpartners ausdrückt, intensivieren dürfte.

Zu den sozialpolitischen Aktivitäten einiger Interviewpartner gehört es auch, den Kontakt zu örtlichen Vertretern von Parteien und zu Mitgliedern der Kommunalparlamente zu pflegen und von Zeit zu Zeit mit ihnen ins Gespräch zu kommen oder sogar punktuell im Rahmen einer Protestkampagne oder einzelner Veranstaltungen zusammenzuarbeiten. Positiv wird dabei von einigen deren Verhältnis zu einzelnen prominenten Politikern bewertet, die sich mit ihren Protestaktionen solidarisch erklärt und sie finanziell unterstützt hätten. Zwei Akti-

visten erwähnen zudem, dass sie selbst kommunalpolitisch in Parteien engagiert seien. Doch insgesamt betrachtet überwiegen in den Interviews die Hinweise auf ein eher distanzierendes Verhältnis zu Politikern generell und eine entsprechende Skepsis gegenüber den Parteien. Die Ursachen der Entwicklung im sozialen Bereich – für ihn derzeit das Hauptproblem der Gesellschaft (#02: 207) – sieht beispielsweise ein Interviewpartner in einer unter sozialen und ökologischen Aspekten verheerenden Profitorientierung der Politiker und der „wahren Mächtigen“, worunter er Finanzindustrie und Großunternehmen versteht. Gesellschaftspolitische Alternativen zum Prinzip des Gewinnstrebens würden in diesen Kreisen nicht akzeptiert und bestenfalls zur Kenntnis genommen (#02: 199). „Die da oben“, meint er in einem anderen Zusammenhang, würden Kritik einfach aussitzen und statt darauf einzugehen, ihre eigenen Konzepte durchsetzen (#02: 120).

Solches grundsätzliche Misstrauen gegenüber politischen Eliten, Zweifel an ihrer Integrität und Unbestechlichkeit und Vorwürfe einer Entfremdung von den vermeintlich normalen Bürgern äußern mehrere Interviewpartner: Es gebe Politiker, kritisiert in diesem Sinne eine Interviewpartnerin, die nach ihrer Entlassung nach einer relativ kurzen Amtszeit eine hohe lebenslange Rente bekämen.⁵ Auf der anderen Seite gäbe es die „ganz einfache Bevölkerung“, die nach einer selbstverschuldeten Entlassung eine „Sperrung vom Arbeitsamt“ bekommen würde und „ganz einfache Rentner“ (#11: 62). Und ein anderer bemerkt im Kontext der Arbeitsmarktreformen: „Die größten Verbrechen haben sie gemacht. Für mich sind Politiker, die jetzt an der Macht sind, einfach korrupt. Von der Wirtschaft korrumpiert. Die haben keine eigene Meinung, das ist alles nur gesteuert von – weiß man nicht.“ (#04: 10)

Während die erwähnten zwei Parteimitglieder unter den Interviewpartnern durch ihre aktive Mitgliedschaft kontinuierlich im Austausch nicht nur mit ihren Parteikollegen, sondern darüber hinaus auch mit Angehörigen anderer Parteien in ihren Städten stehen, ergeben sich solche Kontakte für andere offenbar eher sporadisch. Ein Aktivist aus einer unabhängigen Erwerbsloseninitiative meint, dass Betroffene überhaupt auf bestimmten parteipolitischen Veranstaltungen systematisch ausgegrenzt würden. Im Gegenzug geht er seinerseits auf Distanz und nimmt sich die Freiheit, bei Veranstaltungen, die er besuchen kann, gegebenenfalls auf die Bewirtung zu verzichten:

5 Es handelt sich um eine Anspielung auf den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, der nach seinem Rücktritt nach anderthalbjähriger Amtszeit Ruhebezüge in jährlich sechsstelliger Höhe bezieht. Die Wulff-Affäre war in der Woche, als dieses Interview geführt wurde, ein bestimmendes Thema in den Medien.

„Wenn es Neujahrsempfänge von den einzelnen Parteien gab, haben wir die besucht. Und wir haben dann Fragen gestellt. Wir haben uns zwar immer vom Büffet ferngehalten, weil wir das nicht einsehen, dass die da Gelder verprassen, ohne Ende. Die CDU nimmt ja zum Beispiel immer Eintritt [Lachen], um eben die prekären Leute auszuschließen, oder auszugrenzen. Wenn die irgendeine Veranstaltung machen, die CDU zum Beispiel, oder die SPD, die nehmen wirklich Eintritt. Ja um eben von vornherein das Klientel auszuschließen. Weil sich das eh keiner leisten kann. Und wenn's auch nur fünf Euro sind. Die sagen zwar: ‚Das ist für Essen und Getränke,‘ aber das hat bloß Alibifunktion.“ (#04: 6)

Auch ein in der Sozialberatung aktiver Interviewpartner versucht gelegentlich, Parteivertreter vor Ort durch gezielte Fragen zur Rechenschaft über ihre sozialpolitische Arbeit zu ziehen. In dem Beispiel, auf das er im Interview näher eingeht, geht es um die Frage, inwiefern die in seinem Ort kommunalpolitisch aktiven Parteien im Interesse der Leistungsbezieher auf das Jobcenter und dessen Praxis Einfluss zu nehmen versuchen: „Ich bin selbst mit Problemen meiner Leute, die ich berate, dorthin gegangen, zu den Parteien, und wollte sie entsprechend ihrem Parteiauftrag zur Verantwortung ziehen. Sie sollten ihrer parteiischen Verantwortung gerecht werden.“ (#08: 6) Mit seinem Anliegen wird er dort jedoch abgewimmelt und an das Jobcenter selbst verwiesen: „Da haben sie mich dann nachher, die Parteien, zu der Beschwerdestelle geschickt.“ (#08: 6) Er wollte aber in dieser Angelegenheit nicht aufgeben und habe sich vorgenommen, eine für den folgenden Tag angekündigte öffentliche sozialpolitische Diskussion der im Kommunalparlament vertretenen Parteien zu besuchen, um dort wiederum seine Fragen vorzubringen (#08: 6). Ein anderer fasst die Erfahrungen seiner Initiative mit Kommunalpolitikern folgendermaßen nüchtern zusammen: Seine Kollegen und er würden von ihnen zwar nicht als ebenbürtig betrachtet („belächelt“), doch zumindest würden sie eine gewisse Anerkennung dafür erfahren, dass sie sich konstruktiv an den öffentlichen Angelegenheiten beteiligen und zu deren Verbesserung beitragen wollen, und dafür, dass sie auf die Problemlagen, wie sie auch von etablierten Akteuren wahrgenommen wird, durch ihre Proteste zumindest aufmerksam machen. Dieselben Politiker gäben ihnen gegenüber durchaus zu, wie gering deren eigener Spielraum sei, in diesem Feld etwas zum Positiven zu verändern (#01: 117, 119).

Die Leitung des Jobcenters mit Kritik und Änderungsvorschlägen zu erreichen, die dessen Verwaltungspraxis betreffen, gehört zu den kommunalpolitischen Zielen, die sich die Mitglieder mehrerer der hier berücksichtigten Erwerbsloseninitiativen gesetzt haben. Unmittelbar als betroffene und engagierte Bürger oder vermittelt über politische Mandatsträger Einfluss zu nehmen auf das Jobcenter vor Ort, scheint ihren Erzählungen zufolge äußerst mühsam oder gar

aussichtslos zu sein. Die Gelegenheit, von Zeit zu Zeit Gespräche mit leitenden Mitarbeitern zu führen, haben sich jedoch zwei interviewte Aktivist:innen einer sozialpolitischen Initiative erarbeitet. Ihre Auseinandersetzung mit dem Jobcenter führen sie gewissermaßen zweigleisig, indem sie zum einen regelverletzende und provokante Protestaktionen zu verschiedenen als problematisch wahrgenommenen Aspekten der örtlichen Verwaltungspraxis durchführen, und zum anderen gezielt die sachliche Diskussion mit Behördenvertreter:innen suchen.

Um gegen die Erreichbarkeitsanordnung der Bundesagentur für Arbeit zu demonstrieren, hätten sie mit ihrer Initiative einmal eine Woche lang Zelte vor dem Jobcenter-Gebäude aufgestellt und dort campiert, erinnert sich einer dieser Aktivist:innen. So haben sie die darin enthaltene Verpflichtung, als Leistungsbezieher:innen täglich auf dem Postwege erreichbar zu sein und auf Aufforderung hin kurzfristig im Jobcenter zu erscheinen, symbolisch kurzerhand überboten, indem sie sich nun 24 Stunden am Tag für die Arbeitsvermittler:innen verfügbar gehalten haben. Im Gegenzug haben sie vom Jobcenter gefordert, ihnen im ausreichenden Maße Stellen anzubieten und die Bringschuld, der sie sich ausgesetzt sahen, kurzerhand umgedreht (#01: 43). Sein Kollege geht im Interview ebenfalls auf diese Aktion ein, die er, trotz des Desinteresses in dieser Behörde, gegen die sich ihr Protest immerhin gerichtet hatte, im Nachhinein positiv bewertet:

„Wir haben [mit der Zeltaktion, LEV] eine gute Resonanz gehabt. Und vor allen Dingen hat sich keiner getraut, uns wegzuschicken. Die Polizei wollte den schwarzen Peter nicht haben. Und das Ordnungsamt auch nicht. [...] Keiner wollte den schwarzen Peter haben, dass die uns da runter tragen.“ (#04: 125)

„Vom Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] hat sich niemand bei uns blicken lassen, die haben nur mal aus dem Fenster geguckt am Anfang, und wir haben dann mit dem Megaphon ein bisschen was erzählt.“ (#04: 135)

„Am Ende haben wir einfach von uns aus die Zelte eingepackt, und dann sind wir wieder weggegangen. Das war's.“ (#04: 137)

Besonders wichtig scheint es ihm zu sein, dass sich die Institutionen, die ihre Protestaktion vorzeitig hätten beenden können („wegzuschicken“, „runter tragen“), dies seiner Ansicht nach nicht gewagt hätten. Dass er dabei davon ausgehen könnte, Polizei und Ordnungsamt hätten einen möglichen Widerstand der Protestteilnehmer gefürchtet, erscheint schon angesichts von deren konsequent friedlicher Absicht, die er in diesem Zusammenhang hervorhebt, nicht plausibel. Schlüssiger wäre es hingegen, dass er meint, die lokalen Ordnungsbehörden hät-

ten im Falle einer Räumung des Zeltlagers mit einer Empörung von dritter Seite gerechnet und deshalb die Aktion geduldet. So gesehen besteht die nach innen an die beteiligten Aktivisten und nach außen an die Öffentlichkeit gerichtete Botschaft der Aktion nicht nur in der geäußerten Kritik an einer als ungerecht wahrgenommenen Verordnung, sondern auch in der Demonstration einer belastbaren allgemeinen Sympathie mit den Protestierern. In diesem Sinne sind auch die weiteren von ihm geschilderten Aktionen darauf ausgelegt, den in der Regel verborgenen Konflikt mit dem Jobcenter in der lokalen Öffentlichkeit durch politisch-satirische Streiche symbolisch präsent zu machen und die faktisch schwächere eigene Seite als die moralisch stärkere und sympathischere erscheinen zu lassen, indem man das Jobcenter schelmenhaft und gewitzt öffentlich vorführt:

„XXX [Person] hat sich so ein Gebläse besorgt, beim Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] die Tür aufgemacht und frischen Wind rein geblasen. Das haben wir auch schon gemacht.“ (#04: 156)

„Und einmal haben wir beim Arbeitsamt die Fenster geputzt, damit sie einen besseren Durchblick kriegen. [...] Da haben wir die Fensterbänke von Taubendreck befreit, und das kam auch gut in der Presse rüber, so ist das nicht.“ (#04: 154)

Doch immer neue sozial- und arbeitsmarktpolitische Probleme stellten sich mit der Zeit, so dass es schwieriger werde, angemessen darauf zu reagieren, meint sein Kollege – es „passiert einfach zu viel“ (#01: 129). Ihre Initiative habe, seit sie bestehe, sehr viele Aktionen durchgeführt. Dies ließe sich aber nicht unbegrenzt fortzusetzen, da Konzepte für immer weitere Aktionen fehlen („die Ideen gehen uns aus“) (#01: 79).

Das Jobcenter zu einer Antwort auf die symbolhaft vorgebrachte Kritik der Sozialinitiative zu bewegen, ist nicht die Messlatte, an der der Interviewpartner deren Erfolg oder Misserfolg misst. Er zeigt sich vielmehr im Großen und Ganzen zufrieden damit, dass das Jobcenter ihre Aktionen erduldet: „Das Arbeitsamt [d. h. Jobcenter, LEV] hat auch darauf verhalten reagiert. [...] Eigentlich sehr ruhig, weil sie uns langsam kennen und wissen, dass wir zwar Sachen machen, die auffallen, aber dass wir keine Randalen machen.“ (#04: 156) Die Aktionen ihrer Gruppe würden geduldet, weil und solange sie die Arbeit von Jobcenter und Arbeitsagentur nicht beeinträchtigen; die Haltung der Entscheidungsträger fasst er zugespitzt folgendermaßen zusammen: „Solange sie unseren täglichen Betrieb nicht stören, lass sie machen“ (#01: 123). So ist der inszenierte Konflikt vorrangig als Mittel zu begreifen, um die Öffentlichkeit zu erreichen und sich selbst in einer zähen politischen Auseinandersetzung von Zeit zu Zeit zu motivieren. Indi-

rekt jedoch haben die Proteste, durch die die Gruppe sich vor Ort einen Namen gemacht hat, nach Einschätzung des anderen daran beteiligten Interviewpartners, durchaus Einfluss auf ihr Verhältnis zum lokalen Jobcenter – und zwar im Positiven. Denn parallel zu ihren Protestaktionen hätten er und seine Mitstreiter immer auch das konstruktive Gespräch mit dem Jobcenter gesucht und dazu konkrete Termine vorgeschlagen. Die Gegenseite habe sich schließlich darauf eingelassen, so dass sich Mitarbeiter der Arbeitsagentur mit ihnen getroffen hätten. Zu solchen Treffen hätten sich die Mitglieder seiner Gruppe inhaltlich vorbereitet, indem sie eine Liste besonderer Probleme in ihrer Region zusammengestellt hätten, auf die sie die Mitarbeiter dann bei ihren Gesprächen angesprochen hätten (#01: 37). Auch an Treffen des örtlichen Beirats hätten Mitglieder seiner Gruppe teilgenommen, um dort Kritik (Fälle von „Schikanieung durch Mitarbeiter“) aber auch Lob (Verkürzung der Bearbeitungszeiten, Reduzierung des Umfangs von Antragsformularen, neue Möglichkeit der Kommunikation per E-Mail) zu äußern. Lob sei ihm besonders wichtig, bemerkt er in diesem Zusammenhang; er ziehe es nämlich eigentlich vor, zusammen statt gegeneinander zu arbeiten (#01: 55ff.). Die regelverletzenden Protestaktionen der Gruppe erscheinen vor diesem Hintergrund als Versuch, trotz der schwachen Position, die sie als Initiative von Betroffenen einnimmt, in der lokalen Öffentlichkeit als kollektiver Akteur Fuß zu fassen und so als Gesprächspartner in geregelter Rahmen akzeptiert zu werden. Sie müssen deshalb einerseits geeignet sein, Aufsehen zu erregen, und dürfen andererseits die angestrebte Akzeptanz der Gruppe nicht untergraben.

Ein Erfolg ihrer sozialpolitischen Aktivitäten scheint für die Interviewpartner, sofern sie überhaupt darüber sprechen, darin zu bestehen, bislang nicht aufgegeben zu haben. So gering die Resonanz in Gesellschaft, Politik und Verwaltung oft auch ausfällt – die Proteste zu beenden und Politik und Verwaltung nicht länger mit ihren Aktionen zu behelligen, das ist offenbar für niemanden eine Option. Um ihr politisches Engagement aufrechtzuerhalten, verfällt eine Interviewpartnerin in regelrechten Zweckoptimismus:

„Wie lange wir das noch machen? [Lachen] Also, ich glaube, solange bis sich irgendwas vielleicht doch mal ändert. Aber, ich denke mal, man hat schon Kleinigkeiten erreicht. Man muss auch an den Kleinigkeiten sich freuen können. Ja, mein Sohn sagte auch neulich: ‚Was hat’s denn gebracht? Nichts!‘ Ich sage: Doch, das sind manchmal die ganz kleinen Kleinigkeiten. Und wenn es nur fünf Euro [Regelsatz-, LEV] Erhöhung gibt. Ich sage: Darüber kann man sich schon freuen. Es ist so.“ (#14: 159)

„Das letzte Mal waren es neun Euro, das ist nicht viel, aber es ist ein bisschen was. Ja, das ist ein bisschen eine Erleichterung. Die Preise gehen ja dann auch schon wieder hoch. [...]

Das sind manchmal so ganz kleine Sachen, über die man sich dann auch freuen kann, wo man sagt: Mensch, das, --- wir haben doch was erreicht, und wenn's nur ganz, ganz kleine Sachen sind.“ (#14: 161)

Ursache und Wirkung drehen sich in ihrer Argumentation um. Um sich zum Weitermachen zu motivieren, bezieht sie sich positiv auf die nominale Erhöhung des Regelsatzes um wenige Euro, die von der Regierung angesichts der Inflation der Verbraucherpreise in Abständen vorgenommen wird. So verbucht sie als Erfolg aktiver Erwerbsloser, woran deren Initiativen und Netzwerke gerade keinen aktiven Anteil hatten.

3.2.5 Engagementförderung

Wer hilft den Helfern? Welche besonderen Umstände kommen ihnen in ihrem sozialen Engagement zugute? Auf welche Art von Unterstützung können sie sich dabei persönlich verlassen und auf welche Hilfe sind sie besonders angewiesen? Die Ausgangsfrage nach den förderlichen Bedingungen sozialen Engagements wird auch in den Interviews diskutiert, und die zu ihrem Engagement befragten Männer und Frauen geben teils ausführliche Einschätzungen zu den Ressourcen und weiteren Faktoren ab, die es ihnen ermöglichen, ihrer jeweiligen freiwilligen Tätigkeit nachgehen zu können.

Mehrere Interviewte nennen übereinstimmend ihre persönliche Motivation und den Rückhalt, den sie bei Verwandten, Freunden und Bekannten erfahren, als entscheidende Voraussetzungen ihres Engagements. Geld und auch Zeit sind aus deren Sicht zwar knapp vorhanden, aber zumindest die gewohnte Fortsetzung ihres sozialen Engagements hängt nicht davon ab, und sie rechnen auch nicht mit Engpässen, die in diesem Zusammenhang einmal zum Problem werden könnten. Um sich auf seine Art zu engagieren und die Aufgaben, die er sich stelle, zu erfüllen, meint beispielsweise ein sozialpolitisch engagierter Interviewpartner, brauche er vor allem seine Selbstmotivation und die Hilfe von Bekannten, die im Gegenzug gelegentlich auch auf ihn zugingen, um ihn um Hilfe zu bitten (#02: 253). Seine Lebensgefährtin kenne aufgrund ihrer Berufstätigkeit eine Reihe von Personen, die in einem bestimmten Themenfeld arbeiten, für das auch er sich stark interessiere. Sie könne ihm interessante Kontakte vermitteln, die ihm bei seiner ehrenamtlichen Tätigkeit zugutekommen (#02: 71).

Die meisten der Interviewpartner erhalten für ihre Tätigkeiten keinerlei Vergütung und sind nach eigener Aussage auch nicht darauf angewiesen, um ihr Engagement, so wie sie es bisher ausüben, fortzuführen. Als teils unerlässliches, teils zumindest sinnvolles Angebot, durch das freie Träger, Verbände und Ge-

werkschaften sie im Ehrenamt unterstützen, bewerten mehrere von ihnen Lehrgänge und Schulungen, unter anderem zu Themen der ersten Hilfe und des Unfallschutzes, zur fachmännischen Betreuung und Pflege und zu sozialrechtlichen Problemen. Ein ehrenamtlicher Sozialberater:

„Bei XXX [Wohlfahrtsverband], da kriegt man nichts in dem Sinne einer Aufwandsentschädigung. Das einzige ist die Förderung über die Schulung, dass du immer, soweit das geht, zumindest zu den wichtigsten Entscheidungen und Rechtsänderungen geschult wirst, dass du da fit bleibst, ist ja klar, denn wenn wir die Betroffenen beraten, muss es natürlich immer aktuell sein.“ (#03: 101)

Ein ehrenamtlicher Mitarbeiter aus einer Behinderteneinrichtung, der dort zuvor als Ein-Euro-Jobber gearbeitet hatte, berichtet:

„Als wir ehrenamtlich weitergemacht haben, haben wir Lehrgänge gehabt, wie wir mit Behinderten umzugehen haben. Und das funktioniert auch. Wir haben extra ein Zertifikat gekriegt von XXX [Freier Träger]. Die haben extra jemanden geschickt, und da haben wir das hier durchgeführt, ohne die Behinderten, und da saßen wir alle zusammen, mit Ehrenamtlichen und Festeingestellten und Fahrer.“ (#06: 44)

Einige heben in diesem Zusammenhang hervor, es würde ihnen persönlich gar nichts ausmachen, dass sie keine Vergütung oder Aufwandsentschädigung erhalten; sie hätten sich ihre Aufgabe schließlich freiwillig und allein um der Sache willen gewählt und nicht wegen eines möglichen Hinzuverdienstes. Ein Rentner, der sich ehrenamtlich in der Betreuung von Behinderten engagiert, rechtfertigt sogar die Entscheidung des Trägers seiner Einrichtung, keinerlei Aufwandsentschädigung oder Fahrtkostenerstattung zu gewähren, und bezieht sich dabei auf dessen angespannte finanzielle Situation:

„Von hier kriege ich gar nichts, kein Geld und kein gar nichts, sondern das mache ich ehrenamtlich, und das wurde mir gleich vorausgesagt, ich kriege auch den Sprit nicht bezahlt. Ich sage: Das ist mir egal, ob ich das kriege oder nicht kriege, das ist mir von vorneherein klar, ich meine, XXX [Freier Träger] hat auch nicht so viel Geld, die versuchen auch zu sparen an allen Enden. Und für mich ist es wichtig, dass Spaß auf allen beiden Seiten ist, mehr will ich nicht. Und das liegt nun mal in mir drin.“ (#07: 34)

Andere wiederum klagen darüber, dass sie für ihre Tätigkeit keinen finanziellen Ausgleich erhalten. Ein Interviewpartner, der als Freiwilliger in einem Sozialkaufhaus arbeitet, bedauert, dass dessen Träger ihm die Vergütung, die ihm ein-

mal in Aussicht gestellt worden ist, nun doch nicht zahlt. Die Begründung, dass dies bei einer Gleichbehandlung aller freiwilligen Mitarbeiter die finanziellen Möglichkeiten des Trägervereines überschreiten würde, akzeptiert er notgedrungen, wenn auch skeptisch:

„Es war eigentlich geplant gewesen, dass ich von XXX [Freier Träger] die 100 Euro bekomme, die ich dazuverdienen darf. Bis jetzt noch nicht.“ (#06: 90)

„Angeblich hätten sie keine Gelder dafür, sonst müssten sie ja allen [Geld geben, LEV], die hier ehrenamtlich [...] arbeiten, die auch Ansprüche stellen. Dann geht's eben auch so, weiter.“ (#06: 90, 92)

Mehrere Interviewpartner sehen in einer gestifteten Zeitfahrkarte für den ÖPNV oder in einem Fahrtkostenzuschuss eine wünschenswerte Form von Anerkennung für ihr Engagement und zugleich einen willkommenen Ausgleich für die ihnen dabei entstehenden Kosten. Pläne zur Einführung eines so genannten Sozialtickets, das es Leistungsbezieher*innen der Grundsicherung erlauben würde, zu einem ermäßigten Preis Busse und Straßenbahnen zu nutzen, finden ebenfalls Unterstützung; solche Angebote wurden jedoch in den Kommunen, in denen die Interviews geführt wurden, bislang nicht realisiert:

„Also, mir geht's jetzt nicht um einen riesengroßen Aufwand, sondern wenn ich jetzt schon wüsste, ich habe jeden Monat meine Monatskarte, die ich nicht selber bezahlen muss, dann wären das schon wieder 50 Euro, die ich woanders zur Seite legen könnte, oder mir was anderes kaufen, was vielleicht wichtiger wäre. Das würde ich auch begrüßen. Jetzt hat sich hier eine Initiative gegründet, die wollen dafür sorgen, dass man das jetzt fördert. Angedacht ist, dass die Monatskarte nicht komplett gezahlt wird. Die Hälfte müsste der Bedürftige noch selbst zahlen. Selbst das wäre schon eine Erleichterung.“ (#12: 44)

Eine solche Vergünstigung sehen auch solche Interviewpartner, die sie ausdrücklich befürworten und spontan darauf zu sprechen kommen, nicht unbedingt als erforderlich an, um ihr Engagement fortsetzen zu können („Dann geht's eben auch so, weiter.“); der Nutzen für sie bestünde angesichts ihres geringen Einkommens eher in einer finanziellen Entlastung im Alltag. Ein ehrenamtlich engagierter Sozialberater hingegen, der von seiner Gewerkschaft, unter deren Dach er seine Beratungsgespräche führt, die Fahrtkosten in einem begrenzten Umfang erstattet bekommt, sähe sich ohne diese Hilfe in seinen Möglichkeiten als durchaus eingeschränkt. Die außerhalb seiner Stadt angebotenen Seminare, zu denen er gelegentlich fährt, um sich sozialrechtlich zu schulen und sein Wissen auf

dem aktuellen Stand zu halten, könnte er angesichts seines geringen ALG-II-Einkommens ohne den Fahrtkostenzuschuss nicht besuchen, da er sich die Anreise auf sich allein gestellt nicht leisten könne (#09: 48).

Ein anderer bringt die Frage nach der von ihm ersehnten Vergütung seines sozialen Engagements mit der Frage nach dessen Bestätigung und Anerkennung in Verbindung:

„Wo ich herkomme, aus dem Wohnviertel, da gibt es zwei, drei, die sehe ich immer mal hier, die kommen regelmäßig her, und die sagen immer: ‚Schöne Sachen, die wir kriegen hier, alles ordentlich und so,‘ die freuen sich. Das ist eine schöne Bestätigung, meine Chefin sagt, dann können die Leute auch mal Kuchen für uns backen, das machen die auch mal, ja, die kommen hier her mit dem Kuchen für die Kollegen, das ist schön, ein Päckchen Kaffee, ja, da freut man sich --- irgendwo gibt’s auch noch Leute, die das anerkennen, sag ich mal so. Aber, schön wär’s, wenn alle [Mitarbeiter, LEV] einen 165-Euro-Job⁶ kriegen würden. Jemand von uns hier hat Bürgerarbeit gekriegt, die hat Glück gehabt, die hat für drei Jahre die Bürgerarbeit hier gekriegt, aber die meisten kriegen hier nicht einen Cent. Das wäre schön, wenn die jedem 165 Euro geben würden im Monat, das wäre klasse.“ (#10: 24)

„Ich selbst habe ja meinen Nebenjob, aber ich sage nur, es gibt ja viele, die meisten hier von uns hier kriegen nicht einen Cent. [...] Wir kriegen hier gar nichts, aber schön wär’s, [...] damit alle gleich sind hier.“ (#10: 26)

Wichtig ist ihm neben der Bestätigung und Anerkennung, die er für sein Engagement erfahren möchte, dass in seinem Projekt unter den Kollegen eine gewisse Gleichheit herrscht, die er an deren Einkommen festmacht und die er als bislang nicht gegeben ansieht. Wer auf einer geförderten Stelle mitarbeitet oder über andere Zuverdienstmöglichkeiten verfügt, gilt ihm offenbar als gegenüber den anderen Mitarbeitern privilegiert. Eine Vergütung für alle Mitarbeiter könnte da aus seiner Sicht einen Ausgleich schaffen. Sofern sich eine förmliche Anerkennung ihres Engagements in der Form einer bloßen Ehrung und Auszeichnung er-

6 Es bleibt unklar, worauf sich dieser Ausdruck bezieht, vermutlich jedoch auf die 165 Euro, die ALG-I-Bezieher ohne Abzüge an ihrem Arbeitslosengeld verdienen dürfen. Ihn und andere Bezieher von ALG II unter seinen Kollegen betrifft diese Regelung jedoch nicht. Deshalb könnte er auch die steuerfreie Übungsleiterpauschale von zur Zeit des Interviews 175 Euro meinen, die nicht als Einkommen auf die ALG-II-Leistung angerechnet werden und somit von ehrenamtlich engagierten Leistungsberechtigten hinzuverdient werden können.

schöpft, und nicht mit einer Vergütung verbunden ist, wird solche Anerkennung von zwei Interviewpartnern sogar ausdrücklich abgelehnt:

„Wenn ich im Jahr einmal 120 oder 240 Euro kriegen würde, so viel muss es ja auch gar nicht sein, dann wäre das eine Anerkennung. Aber wie gesagt: Geld. Ich brauch nicht jemanden, der jeden fünften Tag zu mir kommt und sagt: ‚XXX [Interviewpartnerin], hast Du fein gemacht.‘ Das wäre Quatsch. denn jeder arbeitet auf seiner Ebene ordentlich, das ist selbstverständlich. Oder wenn einmal im Jahr, am Tag des Ehrenamts, jemand kommt und so macht [lobende Geste], ja mein Gott, nee, dafür bin ich schon zu lange dabei. Wenn vielleicht einer erst zwei Jahre dabei ist, sagt der sich dann: ‚Och, schön.‘ Aber ich mach’s jetzt seit zwölf, dreizehn Jahren.“ (#11: 72)

„Was ich grundsätzlich **nicht** möchte, so gern ich das auch mache, und so freiwillig ich das auch mache, mir stellen sich die Nackenhaare hoch, wenn ich für irgendetwas ausgezeichnet werde, was ich freiwillig tue, wo ich natürlich froh wäre, wenn mir schon meine Fahrkarte bezahlt würde, von wem auch immer, aber ich möchte **nicht** ausgezeichnet werden, das würde mir total widerstreben. [...] Ich bleibe lieber im Hintergrund und agiere da und leiste meinen Beitrag, und dann ist das auch in Ordnung. Und ich kann für mich sagen, persönlich, wenn ich zu Hause bin: Ja, ist in Ordnung. Und das ist alles, was ich brauche. Unabhängig davon, wenn es sich in der Klingeltüte noch bemerkbar machen würde, wäre das was anderes, um mir das eine oder andere leichter zu machen. Aber ansonsten, nicht.“ (#12: 42)

Wie lässt sich die schroffe Ablehnung, die dieser Interviewpartner äußert, deuten? Der Gedanke an eine rein symbolische Auszeichnung verträgt sich für ihn offenbar nicht damit, dass er sich freiwillig und unabhängig von einer Bestätigung durch andere engagiert; eventuell weil eine als motivierend gemeinte Ehrung seine persönliche Motivation als entscheidenden Beweggrund relativieren könnte, eventuell auch einfach aus einer Scham heraus, in den Vordergrund gestellt zu werden. Eine materielle Aufwandsentschädigung hingegen berührt diesen für ihn sensiblen Bereich von Freiwilligkeit und Anerkennung nicht. Sie würde für ihn angesichts seines geringen Einkommens einfach eine willkommene Erleichterung in seinem Alltag darstellen.

Die angespannte Haushaltslage in der eigenen Kommune stellt ein Thema dar, auf das mehrere Interviewpartner näher eingehen, teils weil Stadt oder Kreis bestimmte soziale Angebote, die sie für sinnvoll erachten, nun nicht mehr anbieten, teils weil ihre und vergleichbare Projekte kaum noch eine finanzielle Förderung für ihre Arbeit erhielten. Seine Stadt und sein Landkreis reagierten auf finanzielle Probleme durch die Umstrukturierung ihrer kommunalen Selbstverwal-

tung und durch Entlassungen, durch Privatisierung bislang öffentlicher Einrichtungen und indem sie die kommunalen Fördermittel für Vereine massiv kürzten und strichen, meint ein Interviewpartner über die jüngere Entwicklung vor Ort (#01: 129, 133, 156). Wie andere Kommunen auch, zögen sie sich so aus verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge tendenziell zurück (#01: 160). In ihrer Stadt seien die Mittel für Freizeit- und Kultureinrichtungen massiv gekürzt und gestrichen worden, beklagt eine andere Interviewpartnerin, das sei ihr unverständlich. Dabei sei die Hilfe für Bedürftige, die ihr Projekt ganz ohne Unterstützung der Stadt leiste, eigentlich grundsätzlich deren Aufgabe (#11: 62). „Das ist immer eine Geldfrage. Und Geld haben wir nicht. Wissen wir, Geld haben wir in Deutschland nicht. Nicht nur in Deutschland.“ (#11: 72) Eine andere Frau befürchtet negative soziale Konsequenzen eines solchen Rückzugs der öffentlichen Hand aus der Förderung sozialer Projekte:

„Ich sag mal, hier in XXX [Ort] heißt es, die Fördermittel wurden gestrichen. Es ist aber wieder schade, vor etlichen Jahren da haben sie dann XXX [Jugendfreizeiteinrichtung] geschlossen, da bin *ich* schon hingegangen. Ja, das ist so eine alte Jugendeinrichtung, warum man die nicht erhält? Ich finde es schade, wenn so etwas geschlossen werden muss, wird und soll, dann ist die Jugend wieder auf der Straße, es kostet ja überall etwas, ja? Und dann fängt das wieder an: die Randalen, die Kriminalität, die *Rechten* sag ich mal, ja? Das hängt ja alles zusammen. So seh ich das.“ (#13: 38)

Auch ein Mann, der sich einer Bürgerinitiative für ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr in seinem Ort angeschlossen hat, stellt nüchtern fest, die Stadt, in der er lebt, sei nun einmal dauerhaft finanziell schwach ausgestattet. Deshalb habe der Stadtrat den Vorschlag seiner Gruppe zunächst abgelehnt und diese Entscheidung damit begründet, die Stadt könne ein solches Angebot schlicht nicht finanzieren. Doch aus seiner Sicht handelt es sich bei solchen Entscheidungen nicht bloß um die zwingende Konsequenz fehlender Finanzmittel, sondern auch um eine Frage der politischen Prioritätensetzung, da die Stadt bestimmte Prestigeprojekte, von denen die Armen jedoch keinen wesentlichen Nutzen hätten, durchaus noch finanziere. Seine Bürgerinitiative hat ihre Kampagne deshalb trotz des Rückschlags vor dem Stadtrat noch nicht aufgegeben (#02: 207, 209).

Durch die finanzielle Situation sähen sich zahlreiche soziale Projekte vor ernsthafte Schwierigkeiten gestellt oder müssten sogar aufgeben. Die fehlende Förderung könne nach Ansicht einer Interviewten auch nicht durch die mit einem Preisgeld dotierten gelegentlichen Ehrungen von Freiwilligen kompensiert werden. Die Gelder, die für einen solchen Preis in ihrer Stadt einmal zur Verfü-

gung gestanden hätten, seien ohnehin inzwischen wieder gestrichen worden, und so gäbe es dort ihres Wissens überhaupt keine kommunalen Mittel für ehrenamtliche Arbeit mehr (#11: 68). Wenn ihr Verein – eine Tafel – sich nicht aus eigener Kraft und über private Spenden tragen könnte, müsste er deshalb schließen; sie klagt, den verantwortlichen Politikern sei es egal, dass sich durch das Engagement der Tafel die Zufriedenheit der Betroffenen erhöhen würde, wovon sie überzeugt ist (#11: 60). Während sie sich das von ihr wahrgenommene Desinteresse der Stadt anhand der Vermutung erklärt, dass die politischen Entscheidungsträger den Nutzen ihrer Arbeit für die Allgemeinheit verkennen würden, nimmt ein anderer im Gegenteil an, dass die Politik diesen Nutzen durchaus erkenne, zumal er für sie kostenlos sei: „Die Stadt und die Bundesregierung sind vielleicht froh, dass es solche Vereine gibt. [...] Sie sind froh, dass *wir* das machen, dass sie es nicht machen müssen, und dass es ja auch der Regierung kein Geld kostet.“ (#12: 29, 33, 37) Auf ähnliche Weise drückt auch folgender Tafelmitarbeiter seine Kritik an der Stadt aus, die sich aus seiner Sicht ihrer sozialpolitischen Verantwortung entziehe:

„Die Stadt ist ja froh, dass es diese Suppenküchen und das alles gibt, wo die Leute für einen Euro vielleicht ein warmes Mittagessen kriegen. Und dass es die Vereine gibt. Damit ist es für die erledigt. Die sagen: ‚Die kriegen doch dort für einen kleinen Obolus hier, die ganzen Problemviertel, auch wenn sie ALG II haben, einen ganzen Korb Gemüse, das ist doch schön dann,‘ ich denk mal, das ist für die dann erledigt damit. Das wissen die auch, die sind ja nicht dumm.“ (# 10: 53)

Zwei sozialpolitisch engagierte Männer sprechen zwar ebenfalls die Schwierigkeiten an, die Vereinen über den sozialen Bereich hinaus infolge der Krise der Kommunalhaushalte ihrer Erfahrung nach entstehen, doch für sie stellt die öffentliche Förderung sozialer Projekte nicht allein eine Chance, sondern auch eine reelle Gefahr dar für die Fähigkeit der Projekte, selbstbestimmt zu handeln. Mit der finanziellen Unterstützung stellt sich aus Sicht des einen nämlich zugleich eine materielle Abhängigkeit ein, die sich in einer Fremdbestimmung durch Politik und Verwaltung niederschlagen könne: „wess’ Brot ich ess, dess’ Lied ich sing“ (#01: 162). Der andere fürchtet bei einer – gar nicht in Aussicht stehenden – Förderung seiner Gruppe aus Mitteln der Stadt um deren Unabhängigkeit und Fähigkeit, dem eigenen Selbstverständnis als gesellschaftlich unbequeme und politisch streitbare Initiative treu zu bleiben. Aus seiner Sicht bestünde dann die Gefahr, „dass man uns vielleicht nicht wiedererkennt, dass wir uns nicht wiedererkennen“ (#04: 208):

„Da machen wir uns ja abhängig, wenn wir uns von der Stadt unterstützen lassen wollen oder von irgendeiner Partei, wir wollen ja parteiunabhängig sein. Und wir lassen uns in keine Schublade stecken, das geht nicht.“ (#04: 202)

„Eine Kommune, die macht ja Vorgaben: ‚Wir unterstützen Euch nur, wenn *das* und *das* funktioniert.‘ Und das funktioniert *mit uns* nicht.“ (#04: 204)

Eine Möglichkeit, ihr Engagement mit einer Vergütung aus öffentlichen Mitteln zu verbinden, bietet aus Sicht verschiedener Interviewpartner nach wie vor die öffentlich geförderte Beschäftigung im Non-Profit-Sektor, auch wenn deren Hochphase mit dem massenhaften Einsatz zunächst von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und später von Ein-Euro-Jobs in der Vergangenheit liegt. An deren Stelle sind in den vergangenen Jahren die – in geringerem Umfang ausgeschriebenen – Stellen des Programms Bürgerarbeit getreten, um die sich einige der Interviewten auf eigene Initiative hin beworben haben und die sie möglichst unter dem Dach des freien Trägers absolvieren wollen, bei dem sie sich bereits ehrenamtlich und unentgeltlich engagieren. Auch von Seiten ihrer Vereine gibt es zuweilen Angebote an erwerbslose Ehrenamtliche, eine geförderte Beschäftigung zu beantragen. So hatte ein Interviewpartner in den Monaten vor dem Interview in seinem Projekt auf einer zwar befristeten, aber vergleichsweise hoch vergüteten geförderten Stelle gearbeitet. Seine damit verbundene Vergütung wurde von dessen Trägerverein aus prinzipiellen Erwägungen heraus aus eigenen Mitteln auf eine Höhe ergänzt, die dem dort politisch geforderten Mindestlohn entsprechen sollte (#02: 9ff.). Eine andere Interviewpartnerin sieht in der Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit gar den eigentlichen Zweck öffentlich geförderter Beschäftigung – die Maßnahmen der Beschäftigungsförderung, die sie kenne, würden niemandem helfen, einen regulären Arbeitsplatz zu finden, es handle sich durchweg um Unterstützung von „Ehrenamtlern“, meint sie. Die Bürgerarbeit als aktuelles Programm kenne sie beispielsweise aus verschiedenen Projekten, in denen sie sich engagiere; vorher seien dort Ein-Euro-Jobber eingesetzt worden (#11: 79, 82).

Doch die Möglichkeit, Ein-Euro-Jobs oder Bürgerarbeit für das eigene Engagement zu nutzen, wird auch durchaus skeptisch gesehen. Die Kritik entzündet sich dabei an den negativen gesellschaftlichen Folgen, den der Einsatz von Ein-Euro-Jobs und anderen Formen von geförderter Beschäftigung am zweiten oder dritten Arbeitsmarkt nach Ansicht einiger mit sich bringt sowie an einem von ihnen beklagten begrenzten Nutzen der Maßnahmen für die Betroffenen. So meint ein Interviewpartner, dass Beschäftigungsmaßnahmen den Vereinen zumindest die Möglichkeit böten, die Kürzungen kommunaler Fördermittel zu

kompensieren und so weiterarbeiten zu können; er lehne solch eine Lösung jedoch aus grundsätzlichen politischen Erwägungen ab (#01: 156, 158). Seiner Meinung nach solle die Kommune ihren Aufgaben in diesem Bereich der Daseinsvorsorge entweder nachkommen und in hinreichendem Maße Mittel bereitstellen, oder sie solle sich daraus konsequent herausziehen und diese Entscheidung vor der Bevölkerung verantworten, anstatt auf die zu diesen Zwecken eigentlich nicht vorgesehene und inadäquate Beschäftigungsförderung zurückzugreifen (01: 160). Ein anderer warnt in diesem Zusammenhang vor Abhängigkeiten, in die soziale Initiativen gegenüber dem Jobcenter mit seinen spezifischen Interessen geraten könnten. Ein Erwerbslosenprojekt aus seiner Stadt habe seiner Ansicht nach die Bewilligung von Ein-Euro-Jobs für einzelne Mitglieder durch das Jobcenter mit ihrer Bereitschaft zur Kooperation erkaufte: „Das war XXX [Erwerbslosenprojekt], die haben mit denen [Erwerbslosen, LEV] Kaffeefahrten gemacht und so etwas.“ (#04: 194) „Nicht solche Kaffeefahrten, wo die etwas kaufen müssen, nein, die haben solche Fahrten gemacht, um die Leute eben irgendwie zu beschäftigen.“ (#04: 196)

Anhand eines jeden der im Rahmen dieser Studie geführten Interviews lässt sich zeigen, dass sich die befragten Männer und Frauen persönlich mit ihrem Engagement im sozialen Bereich beziehungsweise in der Sozialpolitik identifizieren. Sie alle sind mit Leidenschaft und Ernst bei der Sache, für die sie sich freiwillig, aus eigener Überzeugung und Motivation engagieren. Doch solche positive Einstellung gegenüber den eigenen ehrenamtlichen Aktivitäten darf nicht als per se unkritisch missverstanden werden. Denn mehrere Interviewpartner äußern sich gerade angesichts der Frage nach wünschenswerten Formen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements skeptisch und hinterfragen, inwiefern es nicht auch zu einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung beitragen kann, mit der sie nicht einverstanden sind und gegen die sich ihr Engagement im Grunde richtet.

So hatte sich ein bereits in ganz verschiedenen sozialen und sozialpolitischen Projekten und Initiativen aktiver Erwerbsloser in der Vergangenheit mit der Frage beschäftigt, ob das gesellschaftliche System, das er unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten kritisiert, vielleicht vom ehrenamtlichen Engagement abhängig sei, um in dieser Form bestehen zu können. Beurteilen könne er das zwar persönlich nicht, er nehme aber zumindest wahr, dass ein Großteil der im sozialen Bereich anfallenden Aufgaben auf ehrenamtlicher Basis erledigt würde und dass diese Arbeit nicht hinreichend bezahlt werde (#02: 205). Ähnlich sieht es ein anderer Interviewpartner, der sich in seinem Engagement jedoch weitgehend auf politische Protestmobilisierung beschränkt: „Wenn das bürgerschaftliche Engagement da staatstragend wird, dann kann ich solche Tätigkeit ganz ein-

fach nur zutiefst verurteilen.“ (#05: 17) Er ist davon überzeugt, dass das von der Europäischen Union ausgerufenen Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011, das zum Zeitpunkt dieses Interviews gerade zu Ende ging, von der Bertelsmann-Stiftung⁷ zum Anlass genommen worden sei, bürgerschaftliches Engagement gegen eine daran aufkeimende, gesellschaftliche Kritik in Schutz zu nehmen:

„Bertelsmann, die haben ja auch das Jahr des Ehrenamtes sozusagen benutzt, um sehr viel Werbung dafür zu machen.“ (#05: 8)

„Die wollten damit auf jeden Fall die Angriffe gegen das Ehrenamt abwehren. Die wollten im Prinzip erreichen, dass die Leute über ihre unentgeltliche Tätigkeit nicht nachdenken. Und überhaupt nicht darüber nachdenken, dass --- normalerweise früher solche Arbeiten bezahlt worden sind. [...] Von der Kommune wurden Leistungen erbracht, da wurde --- aufgeräumt in --- den Wäldern oder so, und das war ganz normal, dass das gemacht wurde. Und da bedurfte es jetzt nicht irgendwelcher Pflegevereine. [...] Und das ist, ich denke schon, das ist eine ganz geballte Umverteilung von unten nach oben. Mit scheinbar bürgerschaftlichem Engagement, gut, der [...] halbwegs situierte Bürger meint, dass er was Gutes tun kann, [...] dabei merkt er gar nicht, wie er eigentlich sich selbst und andere ausbeutet mit diesem Engagement.“ (#05: 15)

Ob die Regierung bürgerschaftliches Engagement, wie er selbst es versteht, überhaupt fördern wolle, bezweifelt ein ehrenamtlicher Mitarbeiter einer Sozialberatung, der sich außerdem partei- und gewerkschaftspolitisch engagiert. Er unterscheidet grundsätzlich zwischen „politischem Engagement“ und dem Engagement „im sozialen Bereich“ und ist überzeugt, dass die Regierung zumindest ein politisches Engagement der von Erwerbslosigkeit und Armut Betroffenen gar nicht wolle: „Denn es ist ja klar, die wollen sich ja nicht, in Anführungsstrichen, selbst einen Feind schaffen.“ (#03: 108) Auch die Arbeitsmarktpolitik folgt seiner Ansicht nach in Grundzügen diesem Kalkül: „Denn deswegen gibt es ja auch Hartz IV, deswegen ist ja Hartz IV so ein absoluter Zwangsmechanismus. Um die Leute wirklich klein zu machen, um da erst gar nicht irgendwas aufkeimen zu lassen an Engagement in *dem* Sinne.“ (#03: 108) Sein Engagement in der Sozialberatung hingegen, das er offenbar nicht als unmittelbar politisch ansieht,

7 Dass er unvermittelt auf diese Stiftung zu sprechen kommt, hängt vermutlich mit deren in der Erwerbslosenszene kritisierten Einflussnahme unter anderem auf die Hartz-Gesetzgebung zusammen, gegen die er sich, wie im Interview deutlich wird, 2004 intensiv engagiert hatte. Siehe zur Rolle der Bertelsmann-Stiftung im Kontext der Agenda 2010 Spindler 2007b.

sei seiner Ansicht nach zwar im Sinne der Regierung, aber dafür aus seiner Sicht umso problematischer, da es reguläre Arbeit durch ehrenamtliche Arbeit verdrängen könne:

„Ich sage mal: Ehrenamt ist Ehrenamt. Man muss ja auch aufpassen, dass man sich nicht selbst ausbeutet, wie man so schön sagt, da man ja selbst arbeitslos ist und da das natürlich auch immer ein innerer Konflikt ist, zumindest für mich, ob es nicht Arbeit vernichtet. Und deswegen muss man sich dann, also zumindest für mich gilt das dann, Grenzen setzen, wo man sagt: Bis hier hin, das mach ich und bin ich auch gerne bereit, aber irgendwo, ja, muss man sich dann zurück nehmen.“ (#03: 16)

„Die Gefahr besteht ja, das muss man ja so sehen. Es ist ja bekannt, dass die geleistete Arbeit, die bezahlt wird, weniger ist als die Arbeit, die ehrenamtlich geleistet wird, dass die tendenziell doppelt so hoch ist. Und deswegen, und da ich ja nun auch politisch aktiv bin, ist man ja auch ein denkender Mensch und denkt ja dann auch selbst über sich kritisch oder darüber, was man tut.“ (#03: 18)

„Alles, was im sozialen Bereich läuft, sei es Betreuung von Älteren, Vorlesen, et cetera pp, da ist die Gefahr der Arbeitsplatzvernichtung ja reell gegeben. SGB-II-Beratung, ist ja das beste Beispiel, [...] ja könnte das nicht eigentlich ein Jurist in Vollzeit machen, der dann dort diese Beratung durchführt?“ (#03: 110)

Eine forcierte Förderung bürgerschaftlichen Engagements im sozialen Bereich stößt bei einem Tafelmitarbeiter noch aus einem anderen Grund auf Widerspruch. Für ihn würde eine öffentliche Unterstützung für seine ehrenamtliche Tätigkeit, ebenso wie diese Tätigkeit selbst, letztlich Makulatur bleiben. Statt die drängenden sozialen Probleme, die ihm bei seiner täglichen Arbeit vor Augen stehen, politisch und gesellschaftlich ernsthaft anzugehen, würde sie seiner Ansicht nach den Verantwortlichen, die er nicht näher benennt, dazu dienen, sich von diesen Problemen abzuwenden, statt ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht zu werden:

„Das wäre ja eigentlich keine Lösung. Die Lösung wäre, wenn man dafür sorgen würde, dass die Menschen, die erstens hier arbeiten, hier gar nicht mehr zu arbeiten bräuchten, und dass die Leute, die hierher kommen, gar nicht den Grund haben, hierher zu kommen. *Das* wäre die Lösung. Weil, selbst wenn ich dafür Sorge, dass mir die Monatskarte gesponsert wird, oder was auch immer, damit mache ich vielleicht das Gebäude etwas weißer, oder was weiß ich, aber ich ändere ja nicht den Grund. Das ist ja nicht die Lösung,

dann mache ich das Fallen nur etwas leichter [...] aber ich ändere ja nicht, dass sich noch mehr aus der Verantwortung stehlen, anstatt das Problem zu beseitigen.“ (#12: 48)

3.3 TYPISCHE MOTIVE, FÖRDERLICHE UND HEMMENDE BEDINGUNGEN

Um bestimmen zu können, welche Kontextbedingungen es sind, die sich hinderlich oder förderlich auf das Engagement der Interviewten auswirken, muss zunächst geklärt werden, worauf dieses Engagement überhaupt abzielt. Was bezwecken die danach Befragten mit der Mitarbeit in ihren Projekten? Was wollen sie ausdrücklich für sich und andere erreichen? Welche Ansprüche und Erwartungen verbinden sie mit ihrem Engagement? Und: Auf welche uneingestanden, von ihnen nicht thematisierten Motive lässt sich aus ihren Erzählungen schließen? Ließe man andernfalls die Motive der Interviewpartner außer Acht und beschränkte sich auf deren Aktivität als solche, dann würde man unweigerlich förderliche und hemmende Faktoren miteinander verwechseln und vermissen. Versiegende Spenden beispielsweise machen besondere und im Ergebnis ungewisse Anstrengungen bei der Mittelakquise erforderlich. Sie könnten insofern als förderlicher Faktor angesehen werden, wenn sie eine entsprechende Aktivität – statt Resignation – der Mitarbeiter eines betroffenen Projektes zur Folge haben, obwohl sie deren selbstgewähltem Zweck ihres Engagements, mithilfe von verlässlich fließenden Spenden anderen ebenso verlässlich zu helfen, eigentlich zuwiderlaufen.

Zahlreiche solcher konkreten Motive werden in den Interviews ausdrücklich genannt oder lassen sich begründet aus den Erzählungen der Interviewpartner ableiten und erschließen. Um deren Fülle für die Analyse handhabbar zu machen, statt sich in Details zu verstricken, werden sie zu typischen Motiven abstrakterer Art zusammengefasst (siehe zum methodischen Vorgehen oben: 2.2.4), die im nun folgenden Schlussteil des Empiriekapitels erläutert werden. Dabei handelt es sich um die typischen Motive: 1. die eigene Betroffenheit von Erwerbslosigkeit, Unterbeschäftigung und Einkommensarmut zu bewältigen; 2. sich im Handeln mit Anderen als Gleicher unter Gleichen zu erfahren; 3. über die bloße Abhilfe, die das Engagement zunächst darstellt, hinauszugelangen und eine positive Veränderung bei den Adressaten anzustoßen und 4. politische Interessen zu artikulieren und Einfluss geltend zu machen. Die typischen Handlungsbedingungen, unter denen die Interviewpartner ihre Ziele verfolgen, erreichen und verfehlen, werden anhand dieser nun zu erläuternden typischen Motive

herausgearbeitet und hinsichtlich ihrer Bedeutung für das bürgerschaftliche Engagement von Erwerbslosen und Armen diskutiert.

3.3.1 Betroffenheit bewältigen

Einige der Gründe, die von Interviewpartnern auf die Frage genannt werden, warum sie sich in ihren jeweiligen Projekten engagieren, hätten ebenso sehr Aktive äußern können, die sich in einer beliebigen anderen sozialen Situation als der von Erwerbslosigkeit und Armut geprägten befinden: Sie engagieren sich dort, weil es ihnen schlicht Spaß macht. Sie nehmen für sich in Anspruch, durch ihre freiwillige und ehrenamtliche Arbeit etwas Sinnvolles zu leisten, das der eigenen Anerkennung Wert ist und auch die Achtung anderer erfährt. Sie wollen durch ihren Beitrag denen helfen, die, um sich selbst helfen zu können, auf ihre Unterstützung angewiesen sind. Der Wunsch, Geselligkeit und Gemeinschaft mit anderen Engagierten zu erleben, gehört ebenso dazu wie das Bedürfnis, auf befriedigende Weise mit den übrigen Mitgliedern eines Projektes zusammenarbeiten und gemeinsam etwas schaffen zu können, worauf man schließlich stolz sein kann (siehe oben: 3.2.1; 3.2.2).

Daneben werden Motive erwähnt oder lassen sich aus den Interviewaussagen ableiten, die eng mit der Betroffenheit der Interviewten als Arme, Erwerbslose, prekär Beschäftigte beziehungsweise Frührentner korrespondieren. Für einige kommt es angesichts einer fehlenden Erwerbsarbeit darauf an, durch die freiwillige, unentgeltliche Arbeit, die sie in ihrem Projekt leisten, ihren Alltag auf verbindliche Weise zeitlich zu strukturieren, statt ohne solchen Halt „in den Tag hinein zu leben“, wie es ein Interviewpartner ausdrückt. Manche nutzen ihr Engagement nach eigener Aussage, um ihre Arbeitsdisziplin aufrechtzuerhalten und sich und anderen gegenüber unter Beweis zu stellen, dass sie der (Erwerbs-)Arbeitswelt mit ihren besonderen Regeln und Anforderungen an die Persönlichkeit noch nicht den Rücken gekehrt haben. Sie schöpfen so einen Teil des Selbstwertes aus ihrer freiwilligen Arbeit, der ihnen mit ihrer Entlassung aus ihrem Betrieb einmal verloren gegangen ist. Für andere stellt ihr Engagement eine Möglichkeit dar, eine positive Kontinuität in ihrem Leben zu erzeugen und ihre Biografie kontinuierlich fortzuschreiben, statt sie durch den Verlust der Arbeitsstelle, von der ihre Lebensführung einmal bestimmt war, abreißen zu lassen. Gemeinsame Treffen im Projekt dienen zudem als Umschlagplatz für Neuigkeiten und Informationen, die sich eventuell als nützlich erweisen, um die eigene Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Jobcenter zu erhöhen oder um drohende Probleme frühzeitig vorherzusehen und sich darauf vorzubereiten. Manchem mag es darauf ankommen, sich durch die von ihm geleistete Hilfe als handelnde

Person zu erfahren, die etwas bewirken kann und so der passiven Rolle des Hilfebeziehers, in die er sich in seiner Lage gedrängt sieht, aktiv etwas entgegenzusetzen. Einige wollen sich durch ihren Beitrag für einmal erhaltene Hilfe revanchieren, sie versuchen so, ein gestörtes Gleichgewicht aus Geben und Nehmen wieder ins Lot zu bringen. Auch das Motiv, weitere Kontakte zu pflegen und Gespräche mit Vereinskollegen und Menschen aus dem Umfeld ihrer Projekte führen zu können, statt den Tag notgedrungen alleine zu verbringen oder dabei auf den Kreis der Familie und der Bekannten beschränkt zu sein, veranlasst einen Teil der Interviewten dazu, sich sozial zu engagieren. Einer drückt in diesem Zusammenhang seine Erwartung aus, seinen Platz in der Gesellschaft wiederzufinden, da die Langzeiterwerbslosigkeit ihm die nötige Gewissheit genommen habe, noch dazuzugehören. Einige Interviewpartner schließlich hoffen, durch ihre Zugehörigkeit zu einem Projekt einmal eine öffentlich geförderte Beschäftigung unter dem Dach des Projektträgers aufnehmen zu können (siehe oben: 3.2.1; 3.2.2).

Ein Motiv hingegen, das zu erwarten gewesen wäre, spielt für die Interviewpartner in ihrem Engagement offenbar keine Rolle: Niemand von ihnen setzt im Interview darauf, seine Chancen bei einer Bewerbung um eine reguläre Arbeitsstelle durch soziales Engagement und freiwillige Arbeit unmittelbar verbessern zu können.

All diese Motive, Ziele, Absichten und Erwartungen ergänzen sich zu einem positiven Entwurf freiwilliger, weitgehend selbstbestimmter und erfüllender Arbeit, gelöster oder zumindest entschärfter alltäglicher Probleme und eines gesellschaftlichen Lebens in Würde. In dieser Zusammenschau ebenso wie auf der individuellen Ebene der Motive jedes einzelnen der Interviewpartner, die sich zu diesem Thema äußern, lässt sich zeigen, dass das soziale Engagement einen Gegenentwurf zu den Erfahrungen von Betroffenheit beinhaltet, der teilweise praktisch verwirklicht wird und teilweise noch uneingelöst bleibt. Ihre Mitarbeit in sozialen und sozialpolitischen Projekten bietet den Aktiven eine Perspektive, in der bestimmte Probleme, die ihre Ursache in Erwerbslosigkeit und Armut haben, teilweise lösbar, handhabbar und bearbeitbar erscheinen. Wenn die Ziele der Engagierten sich zusammengenommen als Gegenentwurf verstehen lassen, der ihrem Selbstbild als Betroffene gegenübersteht, dann nicht in dem Sinne einer radikalen Alternative zur gegebenen Lage, sondern eher als Ergänzung, Verbesserung und partielle Lösung der ihnen aus ihrer Situation erwachsenden vielfältigen Mängel und Probleme. Die Situation stellt sich aus Sicht jedes Einzelnen anders und auf besondere Art dar; was jemand als äußerst belastend empfindet, darüber sehen andere wiederum hinweg oder kommen damit nicht einmal in Berührung. Insofern stellt Betroffenheit ein komplexes und facettenreiches Prob-

lemfeld dar und keine genau zu definierende Erfahrung, die die Interviewpartner jeweils gleichermaßen machen.

Betroffenheit in diesem Sinne schließt das Risiko ein, als Leistungsbezieher der Willkür von Jobcentermitarbeitern ausgesetzt zu sein, sich als jemanden zu erfahren, der von der Behörde in seinem Handeln weitgehend fremdbestimmt und in seinen Entscheidungsmöglichkeiten übermäßig eingeschränkt wird. Eine existenzielle und einseitige Abhängigkeit von den Leistungen und damit von den Entscheidungen des Jobcenters, auf die Leistungsbezieher kaum Einfluss nehmen können und die sich von ihnen nur mit verhältnismäßig hohem Aufwand im Einzelfall korrigieren lassen, kann sie in permanente Unsicherheit und Ungewissheit versetzen. Bestimmte Vorgaben und Maßnahmen des Jobcenters werden von einigen Interviewten als gängelnd und erniedrigend empfunden; Sanktionen stellen aus ihrer Sicht Machtinstrumente dar, denen sie selbst kein entsprechendes Drohpotenzial entgegenzusetzen haben – im Konflikt mit dem Jobcenter besetzen dessen so genannte Kunden die strukturell schwächere Position (siehe oben: 3.1.3; 3.1.4).

Bezogen auf ihre in jedem Fall prekäre Beschäftigung sprechen einige erwerbstätige Interviewpartner die von ihnen erfahrenen Probleme einer hohen Arbeitsbelastung an; der Teufelskreis aus steigender Belastung und sinkender Belastbarkeit am Arbeitsplatz führt unter Umständen schließlich in die Erwerbslosigkeit oder gar Erwerbsunfähigkeit. Andere beklagen die ihren Job prägende Sinnlosigkeit bestimmter Aufgaben oder besonders fragwürdige Tätigkeiten, mit denen sie in Gewissenskonflikte geraten. Stellen, die der eigenen Qualifikation entsprechen, sodass sich auf ihnen im anspruchsvollen Sinne ein Beruf ausüben ließe, statt bloß einen austauschbaren und beliebigen Job zu erledigen, stehen entweder nicht in Aussicht, oder sie sind befristet und umfassen nur wenige Wochenstunden, sodass das Gehalt zum Leben nicht reicht und durch ALG-II-Leistungen aufgestockt werden muss (siehe oben: 3.1.1; 3.1.2).

Über die Beziehung zum Jobcenter und über den Arbeitsplatz hinaus kann das Vermögen, selbstbewusst und selbstbestimmt zu handeln, durch die Erfahrung von Erwerbslosigkeit und Armut belastet werden. Ein ALG-II-Bezieher oder Erwerbsloser zu sein, wird in verschiedenen Interviews als stigmatisierend beschrieben, gelegentlich werden Erfahrungen der eigenen gesellschaftlichen Ausgrenzung und Randständigkeit angesprochen. Man gehört gewissermaßen nicht richtig dazu oder wird gar in eine Rolle gedrängt, die man zutiefst ablehnt, der man sich aber nicht erwehren kann und die einen unweigerlich daran hindert, eine bevorzugte Rolle einnehmen zu können. Das äußerst geringe Einkommen, das man monatlich zur Verfügung hat, mag durch die Bescheidenheit in der Lebensführung, die es erforderlich macht, unter Umständen ausreichen, um den ei-

genen Haushalt führen zu können, doch es schränkt die Möglichkeit, auch einmal ein Risiko eingehen oder ein Arbeitsangebot ablehnen zu können, auf ein Minimum ein. An Stelle von Gestaltungsmöglichkeiten prägt der Zwang zur Anpassung an die gegebenen Erfordernisse den entsprechend engen Handlungsspielraum von Betroffenen (siehe oben: 3.1.2; 3.2.3).

Insofern das soziale Engagement als Möglichkeit genutzt wird, solche und weitere in diesem Kapitel behandelte Folgeprobleme von Erwerbslosigkeit und Armut zu thematisieren, zu kompensieren, zu lindern oder gar zu lösen, kann es als Teil einer Strategie begriffen werden, durch die Betroffene versuchen, ihre nachteilige Lage unter bestimmten Aspekten möglichst zu bewältigen. Der Gegenentwurf zum Bild der Betroffenheit, der sich aus den Handlungsmotiven der Interviewpartner ableiten lässt, weist darauf hin, dass ihnen die Mitarbeit in einem Projekt unter ganz verschiedenen Aspekten bei dieser Bewältigung von Nutzen sein kann. Dass das eigene Handeln sich an einer solchen Bewältigungsstrategie orientiert, muss der entsprechenden Person nicht bewusst sein; sie kommt nicht unbedingt absichtsvoll zustande, sondern lässt sich eher im Nachhinein mit armuts-soziologischen Methoden anhand beobachteten Handelns und handlungsbezogener Interviews rekonstruieren und nachweisen. In diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund der Frage nach den förderlichen und hemmenden Bedingungen sozialen Engagements Erwerbsloser und Armer kommt dem Aspekt der Betroffenheit der Interviewpartner eine janusköpfige Bedeutung zu. Zum einen stellt ihre Betroffenheit für einige von ihnen einen wichtigen Anlass dar, sich auf die von ihnen gewählte Weise zu engagieren. Zum anderen gehen mit ihr besondere Belastungen einher, die sich demotivierend und erschwerend auf das Handeln auswirken und die Bereitschaft und Fähigkeit, weiter zu machen, untergraben können. Dabei muss es nicht zum völligen Verlust dieser Voraussetzungen kommen, damit eine freiwillige Tätigkeit im Umfang verringert oder ganz beendet wird. Schon bevor dieser Punkt erreicht wäre, können Betroffene sich aus ihren Projekten zurückziehen, weil ihnen alternative Bewältigungsansätze, die beispielsweise in zusätzlichen Minijobs oder in der Nachbarschaftshilfe bestehen, nun gangbarer erscheinen. Von Sozialprotesten, an deren Organisation man einmal beteiligt war, fernzubleiben, könnte beispielsweise Ausdruck eines Versuches sein, die Folgen der eigenen Langzeiterwerbslosigkeit eher auf unpolitischem Wege zu bewältigen und dabei zusätzlich belastende politische Enttäuschungen gezielt zu vermeiden.

Inwiefern gelingt es den betreffenden Interviewpartnern durch ihr Engagement, solche Ziele zu verfolgen, die darin bestehen, Belastungen und andere negative Folgen ihrer Betroffenheit von Erwerbslosigkeit und Armut nach Möglichkeit zu bewältigen? Die Interviews fokussieren nicht systematisch auf dieses

Thema und anhand der gleichwohl zahlreichen Aussagen zur Betroffenheit lässt sich diese Frage nicht sicher beantworten. Doch es finden sich darin vor allem Hinweise auf eine Kontinuität in der Problembewältigung durch die Interviewpartner: Die Befragten scheinen ihre Ansprüche der Lage, in der sie sich jeweils befinden, bescheiden angepasst zu haben; sie sehen sich zwar teils mit gravierenden Schwierigkeiten konfrontiert, doch niemand äußert die Befürchtung, dass die gegenwärtige Situation ihn überfordern und er daran scheitern könnte (siehe oben: 3.2.1). Mehrere heben ausdrücklich den vielfältigen Nutzen hervor, den sie aus ihrem Engagement ziehen, einige erhoffen sich durch ihre freiwillige Mitarbeit im Projekt sogar in absehbarer Zeit eine Verbesserung ihrer Situation, da ihnen eine geförderte Beschäftigung unter der Trägerschaft des Vereines in Aussicht steht (siehe oben: 3.1.4; 3.2.5). Aufzuhören, weil man aus seinem Engagement keinen Vorteil bei der Bewältigung alltäglicher Probleme mehr zieht, scheint für niemanden eine Option darzustellen. Erwähnt werden jedoch ehemalige Weggefährten und Mitarbeiter, die nach und nach aufgegeben hätten; gerade an den sozialpolitischen Projekten der Befragten nehmen derzeit deutlich weniger Betroffene teil als in der Hochphase in zeitlicher Nähe zu den Hartz-Reformen (siehe oben: 3.2.2). Über deren Motive, den Aktivitäten fernzubleiben, und inwiefern Resignation dabei eine Rolle spielt, wie von einigen vermutet, lässt sich jedoch anhand der Interviews mit den nach wie vor Aktiven nur spekulieren.

Die Interviewpartner sprechen eine ganze Reihe von Voraussetzungen ausdrücklich an, unter denen es ihnen gelingt, bestimmte Folgeprobleme von Erwerbslosigkeit und Armut durch ihr soziales Engagement zu bewältigen, auf weitere Voraussetzungen lässt sich anhand ihrer Erzählungen schließen. Insofern soziales Engagement in einer bestimmten Form wesentlicher Bestandteil der Bewältigungsstrategie einer Person ist, ist davon auszugehen, dass diese Faktoren sich auch auf ihre Bereitschaft auswirken, sich weiterhin in dieser Form zu engagieren – sie stellen dann zugleich förderliche oder hemmende Bedingungen ihres konkreten Engagements dar. In diesem Zusammenhang ist es zunächst relevant, ob sich durch die Mitarbeit in einem sozialen Projekt besondere Ressourcen aneignen lassen, die bei der Bewältigungsarbeit zum Einsatz kommen können. Dazu zählen Informationen über Sozialleistungen und deren Zugangsvoraussetzungen sowie über aktuelle oder zu erwartende Änderungen im Sozialrecht ebenso wie verschiedene Formen der Vergütung und Aufwandsentschädigung, durch die sich ein geringes Einkommen zumindest etwas erhöhen lässt. Eventuell können im Umfeld des Projektes neue Kontakte geknüpft werden, mit denen sich weitere nützliche Informationen austauschen lassen. Auf dem Wege der mehr oder weniger professionellen Praxis lassen sich Kenntnisse erwerben

oder aufrechterhalten, die das eigene Handlungsvermögen auch über die Aufgaben, die sich im Projekt stellen, hinaus stärken; wer andere Betroffene beraten oder begleiten kann, wird auch einen Vorteil haben, wenn er sich mit Jobcentermitarbeitern in eigener Sache auseinandersetzen muss. An den genannten Hebeln – Informationen, materielle Ressourcen, Kontakte und praktisches Wissen – können Dritte mit ihrer Unterstützung ansetzen und durch das Angebot von Schulungen, durch Formen der Vergütung und Aufwandsentschädigung, mit Sachmitteln und als Vermittler in weitere gesellschaftliche Bereiche den Handlungsspielraum der Aktiven über das eigentliche Feld ihres Engagements hinaus erweitern.

Doch der Nutzen des Engagements für die Bewältigung von Betroffenheit hängt nicht allein davon ab, was man dabei unmittelbar für sich selbst erreichen, sondern auch davon, was man für andere erreichen kann und wie man es erreicht. Die Zufriedenheit, die die Befragten aus ihrer freiwilligen Tätigkeit ziehen, und den Sinn, den sie ihr beimessen, schöpfen sie in besonderem Maße aus dem Gelingen ihres Engagements, gemessen an dessen Ergebnis und an der Art und Weise, auf die das Ergebnis schließlich zustande kommt. Aus ihrer gelungenen Praxis – unabhängig davon, an welchen Kriterien sich solches Gelingen im Einzelfall festmachen lässt – können die Aktiven einen wesentlichen Teil ihrer Motivation ziehen, in ihren Projekten weiterzumachen, und sich auch in anderen Bereichen ihres Alltags positiv motivieren lassen. Umgekehrt birgt ein Mislingen die Gefahr, über den Bereich der Tätigkeiten im Projekt hinaus demotivierend und belastend zu wirken. Gerade im sozialpolitischen Engagement, in dem sich greifbare Erfolge anders als bei der konkreten Hilfe, Beratung und Begleitung wenn überhaupt, dann äußerst selten erzielen lassen, werden Aktionsformen praktiziert, die schon durch ihre spektakuläre Wirkung auf die daran Beteiligten motivierend wirken sollen (siehe oben: 3.2.4). An den in den Interviews enthaltenen Berichten darüber, die sich teilweise wie ein Schwelgen in Erinnerungen lesen, lässt sich diese lange nachwirkende Selbstmotivation ablesen. Eine Interviewpartnerin besteht regelrecht darauf, dass die Demonstrationen, an denen sie sich beteiligt, zumindest eine minimale Wirkung hätten, auch wenn es ihr schwer fällt, Beispiele dafür zu nennen (siehe oben: 3.2.4). Es ist ihr offenbar wichtig, an das Gelingen ihrer Proteste glauben zu können und sich daran festzuhalten. Misserfolge werden im Vergleich hingegen deutlich weniger detailliert besprochen, ein Interviewpartner vermeidet sogar ausdrücklich, darüber zu reden, da es, wie er sagt, demotivieren würde, sich daran zu erinnern (siehe oben: 3.2.1). Auch eine gelungene Kooperation als solche mit anderen Engagierten in einem Projekt kann als befriedigend und motivierend erlebt werden und insofern in den privaten Alltag hinein stabilisierend wirken (siehe oben: 3.2.1). Der Erfolg im

Hinblick auf die wesentlichen Ziele, die sich das Projekt gesetzt hat, und auf die die gemeinsame Tätigkeit ausgerichtet ist, kann gegenüber dem Motiv, gemeinsam an der Erfüllung einer Aufgabe zu wirken, sich dabei gegenseitig zu respektieren, zu beraten, zu helfen und zu ergänzen, sogar in den Hintergrund treten. Andererseits kann die Zusammenarbeit mit Vereinskollegen unter Umständen selbst zur Belastung werden, wie in dem Fall des erwerbslosen Sozialberaters, der Gesprächen über gesellschaftliche und sozialpolitische Themen mit den überwiegend nicht selbst betroffenen Mitarbeitern seiner Beratungseinrichtung gezielt ausweicht, um sich für seine sehr persönliche Perspektive auf diese Themen vor ihnen nicht rechtfertigen zu müssen (siehe oben: 3.2.2).

Welche Faktoren sozialen Engagements im Detail hilfreich oder hinderlich dabei sein können, die Folgen der Betroffenheit zu bewältigen, ließe sich nur im jeweiligen Einzelfall bestimmen. Beispielsweise wirkt die stark karitativ ausgerichtete Hilfe der Tafel, aus der deren Mitarbeiter Motivation ziehen, auf andere, in ihrem Handeln stärker auf den politischen Konflikt hin orientierte Interviewpartner, geradezu abschreckend. Die Situationen, in denen die Befragten sich jeweils befinden, unterscheiden sich voneinander; ihre Probleme sind jeweils etwas anders gelagert und verschieden kombiniert und ihre Ansprüche, die sie aus dieser Perspektive an ihre freiwilligen Tätigkeiten stellen, unterscheiden sich ebenfalls. Das gleiche gilt für verschiedene Phasen im Leben ein und derselben Person. Wie genau bürgerschaftliches Engagement helfen kann, Probleme von Erwerbslosigkeit und Armut zu bearbeiten, lässt sich deshalb kaum beurteilen, ohne die individuellen Biografien der Betroffenen dabei zu berücksichtigen.

3.3.2 Unter Gleichen sein

Im Rahmen ihres Engagements interagieren die befragten Männer und Frauen mit einer Vielzahl von Personen, die sich anhand ihrer dabei relevanten Eigenschaften und der Logik der jeweiligen Interaktionsformen zu unterschiedlichen Gruppen zusammenfassen lassen. Sie arbeiten mit ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Kollegen zusammen, erfahren Unterstützung von Spendern und Trägern, helfen hilfebedürftigen und Rat suchenden Adressaten, suchen die konfrontative Auseinandersetzung mit politischen Akteuren oder leisten im Kontakt mit Bürgern politische Überzeugungsarbeit – die Reihe ließe sich sicherlich noch erweitern und differenzieren. Im Vergleich solcher typischen Beziehungen, die die Befragten in ihrem Engagement eingehen, fällt auf, dass Fragen von Gleichheit und Ungleichheit, Zugehörigkeit und Unterscheidung in den Beziehungen der Mitarbeiter untereinander sowie zwischen Mitarbeitern und ihren Adressaten in ungleich höherem Maße eine Rolle spielen als in den übrigen Beziehungsmus-

tern. Dabei bezieht sich das Motiv der Gleichheit vor allem auf die Beziehungen, die die Aktiven zu den anderen Mitarbeitern ihrer Projekte unterhalten. Was kennzeichnet solche bloß angestrebte oder bereits praktizierte Gleichheit der Projektmitarbeiter? Auf folgende Aspekte, die in unterschiedlicher Kombination angesprochen werden, wird von einzelnen oder mehreren Interviewpartnern eingegangen.

Gleichheit im Projekt bedeutet unter anderem, als dessen aktive Mitglieder eine Gruppe von Gleichgesinnten zu bilden, gesellschaftliche Probleme auf ähnliche Weise zu deuten und Lösungsperspektiven zu entwickeln, die sich unter wesentlichen Aspekten gleichen – also politisch quasi auf einer Wellenlänge zu sein, wie es ein Interviewpartner ausdrückt –, statt sich bereits über grundsätzliche Annahmen und Überzeugungen uneins zu sein und keine tragfähige gemeinsame Diskussionsbasis zu finden. Es bedeutet, seine Prioritäten im Engagement jeweils auf ähnliche Weise zu setzen, stillschweigend darin überein zu stimmen, welche Themen und Informationen als relevant und welche als irrelevant gelten sollen, sodass die Beteiligung der Kollegen an den zentralen Aufgaben und deren Aufmerksamkeit auf die vorrangigen Themen sich von selbst ergeben. Ist dies nicht gegeben, würde sich stets ein Großteil der Mitglieder aus Desinteresse vom jeweils zu bearbeitenden oder zu diskutierenden Gegenstand abwenden. Gleichheit beinhaltet außerdem einen ähnlichen Hintergrund an Erfahrungen mit Alltagsproblemen und deren Bewältigung, sodass man sich für seinen persönlichen Umgang mit sensiblen Problemen – hier: Problemen der Betroffenheit – vor den anderen nicht zu erklären und zu rechtfertigen braucht und nicht mit verletzenden Bemerkungen der Kollegen rechnen muss. Sofern gegensätzliche Ansichten oder Unterschiede der Herkunft der Kollegen in deren gemeinsamem Engagement zutage treten, kann Gleichheit statt einer erst zu schaffenden Voraussetzung gelingender Zusammenarbeit auch deren Ziel darstellen, indem nämlich solche als trennend aufgefassten Aspekte durch das kollektiv erzielte Ergebnis überwunden oder irrelevant gemacht werden sollen. Sie kann darin bestehen, sich als Mitarbeiter ebenso wie die übrigen Kollegen im gesamten Aufgabenspektrum eines Projektes betätigen zu können, statt sich bei der Verteilung der mehr oder weniger sinn-, verantwortungs- und anspruchsvollen Aufgaben benachteiligt – also als Mitarbeiter zweiter Klasse – zu sehen. Gleichheit ist gegeben, wenn an den grundsätzlichen Entscheidungen, die in einem Projekt zu fallen sind, und an der Koordination der Arbeiten sich alle Mitglieder gleichermaßen beteiligen können, mit ihren Ansichten und Anliegen zu Wort kommen, bei Reibungen und Problemen gegebenenfalls Lösungen aushandeln und über Alternativen gleichberechtigt abstimmen können. Dieses Motiv, als Mitarbeiter keine Anweisungen hierarchisch von oben erteilt zu bekommen, schließt die Ak-

zeptanz der professionellen Autorität, die bestimmte Kollegen aufgrund ihrer beruflichen und fachlichen Qualifikation genießen – etwa als Sozialarbeiter –, keineswegs aus, ebenso wenig wie die pragmatische Entscheidung, einen Kollegen arbeitsteilig mit den Aufgaben eines Projektkoordinators zu betrauen. Insofern aus der Mitarbeit Vorzüge entspringen können, beispielsweise eine Vergütung oder Aufwandsentschädigung, aber auch Ansehen und Prestige, kommt es im Sinne von Gleichheit darauf an, dass solcher Nutzen auf die Aktiven möglichst gleich verteilt wird. Und schließlich soll unter diesem Aspekt auf vorhandene Unterschiede in der jeweiligen Persönlichkeit der Kollegen Rücksicht genommen werden: Jeder soll sich individuell nach seinen Neigungen, seinem Handlungsvermögen und seinen ihm gesetzten Grenzen einbringen können (siehe oben: 3.2.2).

In welchem Maße Gleichheit erwartet wird und auf welchen Aspekt der Beziehungen zwischen den Mitarbeitern sie sich bezieht, dürfte von Person zu Person variieren und sich nicht annähernd generell bestimmen lassen. Bereits im Vergleich der hier geführten Interviews wird deutlich, dass die Ansprüche, die die einzelnen Interviewpartner in diesem Zusammenhang stellen, und die Probleme, die sie benennen, sich durchaus voneinander unterscheiden. Bestimmte Formen von Ungleichheit im sozialen Engagement, die von den einen kritisiert werden, scheinen von anderen überhaupt nicht als Problem identifiziert zu werden.

Stellen die von den Interviewpartnern jeweils angesprochenen Aspekte von Gleichheit für sie einen Selbstzweck dar oder liegen diesem Ziel wiederum weitere Motive zugrunde? In einigen Fällen lässt sich vermuten, dass ein Zusammenhang besteht zu dem Motiv, die Folgen von Erwerbslosigkeit und Armut zu bewältigen – wenn beispielsweise die Zusammenarbeit gerade mit anderen Betroffenen genutzt wird, um gezielt solche Neuigkeiten zu erfahren und auszutauschen, die erst vor dem gemeinsamen Erfahrungshintergrund als relevant erscheinen. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen diesen Beweggründen besteht jedoch in der Regel nicht, sodass das Motiv der Gleichheit hier gesondert behandelt wird. Das Interesse, im Projekt gleichberechtigt dazuzugehören und mitzuzentscheiden, statt zurückgesetzt zu werden, dürften Aktive unabhängig davon entwickeln, ob sie von sozialer Ausgrenzung betroffen sind oder nicht. Gleichwohl handelt es sich für die Interviewpartner bei Fragen der Ungleichheit und Benachteiligung um besonders sensible Themen, dem besonderen Kontext der Lebenssituation entsprechend, in der sie sich jeweils befinden. Dass Gleichheit im umrissenen Sinne zu einem Mindestmaß im eigenen Projekt gewährleistet ist, dürfte deshalb eine Voraussetzung dafür darstellen, dass bestimmte Diffe-

renzen, die soziale Benachteiligung implizieren, akzeptiert, toleriert oder gar als Vorteil erfahren werden können.

Soweit es sich aus den Interviews erschließen lässt, können die Engagierten, die in kollektiven Projekten mitarbeiten, ihre gleichheitsbezogenen Motive soweit verfolgen und verwirklichen, dass ihre kontinuierliche Mitarbeit und das Weiterbestehen der Projekte aus diesem Zusammenhang heraus in keinem der Fälle in Frage gestellt ist. Im Gegenteil: Die unter den Mitarbeitern ihrer Initiativen praktizierte Gleichheit wird von mehreren Interviewpartnern ausdrücklich gelobt und sie nennen anschauliche Beispiele dafür. Sofern die Befragten auf bestimmte Ungleichheiten eingehen, die ihnen selbst problematisch erscheinen, und die sich von ihnen nicht aufheben lassen, sprechen sie zugleich die Gründe an, die es ihnen ermöglichen oder sie dazu veranlassen, dennoch dabeizubleiben. In einigen Interviews lassen sich Hinweise darauf finden, dass es in der Vergangenheit in einigen Projekten Auseinandersetzungen um Probleme von Ungleichheit zwischen den Mitarbeitern gegeben hat, aber zum Zeitpunkt der Interviews scheinen entsprechende Klärungsprozesse abgeschlossen zu sein – zumindest werden sie nicht als gegenwärtiges Thema angesprochen (siehe oben: 3.2.2).

Ob sich die aktiven Mitglieder eines Projektes unter wesentlichen Aspekten als Gleiche wahrnehmen können oder ob eher trennende Einflüsse deren praktische Beziehungen untereinander prägen und eventuell gefährden, hängt davon ab, wie sich deren Zusammenarbeit gestaltet. Gleichheit ist unter diesem Blickwinkel nicht einfach gegeben (oder genommen), sondern muss kontinuierlich ausgehandelt werden. Auf dieser Ebene des Problems kommt es in den Projekten darauf an, die unvermeidliche interne Arbeitsteilung derart egalitär zu koordinieren, dass sich keine dauerhaften Ungleichheiten herausbilden, die mit den gleichheitsbezogenen Motiven von Mitgliedern unvereinbar wären. Auf der Handlungsebene besteht daher eine ganz allgemeine Herausforderung, vor die sich Projekte im Allgemeinen gestellt sehen können, unabhängig von der sozialen Lage, in der ihre Mitarbeiter sich befinden. Im spezifischen Kontext von Erwerbslosigkeit und Armut im sozialen Engagement hingegen ist es relevant, inwiefern es gelingt, bestimmte strukturell angelegte Spaltungen zwischen den Mitarbeitern eines Projektes aufzulösen, zu überbrücken oder zu kompensieren.

In einigen Projekten wie Sozialkaufhäusern, Anlaufstellen und Betreuungseinrichtungen werden die Aufgaben nicht allein oder nicht einmal in erster Linie von ehrenamtlichen Mitarbeitern erfüllt, sondern auch oder vor allem von Hauptamtlichen, die beim Träger des Projektes angestellt sind; deren Arbeit, für die sie als ausgebildete Sozialarbeiter beruflich qualifiziert sind, wird von freiwilligen Helfern ergänzt. In diesen Projekten arbeiten also Mitarbeiter mit sehr unterschiedlicher aufgabenspezifischer Qualifikation und ungleichem Erwerbs-

status zusammen, woraus sich ein Interessenkonflikt um die Kompetenzen und Befugnisse der ehrenamtlichen Helfer ergeben kann. Der Sorge der Angestellten, von erwerbslosen Konkurrenten tendenziell aus ihrem angestammten Tätigkeitsfeld verdrängt zu werden, steht das Interesse von am Arbeitsmarkt bereits ausgegrenzten Freiwilligen gegenüber, einer möglichst sinnvollen und relevanten Beschäftigung nachzugehen, selbst wenn diese nicht oder nicht annähernd angemessen vergütet wird. Außerdem spielt in diesem Zusammenhang das Motiv der Qualitätssicherung eine Rolle angesichts der Gefahr einer Entprofessionalisierung sozialer Arbeit durch die Beteiligung von nicht hinreichend qualifizierten Helfern. Doch die Interessen von Freiwilligen, Hauptamtlichen und Trägern sind einander nicht nur entgegengesetzt, sondern ergänzen sich auch – anders würde deren Zusammenarbeit schließlich nicht zustande kommen oder Bestand haben können. Zumindest kurzfristig, unter sonst gleichen Bedingungen, können in der freien Wohlfahrtspflege Angestellte durchaus einverstanden damit sein, angesichts ihrer Arbeitsbelastung von Hilfskräften bei bestimmten Tätigkeiten unterstützt und entlastet zu werden – unabhängig vom Status dieser Mitarbeiter. Die Interviewpartner, die auf diesen Aspekt eingehen, versuchen den Wert ihrer Arbeit gerade dadurch zu unterstreichen, dass diese aus Sicht ihrer hauptamtlichen Kollegen eine durchaus willkommene Hilfe darstellen würde – eine Annahme, die sich anhand der Interviews jedoch nicht überprüfen lässt (siehe oben: 3.2.2).

Außerdem handelt es sich bei dem skizzierten Konflikt zwischen angestellten und freiwilligen Mitarbeitern um eine mögliche Verdrängung von Erwerbsarbeit und die Qualität der geleisteten Arbeit genau genommen um einen Konflikt zwischen dem Träger und dessen Angestellten, bei dem die komplementären Fragen von Arbeitsbelastung und Personaldecke im Mittelpunkt stehen. Dem Interesse des Freiwilligen, auch ohne Arbeitsvertrag – also quasi um jeden Preis – mitarbeiten zu dürfen, entspricht dann ein Interesse des Trägers, für die geleistete Arbeit einen möglichst geringen Preis zu zahlen. Insofern es sich bei der freiwilligen Hilfe, die jemand leistet, um eine Form der Selbsthilfe und damit der Bewältigung von Folgen seiner Betroffenheit handelt – etwa durch den engeren Kontakt zu den hauptamtlichen Sozialarbeitern im Kreis seiner Kollegen – kann dieses Motiv seine Entsprechung im Selbstverständnis der Hauptamtlichen sowie des Trägers finden, besonders belastete, aber motivierte Adressaten durch eine praktische Aufgabe zu integrieren und in ihrem Selbsthilfefprozess zu unterstützen.

Sofern die Zusammenarbeit von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern und damit die weitere Mitarbeit ehrenamtlicher Helfer durch einen Interessenkonflikt um Verdrängung und Arbeitsqualität ernsthaft in Frage gestellt ist, bestehen Möglichkeiten, diesen Konflikt zu entschärfen, ohne die zugrunde

liegende Struktur zu verändern. Die Aufgaben, die von ehrenamtlichen Helfern übernommen werden, lassen sich zum Beispiel durch verbindliche Tätigkeitsbeschreibungen, einen so genannten Ehrenamtsvertrag und Zeittafeln definieren, deren Arbeit entsprechend kontrollieren und so in einem Rahmen halten, der von allen Mitarbeitergruppen zumindest akzeptiert wird. Um die Freiwilligen für ihre Tätigkeiten im notwendigen Maße zu qualifizieren, können zudem obligatorische Schulungen durchgeführt werden. Das gesellschaftliche Problem bezahlter und unbezahlter, erwerbsmäßiger und vermeintlich zusätzlicher Reproduktionsarbeit jedoch, das solchen Konflikten zugrunde liegt, bleibt so nicht nur ungeklärt, sondern wird im Gegenteil auf dieser Ebene des konkreten sozialen Projektes reguliert und fortgeschrieben.

Eine ungleiche Vergütung der von den Projektmitarbeitern jeweils beigetragenen Leistung stellt einen weiteren Faktor dar, der deren angestrebte Gleichheit tendenziell untergraben kann. Solche Vergütung kann vom Träger eines Projektes in unterschiedlichem Rahmen und aus verschiedenen Quellen gewährt werden, beispielsweise in Form von Ein-Euro-Jobs oder anderer aus Mitteln der Arbeitsförderung geförderter Beschäftigung oder in Form einer Aufwandsentschädigung aus Eigenmitteln des Trägers. Denkbar sind auch weitere, in den Interviews nicht thematisierte Möglichkeiten, zum Beispiel Projektstellen aus kommunalen Fördermitteln oder Stellen des Bundesfreiwilligendienstes. Bestimmte gleichheitsbezogene Ziele der Engagierten können durch die Vergütung ihres Engagements verfehlt werden, wenn zum Beispiel die Stellen, an die eine solche Entschädigung gebunden sind, nicht beliebig teilbar sind und sich deshalb eine Situation ergibt, in der die Mitarbeiter um die in begrenzter Anzahl in Aussicht stehenden Stellen konkurrieren. Damit Missgunst erregt wird und sich der Neid auf diejenigen entfacht, die sich in den Augen der anderen glücklich schätzen können, eine geförderte Beschäftigung im Projekt anzutreten, kann es ausreichen, dass sich die Kollegen miteinander vergleichen, als stünden sie in unmittelbarer Konkurrenz zueinander, auch ohne dass dies tatsächlich der Fall sein muss (siehe oben: 3.1.4). Insofern die Aktiven eines Projektes oder einzelne von ihnen eine grundsätzliche Kritik an der vorherrschenden Beschäftigungsförderung und Engagementpolitik üben – etwa unter dem Aspekt der Verdrängung regulärer Erwerbsarbeit in der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Freiwilligenarbeit und Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt – stellen die eigentlich abgelehnten Formen der Vergütung eine besondere Versuchung für sie dar, da sie aufgrund ihrer finanziellen Situation auf die Gelegenheit kaum verzichten können. Solch ein Anreiz kann deshalb zur Belastungsprobe für ein Projekt werden – egal ob er sich allen Mitgliedern oder nur einigen von ihnen stellt; zumindest handelt es sich hierbei um ein Thema, das in mehreren politisch ausgerichteten

Projekten von Interviewpartnern kontrovers diskutiert worden ist. Andererseits können selbst begrenzte, nicht allen Mitgliedern gleichzeitig zugängliche Möglichkeiten der Vergütung durchaus auch eine Chance für die Projekte als Ganze darstellen und müssen sich keineswegs nur destruktiv auswirken – insofern dieser Aspekt im konkreten Fall überhaupt zu einem Problem wird, das die Zusammenarbeit als Kollektiv negativ beeinflusst. So haben die Mitglieder der sozialpolitischen Initiative gegen Hartz IV eines Interviewpartners einmal erwogen, als Verein Ein-Euro-Jobs beim Jobcenter zu beantragen, um dadurch etwas mehr Geld für die gemeinsame Arbeit zur Verfügung zu haben. Diese Idee wurde allerdings später aus prinzipiellen politischen Erwägungen heraus verworfen (siehe oben: 3.2.5). Mindestens zwei Interviewpartner sind durch geförderte Beschäftigung überhaupt erst zu ihrem Projekt gestoßen, in dem sie nach Auslaufen der befristeten Stellen auf ehrenamtlicher Basis kontinuierlich weiter gearbeitet haben (siehe oben: 3.2.1). Außerdem kann die Vergütung des bislang unentgeltlich geleisteten Beitrages einzelner Mitglieder dazu gedacht sein, diese gezielt in einer schwierigen Lage zu unterstützen; sie stellt dann einen Akt der Solidarität mit Einzelnen dar, durch den die Gemeinschaft der Mitarbeiter nicht untergraben, sondern bestätigt und erneuert wird. Damit dies gelingt, kann es erforderlich sein, gemeinsam bestimmte Ansprüchen an die Form und den Rahmen einer Vergütung freiwilliger Arbeit zu formulieren, auf die das Projekt oder der Verein als Träger dann verpflichtet wird – insbesondere, wenn es sich um eine öffentlich geförderte Beschäftigung handelt: Politisch akzeptable Beschäftigungsbedingungen gehören dazu, zum Beispiel, indem die Vergütung vom Träger bis auf die Höhe des geforderten gesetzlichen Mindestlohns bezuschusst wird – sofern die gesetzliche Grundlage eine solche Lösung überhaupt erlaubt –, sowie das Prinzip der Stellenrotation, durch das eine sukzessive und gleichmäßige Versorgung der erwerbslosen ehrenamtlichen Mitarbeiter mit geförderten Stellen zumindest angestrebt wird (siehe oben: 3.2.5).

3.3.3 Mehr erreichen, als bloß zu helfen

Fast alle Interviewten leisten durch ihr Engagement in der einen oder anderen Form Hilfe für andere. Ob sie sich in der Sozialberatung, als Begleiter auf Behördenwegen oder in der Personenbetreuung engagieren, ob sie Bedürftige mit kostengünstigen Lebensmitteln oder Haushaltsgegenständen versorgen – sie alle teilen das Motiv, Menschen, die sich in einer Notlage befinden, adäquat zu helfen. Diese Menschen können zum Bekanntenkreis der Helfer gehören, doch in der Regel handelt es sich dabei für sie um Fremde. Oberflächlich betrachtet besteht die Hilfe, in welcher Form sie auch gewährt wird, ganz allgemein darin,

den Adressaten etwas zu geben, woran es ihnen mangelt und was sie in ihrer Situation dringend brauchen; dabei kann es sich ebenso um einen Gegenstand wie um einen Dienst handeln. Doch bei genauerer Betrachtung geht es über solche Abhilfe hinaus oft auch darum, auf bestimmte Einstellungen, Fähigkeiten und Verhaltensweisen der Adressaten Einfluss zu nehmen. Das ist augenfällig, wo die Unterstützung dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe folgt, doch eine sozialpädagogische Komponente sozialen Engagements lässt sich auch andernorts entdecken. Die meisten Interviewpartner, die sich als Helfer engagieren, erheben im Interview Erwartungen an ihre Adressaten: Typischerweise handelt es sich dabei um Fragen der als richtig oder falsch erachteten Lebensführung und der Bereitschaft zur Selbsthilfe, des Anspruchsbewusstseins als Leistungsberechtigter gegenüber dem Jobcenter, der politischen Einstellung und Interessenartikulation oder der Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren und sich eventuell dem jeweiligen Projekt anzuschließen. Es geht den Helfern dann nicht allein darum, selbst adäquate Abhilfe zu leisten, sondern auch darum, die Empfänger ihrer Hilfe dazu zu bewegen, angemessen auf das zugrunde liegende Problem zu reagieren. Dabei gehen die Ansichten auseinander, worin das Problem besteht und welcher Lösungsansatz als angemessen gelten kann, und die Interviewpartner setzen im Verhältnis von Hilfe und Einflussnahme entsprechend unterschiedliche Prioritäten. Einige beabsichtigen, diejenigen, denen sie helfen, individuell und kollektiv zu befähigen und zu stärken, oder sie suchen nach Gelegenheiten, sie zu politisieren; sie setzen ihre Hilfe strategisch im Interessenkonflikt zwischen Betroffenen einerseits und Politik und Verwaltung andererseits ein. Andere wiederum entwickeln ihre Erwartungen an das Verhalten ihrer Adressaten eher beiläufig und unsystematisch (siehe oben: 3.2.3).

Welche Ziele die Engagierten sich im Einzelnen über das der unmittelbaren Abhilfe hinaus setzen – stets hat dieser Zweck vor den übrigen Vorrang. Wenn sich die Adressaten auch nicht auf die weiteren Anliegen der Helfer einlassen, so helfen diese ihnen dennoch dabei, soweit sie können, ihre vordringlichen Probleme zu lösen oder zumindest zu entschärfen. Entsprechend viel Sorgfalt wird in den Projekten jeweils darauf verwendet, die Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen und zu erhalten, gezielt Abhilfe leisten zu können, da dies die Basis ist, auf der weitergehende Ziele erst verfolgt werden können. Das Angebot, zu helfen, bringt Helfer und Adressaten zusammen, die sich sonst vielleicht nie begegnet wären; daraus ergeben sich unter Umständen Gelegenheiten, über den Anlass der Abhilfe hinaus miteinander zu sprechen und zu handeln. Doch in jedem Fall scheint genau diese Verwandlung von Abhilfe in etwas darüber Hinausgehendes von den Aktiven nur schwer zu bewerkstelligen zu sein. „Wir“ und „die“ (siehe oben: 3.2.3.3) – dieses in den Interviews immer wieder verwendete Wortpaar

bedeutet nicht allein eine Unterscheidung, sondern auch eine Trennung zwischen den Interviewpartnern und denen, für die sie sich engagieren. Die Gründe für diese Schwierigkeiten sind nicht allein im Desinteresse der Adressaten oder von Betroffenen im Allgemeinen zu suchen, wenn auch aktive Mitglieder sowohl karitativer als auch politischer Projekte im Interview die Grenzen der Erreichbarkeit ihrer Adressaten eben darauf zurückführen. Es müssen aber auch die eventuell prägenden Effekte der Hilfe selbst, und das heißt die Art und Weise, wie und unter welchen Umständen sie gewährt wird, berücksichtigt werden. Denn die spezifischen Voraussetzungen, unter denen es gelingt, zu helfen, erschweren es möglicherweise zugleich, auf eine andere Weise mit den Adressaten zu handeln und weitergehende Ziele zu verfolgen. Insofern kann Hilfe nicht allein eine Basis, sondern auch einen Ballast darstellen.

Inwieweit gelingt es den Aktiven, ihre Adressaten als Personen mit eigenen Interessen und eigenem Gestaltungsanspruch anzusprechen, und inwieweit nehmen sie sie selbst auf diese Weise von vornherein wahr? Dieser Frage kommt besondere Bedeutung zu, sofern sich die Art und Weise, in der die Helfer ihre Adressaten zunächst ansprechen, darauf auswirkt, wie sich deren Kommunikation und Interaktion im weiteren Verlauf gestaltet und gestalten lässt. In diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, zu untersuchen, was noch vor der eigentlichen Hilfe zwischen Helfern und Hilfebeziehern geschieht. Da der Zustrom der oft noch unbekanntenen Adressaten von den Projektmitarbeitern erst einmal als solcher bewältigt werden muss, bevor sie sich auf den je individuellen Fall einlassen können, müssen sie ihn auf die eine oder andere Art steuern und kontrollieren (siehe oben: 3.2.3.2; 3.2.3.3).

So findet beispielsweise in einer Tafel aufgrund des begrenzten Umfangs an Lebensmittelspenden und der starken Nachfrage eine Bedürftigkeitsprüfung statt. Die Erlaubnis, in der Tafel einzukaufen, setzt dann den Nachweis tatsächlicher Bedürftigkeit anhand eines entsprechenden Bescheides des Jobcenters oder Sozialamtes voraus. Wer nicht als bedürftig identifiziert – und entsprechend adressiert wird – aber dort einkaufen möchte, wird bereits bei der Anmeldung gewissermaßen aussortiert. Dem entspricht der Argwohn, den eine Tafelmitarbeiterin im Interview äußert, es könnte sich unter denen, die sich in die Kundenkartei eintragen lassen wollen, jemand befinden, der sich dadurch ungerechtfertigt einen Vorteil verschaffen will. In der konkreten Beratungseinrichtung, in der sich ein anderer Interviewpartner engagiert, werden die auf einen Beratungstermin wartenden Adressaten routinemäßig von ihm und seinen Kollegen unterschieden und eingeordnet, ausdrücklich nach dem Kriterium, ob sie Probleme mit einer Suchtabhängigkeit oder mit dem Jobcenter haben, stillschweigend danach, ob sie einen eher selbständigen oder unselbständigen Eindruck machen.

Wenn so auch die Frage, inwiefern der Adressat im Prozess der Hilfe selbst tätig sein kann und sich daran beteiligen kann, in den Vordergrund rückt, dürfte dessen Anrede als Nichtsüchtigen – und damit als potenziell Süchtigen – dazu geeignet sein, das weitere Gespräch zu belasten. Eine Voraussetzung dafür, dass Hilfe trotz Scham oder Angst in Anspruch genommen wird, kann darin bestehen, dass Diskretion und eine gewisse Anonymität gewährleistet sind. Entsprechende Regeln ebnet aber nicht nur den Weg zwischen Helfern und Adressaten, sondern sie können zugleich Distanz zwischen ihnen schaffen. Dies lässt sich eindrücklich illustrieren anhand der Bemerkung einer Tafelmitarbeiterin darüber, wie die Kunden der Tafel von ihren Kollegen angesprochen werden: „für uns sind das nur die Nummern“. Darüber, wie die Adressaten solche und weitere Routinen erleben, wie sie sich von den Helfern angesprochen fühlen und inwiefern sich dies auf ihre Rolle in der gemeinsamen Interaktion auswirkt, lässt sich anhand der Interviews nur mutmaßen. Doch es ist davon auszugehen, dass sich die jeweilige Lösung für das allgemeine Problem, die Nachfrage nach Hilfe logistisch bewältigen zu müssen, darauf auswirkt, wie die Menschen, denen diese Hilfe gilt, im ersten Moment wahrgenommen und angesprochen werden können und wie diese selbst sich wahrgenommen und angesprochen fühlen.

Nicht nur die Voraussetzung von Hilfe, sondern auch die Tätigkeit selbst kann eine Trennung zwischen Helfern und Hilfesuchenden erzeugen, die es erschwert, sich gegenseitig als Gleiche, auf derselben Seite Stehende, anzuerkennen. Jemandem zu helfen, impliziert nicht notwendigerweise, dass man sich auch mit ihm identifiziert; es kann eine Distanz auch hervorrufen oder festigen. Beispielsweise kann es bedeuten, ihn in einer Lebenslage zu erleben, in der man sich selbst nicht befinden möchte, mit Problemen konfrontiert zu sein, die man selbst nicht haben möchte, oder gar ihn als jemanden wahrzunehmen, der man selbst nicht sein möchte. Sich als Helfer zu engagieren, stellt für einige einen Weg der Bewältigung eigener Probleme dar. Dabei erscheinen Adressaten und andere Betroffene mitunter als Negativbeispiel, von dem man sich durch seine engagierte Haltung positiv abhebt und distanziiert; gelegentlich äußern Interviewpartner ihren Anspruch, einen moralischen und praktischen Vorsprung vor solchen Adressaten zu haben (siehe oben: 3.2.3.2; 3.2.3.3). In diesem Zusammenhang ließe sich fragen, inwiefern sie stigmatisierende Zuschreibungen und ideologische Konzepte vom unwürdigen Armen in ihre eigenen Deutungsmuster übernommen haben und sich so das Bild vom sprichwörtlichen faulen Hartz-IV-Empfänger zu eigen machen, unter dem sie selbst leiden. Diese Frage setzt allerdings zunächst ein Verständnis für ihre alltägliche Praxis mit den Adressaten voraus, in deren konkreten Kontext solche Zuschreibungen und Deutungen erst angemessen verstanden werden können. Tatsächlich entwickeln die Helfer in ihrem

Feld bestimmte Kompetenzen, derentwegen ihre Hilfe überhaupt erbeten und in Anspruch genommen wird, teilweise von Menschen, die mit ihrer Situation regelrecht überfordert sind. Einigen von denen ist es peinlich, aufgrund sozialer Probleme Hilfe in Anspruch zu nehmen, und sie bringen ihre Scham darüber zum Ausdruck. In existenziellen Belangen zu helfen, kann also auch heißen, Defizite zu thematisieren und die Lebensgrundlagen einer Person anzusprechen. Dies kann von beiden Seiten als grenzüberschreitend erfahren werden. Auch wenn das ausdrücklich verfolgte Motiv darin besteht, mehr zu tun, als bloß zu helfen, und sich weitergehend auf die Hilfebedürftigen einzulassen, eventuell mit ihnen zusammenzuarbeiten, kann dem ein uneingestandenes Motiv entgegenwirken, sich nicht mehr als nötig auf den Anderen und dessen Probleme einzulassen und nicht zu viel von ihm zu erwarten, um mögliche Enttäuschungen zu vermeiden und die Distanz zu wahren, die ein positiveres Selbstverständnis ermöglicht. Auf der anderen Seite kann auch der Adressat daran interessiert sein, möglichst wenig mit seinen Helfern zu tun zu haben und die ihm peinliche Situation so schnell wie möglich zu beenden. Hilfe in existenziellen Angelegenheiten stellt dann keine stabile Grundlage dar, um darauf weitergehende Aktivitäten zu gründen.

Typischerweise sind an der Hilfe nicht nur Helfer und Adressaten, sondern auch Dritte auf die eine oder andere Weise beteiligt. In einer Tafel beispielsweise sind dies unter anderem die Spender der Lebensmittel, die die Helfer an ihre Adressaten weiterverteilen; bei der Beratung und Beistandschaft spielen das Jobcenter und dessen Mitarbeiter eine wichtige Rolle (siehe oben: 3.2.3.2). Auch wenn im ersten Fall die Spender als indirekte Helfer fungieren und im zweiten Fall die Sachbearbeiter darüber hinaus auch als Verweigerer von Hilfe und damit als Urheber eines Problems, das in der Beratung und Begleitung gelöst werden soll, haben Spender und Jobcentermitarbeiter etwas Entscheidendes gemeinsam: Im Endeffekt muss deren Kooperation oder Einwilligung, im gewünschten Sinne zu helfen, erzielt werden – im einen Fall mit dem Mittel der Spendenakquise, im anderen mit dem Mittel sozialrechtlicher Argumente und Rechtsmittel. Ob Hilfe gelingt, ist voraussetzungsvoll. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten der Helfer besteht daher darin, die entsprechenden Voraussetzungen zu verstehen, um sie erfüllen zu können. Es müssen beispielsweise „Bücher gewälzt werden“, wie es eine ehrenamtliche Sozialberaterin im Interview ausdrückt (siehe oben: 3.1.3). Berater und Begleiter beschreiben ihre Rolle typischerweise als die von Experten, die gegenüber ihren Adressaten einen Erfahrungsvorsprung haben und besser beurteilen können, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln sich gegenüber dem Jobcenter etwas erreichen lässt, ob überhaupt Aussicht auf Erfolg besteht, ob die Hilfesuchenden mit ihrem jeweiligen Anliegen prinzipiell Recht ha-

ben oder nicht (siehe oben: 3.2.3.2). Im Interesse ihrer Adressaten, aber auch im eigenen Interesse daran, möglichst gezielt und effizient helfen zu können, statt sich in aussichtslose Querelen zu verstricken, lenken sie die Auseinandersetzung mit dem Jobcenter in bestimmte geregelte Bahnen (siehe oben: 3.2.3.2). Dabei zeigen sie sich daran interessiert, den Konflikt auf einer rationalen Ebene zu führen, auf der die von ihnen erprobten argumentativen und rechtlichen Mittel stichhaltig sind und auf der sich die Auseinandersetzung auch über den einzelnen Fall hinaus langfristig führen lässt. In der charakteristischen Orientierung auf legale Lösungen der interviewten Berater und Begleiter kommt vermutlich deren praktische Einsicht und Erfahrung zum Ausdruck, auf welchem Wege sie das ihnen Mögliche für ihre Adressaten am ehesten erreichen können. Der Konflikt mit dem Jobcenter wird von diesen Begleitern ihren Berichten zufolge nie in dem eskalierenden Sinne geführt, notfalls den Hausfrieden zu brechen, sondern in der deeskalierenden Absicht, die Sachbearbeiter auf die Ebene des sozialrechtlich Vertretbaren zurückzuführen (falls erforderlich durch Widerspruch und Klage), sie dazu zu bewegen, entsprechenden Argumenten zugänglich zu sein, und sie als Beistand anzuerkennen.

Ein Interviewpartner hingegen, der sich nicht selbst in der Sozialberatung oder als Beistand engagiert, spricht sich an einer Stelle für unkonventionelle Aktionsformen zur kollektiven Interessendurchsetzung Betroffener im Jobcenter aus – für eine Art konfrontativer statt verständigungsorientierter Begleitung, wie sie von einigen Initiativen in anderen Regionen praktiziert wird, bei der die Sachbearbeiter durch die massenhafte Präsenz von Begleitern und Begleiteten unter Druck gesetzt werden sollen. Aus seiner Sicht hätte dies den Sinn, die Betroffenen als widerständige Subjekte zu mobilisieren und die Begleitung zu einem politischen Ereignis werden zu lassen (siehe oben: 3.2.3.2). Doch dieser Ansatz der kollektiven Regelverletzung lässt sich nicht ohne weiteres mit der von den interviewten Begleitern vertretenen legalen Lösungsorientierung vereinbaren. Das heißt nicht, dass die Ansätze sich gegenseitig ausschließen, sondern dass sie von den Aktiven sorgfältig aufeinander abgestimmt werden müssten, wenn sie sich gegenseitig ergänzen sollen. Die Sozialinitiative zweier Interviewpartner hat diese Aufgabe dadurch gelöst, dass sie ihre politischen Protestaktionen gegen problematische Aspekte der Verwaltungspraxis von der Begleitung und vom konkreten Beratungsfall getrennt durchgeführt hat (siehe oben 3.2.4). Ihr Beispiel unterstreicht die grundsätzlich zu lösende Schwierigkeit, Beratung und Beistandschaft zu politisieren und in der Hilfe über diese hinauszugehen – sofern solche Motive überhaupt verfolgt werden.

3.3.4 Politisch wirken

Einige Interviewpartner verfolgen das Ziel, politisch etwas zu bewegen und die besonderen Probleme, die sie in ihrem sozialen Engagement und als Betroffene erfahren, in einem allgemeinen, sozialpolitischen Rahmen zu thematisieren, wenn möglich zu lindern und zu lösen. Diese politische Zielsetzung kommt beispielsweise in den eher langfristigen Forderungen nach einer radikalen Reform der sozialen Sicherung bei Erwerbslosigkeit und Armut, nach einem bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommen, nach deutlicher Arbeitszeitverkürzung, Anhebung des Regelsatzes und Einführung eines Mindestlohnes in existenzsichernder Höhe ebenso zum Ausdruck, wie in der mittelfristigen Forderung nach einem Sozialticket für Busse und Bahnen, für die sich verschiedene Interviewpartner aktiv einsetzen. Vermutlich würden die Mehrzahl der Interviewten in der Meinung übereinstimmen, dass die Interessen von Betroffenen in der Sozialpolitik stärkeres Gewicht haben sollten, als dies bislang der Fall ist – entsprechende Hinweise finden sich in fast allen Interviews –, doch nur ein Teil von ihnen richtet sein Engagement gezielt darauf, für dieses Ziel zu kämpfen (siehe oben: 3.2.4).

Die interviewten Mitglieder sozialpolitisch ausgerichteter Initiativen beanspruchen offenbar, ihre Interessen in erster Linie selbst und gemeinsam zu vertreten, statt dies anderen zu überlassen. In ihren Erzählungen spielen Fragen der politischen Repräsentation, der Erreichbarkeit der Abgeordneten und der Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten, verglichen mit Fragen der eigenen politischen Partizipation, eine untergeordnete Rolle. Wenn sie Mandatsträger und Vertreter politischer Parteien gelegentlich zur Rede stellen, dann geschieht dies nicht so sehr, weil sie sich davon eine Wirkung auf die Repräsentation ihrer Interessen erhoffen, sondern aus dem Motiv heraus, ihre als marginalisiert erfahrene Perspektive auf sozialpolitische und verwaltungsbezogene Probleme öffentlich zu äußern und so die eigene Stimme ins Spiel zu bringen und ihre Anliegen selbst zu vertreten. Ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der Interviewpartner liegt dementsprechend darauf, durch ihre Aktivitäten öffentlich präsent und vernehmbar zu bleiben; dazu dienen ihnen regelmäßige Protestkundgebungen in ihren Städten, Flugblätter, kleinere Publikationen und Leserbriefe. Und sie nutzen öffentliche Veranstaltungen zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Themen, um sich als Teilnehmer gemeinsam in die Diskussion einzumischen. Außerdem arbeiten sie individuell und als Vertreter ihrer sozialpolitischen Projekte in Bürgerinitiativen und Bündnissen mit Akteuren aus Gewerkschaften, Parteien und anderen politischen Initiativen zusammen, um bestimmte Forderungen gemeinsam publik zu machen, eine Protestkampagne vorzubereiten etc. (siehe oben: 3.2.4).

Ein weiteres, mit diesem Motiv politischer Partizipation und Selbstrepräsentation eng verbundenes, aber nicht identisches Ziel besteht darin, andere Betroffene dazu zu bewegen, sich gemeinsam aktiv für ihre Interessen einzusetzen. Während ersteres in erster Linie allgemein auf die Öffentlichkeit und die politische Arena gerichtet ist, zielt letzteres auf die besondere Gruppe der Erwerbslosen und Armen und berührt deshalb einige der Aspekte, die hier bereits im Hinblick auf das Verhältnis der Engagierten zu ihrer Zielgruppe (siehe oben 3.3.3) behandelt worden sind. Die politischen Aktivisten unter den Interviewpartnern versuchen, Betroffene zu mobilisieren, sie also zur unverbindlichen Teilnahme an ihren Protesten und Veranstaltungen zu motivieren; sie des Weiteren zu organisieren, das heißt für die verbindliche und regelmäßige Teilnahme in ihren Projekten zu gewinnen, und schließlich eine positiv besetzte und handlungsorientierte kollektive politische Identität zu erzeugen, indem sie ihre politischen Problemdeutungen verbreiten, an die selbstbewusste Anspruchshaltung als Leistungsberechtigte appellieren, gemeinsame Interessen formulieren und auf dieser Basis Solidarität einfordern (siehe oben: 3.2.3.2).

Politisch zu handeln und sich in einer bestimmten Arena zu Wort zu melden, setzt Selbstsicherheit, Mut und Ambition als politischer Bürger voraus. Eine Meinung, die man unter Bekannten freimütig äußert, behält man auf einer Diskussionsveranstaltung vielleicht für sich, wenn man seinen Standpunkt und den eigenen Auftritt als diesem öffentlichen Rahmen unangemessen empfindet. Wer sich selbst nicht dazu berechtigt sieht, zu sprechen, oder nicht erwartet, von den Zuhörern als berechtigt anerkannt zu werden, wird wahrscheinlich schweigen. Wo es in den Interviews um politische Themen geht, kommen gelegentlich solche und weitere Aspekte der Selbstsicherheit als politischer Bürger zur Sprache (siehe oben: 3.2.4) – einer Haltung, die von verschiedenen Seiten in Frage gestellt wird und die es entsprechend zu behaupten gilt, um politisch handlungsfähig zu bleiben. In manchen Erzählungen kommen Zweifel daran zum Ausdruck, überhaupt als vollwertiger Bürger anerkannt zu werden, dem es gebührt, seine Ansichten gegenüber dem Staat offen zu äußern. Ihr stehe es gar nicht zu, gegenüber der Stadtverwaltung Kritik an deren Sozialpolitik zu üben, meint eine Interviewpartnerin, die sich im Interview gegen die kommunalen Kürzungen im Sozialbereich ausspricht. Ein anderer nimmt die Geringschätzung vorweg, die er von Seiten der Verwaltungsangestellten befürchtet, indem er seinen Lösungsvorschlag für ein drängendes Problem mit den Worten einleitet: „Ich bin nüchtern, ich bin ein Hartz-IV-Empfänger. Aber so geht das nicht auf Dauer.“ (Siehe oben: 3.1.3.) Verunsichernd wirkt außerdem die Ungewissheit, ob die sozialen Probleme, mit denen man sich beschäftigt, angesichts optimistisch stimmender Arbeitsmarktzahlen von Außenstehenden überhaupt noch wahrgenommen werden,

ob die Kritik an Hartz IV noch ernst genommen oder als überzogen und der allgemeinen Entwicklung unangemessen abgetan wird. Wut beziehungsweise Entmutigung ruft dementsprechend die statistische Verschleierung der Situation am Arbeitsmarkt bei zwei Erwerbslosen hervor, die sich in ihrer politischen Öffentlichkeitsarbeit auf die angespannte Lage beziehen – nicht nur als argumentative Grundlage, sondern auch als Beweis der Dringlichkeit ihrer spezifischen Sorgen und Probleme. Diese Basis droht ihnen durch geschönte Kennzahlen verloren zu gehen (siehe oben: 3.2.4). Von der politischen Macht schließlich sehen sich die Interviewten, die auf dieses Thema zu sprechen kommen, als Betroffene ausgeschlossen; stattdessen stellen sie sich als den Entscheidungen der Politiker in Regierung und Parlament Unterworfenen und ihre Interessen als denen unerreichbarer ökonomischer Eliten weit untergeordnet, wenn nicht als bedeutungslos dar. Eine ganze Reihe der in den Interviews angesprochenen politischen Aktivitäten setzt an dieser in Frage gestellten Selbstsicherheit als Bürger an. Neben dem offenkundigen Anliegen, eine Forderung bekannt zu machen, Kritik zu äußern oder über bestimmte Sachverhalte zu informieren, geht es immer auch darum, zu vermitteln, dass Betroffene einen Anspruch darauf haben, als Bürger gehört, statt ignoriert zu werden, dass ihre Probleme gravierend und gesellschaftlich relevant statt randständig und unerheblich sind und dass sie prinzipiell fähig dazu sind, eine Gegenmacht zu entfalten, statt interessenpolitisch marginalisiert zu bleiben. Noch lange nach einer Protestaktion wird in Episoden und Anekdoten die motivierende Erinnerung daran wachgehalten, wie man dadurch in die Presse oder ins Fernsehen gekommen oder zum Stadtgespräch geworden ist. Arbeitsmarkt- und armutsstatistische Kennzahlen werden ebenso aufmerksam verfolgt wie arbeitsmarkt- und tarifpolitische Skandale, die sich auf eine Aushöhlung der sozialen Sicherung bei Erwerbslosigkeit zurückführen lassen. Entsprechende Meldungen machen in den Projekten die Runde und werden in Gesprächen und auf Flugblättern zitiert, um den Ernst der Lage zu unterstreichen und die Betroffenheit breiter gesellschaftlicher Kreise über die Gruppe der erwerbslosen ALG-II-Bezieher hinaus zu dokumentieren. Auf Beispiele dafür, wie Erwerbslose und Arme sowie andere Bürger durch massenhafte oder nur entschlossene Proteste, durch Solidarität, Unbeugsamkeit und Beharrlichkeit gemeinsam etwas in ihrem Interesse erreicht haben, beziehen sich die Aktivisten noch Jahre und Jahrzehnte danach und leiten daraus ihre unabdingbare Gewissheit ab, dass dies auch gegenwärtig und in Zukunft möglich bleibt.

Mit den Hartz-IV-Protesten liegt die vorerst letzte Hochphase der Protestmobilisierung und der Selbstorganisation von Betroffenen, die davon wichtige Impulse erhaltend hat, bereits Jahre zurück; die Zahl derer, die mehr oder weniger verbindlich an den politischen Projekten, Protesten und Kampagnen der in-

interviewten Aktivistinnen teilnehmen, ist auf einen Kern von wenigen Aktiven zusammengeschrumpft. Über den Zeitraum hinaus, in dem die Interviews geführt worden sind, besteht bundesweit eine Mobilisierungsschwäche, die sich in den Aussagen der Interviewten spiegelt, ihre politischen Aktivitäten sind für Betroffene derzeit kaum attraktiv, sie haben erhebliche Schwierigkeiten, über ihren Kern hinaus Menschen zu mobilisieren und zu organisieren (siehe oben: 3.2.3.3). Dies stellt umso mehr ein Problem für sie dar, als Perspektiven auf Veränderung typischerweise, wenn auch nicht ausschließlich, die Vorstellung von Massenmobilisierung und entsprechendem Druck von der Straße beinhalten. Bei ihren Versuchen, Betroffene zum Mitmachen zu bewegen, stoßen sie in der Regel auf Ablehnung aus Desinteresse oder Resignation; wer politisches Interesse an den von ihnen angesprochenen Problemen zeigt und darüber lamentiert, ist deshalb noch lange nicht als aktiver Mitstreiter oder einfacher Protestteilnehmer zu gewinnen. Außer der fehlenden Bereitschaft anderer, mitzumachen, haben sie mit Ressentiments von Betroffenen untereinander zu kämpfen, die sich darin äußern, dass sich Individuen abgrenzen von als homogen imaginierten und negativ konnotierten Kategorien wie den Hartz-IV-Empfängern sowie von den realen Personen und Gruppen, die sie diesen Kategorien zurechnen (siehe oben: 3.2.3.2). Hartz IV erweist sich so als in einem fatalen Sinne anschlussfähiges Thema, durch das sich ein Teil der Adressaten, die selbst von Sozialabbau und Deregulierung am Arbeitsmarkt betroffen sind, aufgrund ihrer Vorurteile eher abschrecken als motivieren, mobilisieren und organisieren lassen. Vor diesem Hintergrund stellen sich den Aktivistinnen eine Reihe basaler politischer Aufgaben, sie müssen erst die Grundlagen politischer Mobilisierung und Interessenartikulation schaffen – sinnbildlich lässt sich von den Mühen, eine Tiefebene zu durchqueren, sprechen. Dazu gehört es, politisch ins Gespräch zu kommen, Überzeugungsarbeit in ganz grundsätzlichen Fragen zu leisten, die gesellschaftlich-politische Dimension scheinbar privater Probleme ins Bewusstsein zu rufen, Interesse zu wecken und entgegen einer verbreiteten Resignation zu motivieren. Obwohl oder gerade weil die Hartz-IV-Proteste noch in allgemeiner Erinnerung sind, müssen sie Pionierarbeit leisten, sofern der Eindruck von der Erfolglosigkeit dieser Proteste gegenüber dem einer prinzipiellen Möglichkeit, sich in die politische Entwicklung kollektiv einzumischen, überwiegt. Um zu verstehen, warum ihre politischen Projekte für nur eine kleine Minderheit von Aktiven attraktiv sind, muss deshalb neben dem Rückzug vieler Betroffener ins Private und ihrer Abwendung von politischen Aktivitäten auch berücksichtigt werden, dass diese Projekte, bezogen auf die Formierung eines kollektiven Interesses, erst am Anfang oder je nach Sichtweise am Ende, nämlich nach dem Scheitern einer

Protestbewegung, stehen und dass sie im politischen Feld dementsprechend marginalisiert sind.

Neben dem Versuch, Betroffene dazu zu bewegen, kollektiv und solidarisch zu handeln und gemeinsame Interessen zu formulieren und zu artikulieren, stellen die auf ein breiteres Publikum gerichtete Öffentlichkeitsarbeit sowie Formen politischer Interaktion mit gegnerischen und verbündeten Akteuren aus Politik und Verwaltung, Verbänden und Initiativen einen weiteren Bestandteil des sozialpolitischen Engagements eines Teils der Interviewpartner dar (siehe oben: 3.2.4). Hier geht es darum, sich an politischen Diskursen und am sozialpolitischen Geschehen zu beteiligen und so das eigene Projekt politisch ins Spiel zu bringen. Die Resonanz, die sie dabei erfahren, bewerten sie überwiegend als eher gering; einige haben das Gefühl, eher belächelt und toleriert, statt ernst genommen und akzeptiert zu werden. Als Erfolg gilt unter diesen Umständen bereits, überhaupt von etablierten Akteuren und Bürgern wahrgenommen zu werden. Dennoch haben sie sich mit ihren Erwerbslosenprojekten eine politische Präsenz in ihren Städten erarbeitet: Sie äußern sich öffentlich, bleiben mit ihren regelmäßigen Protesten im öffentlichen Raum sichtbar, haben vereinzelt Gelegenheit, als Gruppe mit Vertretern von Politik und Verwaltung zu sprechen, und sie beteiligen sich im Bündnis mit anderen Gruppen an Demonstrationen sowie an deren organisatorischer Vorbereitung. Einen förderlichen Faktor stellt dabei die Unterstützung durch Bündnispartner dar: Im lokalen Rahmen oder darüber hinaus etablierte politische Organisationen – in den konkreten Beispielen sind dies lokale und regionale Untergliederungen einer Gewerkschaft und ein politisch links orientierter Kulturverein – unterstützen die sozialpolitischen Projekte der Interviewpartner und fördern so deren politische Handlungsfähigkeit. Sie stellen ihnen Sitzungs- und Arbeitsräume zur Verfügung, geben Anschubhilfe in Form von EDV und Büromaterial, richten auf Basis öffentlich geförderter Beschäftigung Mitarbeiterstellen für einzelne Aktivisten ein, stellen hauptamtliche Mitarbeiter beratend zur Seite, halten aufbereitete Informationen bereit und bezuschussen oder tragen eventuell anfallende Fahrtkosten. Linke Parteien stellen den Interviews zufolge eher ein zweites organisatorisches Standbein dar und dies auch nur für zwei der Interviewten als Individuen statt eine Basis, auf die die Projekte sich stützen – zumal es anderen politisch aktiven Interviewpartnern gerade auf ihre parteipolitische Unabhängigkeit ankommt.

Ein Grund für ihre weitgehende diskursive Randständigkeit, auf den mehrere Interviewpartner zu sprechen kommen, liegt in der grundsätzlichen Schwierigkeit, mit ihren Forderungen, die auf eine substanzielle Erleichterung für ALG-II-Bezieher zielen, an verbreitete politische Problemdeutungen und Lösungsperspektiven anzuknüpfen (siehe oben: 3.2.4). Aus ihrer Sicht liegt beispielsweise

ein kausaler Zusammenhang von niedrigen Regelsätzen und entgrenzten Zumutbarkeitskriterien im Hartz-IV-System, einem daraus resultierenden Druck auf Arbeitnehmer, eine Arbeit auch unter widrigen Bedingungen zu akzeptieren und dem Entstehen eines Niedriglohnssektors am Arbeitsmarkt auf der Hand, so dass sie die Forderung nach höheren Regelsätzen mit der nach einem gesetzlichen Mindestlohn wie selbstverständlich verbinden. Sofern das Mindestlohnthema jedoch auf bundespolitischer Ebene in Parlament und Parteien diskutiert wird und mediale Aufmerksamkeit erfährt, spielt die Höhe der Mindestsicherung als dem Kernanliegen der Erwerbslosenaktivisten in der jeweiligen Argumentation keine tragende Rolle. Forderungen nach bestimmten kommunalen Leistungen, die darauf abzielen, die Teilhabevoraussetzungen einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zu verbessern, stehen dem Trend diametral entgegen, freiwillige Leistungen der Kommunen im sozialen Bereich zu kürzen und im Kontext der Standortkonkurrenz der Städte die Priorität auf attraktive Angebote für Mittelschichten und Eliten zu setzen. Außerdem berichten Interviewpartner, dass ihren Themen und Forderungen im politischen Gespräch mit Bürgern das Stigma des Hartz-IV-Empfängers anhaftet, so dass deren Anschlussfähigkeit auch unter diesem Aspekt einer mangelnden Akzeptanz leidet.

Die politischen Aktivitäten der Interviewpartner finden überwiegend auf der Ebene ihres lokalen Nahbereichs statt: Ihre regelmäßigen Kundgebungen richten sich an die Bürger der jeweiligen Stadt und an Passanten; wer daran teilnimmt, kommt aus der Gegend und reist nicht von weit her an (siehe oben: 3.2.3.2; 3.2.4). Auch politische Bündnispartner finden sie in erster Linie in ihrem unmittelbaren Umfeld. Beim Jobcenter als zentralem Themenfeld und Anlass eines Großteils ihrer politischen Aktivitäten handelt es sich um eine gemeinsame Einrichtung ihrer jeweiligen Kommune und der Bundesagentur. Damit ist ihr politischer Handlungsbereich keineswegs auf diese kommunale Ebene beschränkt, schließlich sind alle politisch engagierten Interviewpartner regional miteinander vernetzt, sodass zwischen ihnen in monatlichen Abständen zumindest ein inhaltlicher Austausch stattfindet. Und wenigstens zwei von ihnen engagieren sich zusätzlich in bundesweiten Erwerbslosennetzwerken. Doch der Schwerpunkt der in den Interviews geschilderten politischen Aktivitäten liegt in jedem Fall vor Ort in der außerparlamentarischen Kommunalpolitik. Aufgrund der chronisch angespannten Haushaltslage ist der sozialpolitische Gestaltungsspielraum in diesem Bereich verglichen mit der Landes- und Bundespolitik besonders eng – das gilt auch unabhängig von der jeweiligen Prioritätensetzung zu Ungunsten einkommensschwacher Bevölkerungsteile, die von einem Interviewpartner kritisiert wird. Und während sie in der Beratung und Begleitung auf lokaler Ebene im Einzelfall durchaus etwas erreichen können, weil sich dort die konkreten Prob-

leme stellen, die entsprechenden Ansprechpartner – die Sachbearbeiter – anzutreffen sind und sogar Konflikte ausgetragen werden, fehlen ihnen auf dieser Ebene nennenswerte politische Einflussmöglichkeiten. Kommunalpolitiker, an die sie sich mit ihrer Kritik an der Verwaltungspraxis und mit entsprechenden Forderungen wenden, blocken ab und erklären sich in diesen Fragen machtlos oder nicht zuständig. So fehlt ihnen ein Ansprechpartner, der politisch legitimiert wäre, Änderungen auch gegen die Macht der Verwaltung durchzusetzen. Im äußersten Falle scheint es für die Aktiven noch erreichbar zu sein, Lob und Kritik gegenüber der Geschäftsführung des Jobcenters zu äußern, etwa im Rahmen eines nach Protesten und politischen Kampagnen vereinbarten Gesprächs oder im örtlichen Beirat, an dessen Sitzung ein Vertreter eines ihrer Projekte teilgenommen hat. Betrachtet man die geringen finanziellen Möglichkeiten der Kommunen und die politische Unzugänglichkeit von deren Jobcentern, dann liegt der Schwerpunkt der sozialpolitischen Aktivitäten der Interviewpartner fataler Weise auf einer Ebene des politischen Systems, in dem der Gestaltungsspielraum zur Bearbeitung ihrer Kernthemen besonders gering ist.

Abschließend seien die hier herausgearbeiteten Bedingungen, unter denen die Interviewten ihren Zielen im Engagement nachgehen, noch einmal zusammengefasst. Es handelt sich dabei erstens um die *Verfügbarkeit von Ressourcen*, insbesondere solcher, die bei der Bewältigung von Problemen, die aus der Ausgrenzung am Arbeitsmarkt resultieren, zum Einsatz kommen sowie der Kompensation spärlich ausgestatteter Sozialleistungen dienen. Dies sind a) relevante sozialleistungsbezogene Informationen, b) im Rahmen der Fremdhilfe zu erwerbendes praktisches Wissen, das auch der Selbsthilfe dient sowie c) verschiedene Formen der Vergütung oder Aufwandsentschädigung. Inwiefern diese Bedingung erfüllt werden können und der Zugang zu solchen Ressourcen geöffnet werden kann, hängt nicht allein vom Gelingen entsprechender Anstrengungen der auf sich gestellten Aktiven ab, sondern auch von der Unterstützung, Vermittlung und Kooperation seitens Dritter.

Eine zweite Bedingung sind vorhandene *Gestaltungsspielräume* im sozialen Bereich, die sich im Engagement betreten, nutzen, erweitern und ergänzen lassen und in denen die genannten Ressourcen wirksam zum Einsatz gebracht werden können. Negativ wirkt sich in diesem Zusammenhang die tendenziell schwindende politische Gestaltbarkeit auf kommunaler Ebene aus, auf die sich der Großteil der hier untersuchten Aktivitäten beschränkt. Hinzu kommt ein eklatanter Mangel an Möglichkeiten, als Bürger direkt oder vermittelt über gewählte Repräsentanten Einfluss auf die Praxis des Jobcenters zu nehmen. Ob man sich in seinen eigenen und gemeinsamen Aktivitäten als wirkmächtig erfahren kann

oder als ohnmächtig erleben muss, und ob man an die gesellschaftliche Relevanz dieser Aktivitäten glauben kann oder sich aus bürgerschaftlichen Belangen ausgegrenzt wahrnimmt, hängt von der Offenheit und Anschlussfähigkeit des sozialen Bereichs, seiner Akteure und Institutionen für die – oft auffällig bescheidenen – Ansprüche auf Gestaltung von unten ab. Zwar kann die Erfahrung gemeinsamen Handelns im Projekt bereits eine wichtige Quelle der Motivation darstellen, doch dies belegt keineswegs eine Selbstgenügsamkeit solchen Engagements. Denn dass der eigene Beitrag einen positiven Unterschied in Gemeinschaft und Gesellschaft macht und nicht allein innerhalb der Grenzen des eigenen Projektes wirkt, kann für die Motivation, die man aus seinem Engagement zieht, derart wichtig sein, dass entsprechende Erfolge regelrecht imaginiert werden.

Drittens wirkt sich der *Druck auf Erwerbsabhängige*, der auf Beschäftigten im sozialen Bereich angesichts tendenziell belastender Arbeitsbedingungen und engem Arbeitsplatzangebot lastet, auch negativ auf dort bürgerschaftlich engagierte Arbeitsuchende aus. Im Interessenkonflikt zwischen freien Trägern und deren Angestellten um das Arbeitspensum und die Entlohnung treten sie in Konkurrenz zu ihren hauptamtlichen Kollegen. Sie müssen sich als Ungleiche erfahren, deren Mitarbeit und Hilfe zwar von Trägern und einem Teil der Hauptamtlichen willkommen geheißen, von einem anderen Teil jedoch eher als Gefahr wahrgenommen wird. Gerade die Ausgrenzungstendenzen am Erwerbsarbeitsmarkt sind es also, die die einen – die ehrenamtlich Tätigen – dazu drängen, sich in diesem Bereich unentgeltlich zu engagieren und vor der die anderen – die dort auf Basis eines Arbeitsvertrages tätig sind – Angst haben. Was haupt- und ehrenamtliche Kollegen also miteinander verbindet, wirkt sich zugleich trennend auf sie aus.

Viertens: Der *Druck speziell auf Erwerbslose*, angesichts entgrenzter Zumutbarkeitskriterien grundsätzlich jede Art Arbeit akzeptieren zu müssen und außerdem durch ein ALG-II-Einkommen am Existenzminimum dazu gezwungen zu sein, kann sich in Konflikt und Dissens zwischen den bürgerschaftlich Engagierten ausdrücken. Sofern Beschäftigung auf dem zweiten und dritten Arbeitsmarkt von ihnen befürwortet und gewünscht wird, treten sie in Konkurrenz zueinander – um die nur in begrenzter Zahl bewilligten Stellen, zumal um solche im gemeinsamen Projekt. Sofern sie solche Stellen wegen ihrer arbeitsmarktpolitischen Brisanz prinzipiell ablehnen, sich selbst aber wegen der dringend benötigten Zuverdienstmöglichkeit in letzter Konsequenz doch darauf einlassen würden, müssen sie sich vorwerfen und vorwerfen lassen, Ansprüche an Arbeitsbedingungen und Entlohnung aufzugeben und die geforderten erwerbsarbeitsbezogenen Mindeststandards bereitwillig zu unterbieten.

Fünftens stellt die *Hilfebedürftigkeit der Adressaten* eine zweiseitige Bedingung bürgerschaftlichen Engagements im sozialen Bereich dar. Zum einen sorgt sie für die stetige Nachfrage nach den Hilfeangeboten, die die Aktiven den von Erwerbslosigkeit und Armut Betroffenen im Rahmen ihrer Projekte machen. Zum anderen wird es auf ihrer Basis relativ unwahrscheinlich, dass die Beteiligten bei ihrer Interaktion über Formen der bloßen Hilfe hinausgelangen und dass ihr Engagement in kultureller und politischer Hinsicht über sich selbst hinauswächst. Dies liegt daran, dass Hilfe grundsätzlich die Gefahr beinhaltet, die daran beteiligten Helfer und Hilfeempfänger einander zu entfremden. Bedürfnisse, sich positiv abzuheben auf der einen und Scham auf der anderen Seite, können eine Distanz erzeugen, die im weiteren gemeinsamen Handeln erst überbrückt werden müsste. Paternalistische Vorstellungen seitens der Helfer vom angemessenen Verhalten der Hilfeempfänger dürften diesen Abstand noch vergrößern. Je ausgeprägter die Hilfebedürftigkeit ist, desto geringer werden zudem die psychischen und zeitlichen Kapazitäten im Alltag, sich zusätzlichen Ansprüchen und Erwartungen seiner Helfer zu öffnen. Die Abhilfe, die man sich von ihnen erwartet, hat dann klar Priorität. Darüber hinausgehende Anliegen der Helfer – zum Beispiel eine politische Motivation ihrer Adressaten – werden von den Hilfesuchenden in dieser Situation eventuell sogar als abwegig wahrgenommen. Diese These sei aber unter den Vorbehalt gestellt, dass in dieser Studie keine Interviews mit Adressaten bürgerschaftlichen Engagements im sozialen Bereich geführt worden sind, aus denen sich auf deren Beweggründe schließen ließe. Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit der Hilfebedürftigkeit der Adressaten besteht in dem Stigma, das ihr anhaftet. Ressentiments gegenüber Erwerbslosen und Einkommensschwachen sind auch unter Betroffenen selbst verbreitet und geeignet, praktische Solidarität wirksam zu untergraben.

Sechstens wirken sich *die Art der Verrechtlichung und die Bürokratisierung des zugrunde liegenden Konfliktes um das Existenzminimum* entpolitisiert aus auf die konkrete Hilfe bei Problemen mit dem Jobcenter. Solche Probleme betreffen zwar viele, kurzfristig zu lösen sind sie jedoch nicht kollektiv, sondern nur von Einzelfall zu Einzelfall. Formen kollektiver Interessenartikulation der Leistungsberechtigten sind im SGB II sowie in der Verwaltungspraxis der Jobcenter nicht vorgesehen; stattdessen müssen sie von den daran interessierten Aktiven selbst mühsam ins Spiel gebracht werden. Die Transformation von bloßer Hilfe in solidarisches Interessenhandeln gestaltet sich unter dieser Bedingung entsprechend schwierig. Beistandschaft – die sozialrechtlich vorgesehene Möglichkeit, gemeinsam statt vereinzelt den Sachbearbeitern gegenüberzutreten – stellt insofern eine Ausnahmegelegenheit im Hartz-IV-System dar. Doch oft erschöpft sich gemeinsames Handeln während der Hilfe bereits in einer solchen

Begleitung; darüber hinausgehende kollektive Proteste und Aktionen finden eher außerhalb solcher Aktivitäten zur Lösung konkreter Probleme statt. Die Anschlussfähigkeit von Politik an Hilfe ist also nicht bereits gegeben, sondern muss gegen die herrschenden Spielregeln auf diesem Feld erst kreativ entwickelt werden.

Siebtens schließlich wirken Art und Ausmaß der *Resonanz*, die erwerbslose und einkommensschwache Bürger als Betroffene und als Engagierte in Gesellschaft und Öffentlichkeit erfahren, auf ihr Handeln zurück. Bezogen auf den allgemeinen Kontext verbreiteter Meinungen und gängiger Deutungsmuster stellt sich die Frage, ob solches Echo überhaupt zustande kommt und ob es die Aktiven zu weiterer politischer Einmischung eher motiviert oder demotiviert. Die ihnen wichtigen Aspekte des komplexen Problems von Erwerbslosigkeit, Armut und Leistungsbezug werden ihrer Erfahrung nach von anderen oft nicht zur Kenntnis genommen. Mit ihren Anliegen stoßen sie nicht allein auf Ablehnung bei anderen Bürgern, oft fehlt bereits ein Minimum an sich überschneidender Problemwahrnehmung als Common Ground weiterer inhaltlicher Auseinandersetzung. In dem Bild, das sich andere von ihnen machen, erkennen sie sich oft nicht wieder, es erscheint ihnen als stigmatisiertes Zerrbild, das ihrer Lebenswirklichkeit nicht nur nicht entspricht sondern diese regelrecht in Abrede stellt. In Gesellschaft und Öffentlichkeit sehen sie sich als Bürger mit Interessen und Ansprüchen nicht hinreichend anerkannt, sondern zu ‚Hartz-IV-Empfängern‘ mit Bringschuld gegenüber ‚den Steuerzahlern‘ degradiert. Die Frage nach der Art der Resonanz stellt sich auch im besonderen Kontext der Partner und Unterstützer der Aktiven: Die Probleme, mit denen sich die Interviewten engagiert auseinandersetzen, werden in Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und politischen Initiativen teils als randständige statt als grundlegende gesellschaftliche Probleme aufgefasst und angegangen – als Belastung für Betroffene an den Rändern der Gesellschaft und weniger als Schwäche des untersten sozialen Sicherungsnetzes der gesellschaftlichen Mehrheit. Fest steht: Inwiefern von Erwerbslosigkeit und Einkommensarmut unmittelbar Betroffene ihre bürgerschaftlich-politische Marginalisierung überwinden können, hängt auch davon ab, wieweit vermeintlich Nichtbetroffene bereit sind, gemeinsame Interessen zu akzeptieren und zu artikulieren. Das setzt voraus, dass sie sich auf die vielfältigen Erfahrungen ihrer Mitbürger einlassen und von ihnen zu lernen bereit sind.

